

TÄTIGKEITSBERICHT 2021/2022



STIFTUNG
SÄCHSISCHE
GEDENKSTÄTTEN

TÄTIGKEITSBERICHT 2021/2022

Vorwort der Vorsitzenden des Stiftungsrates	2
Vorwort des Geschäftsführers	4
Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten	6
Ausgewählte Ereignisse 2021/2022	12
Arbeitsstellen und Gedenkstätten der Stiftung	26
Geschäftsstelle Dresden	28
Dokumentationsstelle Dresden	40
Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau	46
Gedenkstätte Bautzen	56
Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain	66
Gedenkstätte Münchner Platz Dresden	76
Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein	86
Dauerhafte Förderungen der Stiftung	96
Projektförderungen der Stiftung	116
Ausgewählte Einzelprojektförderungen	126
Impressum	136



Vorwort der Vorsitzenden des Stiftungsrates

„Eine Kultur des Erinnerns wird den Vorfahren gerecht, verschafft den Zeitgenossen Orientierung und bereitet den Nachfahren den Weg. Sie schafft in einer Gesellschaft gemeinsame historische Bezugspunkte, die aber unterschiedlich betrachtet, empfunden und bewertet werden können.“ Mit diesem Statement, das der Homepage „sachsen.de“ zu entnehmen ist, bekennt sich der Freistaat Sachsen klar zu seiner Verantwortung, sich den Verbrechen der beiden Diktaturen des 20. Jahrhunderts zu stellen. Sachsen wird bei dieser ebenso schwierigen wie unverzichtbaren Aufgabe zum einen durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft unterstützt, die über sechs Gedenkstätten in eigener Trägerschaft verfügt. Daneben existiert eine ausgesprochen vielfältige Szene von Einrichtungen und Initiativen in freier Trägerschaft. Gemeinsam bilden diese Stätten eine vielfältige Erinnerungslandschaft, die in ihrer Dichte den Vergleich mit den großen deutschen Flächenländern nicht zu scheuen braucht.

Der Berichtszeitraum des Tätigkeitsberichts 2021/2022 war in der Geschäftsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie in deren Arbeitsstellen geprägt von großen Herausforderungen, aber auch von Neuanfang, Aufbruch und Optimismus.

Nach Absolvierung eines anspruchsvollen und aufwendigen Auswahlverfahrens konnten wir Herrn Dr. Markus Pieper am 1. September 2021 als neuen Geschäftsführer in der Stiftung willkommen heißen. Er war zuvor in der Bundesstiftung Aufarbeitung in Berlin tätig und dort für den Arbeitsbereich Gedenkstätten und Erinnerungskultur verantwortlich. Herr Dr. Pieper fand bei seinem Dienstantritt eine Vielzahl problem- und klärungsbedürftiger Aspekte vor, die er nach und nach einer guten und tragfähigen Lösung zuführt.

Die sicherlich wichtigste und erfreulichste Entscheidung für die Stiftung im Berichtszeitraum war die Zustimmung der Sächsischen Staatsregierung am 2. November 2021 zur Übernahme der Gedenkstätte Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung. Für den Freistaat Sachsen ergeben sich durch diese Übernahme Vorteile im Zusammenwirken

der Gedenkstätte Großschweidnitz gemeinsam mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein. Beide Gedenkstätten behandeln den Verfolgungskontext der nationalsozialistischen Krankenmorde, erforschen dessen Geschichte und erinnern an die Opfer. Der Verbund der beiden Gedenkstätten unter dem Dach der Stiftung ist bundesweit einzigartig. Der Freistaat nimmt damit eine Vorreiterrolle in der Forschungslandschaft und der Erinnerungskultur ein. Ein weiterer Gewinn für Sachsen ist außerdem die damit verbundene Stärkung der Region Oberlausitz. Die Eröffnung der Gedenkstätte Großschweidnitz fand am 13. Mai 2023 im Beisein von Herrn Ministerpräsidenten Kretschmer im Rahmen einer sehr gelungenen und würdigen Feier statt.

So erfreulich einerseits diese Entwicklungen für die sächsische Gedenkstättenlandschaft sind, so hart waren auf der anderen Seite im Berichtszeitraum immer noch die Auswirkungen der Corona-Pandemie für die Stiftung und alle Arbeitsstellen zu spüren. Es hat sich gerade in dieser schweren Zeit gezeigt, welche immense Bedeutung Museen und Gedenkstätten für die Gesellschaft haben. So hat die Arbeitsgemeinschaft der KZ-Gedenkstätten in der Bundesrepublik Deutschland in einem Positionspapier 2022 darauf hingewiesen, dass gerade in dieser Situation die Gedenkstätten der Gesellschaft Orientierung bieten können und müssen sowie der Desinformation und der Instrumentalisierung von Geschichte eine wissenschaftlich und ethisch fundierte sowie quellengestützte Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus entgegensetzen – an den historischen Orten, aber mittels innovativer Formate auch im digitalen Raum. Auch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten hat die Pandemie genutzt, um neue Ausstellungen zu konzipieren und dabei gezielt digitale Formate, wie Apps oder virtuelle Führungen, in ihre tägliche Arbeit mit einzubeziehen.

Ich wünsche mir, dass die Stiftung Sächsische Gedenkstätten den seit nunmehr zwei Jahren durch den Geschäftsführer eingeschlagenen Weg erfolgreich weitergeht. Es ist mir dabei ein besonderes Anliegen, dass die internationale Zusammenarbeit in den kommenden Jahren noch stärker als bislang ausgebaut werden kann. Ein schönes Symbol hierfür war beispielsweise die Tatsache, dass der Geschäftsführer

an seinem ersten Arbeitstag bei der Gedenkfeier anlässlich des 82. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen am 1. September 2021 auf dem Neuen Katholischen Friedhof in Dresden den Vertreter der polnischen Botschaft fließend in dessen Muttersprache begrüßen konnte.

Ich bin mir bewusst, dass die kommenden Jahre für die Stiftung nicht einfach werden. Neue Gedenkstätten stehen vor der Fertigstellung oder wurden gerade eröffnet, bestehende müssen erhalten und finanziell gesichert werden. Die Personalausstattung ist angesichts der Vielzahl der anstehenden Aufgaben, gerade im Bereich der Verwaltung, aber auch bei der wissenschaftlichen Forschung und den Publikationen, immer wieder Anlass für Diskussionen und wird es auch bei der Aufstellung des nächsten Doppelhaushaltes wieder sein. Die Stiftung muss sich verstärkt auf ihre eigentlichen Aufgaben wie Dokumentation und Erforschung der historischen Orte sowie auf Bildung und Vermittlung konzentrieren können. Die sächsischen Gedenkstätten bieten bereits jetzt allen Jugendlichen ein breites Angebot, damit sie an diesen außerschulischen Lernorten einen anschaulichen und spannenden Geschichtsunterricht erleben können. Ich wünsche mir, dass gerade diese Zielgruppe künftig noch stärker angesprochen wird.

Allen Leserinnen und Lesern des vorliegenden Tätigkeitsberichts 2021/2022 wünsche ich eine informative und anregende Lektüre. Besonders würde es mich freuen, wenn der Lektüre auch der ein oder andere Besuch einer Gedenkstätte in Sachsen folgen würde. Dann hätte dieser Bericht seinen Zweck mehr als erfüllt.

Barbara Klepsch
Staatsministerin für Kultur und Tourismus
Vorsitzende des Stiftungsrates



© Holm Heils

Vorwort des Geschäftsführers

Es freut mich sehr, Ihnen den ersten in meine Amtszeit als Geschäftsführer fallenden öffentlichen Bericht der Stiftung Sächsische Gedenkstätten für die Jahre 2021 und 2022 vorstellen zu können. Der Tätigkeitsbericht dokumentiert die vielfältigen Aktivitäten der Gedenkstätten und Arbeitsstellen, die in Trägerschaft der Stiftung stehen. Zudem gibt er einen Überblick über die breite Palette von Projekten und Vorhaben, die die Stiftung in der erinnerungskulturellen Landschaft Sachsens im Berichtszeitraum unterstützte. Dazu gehört die finanzielle Förderung von freien und kommunalen Gedenkstättenträgern für den Betrieb oder den Aufbau von Erinnerungsorten. Ein weiterer Förderschwerpunkt liegt auf Projekten einzelner Vereine, Initiativen und ehrenamtlich tätigen Akteurinnen und Akteuren, die auf differenzierte Weise die Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft wachhalten wollten.

Nachdem mich im Frühjahr 2021 zunächst der Stiftungsrat zum Geschäftsführer wählte und anschließend das Sächsische Regierungskabinett der Wahl zustimmte, konnte ich am 1. September 2021 meine Arbeit als Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten beginnen. Für dieses mir vonseiten des Stiftungsrates und seiner Vorsitzenden Frau Staatsministerin Klepsch sowie der Sächsischen Staatsregierung entgegengebrachte Vertrauen bedanke ich mich sehr herzlich.

Aufrichtig bedanken möchte ich mich an dieser Stelle auch bei all jenen, die mir seit Beginn meiner Amtszeit große Unterstützung zuteilwerden ließen. Dies gilt für meine Kolleginnen und Kollegen in der Geschäftsstelle wie auch in allen anderen Arbeitsstellen der Stiftung. Ausdrücklich gilt mein Dank auch allen Mitgliedern der Stiftungsgremien und den in Vereinen und Initiativen sachsenweit engagierten Personen, die mich in meiner Tätigkeit unterstützen und die von mir angestrebte Neuausrichtung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten mittragen und mitgestalten.

Meine ersten Monate im Amt waren geprägt von einer ganzen Reihe von Besuchen überall im Freistaat Sachsen, um Kontakte zu knüpfen, über künftige Kooperationen zu sprechen, Projekte zu planen – und Vertrauen in die Stiftung wiederzugewinnen. Die Erwartungen an mich als Geschäftsführer wie auch an die gesamte Stiftung Sächsische Gedenkstätten waren groß, die damals prioritär anliegenden Aufgaben und Herausforderungen zahlreich. Meine Ziele, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten nach innen und außen zu öffnen, die Gedenkstätten als Kooperationspartner auf sächsischer, bundesweiter und internationaler Ebene neu aufzustellen, ihre wertvolle und unsere Gesellschaft bereichernde Arbeit sichtbarer

zu machen, Kommunikationskanäle zu Unterstützerinnen und Unterstützern der Stiftung und zu den in ihrem Sinne aktiven Vereinen wiederzubeleben und neue zu schaffen, Konflikte innerhalb und im Umfeld der Stiftung zu befrieden, konnte ich in vielen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen erreichen. Dies war und ist nur möglich, weil mich die Kolleginnen und Kollegen wie auch die Gremienmitglieder und zivilgesellschaftlich Engagierten dabei bis heute aktiv unterstützen.

Wenn Sie mit diesem Tätigkeitsbericht auf die Jahre 2021 und 2022 zurückblicken, werden Sie zahlreiche Veranstaltungen, Gedenkstunden, digitale und Online-Projekte, Ausstellungen, Publikationen, Beteiligungsformate, Vermittlungs- und Erinnerungsformen entdecken, die von den Stiftungsgedenkstätten durchgeführt und umgesetzt worden sind oder von der Geschäftsstelle unterstützt und gefördert wurden – bis hin zu Neuerrichtungen von Gedenkstätten in Sachsen.

Dass ein großer Teil dieser Aktivitäten bis Anfang 2022 noch unter den Bedingungen der Covid-19-Pandemie stattfand, erscheint aus heutiger Sicht schon fast historisch. Trotz und auch aufgrund der Einschränkungen ist es uns jedoch gelungen, unsere wichtige Aufgabe der Erinnerungsarbeit aufrechtzuerhalten und weiterzuentwickeln. Die Gedenkstätten und Arbeitsstellen konnten nachhaltige Angebote und Formate etablieren, die bis heute weiter erprobt und ausgebaut werden. Dazu gehören zahlreiche Online-Datenbanken, in denen niedrigschwellig zu Opfern wie auch zu Verantwortlichen der staatlich begangenen und ermöglichten Gewaltverbrechen recherchiert werden kann. Hybride oder rein digitale Veranstaltungsformate hielten Einzug und werden bis heute angewendet, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen. Digitale Vermittlungsformen wie live gestreamte Rundgänge durch Gedenkstätten, virtuelle Ausstellungsbesuche, auf Websites und Social-Media-Kanälen aufrufbare Video- und Audio-Inhalte wie Interviews mit Zeitzeugen und Zeitzeuginnen oder die Online-Vorbereitung von Schulklassen vor ihren Gedenkstättenbesuchen erfuhren durch die Pandemie und die damit einhergehenden Schließungen der Gedenkstätten einen großen und bis in die Gegenwart wirksamen Schub.

Der Einbruch der Publikumszahlen, wie er in diesem Bericht ablesbar ist, korreliert mit den pandemiebedingten Maßnahmen, die den Publikumsverkehr vor Ort in den Gedenkstätten einschränkten oder zeitweilig gar nicht zuließen. Gleichzeitig lässt sich anhand der Abrufzahlen der Gedenkstättenwebsites und Social-Media-Kanäle

aber auch feststellen, dass das Interesse an der Arbeit der Stiftung und der Gedenkstätten nicht nachließ, sondern sich in den digitalen und Online-Raum verlagerte. Mittlerweile – Stand Ende 2023 – konnten die Gedenkstätten ihr Publikumsaufkommen wieder auf dem Niveau von vor der Corona-Pandemie zurückgewinnen. Diese positive Entwicklung wird ausführlich im nächsten Tätigkeitsbericht behandelt werden.

In den vergangenen drei Jahren ist es gelungen, die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zu erneuern, ohne dass der Personalbestand signifikant erhöht wurde. Wir haben die Stiftung in den bundesweiten erinnerungskulturellen Diskurs reintegriert, nationale und internationale Netzwerke aufgebaut, eine beratende Förderpraxis eingeführt und den Weg für eine effektivere Verwaltung geebnet. Diese Neuausrichtung der Stiftung war ein großer Kraftakt, der nur dank des starken persönlichen Einsatzes unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter möglich war. Sie sind überzeugt davon, dass eine kritische Auseinandersetzung mit den Diktaturen des 20. Jahrhunderts essentiell ist, um demokratische Werte, Rechtsstaatlichkeit und gesellschaftliche Offenheit gegenüber aktuellen Herausforderungen wie gesellschaftspolitischer Polarisierung, zunehmendem Antisemitismus oder populistischen und extremistischen Strömungen zu stärken.

Dieser Bericht soll auch verdeutlichen, welches Potenzial in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der Vielzahl von Gedenkstätten, Aufarbeitungsinstitutionen, Vereinen und zivilgesellschaftlichen Initiativen sowie einzelnen Akteurinnen und Akteuren vorhanden ist, die alle im Sinne des Stiftungszwecks tätig und engagiert sind. Die Entwicklung der Stiftung und die sachsenweite Gedenkstättenarbeit müssen dauerhaft finanziell abgesichert und gestärkt werden. Möge der vorliegende Tätigkeitsbericht auch dazu dienen, weitere Unterstützerinnen und Unterstützer für die unsere Gesellschaft und Demokratie bereichernde Aufgabe der Stiftung und für deren Auftrag zu gewinnen.

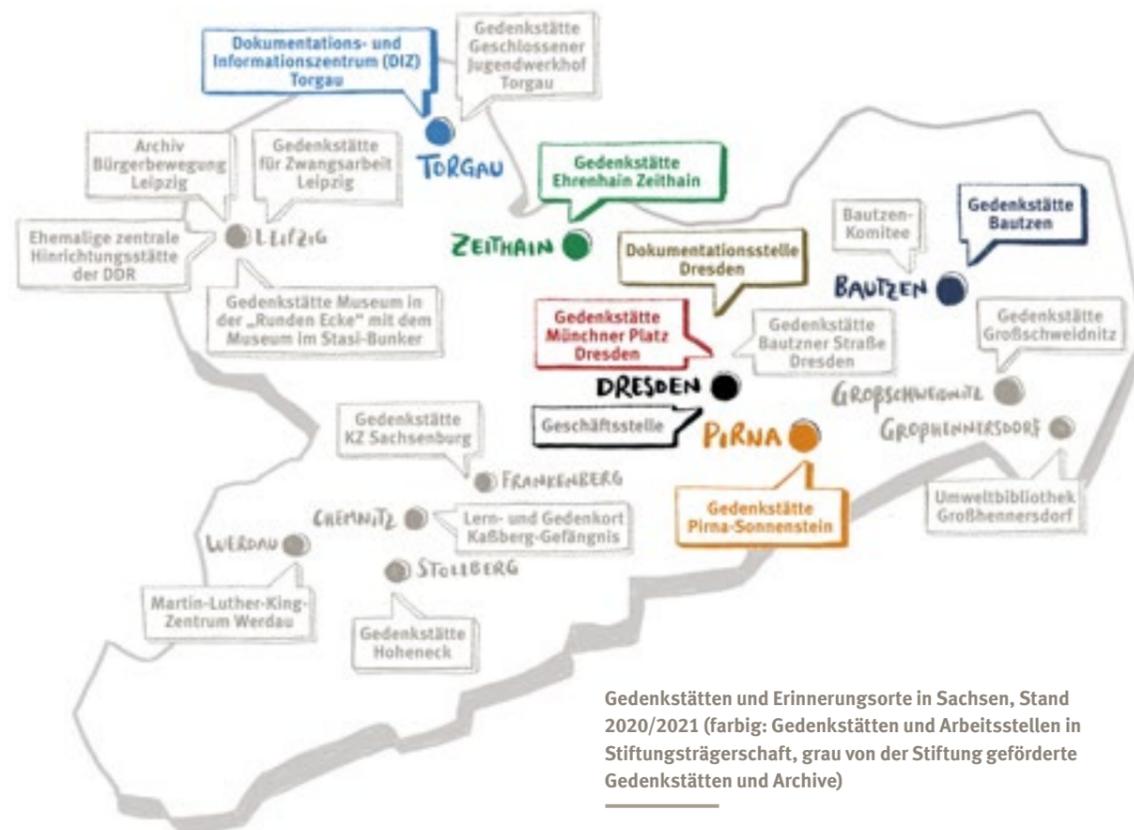
Dr. Markus Pieper

Geschäftsführer

Stiftung Sächsische Gedenkstätten



Die Arbeitsstellen der Stiftung Sächsische Gedenkstätten



Darüber hinaus fördert die Stiftung institutionell Erinnerungsorte und Gedenkstätten in freier und kommunaler Trägerschaft sowie Aufarbeitungsinitiativen und Archive. Im Berichtszeitraum erhielten acht Erinnerungsorte in Sachsen dauerhafte finanzielle Förderung aus von der Stiftung ausgereichten Landes- und zum Teil Bundesmitteln. Grundlagen dafür sind das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz und die Förderrichtlinie der Stiftung.

Die Stiftung fördert den Aufbau und den Betrieb von Gedenkstätten in freier oder kommunaler Trägerschaft. Im Berichtszeitraum wurde der Aufbau von vier Gedenkstätten im Freistaat Sachsen (Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck, Gedenkstätte Großschweidnitz, Gedenkstätte KZ Sachsenburg sowie Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis) gefördert.

Ein zweiter Förderschwerpunkt der Stiftung sind innerhalb des Freistaates wirksame Projekte, die dem Stiftungszweck entsprechen. Zahlreiche Vereine, Initiativen, Einrichtungen und Einzelpersonen erfahren von der Stiftung Zuwendungen im Rahmen von Projektförderungen für Maßnahmen, die den Zwecken und der Förderrichtlinie der Stiftung entsprechen. Dazu gehören Gedenkveranstaltungen, Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Maßnahmen zur Bewahrung und Sichtbarmachung historischer Orte des Unrechts, Gedenktafeln, Erarbeitung von Ausstellungen, Publikationen und digitalen Vermittlungsformaten, partizipative und generationenübergreifende Angebote und vieles mehr.

Die erinnerungskulturelle Landschaft Sachsens ist äußerst vielfältig und entwickelt sich vor allem auf Grundlage ehrenamtlichen Engagements immer weiter. Die Geschäftsstelle der Stiftung leistet aktive Förderberatung und bei Bedarf fachliche Begleitung von geförderten Projekten. Grundsätzlich kann jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder Sitz im Freistaat Sachsen Anträge auf Projektförderung unterjährig stellen. Alle Akteurinnen und Akteure, die sich mit ihren Projektvorhaben den Zielen der Stiftung verbunden fühlen, können sich an den Bereich Förderwesen wenden.

Zugleich nimmt die Stiftung Hinweise auf noch unerschlossene historische Verfolgungsorte in Sachsen sowie zu Sammlungen und materiellen Überlieferungen entgegen, berät lokal ansässige Engagierte und vermittelt Kontakte zu regional oder thematisch relevanten Gedenkstätten und Initiativen.



Bauarchäologische Freilegungen in den Gedenkstätten Bautzen, Großschweidnitz und Pirna-Sonnenstein

Neben dem Betrieb stiftungseigener Arbeitsstellen und Gedenkstätten sowie der Förderung Dritter bestehen die Schwerpunkte der Stiftungsarbeit aus

- der Ehrung der Opfer politischer Gewaltherrschaft,
- einer würdigen memorialen Gestaltung von Gedenkortern,
- dem Erhalt von materiellen Hinterlassenschaften und Zeugnissen von Verbrechen und Unrecht,
- der Präsentation wissenschaftlich fundierter Dauer- und Wechselausstellungen zu Themen und Orten gemäß des Stiftungszwecks,
- wissenschaftlichen Veröffentlichungen und Dokumentationen,
- zahlreichen Bildungs- und Vermittlungsangeboten für eine große Bandbreite von Zielgruppen,
- Veranstaltungen und weiteren Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit.

Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Sven Riesel
kommissarischer Geschäftsführer
bis 31. August 2021

Dr. Markus Pieper
Geschäftsführer ab 1. September 2021

Mitglieder des Stiftungsrats 2021/2022

Barbara Klepsch (Vorsitzende)
Sächsische Staatsministerin für Kultur und Tourismus im
Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus

Dr. Nancy Aris
Sächsische Landesbeauftragte zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur

Maria Bering
Vertreterin des Bundes (Die Beauftragte der
Bundesregierung für Kultur und Medien)

Prof. Dr. Uwe Hirschfeld
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Burkhard Jung
Sächsischer Städte- und Gemeindetag

Küf Kaufmann
Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden

Prof. Dr. Thomas Lindenberger
Direktor des Hannah-Arendt-Instituts für
Totalitarismusforschung an der TU Dresden

Dr. Roland Löffler
Direktor der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung

Dr. Gesine Märtens
Sächsisches Staatsministerium der Justiz und
für Demokratie, Europa und Gleichstellung

Dr. Birgit Mitzscherlich
Bistum Dresden-Meißen

Dr. Bernd Müller-Kaller
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Dagmar Neukirch
Sächsisches Staatsministerium für Soziales
und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Ingolf Notzke
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Lutz Rathenow
Sächsischer Landesbeauftragter zur
Aufarbeitung der SED-Diktatur

Daniela Schmohl
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagene Vertreterin

Uwe Schwabe
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Christoph Seele
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen

Dr. Jürgen Trogisch
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Dr. Josephine Ulbricht
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagene Vertreterin

Dr. Herbert Wagner
vom Stiftungsbeirat vorgeschlagener Vertreter

Mitglieder des Stiftungsbeirats 2021/2022

Ingolf Notzke (Vorsitzender)
Initiativgruppe Gedenkstätte Geschlossener
Jugendwerkhof Torgau e. V.

Uljana Sieber (Vorsitzende)
Erkenntnis durch Erinnerung e. V.

Steffen Börner
Bischöfliches Ordinariat des Bistums Dresden-Meißen

Linda Fleck
Gedenkstätte Großschweidnitz e. V.

Heinz Galle
Vereinigung der Opfer des Stalinismus e. V.

Dr. Magdalena Herbst
Evangelisch-Lutherische Landeskirche Sachsen

Tobias Hollitzer
Bürgerkomitee Leipzig e. V.

Wolfgang Howald
Münchener-Platz-Komitee e. V.

Dr. Wiebke Janssen
Gedenkstätte Großschweidnitz e. V.

Alexander Latotzky
Bautzen-Komitee e. V.

Jens Leschner
Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes –
Bund der Antifaschisten (VVN-BdA) e. V.

Frank-Michael Nemetz
Bund der Stalinistisch Verfolgten e. V.

Dr. Jörg Osterloh
Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e. V.

Carla Ottmann
Stadtverwaltung Stollberg

André Raatzsch
Dokumentations- und Kulturzentrum
Deutscher Sinti und Roma e. V.

Hartmut Richter
Opfer-, Förder- und Dokumentationsverein Bautzen II e. V.

Dr. Daniel Ristau
Landesverband Sachsen der Jüdischen Gemeinden

Manuela Rummel
Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V.

Andreas Schönfelder
Umweltbibliothek Großhennersdorf e. V.

Milan Spindler
Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e. V.

Dr. Rolf Surmann
Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz e. V.

Josephine Ulbricht
Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e. V.

Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats 2021/2022

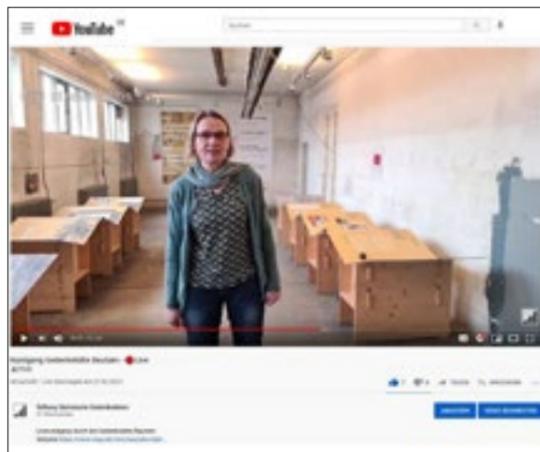
Prof. Dr. Joachim Scholtyseck (Vorsitzender)
Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn

Prof. Dr. Stefanie Endlich
Berlin

Daniel Gaede
Weimar

Prof. Dr. Mike Schmeitzner
Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V.
an der TU Dresden

Prof. Klaus Vogel
Stiftung Deutsches Hygiene-Museum Dresden



7. März 2021

Die Gedenkstätte Bautzen bot erstmals einen live gestreamten geführten Rundgang durch die ehemalige Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II an. Über den YouTube-Kanal der Stiftung wurde die 45-minütige Führung durch das Haus und die Außenbereiche live übertragen. Guides erläuterten die Geschichte des Gefängnisses, der Insassen und der Bediensteten. Die Zuschauerinnen und Zuschauer des Streams hatten die Möglichkeit, Fragen im Chat zu stellen und mit dem Team vor Ort zu interagieren. Die erste Live-Online-Führung verzeichnete einen großen Erfolg mit 160 Teilnehmenden aus verschiedenen Bundesländern. Die Online-Führungen wurden während der Pandemie mehrfach angeboten.

12. März 2021

Zum Beginn der Fahrradsaison erschien bundeslandübergreifend der Flyer „Geschichte(n) auf dem Radweg. Nationalsozialistische Tatorte entlang der Elbe“, der Gäste und Einheimische einlädt, entlang der Elbe im Dreiländereck von Sachsen, Brandenburg und Sachsen-Anhalt die Geschichte des Nationalsozialismus zu erkunden. Der Elberadweg bietet Einblicke in Orte, an denen während des



Nationalsozialismus tausende Menschen verfolgt und ermordet wurden. Zu den historischen Stätten zählen die Kriegsgefangenenlager in Zeithain und Mühlberg, die Wehrmachtsgefängnisse in Torgau sowie das KZ Lichtenburg in Prettin.



21. April 2021

Zum 76. Jahrestag der Befreiung des Lagers Zeithain fand unter Pandemiebedingungen eine nichtöffentliche Gedenkveranstaltung statt. Geladene Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Zivilgesellschaft, diplomatischen Corps und der Bundeswehr nahmen daran teil. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten und der Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge, unterstützt durch die Gemeinde Zeithain und den Förderverein Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V., organisierten die Gedenkfeier. Auf den Webseiten der Gedenkstätte und des Volksbundes wurden im April und Mai die Namen aller bekannten in Zeithain verstorbenen Kriegsgefangenen angezeigt, um die Erinnerung an jedes individuelle Opfer wachzuhalten.

27. April 2021

Die Sächsische Staatsministerin für Kultur und Tourismus und Stiftungsratsvorsitzende Barbara Klepsch stellte in Dresden Dr. Markus Pieper als neuen Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten vor. Markus Piepers Berufung wurde zuvor vom Sächsischen Kabinett bestätigt, nachdem er vom Stiftungsrat einstimmig gewählt wurde. Seine siebenjährige Amtszeit beginnt am 1. September 2021.



2. Juni 2021

Als Auftakt zu einer Reihe von Videoclips und Imagefilmen zu den einzelnen Stiftungsarbeitsstellen wurden auf der Stiftungswebsite ein Info-Video der Dokumentationsstelle Dresden sowie zwei Videotutorials veröffentlicht, die es Nutzerinnen und Nutzern erleichtern sollen, die Online-Angebote der Dokumentationsstelle zu nutzen. Der Imageclip bietet einen ansprechenden Zugang zu den Aufgaben, historischen Themen, Arbeitsschwerpunkten und Angeboten der Dokumentationsstelle. Die Videos sind – wie alle anderen auch – ebenfalls auf dem YouTube-Kanal der Stiftung Sächsische Gedenkstätten aufrufbar.

18. Juni 2021

Der Grundstein für den Neubau der Gedenkstätte Großschweidnitz wurde gelegt. An dem Festakt beteiligten sich der Bürgermeister und Gedenkstättenvereinsvorsitzende Jons Anders, Mitglieder des Vereins, der kommissarische



Stiftungsgeschäftsführer Sven Riesel und Volker Augustin vom ausführenden Architekturbüro. Der Neubau der Gedenkstätte wird in typischer gelber Klinkersteinoptik erscheinen. Die künftige Dauerausstellung wird im historischen Altbau eingerichtet werden, der dafür umgebaut wird. Die Baukosten von rund 2 Millionen Euro werden durch Bundes- und Landesmitteln finanziert.



24. Juni 2021

Die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain gedachte mit zwei Veranstaltungen der Opfer des deutschen Vernichtungskrieges gegen die Sowjetunion. Am ersten Tag legten Teilnehmende mit musikalischer Begleitung des Bläserquintetts der Hochschule für Musik Carl Maria von Weber Dresden Blumen und Kränze nieder. Gedenkstättenleiter Jens Nagel sprach über die fortwährende Präsenz der Kriegserinnerungen in den postsowjetischen Staaten. Am folgenden Tag diskutierten in einer live gestreamten Veranstaltung die Historiker Dr. Rolf Keller und Dr. Reinhard Otto über sowjetische Kriegsgefangene im KZ-System. Dr. Michael Löffelsender referierte über die Lebensbedingungen der Gefangenen.



6. Juli 2021

Im Frühsommer 1946 wurde das sowjetische Speziallager Nr. 10 im Torgauer Fort Zinna eingerichtet. Das DIZ Torgau und der Sächsische Landesverband der Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V. (VOS) gedachten dieser Geschehnisse mit einer Kranzniederlegung. Der Vorsitzende des VOS-Landesverbandes, Frank Nemetz, berichtete über die extremen Lebensbedingungen in den Lagern, unter denen ein Drittel der Häftlinge starb. Elisabeth Kohlhaas vom DIZ Torgau zitierte aus den Erinnerungen der in Torgau Inhaftierten.



4. August 2021

Die Gedenkstätte Bautzen veröffentlichte das Online-Projekt „Bautzen II – Stasi-Gefängnis virtuell erkunden“. Es bietet mittels Scrollytelling und einem 3D-Modell der Haftanstalt einen virtuellen Rundgang durch das ehemalige Stasi-Gefängnis Bautzen II. Nutzerinnen und Nutzer können interaktiv die Haftanstalt erkunden und dabei auf Dokumente, Fotos, Videos, Tonaufnahmen und Gegenstände stoßen, die Einblicke in den Transport, den Haftalltag und die Überwachung gewähren.

6. August 2021

Die Dokumentationsstelle Dresden macht erste Ergebnisse ihres Forschungsprojekts zu SMT-Urteilen in Dresden auf der Webseite www.smt-dresden.de öffentlich zugänglich. Ziel des Projekts ist es, sämtliche SMT-Urteile gegen Deutsche in Dresden zwischen 1945 und 1953 zu ermitteln und wissenschaftlich auszuwerten. Einige SMT-Verurteilte werden in Kurzbiografien genauer vorgestellt. Zeittafeln zu Ereignissen mit Bezug zum Thema sowie ein Glossar machen den historischen Kontext deutlich. Die Gedenkstätten Münchner Platz Dresden und Bautzner Straße Dresden, die als Kooperationspartner beteiligt sind, können die Projektergebnisse für ihre Bildungs- und Vermittlungsarbeit nutzen. Bei der Webseite handelt es sich nicht um eine abgeschlossene Darstellung, sondern um eine Präsentation des jeweiligen Forschungsstandes. Es werden fortlaufend neue Namen, Biografien und Dokumente veröffentlicht.



1. September 2021

An seinem ersten Arbeitstag in der Stiftung Sächsische Gedenkstätten nahm Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper auf dem Neuen Katholischen Friedhof in Dresden gemeinsam mit der Stiftungsratsvorsitzenden und Sächsischen Kulturministerin Barbara Klepsch und Piotr Golema, Botschaftsrat der Polnischen Botschaft in Deutschland, sowie Vertretern der Deutsch-Polnischen Gesellschaft Sachsen und Mitgliedern der Stiftungsgremien an einer Kranzniederlegung anlässlich des 82. Jahrestages des deutschen Überfalls auf Polen und des Beginns des Zweiten Weltkrieges teil. Auf dem Friedhof erinnert ein Denkmal an die 1942 von den Nationalsozialisten hingerichteten Mitglieder der polnischen Widerstandsgruppe „Schwarze Legion“.



7. September 2021

In und um den früheren Justizkomplex am Münchner Platz, heute Teil der TU Dresden, fallen leuchtend rote Stäbe mit 19 Text- und Bildtafeln auf. Diese Markierungen einschließlich eines Raumes im heutigen Tillich-Bau der TU Dresden informieren über die jeweilige historische Nutzung verschiedener Bereiche des Justiz-, Haft und Hinrichtungsortes. Die Tafeltexte sind in Deutsch und Englisch verfasst. Sie berichten über die Funktionen der Orte und schildern Biografien von Verfolgten.

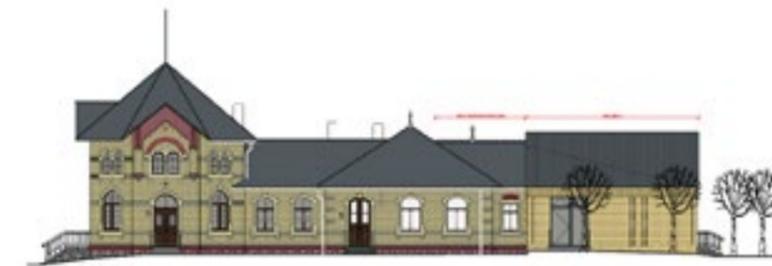
30. September 2021

Auf Einladung der Dokumentationsstelle Dresden trafen sich Personen aus mehreren Gedenkstätten und Archiven in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden. Die Fachleute, die im Bereich „Sammlungen, Datenbanken, Schicksalsklärung und Auskünfte“ aktiv sind, nahmen an einem Erfahrungsaustausch teil, bei dem mehrere Diskussionsbeiträge präsentiert wurden.



2. November 2021

Das Sächsische Regierungskabinett stimmte der Übernahme der Gedenkstätte Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung zu. Die Gedenkstätte wird nun gemeinsam mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein im Verbund an die nationalsozialistischen Krankenmorde erinnern. Dieser Verbund ist bundesweit einzigartig. Er stärkt die Forschungen zu dem Themenkomplex und die Erinnerung an die Opfer, insbesondere in der Region Oberlausitz. Die Übernahme der Gedenkstätte in Stiftungsträgerschaft sichert ihren dauerhaften Betrieb und unterstützt die historisch-politische Bildungsarbeit der Stiftung. Der Stiftungsrat hatte die Übernahme der Gedenkstätte bereits im Dezember 2020 beschlossen. Die Gedenkstätte wird auf Basis ehrenamtlichen Engagements, mit Unterstützung der Gemeinde Großschweidnitz und unter fachlicher Beratung der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein errichtet.



9. November 2021

Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper nahm an der zentralen Gedenkveranstaltung anlässlich des Mauerfalls vor 32 Jahren in der Gedenkstätte Bernauer Straße in Berlin teil. Die Veranstaltung erinnerte an die Ereignisse der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 in der DDR und an den Fall der Berliner Mauer am 9. November 1989. Der 9. November steht innerhalb der deutschen Erinnerungskultur für ein weiteres einschneidendes historisches Ereignis: In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 wurden



Synagogen in Brand gesteckt, Geschäfte und Wohnungen geplündert und zerstört sowie hunderte jüdische Bürgerinnen und Bürger von Nationalsozialisten misshandelt und ermordet. Gemeinsam mit dem stellvertretenden Geschäftsführer Sven Riesel gedachte Dr. Markus Pieper am Nachmittag in Dresden bei der Stele am Brühlischen Garten der Opfer der Pogrome und legte Blumen nieder. Hier befand sich die von Gottfried Semper entworfene und 1840 eingeweihte Dresdner Synagoge bis zu ihrer Zerstörung in der Reichspogromnacht vor 83 Jahren.



10. November 2021

Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper besuchte gemeinsam mit seinem Stellvertreter Sven Riesel die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig sowie die Service- und Beratungsstelle der Sächsischen Landesarbeitsgemeinschaft Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus (sLAG). Die Gedenkstättenmitarbeiterinnen Anne Friebe und Josephine Ulbricht berichteten über die Geschichte des Erinnerungsortes und stellten dessen Ausstellung und ihre alltägliche Gedenkstättenarbeit vor. Im Gespräch mit der sLAG ging es um den bisherigen Kontakt mit der Stiftung sowie um Ideen für künftige Kooperationen im Bereich der erinnerungskulturellen Arbeit im Freistaat.

Januar bis Juni 2022

Nach dem dritten pandemiebedingten Lockdown der Kulturbetriebe konnte zunächst die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain wieder für den Publikumsverkehr geöffnet werden. Andere Gedenkstätten folgten in den nächsten Wochen und Monaten, je nach Möglichkeiten in Abhängigkeit von den landkreisspezifischen Inzidenzzahlen.



Januar 2022

Unter dem Titel „Stage of Memory“ startete ein neues Projekt der Gedenkstätte Bautzen. Auf kreative Weise und mit Mitteln der zeitgenössischen Theaterpädagogik wollte die Gedenkstätte zusammen mit jungen Menschen in die Auseinandersetzung mit DDR-Unrecht gehen. Eine Klasse des Berufsschulzentrums Bautzen entwickelte im Rahmen des Projekts bis Juni 2022 eigene Statements und künstlerische Arbeiten zu den vielen Themen der Stasi-Sonderhaftanstalt. Zwischenzeitlich musste das Projekt pandemiebedingt modifiziert werden. Projektmitarbeiter gingen in die Schule und brachten Original-Objekte mit in den Klassenraum. Ein Höhepunkt der Recherchen der Jugendlichen war ein Interview mit dem 80-jährigen Zeitzeugen Manfred Matthies, der sich ihren Fragen zu Freizeit und Gewalt im Gefängnisalltag und zu den Besonderheiten des geteilten Deutschlands stellte. Das Projekt „Stage of Memory“ wurde in Kooperation mit dem Deutsch-Sorbischen Volkstheater umgesetzt und von dem Bundesprogramm „Jugend erinnert“ gefördert.

27. Januar 2022

Der Sächsische Ministerpräsident Michael Kretschmer und der Präsident des Sächsischen Landtages Dr. Matthias Röbner gedachten gemeinsam mit Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper und dem Bürgermeister von Groß-



schweidnitz Jons Anders mit einer Kranzniederlegung der Opfer des Nationalsozialismus. Ein Rundgang entlang der Namenstafeln auf dem Friedhof sowie ein Besuch der im Bau befindlichen Gedenkstätte schloss die Gedenkstunde ab. Auch an allen anderen Orten wurden anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus Gedenkstunden abgehalten. Am Memorial vor dem Fort Zinna in Torgau nahmen am Nachmittag Staatsministerin und Stiftungsratsvorsitzende Barbara Klepsch, Geschäftsführer Dr. Markus Pieper und die Oberbürgermeisterin von Torgau Romina Barth an einer Gedenkfeier teil.



2. Februar 2022

Anlässlich seiner 60. Sitzung besuchte der Stiftungsrat den im Aufbau befindlichen Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz. Die Sächsische Staatsministerin für Kultur und Tourismus und Stiftungsratsvorsitzende Barbara Klepsch informierte sich gemeinsam mit den Mitgliedern des Stiftungsrates über den Baufortschritt und die Ausstellungskonzeption des Gedenkortes.

4. Februar 2022

Der Podcast GPS 1811 der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein startete mit zwei Folgen und erweitert die digitalen Angebote der Gedenkstättenstiftung. Die Initiatorinnen, Rosalie und Sophia, beide FSJlerinnen der Gedenkstätte,



berichten aus ihrer Perspektive über ihre Arbeit und die der Gedenkstätte. Die Podcast-Reihe beleuchtete auch die Nachwirkungen der NS-Krankenmorde, darunter die juristische Aufarbeitung der Verbrechen, die Erinnerungskultur zur „Euthanasie“ und Ansätze zur heutigen Vermittlung dieser Geschichte. Der Podcast ist auf Plattformen wie Spotify, Deezer, Amazon Music, Soundcloud und YouTube verfügbar. Zusätzlich gibt es eine eigene Homepage und einen Instagram-Account.

19. März 2022

„Leipzig liest trotzdem“: Trotz des Ausfalls der Leipziger Buchmesse lud die Stadt zu einem Lesefest an vielen verschiedenen Orten ein. Auch die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig stellte dafür ein Programm zusammen. Der stellvertretende Stiftungsgeschäftsführer Sven Riesel moderierte dort die Vorstellung des Buches „Die Freiheit ist mir lieber als mein Leben. Hermann Flade – Eine Biographie“ von Dr. Karin König. Er sprach mit der Autorin über ihre Recherchen und über Hermann Flade, der als 18-jähriger Oberschüler 1950 im sächsischen Olbernhau festgenommen und zum Tode verurteilt wurde, nachdem er mit einer Flugblattaktion gegen die ersten Volkskammerwahlen in der damals noch jungen DDR protestiert hatte.





31. März 2022

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien Claudia Roth besuchte die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden, gemeinsam mit der Sächsischen Staatsministerin für Kultur und Tourismus und Stiftungsratsvorsitzenden Barbara Klepsch sowie der Staatsministerin der Justiz und für Demokratie, Europa und Gleichstellung Katja Meier. Gedenkstättenleiterin Dr. Birgit Sack erläuterte in einem Rundgang die komplexe Vergangenheit des Justizortes und berichtete von den Schicksalen der zahlreichen Opfer politischer Strafjustiz während der nationalsozialistischen Diktatur, der sowjetischen Besatzungszeit und der frühen DDR.



11. April 2022

Der Wissenschaftliche Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hielt seine 36. Sitzung in Stollberg ab – auf der Burg Hoheneck. Dort errichtet die Stadt mit Mitteln von Bund, Land und Gedenkstättenstiftung die Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck. Prof. Dr. Stefan Appellus führte das Stiftungsgremium über den historischen Ort und stellte das angedachte Gedenkstättenkonzept vor.

19. April 2022

Die Direktorin des Nationalarchivs der Republik Kasachstan Sagila Nurlanova besuchte die Dokumentationsstelle Dresden. Gemeinsam mit ihrer Stellvertreterin Saule Mushkenova und der Honorarkonsulin Kasachstans für Sachsen und Sachsen-Anhalt Olivia Riedel informierten sie sich in der Stiftungsarbeitsstelle zu Kasachen, die als Angehörige der Roten Armee während des Zweiten Weltkriegs in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. Valerian Welm, Mitarbeiter der Dokumentationsstelle, stand den kasachischen Kolleginnen zu diesem Thema fachkundig zur Seite. Etwa 400 Gefangene kasachischer Nationalität waren nach einer ersten Schätzung in Sachsen in deutscher Kriegsgefangenschaft.



11. April 2022

Der Sächsische Kultusminister Christian Piwarz eröffnete gemeinsam mit dem Oberbürgermeister der Stadt Riesa Marco Müller und dem Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper die Ausstellung „Jugend im Gleichschritt!? Die Hitlerjugend zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ im Stadtmuseum Riesa. Die Ausstellung wurde von der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain präsentiert.



26. April 2022

Der Stiftungsbeirat der Gedenkstättenstiftung besichtigte im Rahmen seiner 61. Sitzung die in Entstehung befindliche Gedenkstätte KZ Sachsenburg. Dr. Mykola Borovyk, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stadt Frankenberg als Trägerin der Gedenkstätte, erklärte die historische Bedeutung des Ortes und stellte die Gedenkstättenpläne vor. Der Stiftungsbeirat tagte anschließend im von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten geförderten Kommunikations- und Dokumentationszentrum der Gedenkstätte.

17. Juni 2022

Sachsenweit wurde an den Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR erinnert. Elisabeth Kohlhaas vom DIZ Torgau legte am Memorial am Fort Zinna in Torgau einen Gedenkkranz nieder und hielt ein stilles Gedenken an die Opfer der Niederschlagung des Aufstandes. Weitere Kranzniederlegungen und Gedenkveranstaltungen fanden unter anderem in Bautzen, Görlitz und Leipzig statt. Dr. Bert Pampel, Leiter der Dokumentationsstelle der Stiftung, hielt im Stadtmuseum Dresden einen Vortrag über Sowjetische Militärtribunale in Dresden.



8. August 2022

Das Berliner Büro für Zeitgeschichte und Denkmalpflege führte Bauforschungen in der ehemaligen Busgarage der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein durch. Die Anstaltscheune diente der Transportlogistik im Rahmen der nationalsozialistischen Krankenmorde. Anders als in anderen Tötungsanstalten wurden in Pirna-Sonnenstein Busse der Staatlichen Kraftwagenverwaltung eingesetzt, die in der Busgarage parkten. Durch einen Eigentümerwechsel konnte im verfallenden Gebäude geforscht werden, um bauliche Überreste aus der Zeit der Krankenmorde zu identifizieren.



19. August 2022

Elisabeth Kohlhaas übernahm die Leitung des Dokumentations- und Informationszentrums (DIZ) Torgau. Sie ist seit 2016 in der Gedenkstättenstiftung tätig, wo sie sich der Vermittlungs- und Öffentlichkeitsarbeit widmete. Elisabeth Kohlhaas war ebenfalls verantwortlich für die Neuerarbeitung der ständigen Ausstellung und für die konzeptionelle Weiterentwicklung der Torgauer Stiftungsarbeitsstelle. Im Rahmen des Stellenbesetzungsverfahrens bestätigte der Stiftungsrat ihre neue Position.



9. September 2022

Auf Einladung des Kulturvereins Zentralwerk e. V. nahm Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper in Dresden am Podiumsgespräch „Das Erinnern von Dingen in seinen Umwegen // The remembrance of things with its detours“ teil. Anlass der Veranstaltung war der diesjährige Tag des offenen Denkmals. Die Veranstaltung fand in Kooperation mit dem Dresdner Geschichtsverein statt. Das Gespräch ging den Fragen nach, wie Orte, die keine Gedenkstätten sind, in der Erinnerungskultur aktiv sein können und welche künstlerischen Ansätze dafür in Frage kommen können.

12. September 2022

Der stellvertretende Stiftungsgeschäftsführer Sven Riesel folgte einer Einladung der Bürgerstiftung Schleswig-Holsteinische Gedenkstätten (BGSH) nach Kiel. Dort nahm er an einem Podiumsgespräch zu Organisations-, Förder- und Finanzierungsmodellen von Gedenkstätten teil. Sven Riesel stellte die Doppelrolle der Sächsischen Gedenkstättenstiftung als Zuwendungsgeberin wie auch als Empfängerin öffentlicher Gelder vor. Er erläuterte den komplexen Auftrag der Stiftung und deren gesetzliche Grundlagen sowie den Entwicklungsstand verschiedener sächsischer Gedenkstätten mit ihren jeweiligen Trägerschaften und historischen Kontexten.



1. Oktober 2022

Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper besuchte das Museum Groß-Rosen in Rogoźnica in Polen. Das Museum dokumentiert die Geschichte des Lagers und zeigt Ausstellungen sowie bauliche Überreste auf dem ehemaligen Lagergelände. Dr. Pieper traf das Museumsteam und besprach Kooperationsmöglichkeiten. Das Konzentrationslager Groß-Rosen war bekannt für harte Zwangsarbeit in einem Granitsteinbruch, wo die Bedingungen zu einer hohen Sterblichkeitsrate führten. Insgesamt waren etwa 125.000 Häftlinge inhaftiert, die Zahl der Todesopfer liegt bei etwa 40.000.



6. und 8. Oktober 2022

In Dresden fand die Tagung „Erinnerungskultur digital – Impulse, Herausforderungen, Strategien“ statt, organisiert von der Sächsischen Bibliotheksgesellschaft, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und weiteren Partnern. Die Eröffnungsdiskussion in der Dresdner Frauenkirche, an der Geschäftsführer Dr. Markus Pieper teilnahm, behandelte die Digitalisierung in der Erinnerungskultur und die Unterschiede der Erinnerungskulturen in Deutschland, Polen und Tschechien. Am Tag darauf vertieften mehrere Workshops und Panels verschiedene Themen mit Schnittstellen zwischen Digitalisierung, Internet, Erinnerungskultur und



Gedenkstätten. Gastgeberin war die Sächsische Landesbibliothek – Staats- und Universitätsbibliothek Dresden. Dabei moderierte der stellvertretende Geschäftsführer Sven Riesel den Workshop „Chancen digitalen Vermittels und Lernens für Gedenkstätten und Schulen“.

12. Oktober 2022

In Dresden fand der Fachworkshop „Sowjetische Militärtribunale (SMT) und Sicherheitsorgane in der SBZ/DDR und Österreich. Neue Forschungen und Perspektiven“ statt. Der Fachtag wurde von der Dokumentationsstelle Dresden gemeinsam mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden veranstaltet. Der Einladung folgten zahlreiche Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 20 Gedenkstätten, Archiven, Forschungseinrichtungen und Opferverbänden.



13. Oktober 2022

Die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein bietet nun dauerhaft ein inklusives Bildungsangebot an, das in Zusammenarbeit mit der AWO Sonnenstein gGmbH entwickelt und durch die „Aktion Mensch“ gefördert wurde. Das pädagogische Format entstand als Peer-Projekt unter dem Leitgedanken „Nicht ohne uns über uns“ und bezog Menschen mit Lernschwierigkeiten bereits in der Konzeptionsphase mit ein. Es wurde eine Führung durch die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein entwickelt, die von Menschen mit Lernschwierigkeiten geleitet wird und allen Interessierten offensteht.



14. Oktober 2022

Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Jürgen Dusel, war zu Gast in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein. Er informierte sich über die nationalsozialistischen Krankenmorde, die dort zwischen 1940 und 1941 etwa 15.000 Menschen das Leben kosteten. Besonders im Fokus stand das neu entwickelte Projekt der inklusiven Führung, das von Ehrenamtlichen durchgeführt wird. Iris Helbig, Birger Höhn und Erik Vogel,

die diese Führungen als Guides durchführen, sprachen über ihre Erfahrungen und die Bedeutung der inklusiven Bildungsarbeit. Jürgen Dusel würdigte das Engagement des Teams und betonte die Wichtigkeit, Erinnerungsorte für alle Menschen zugänglich zu machen.

27. und 28. Oktober 2022

Im Sächsischen Landtag fanden die 18. Sächsischen Jugendgeschichtstage des Programms „Spurensuche“ der Sächsischen Jugendstiftung statt. Dort präsentierten Jugendgruppen aus Sachsen die von ihnen durchgeführten Geschichtsprojekte. Etliche Projekte widmeten sich dabei zeitgeschichtlichen und erinnerungskulturellen Themen. Gemeinsam mit dem Gedenkstättenprojekt des JUGEND-



© Sächsische Jugendstiftung, Markus Lorenz

laden Rochlitz führte Sven Riesel von der Gedenkstättenstiftung den Workshop „Niemals vergessen – Jugend schafft Erinnerung!“ durch. Dabei tauschte er sich mit Teilnehmenden verschiedener Jugendgeschichtsprojekte darüber aus, welche historischen Themen Jugendliche besonders interessieren und auf welche Weise Erinnerungs- und Vermittlungsarbeit jugendgerecht gestaltet werden kann. Am zweiten Tag prämierte eine Jury, in der auch die Gedenkstättenstiftung vertreten war, die Preisträgerprojekte.

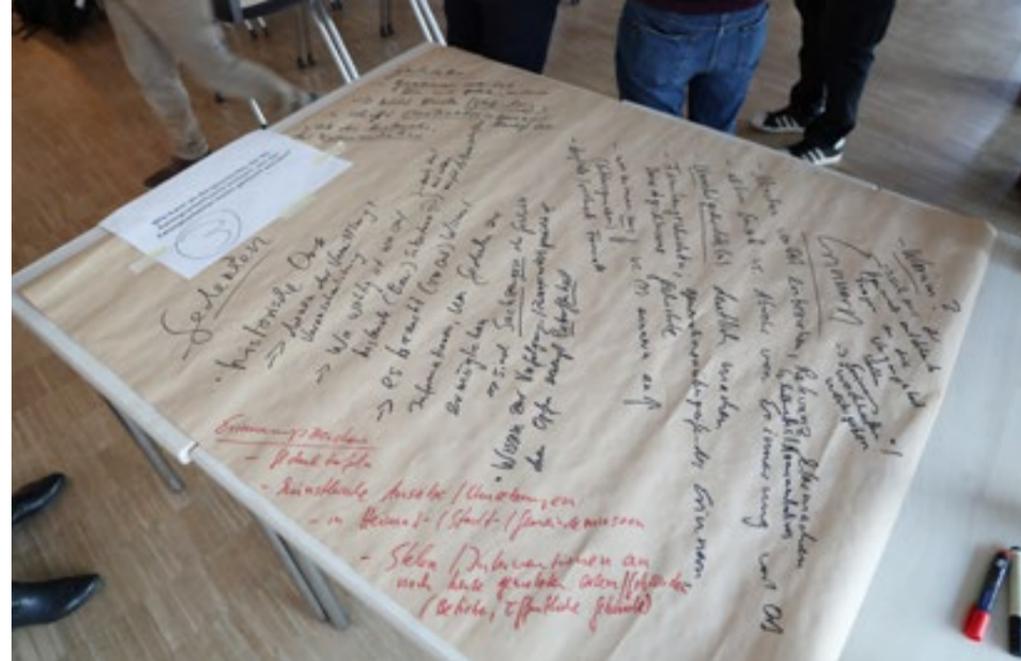


6. November 2022

Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper und Gedenkstättenleiterin Dr. Birgit Sack begrüßten in der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden den polnischen Generalkonsul Marcin Król. Dieser ließ sich durch die ständige Ausstellung der Gedenkstätte führen und informierte sich insbesondere über die polnische Opfergruppe. Auf dem Neuen Katholischen Friedhof in Dresden sind während der nationalsozialistischen Diktatur fast zweihundert polnische Staatsangehörige beigesetzt worden, darunter Angehörige polnischer Widerstandsgruppen sowie Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, in einigen Fällen auch deren in Dresden geborene Kinder.

9. November 2022

Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper und der stellvertretende Geschäftsführer Sven Riesel nahmen am Gedenken zur Erinnerung an die Opfer der Novemberpogrome von 1938 teil und legten an der Stele am Brühlschen Garten in Dresden Blumen nieder. Anlässlich dieses Jahrestages lud die Landeshauptstadt Dresden in Zusammenarbeit mit der Jüdischen Gemeinde zu Dresden zu dieser Gedenkstunde ein.



© Landesamt für Archäologie Sachsen, Stefanie Biltz

19. November 2022

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die sächsische Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig sowie die sächsischen Landesämter für Archäologie und für Denkmalpflege luden zum Vernetzungsworkshop „Erfassung von Stätten der NS-Zwangsarbeit in Sachsen“ nach Leipzig ein. Ziel des Treffens war es, zivilgesellschaftlich Engagierte mit Fachbehörden und Gedenkstätten zu vernetzen sowie über erinnerungskulturelle Ziele und fachliche Grundlagen zu sprechen.



© Agnieszka Wamst

29. November 2022

Die Gedenkstättenstiftung beteiligte sich als Kooperationspartnerin an der Konferenz „Memory of the Past and Politics of the Present“, die im Goethe-Institut Tschechien in Prag stattfand. Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper nahm an einem Podiumsgespräch teil. Dr. Mykola Borovyk von der Gedenkstätte KZ Sachsenburg referierte über die Auswirkungen des Krieges in der Ukraine auf die deutsch-ukrainischen Erinnerungspolitiken.

12. Dezember 2022

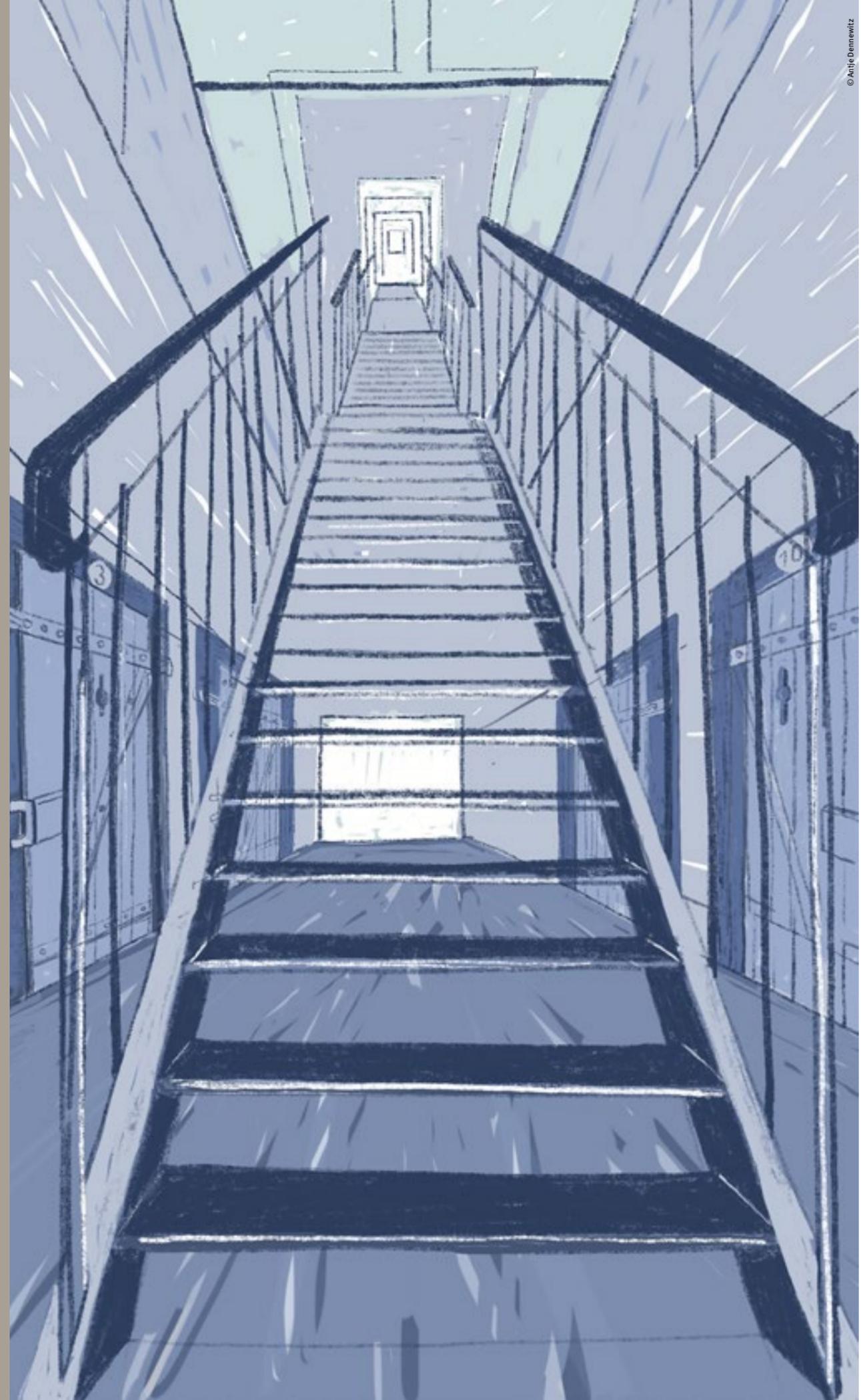
Der Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hielt seine 61. Sitzung ab. Beschlossen wurde ein novelliertes Verfahren zur Berufung von Mitgliedern in den Stiftungsbeirat („Pool-Modell“). Damit soll in diesem Gremium künftig eine größere Vielfalt abgebildet werden, die den gesellschaftlichen Realitäten besser als bislang entspricht. Neben den für die Stiftungsarbeit wichtigen Gedenkstätten und Opferverbänden sollen künftig weitere für die Gedenkstättenarbeit relevante Institutionen eingeladen werden, um verstärkt auch Perspektiven unter anderem von Jugendlichen, von Menschen mit Behinderung und von international tätigen Gedenkstätten einbeziehen zu können.

12. Dezember 2022

30 Jahre nach seiner Gründung befindet sich das DIZ Torgau in einer umfassenden Neuausrichtung. In diesem Zuge beschloss der Stiftungsrat die Umbenennung dieser Stiftungsarbeitsstelle in „Erinnerungsort Torgau. Justizunrecht – Diktatur – Widerstand“. Mit diesem neuen Namen kann der Erinnerungsort Torgau künftig öffentlichkeitswirksamer in Erscheinung treten und die in Erarbeitung befindliche neue Dauerausstellung profilierter präsentieren.



ARBEITSSTELLEN UND GEDENKSTÄTTEN DER STIFTUNG



GESCHÄFTSSTELLE DRESDEN

Stiftung Sächsische Gedenkstätten
Dülferstraße 1 | 01069 Dresden
Telefon 0351 4695540 | Fax 0351 4695541
info@stsg.de
www.stsg.de

Die Geschäftsstelle der Stiftung befindet sich auf dem Campus der Technischen Universität Dresden. In der Geschäftsstelle sind die Gesamtleitung der Stiftungsarbeitsstellen und die Führung der laufenden Geschäfte nach Maßgabe der Gesetze, der Stiftungssatzung und der Beschlüsse des Stiftungsrates angesiedelt. Stiftungsübergreifende Arbeitsbereiche wie die Geschäftsführung, die Gesamtleitung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, das Förderwesen sowie die Haushalts- und Personalverwaltung sind hier ansässig.

Die Geschäftsstelle organisiert die Gremienarbeit, führt Workshops und Veranstaltungen durch und erstellt Publikationen. Sie fördert, berät, vermittelt Kontakte und vernetzt Initiativen, Vereine sowie Akteurinnen und Akteure, die sich im Sinne des Stiftungsauftrages im erinnerungskulturellen Umfeld in Sachsen engagieren. Von der Geschäftsstelle aus werden Kooperationen und Projekte der Stiftung mit anderen Gedenkstätten, Erinnerungsorten, Aufarbeitungsorganisationen, Bildungsinstitutionen und wissenschaftlichen Einrichtungen in Deutschland oder international koordiniert.

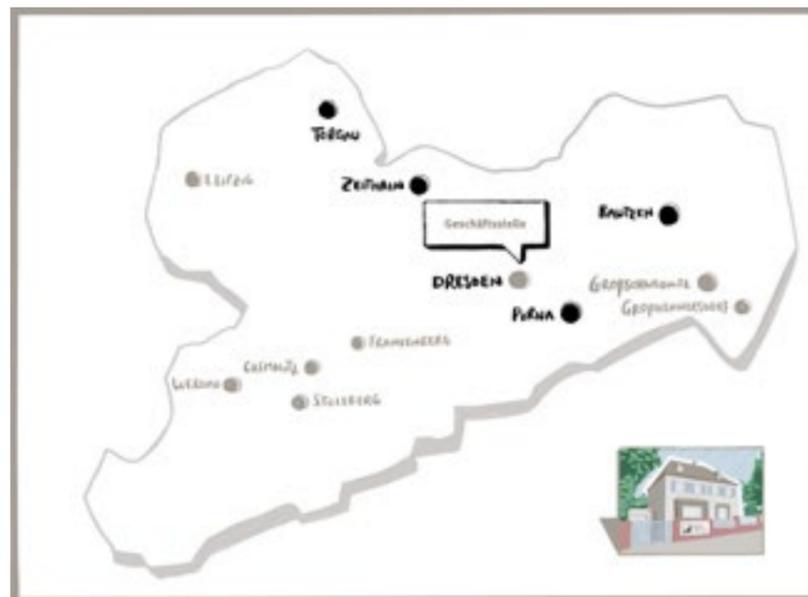
Errichtung und Weiterentwicklung von Gedenkstätten

Zu den wesentlichen Aufgaben der Geschäftsstelle gehört die Begleitung bei der Errichtung weiterer Gedenkstätten im Freistaat Sachsen sowie die Weiterentwicklung bereits bestehender Erinnerungsorte. Dies war auch im Berichtszeitraum 2021 und 2022 der Fall und betraf die in Entstehung befindliche Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck, den Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz, die Gedenkstätte KZ Sachsenburg sowie die Gedenkstätte Großschweidnitz.

Um diese Prozesse zielführend voranzubringen, fanden im Berichtszeitraum regelmäßig konzeptionelle Beratungen mit den freien und kommunalen Trägern von Gedenkstätten zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft während des Nationalsozialismus oder in der SED-Diktatur statt. In zahlreichen Arbeitstreffen und Abstimmungsgesprächen mit den ehrenamtlichen Akteurinnen und Akteuren, mit Vertreterinnen und Vertretern der betreffenden Kommunen und Städte, mit Abgeordneten des Sächsischen Landtages

und der Sächsischen Staatsregierung sowie mit der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien wurden Gedenkstättenkonzepte, Förderschritte und konstituierende Maßnahmen erörtert und auf den Weg gebracht.

Der Prozess der Überführung der Gedenkstätte Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wurde von der Stiftungsgeschäftsstelle zusammen mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein weiter vorangebracht, in enger Kooperation mit dem für den Aufbau zuständigen Gedenkstättenverein und der in großem



Maße unterstützenden Gemeinde Großschweidnitz. So konnte im Juni 2021 gemeinsam mit allen am Gedenkstättenaufbau beteiligten Akteurinnen und Akteuren der Grundstein für den Neubau der Gedenkstätte Großschweidnitz gelegt werden. Im November 2021 stimmte das Sächsische Regierungskabinett der Übernahme der Gedenkstätte Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung zu. Die Gedenkstätte soll gemeinsam mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein im Verbund an die nationalsozialistischen Krankenmorde erinnern. Dieser Verbund ist bundesweit einzigartig und stärkt die Forschung und Erinnerungskultur. Neben der Schaffung vertraglicher Grundlagen umfasst dieser Vorgang auch die gemeinsame Erarbeitung von Ausstellungsinhalten und pädagogischen Projekten. Die Übernahme der Gedenkstätte in Stiftungsträgerschaft sichert ihren dauerhaften Betrieb und unterstützt die historisch-politische Bildungsarbeit der Stiftung. Der Stiftungsrat hatte die Übernahme der Gedenkstätte bereits im Dezember 2020 beschlossen. Die Überführung einer Gedenkstätte in Stiftungsträgerschaft ist seit Gründung der Stiftung im Jahr 1994 bislang einmalig.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Verantwortlich für die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, einschließlich der Gedenkstätten in ihrer Trägerschaft, ist die Geschäftsführung. Damit wird eine einheitliche Außenkommunikation und Darstellung der Einrichtungen der Stiftung ermöglicht. Die öffentliche Präsentation folgt einem aufeinander abgestimmten Corporate Design, das den Wiedererkennungswert der zur Stiftung Sächsische Gedenkstätten gehörenden Arbeitsstellen fördert.

Die Website der Stiftung Sächsische Gedenkstätten informiert über die Aufgaben und den Zweck der Stiftung sowie die Angebote der Arbeitsstellen; sie dient als Online-Wissensspeicher und digitales Vermittlungsangebot. Neben allgemeinen Informationen zur Arbeit der Stiftung, zu Fördermöglichkeiten und zu Neuigkeiten aus der erinnerungskulturellen Landschaft des Freistaates Sachsen informiert die Website auch über die Geschichte der historischen Orte und dokumentiert Haftschicksale. Die Website samt aller zum Teil projektbezogenen Unter- und Nebenseiten ist ein wesentliches Instrument der Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung und ihrer Gedenkstätten bzw. Arbeitsstellen.

Neben der Website der Stiftung als Maßnahme der Öffentlichkeitsarbeit wird auch ein Newsletter versendet. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten veröffentlichte im Berichtszeitraum 15 Ausgaben dieses Mediums mit durchschnittlich 30 bis 50 Verweisen auf Beiträge, Projekte und

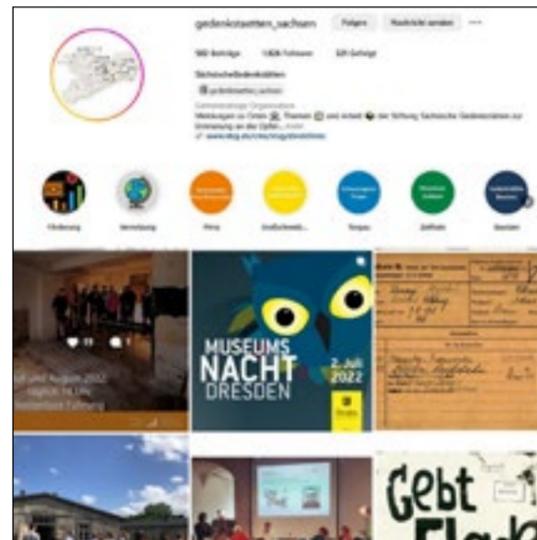


YouTube-Kanal der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Medienberichte. Alle veröffentlichten Newsletter sind auf der Website aufrufbar und werden an einen Abonniertenkreis per E-Mail verschickt. In Berichtszeitraum umfasste dieser rund 700 Abonnements.

Um laufend über die Arbeit der Gedenkstätten in Stiftungsträgerschaft und anderer Erinnerungsorte im Freistaat Sachsen zu informieren, werden auf der Website der Stiftung aktuelle Meldungen, Veranstaltungsangebote, gedenkstättenpädagogische Formate und Informationen zu den historischen Orten veröffentlicht. Im Berichtszeitraum wurden hier rund 290 Meldungen publiziert, die über mehrere zentrale und arbeitsstellenbezogene Presseverteiler multipliziert wurden.

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten war im Berichtszeitraum auf vier Social-Media-Kanälen (Twitter, Facebook, Instagram und YouTube) vertreten und konnte damit ihre digitale Reichweite weiter ausbauen. Sowohl die Website der Stiftung als auch die Kanäle in den sozialen Medien verzeichneten weiterhin steigende Zugriffszahlen. Die Social-Media-Kanäle der Stiftung sind ein wesentliches Instrument der Öffentlichkeitsarbeit. Sie informieren die Öffentlichkeit über Neuigkeiten aus der Stiftung und ihrem Umfeld, kündigen Veranstaltungen an, unterstützen den Erinnerungsauftrag (bspw. in Form von Kalenderblättern oder veröffentlichten Biografien) und dienen der bundes- und europaweiten Vernetzung sowie der Teilnahme an einrichtungsübergreifenden Kampagnen (wie bspw. #LichterGegenDunkelheit).



Instagram-Kanal der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Verstärkt wurde die Reichweite der Stiftung im digitalen Raum und im Internet insbesondere durch arbeitsstellenbezogene Maßnahmen bzw. neue Angebote wie Datenbanken, Videocontent, virtuelle Führungen usw. Die Zugriffszahlen auf die arbeitsstellenbezogenen Websites werden in den entsprechenden Kapiteln dieses Tätigkeitsberichts abgebildet. Aus technischen Gründen wurde das Website-Tracking ab 2021 anders durchgeführt als in den Jahren zuvor, bei der Dokumentationsstelle geschah dies bereits seit 2019. Jeder Website-Zugriff wird registriert, sofern von den Nutzerinnen und Nutzern erlaubt. In der Gesamtstatistik bleiben dabei aber die Nutzungstrends bzw. Zugriffszahlen abgebildet.

Der Launch des Stiftungskanals auf der Streaming- und Social-Media-Plattform YouTube war im Januar 2021. Der Kanal erreichte sehr schnell mehr als 1000 Abonnements – eine für diesen Kanal hinsichtlich Reichweite und Sichtbarkeit wichtige Kenngröße. Vor allem die auf dem Kanal präsentierten Imagefilme der Stiftungsarbeitsstellen, Videoclips mit Gesprächen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen wie auch die von der Gedenkstätte Bautzen live gestreamten Führungen nutzten das Potenzial der Social-Media-Plattform für die Öffentlichkeitsarbeit der Stiftung.

Auf Twitter stieg die Zahl der Nutzerinnen und Nutzer des Stiftungskanals auf 1700 an. Die seit 2018 bestehende Facebookseite der Stiftung hielt die Abonniertenanzahl 2021 und 2022 bei rund 1200 Personen und Einrichtungen. Der seit Januar 2020 betriebene Instagram-Kanal der Stiftung Sächsische Gedenkstätten veröffentlichte regelmäßig zwei bis drei Meldungen pro Woche. Die Inhalte stammen aus Zuarbeiten der Stiftungsarbeitsstellen und aus dem Bereich der zentralen Öffentlichkeitsarbeit der Geschäftsstelle. Der Stiftung folgten im Berichtszeitraum dort mit starkem Wachstumstrend rund 1500 Nutzerinnen und Nutzer.

Publikationen

In drei eigenen Schriftenreihen veröffentlicht die Stiftung Sächsische Gedenkstätten wissenschaftliche Publikationen zu den Themenbereichen der Gedenkstätten im Freistaat Sachsen im Sinne des Stiftungszwecks. In der Reihe „Lebenszeugnisse – Leidenswege“ stehen biografische oder autobiografische Berichte von Opfern politischer Gewaltherrschaft im Mittelpunkt. Die Reihe erscheint in Zusammenarbeit mit dem Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V. an der Technischen Universität (TU) Dresden im Eigenverlag. Die „Schriftenreihe der Stiftung Sächsische Gedenkstätten“ beinhaltet Monografien mit Überblicks- und Gesamtdarstellungscharakter, Ausstellungsbegleitleitbände und Ausstellungskataloge. Im Mittelpunkt stehen dabei die Gedenkstätten in eigener Trägerschaft der Stiftung. Die Reihe erscheint in der Regel im Sandstein Verlag Dresden. In der Reihe „Zeitfenster“ veröffentlicht die Stiftung Sächsische Gedenkstätten Studien zu speziellen Aspekten der von der Stiftung betreuten historischen Orte sowie Tagungs- und Dokumentenbände. Die Reihe erscheint im Universitätsverlag Leipzig. Seit 2016 gibt die Stiftung Sächsische Gedenkstätten zusätzlich die Hefreihe „Den Opfern ihren Namen geben“ mit biografischen Porträts von Opfern der nationalsozialistischen „Euthanasie“-Morde in Sachsen heraus. Die Reihe erscheint im Eigenverlag, die Hefte können kostenfrei im Webshop der Stiftung bezogen werden.



Publikationen der Reihe „Den Opfern ihren Namen geben“

Folgende Neuerscheinungen gab es 2021 und 2022 in der Reihe „Den Opfern ihren Namen geben“:

- Heft 44 zu Elisabeth Chalybäus (1861–1940)
- Heft 45 zu Anna Westphal (1888–1940)
- Heft 46 zu Eckhard Goldenberg (1937–1943)
- Heft 47 zu Gertrud Fleck (1870–1940)
- Heft 48 zu Martha Bönecke (1890–1940)
- Heft 49 zu Maria Annus (1881–1943)
- Heft 50 zu Oswald Eifler (1895–1940)
- Heft 51 zu Ksenia Sarafanowa (1920–1944)
- Heft 52 zu Elsa Strohm (1892–1940)
- Heft 53 zu Lucia Dampmann (1900–1942)
- Heft 54 zu Rosa Tützer (1891–1941)

Vorbereitung, Durchführung und Nachbereitung der Sitzungen der Stiftungsgremien

Die Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten treten in der Regel zweimal im Jahr zu halb- bis ganztägigen Sitzungen zusammen, um ihren jeweiligen Zuständigkeiten entsprechend zu den Arbeitsbereichen der Stiftung Stellung zu nehmen oder in Grundsatzangelegenheiten Entscheidungen zu treffen. Die inhaltliche und organisatorische Vorbereitung der Gremiensitzungen sowie deren Nachbereitung liegen im Verantwortungsbereich des Geschäftsführers und der von ihm geleiteten Geschäftsstelle in Dresden.

Der Stiftungsrat traf 2021 vier Mal im Rahmen von Sitzungen zusammen. Neben der üblichen Frühjahrs- und Herbstsitzung gab es im März 2021 sowie im Juli 2021 Sondersitzungen des Rates. Anlässe dafür waren die Wahl des neuen Geschäftsführers der Stiftung sowie der Beschluss des Stiftungshaushaltes 2021 im Zuge der Umsetzung der vom Sächsischen Landtag im Doppelhaushalt 2021/22 beschlossenen Maßnahmen zur Förderung der Stiftung. Der Stiftungsrat und der Wissenschaftliche Beirat fanden im Berichtszeitraum jährlich jeweils zwei Mal zu Sitzungen zusammen.

Die Sitzungsorte der Gremien waren unter anderem die Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck, die Gedenkstätte KZ Sachsenburg, der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis und andere Erinnerungsorte im Freistaat. Pandemiebedingt fanden zudem einige Gremiensitzungen im Jahr 2021 digital per Videokonferenzschaltung statt. Im Rahmen der Präsenzsitzungen nutzten die Mitglieder der Stiftungsgremien die Gelegenheit, sich vor Ort einen unmittelbaren Eindruck von der Entwicklung und der aktuellen Arbeit der von der Stiftung betriebenen oder geförderten Gedenkstätten zu verschaffen. Regelmäßig wurden vor Beginn der Sitzungen Führungen durch Gedenkstätten an historischen Orten angeboten.

Der Stiftungsrat entscheidet in allen grundsätzlichen Angelegenheiten der Stiftung. Ihm gehören 17 Mitglieder an. Der Stiftungsrat überwacht die Geschäftsführung und entlastet den Geschäftsführer. Der oder die Vorsitzende sorgt für die Einleitung der Überprüfungen aller Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder der Organe nach § 5 Abs. 2 SächsGedenkStG (Eignung für die Tätigkeit im Öffentlichen Dienst des Freistaates Sachsen gemäß Artikel 119 der Verfassung des Freistaates Sachsen).

Der Stiftungsbeirat nimmt insbesondere Stellung zu den für die Stiftungsarbeit relevanten Themen (Gedenkstätten- und Ausstellungskonzeptionen, Förderschwerpunkte etc.). Dabei berücksichtigt er in besonderem Maße die Interessen der Opfer und ihrer Hinterbliebenen sowie die gesellschaftliche Relevanz. Dem Stiftungsbeirat gehören bis zu 20 Mitglieder an. Die inhaltlich im Sinne des Stiftungszwecks tätigen Opferverbände, Aufarbeitungsinitiativen, Kirchen und Religionsgemeinschaften können je eine Vertreterin oder einen Vertreter in den Stiftungsbeirat entsenden.

Der Stiftungsrat beschloss im Dezember 2022 in seiner 61. Sitzung ein novelliertes Verfahren zur Berufung von Mitgliedern in den Stiftungsbeirat („Pool-Modell“). Damit soll in diesem Gremium künftig eine größere Vielfalt abgebildet werden, die den gesellschaftlichen Realitäten besser als bislang entspricht. Neben den für die Stiftungsarbeit wichtigen Gedenkstätten und Opferverbänden sollen künftig weitere für die Gedenkstättenarbeit relevante Institutionen eingeladen werden, um verstärkt auch Perspektiven unter anderem von Jugendlichen, von Menschen mit Behinderung und von international tätigen Gedenkstätten einbeziehen zu können.

Der Wissenschaftliche Beirat erarbeitet Empfehlungen zur Arbeit der Stiftung und begutachtet die von der Stiftung erstellten Konzeptionen (Projekte, Ausstellungs-drehbücher sowie Konzeptionen von Gedenkstätten und Dokumentationen). Ebenso begutachtet er Konzeptionen von geförderten Gedenkstätten in freier Trägerschaft und von im Aufbau befindlichen Gedenkstätten. Er besteht aus fünf Sachverständigen.

Haushalt und Verwaltung

Die Gedenkstätten Bautzen, Münchner Platz Dresden und Pirna-Sonnenstein, das Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau sowie die Geschäftsstelle der Stiftung wurden in den Jahren 2019 und 2020 über die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien (BKM) zu bis zu 50 Prozent vom Bund gefördert. Die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain sowie die Dokumentationsstelle Dresden wurden – mit Ausnahme von projektbezogenen Zuweisungen – vollständig aus Mitteln des Freistaates Sachsen finanziert.

Zusätzliche Fördermittel für eigene Projekte der Stiftung kamen für die Erarbeitung einer neuen Dauerausstellung im DIZ Torgau (Förderung durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie das Sächsische Staatsministerium für Wissenschaft, Kultur und Tourismus) zum Einsatz. Das Drittmittel-Forschungsprojekt „Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ...‘ – Urteile sowjetischer Militärtribunale (SMT) in Dresden“ der Dokumentationsstelle Dresden mit den Gedenkstätten Münchner Platz Dresden und Bautzner Straße Dresden als Kooperationspartnerinnen wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kofinanziert. Einnahmen erzielt die Stiftung durch den Verkauf von Publikationen, Spenden sowie Entgelten für Führungen und pädagogische Angebote gegenüber privaten Gruppen (Reisegruppen, Privatführungen usw.).

Auch in den Jahren 2021 und 2022 konnten durch die Stiftung Mittel aus dem Maßnahmenpaket der Sächsischen Staatsregierung zur Stärkung der politischen Bildungsarbeit und zur Förderung der Demokratie und des gesellschaftlichen Dialogs für diesbezügliche eigene Vorhaben der Stiftung und auch für verschiedene Maßnahmen Dritter eingesetzt werden.

Die Ausgaben der Stiftung umfassen hauptsächlich die Bereiche Personal- und Sachausgaben in den einzelnen Stiftungsarbeitsstellen sowie als dritten großen Block die Förderung Dritter im Rahmen von institutionellen Förderungen und einzelnen Projektförderungen.



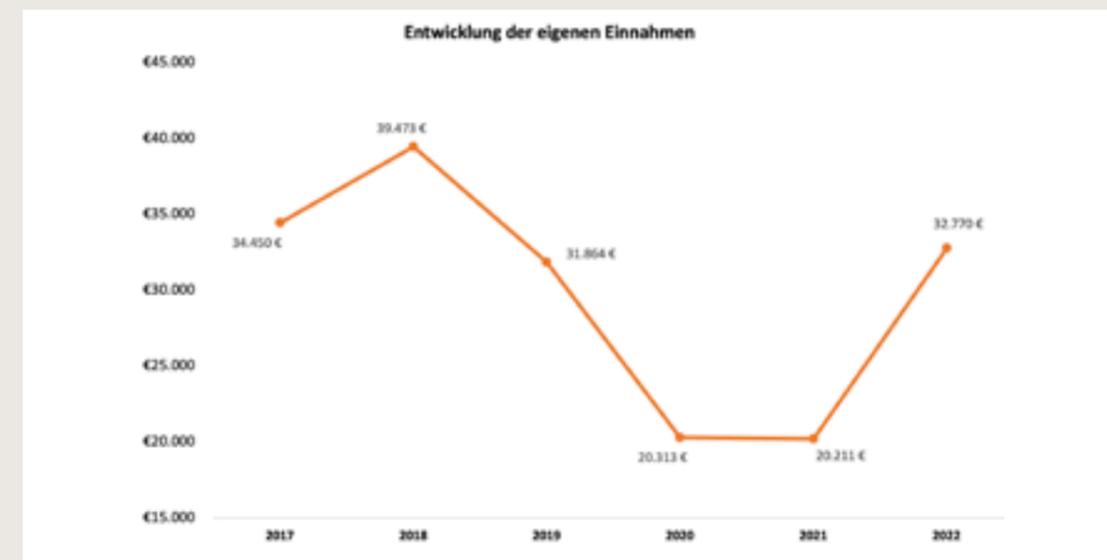
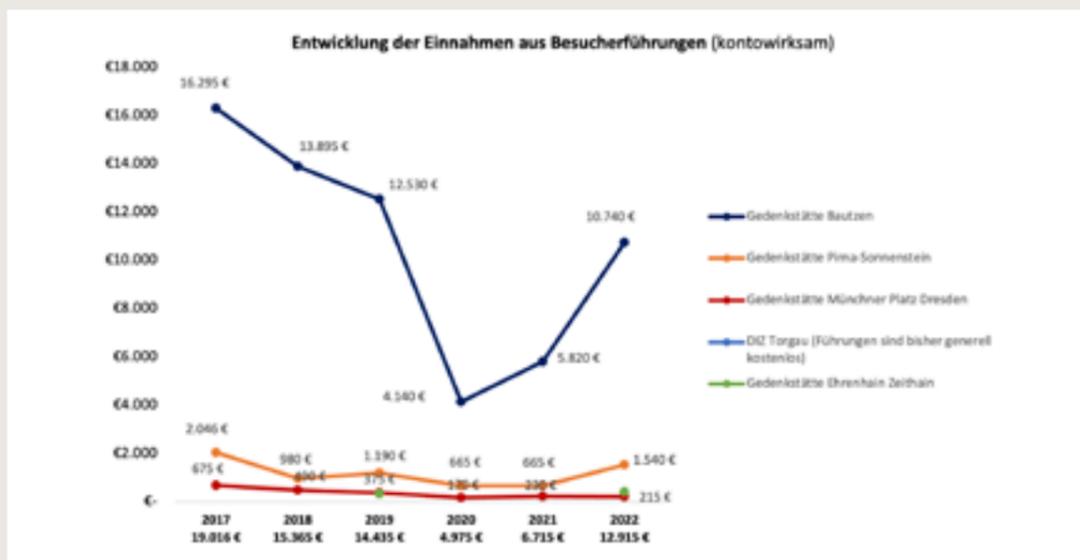
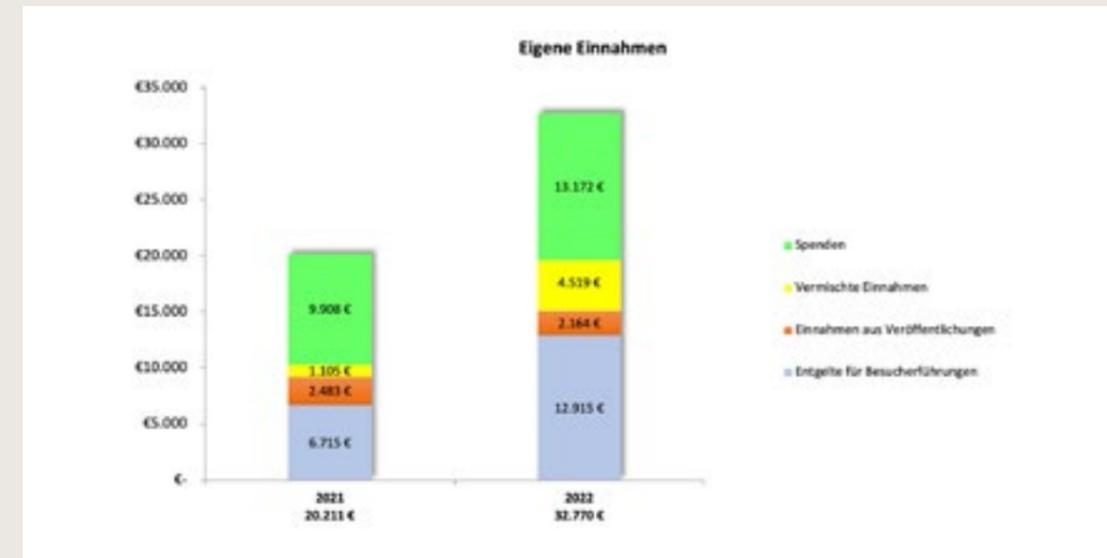
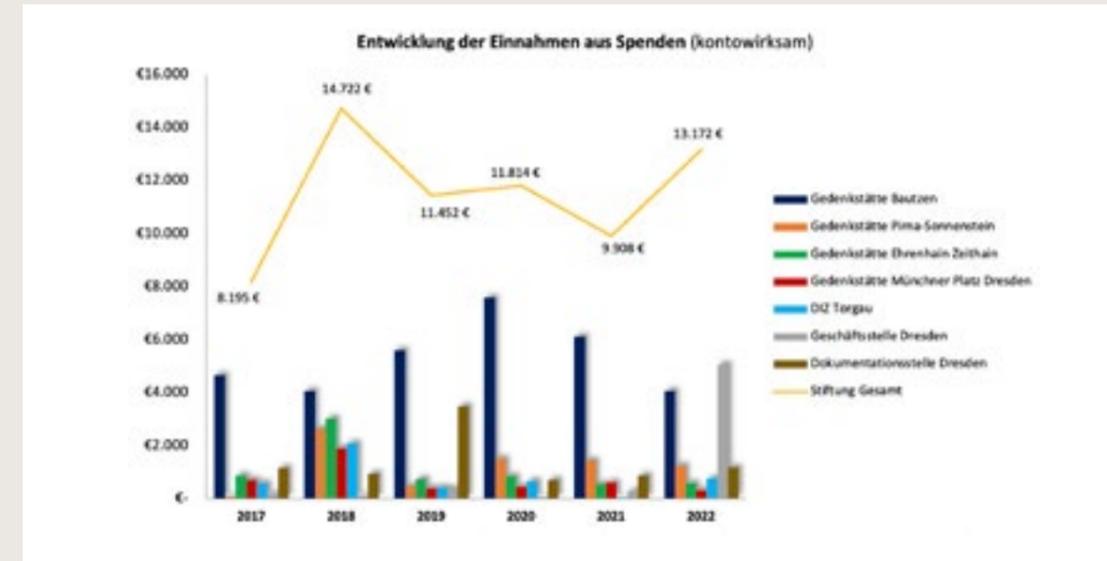
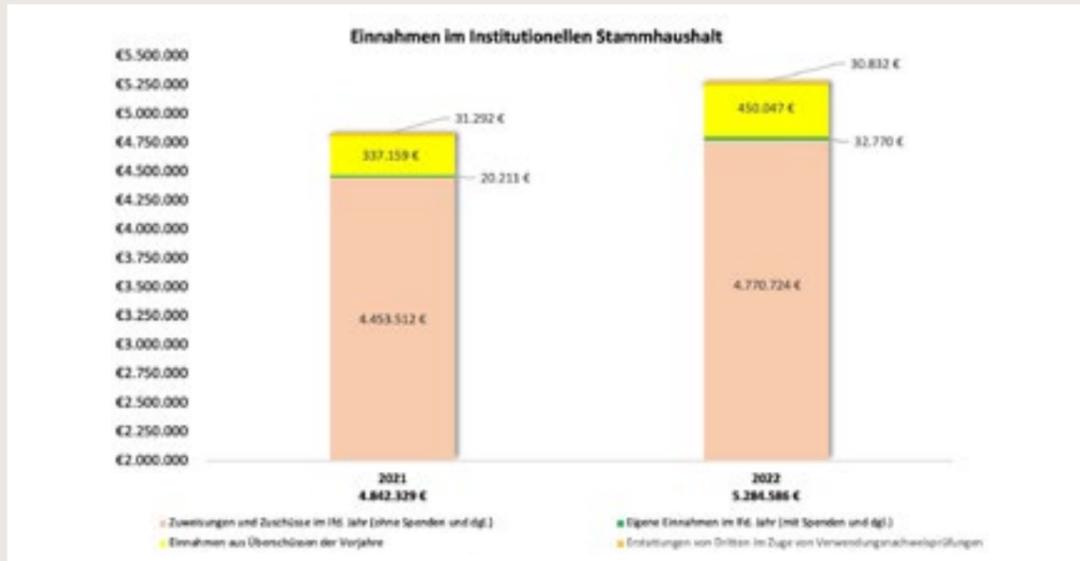
Geschäftsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Nach der vom Stiftungsrat beschlossenen Förderrichtlinie förderte die Stiftung auch Gedenkstätten und Einrichtungen in freier Trägerschaft dauerhaft sowie Initiativen oder Privatpersonen oder projektbezogen im Sinne des Stiftungszwecks aus Mitteln des Freistaates Sachsen. In den Kapiteln dieses Tätigkeitsberichts zu den dauerhaften Förderungen und den Projektförderungen werden die einzelnen Fördersummen nach Einrichtungen bzw. Trägern und Projekten aufgeschlüsselt sowie Maßnahmen und Entwicklungen der Erinnerungsorte im Berichtszeitraum erläutert. Exemplarisch dargestellte Projekte sollen die Vielfalt der geförderten Vorhaben und Träger verdeutlichen.

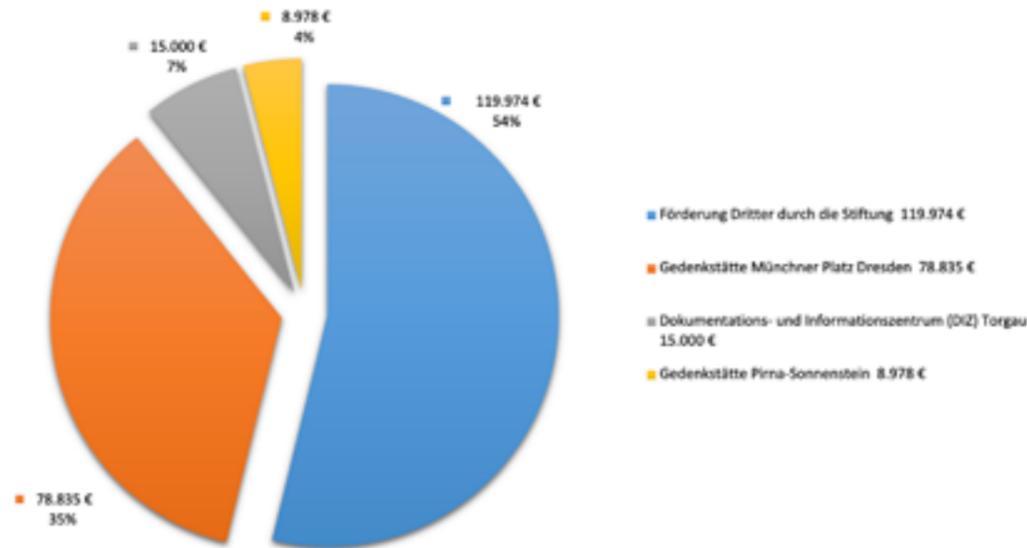
Für die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig mit dem Museum im „Stasi-Bunker“ Machern (Träger: Bürgerkomitee Leipzig e. V.) wurde zusätzlich eine Bundesförderung (BKM) durch die Stiftung ausgereicht. Hinzu kamen weitere Fördermittel für die im Zuge der Novellierung des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes

mit Stand vom 16. Dezember 2012 neu benannten sowie für darüber hinaus beabsichtigten Gedenkstättenprojekte wie die Gedenkstätte Großschweidnitz, die ehemalige Frauenhaftanstalt Hoheneck, das ehemalige Konzentrationslager Sachsenburg und einen neu zu schaffenden Gedenkort auf dem Kaßberg in Chemnitz. Mithilfe der Zuwendungen der Stiftung konnten im Berichtszeitraum im Rahmen umfangreicher Projektförderungen Maßnahmen zur Unterstützung dieser im Aufbau befindlichen Gedenkstätten unternommen werden, die einen Grundbetrieb ermöglichten, wissenschaftliches und/oder koordinierendes Personal für die Aufbauprojekte finanzierte sowie zum Teil auch die zeitweilige Öffnung der Orte für Publikumsverkehr oder Veranstaltungen gewährleisteten.

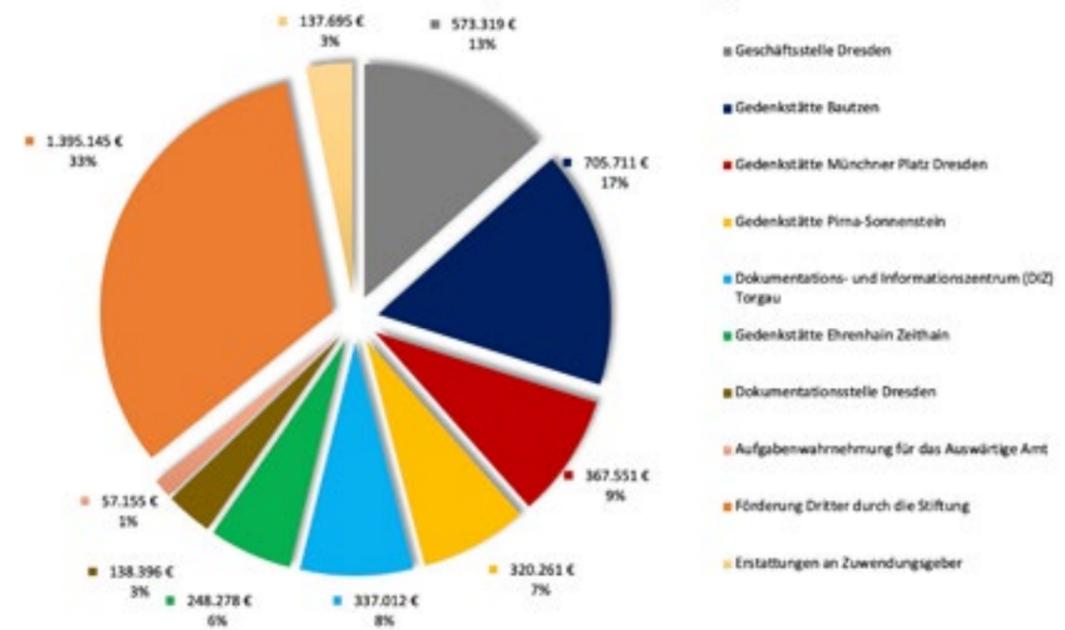
Die Gesamtfördersummen und das Verhältnis der von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten für die Förderung Dritter aufgewendeten Mittel zum Gesamthaushalt der Stiftung können aus der folgenden Darstellung abgelesen werden.



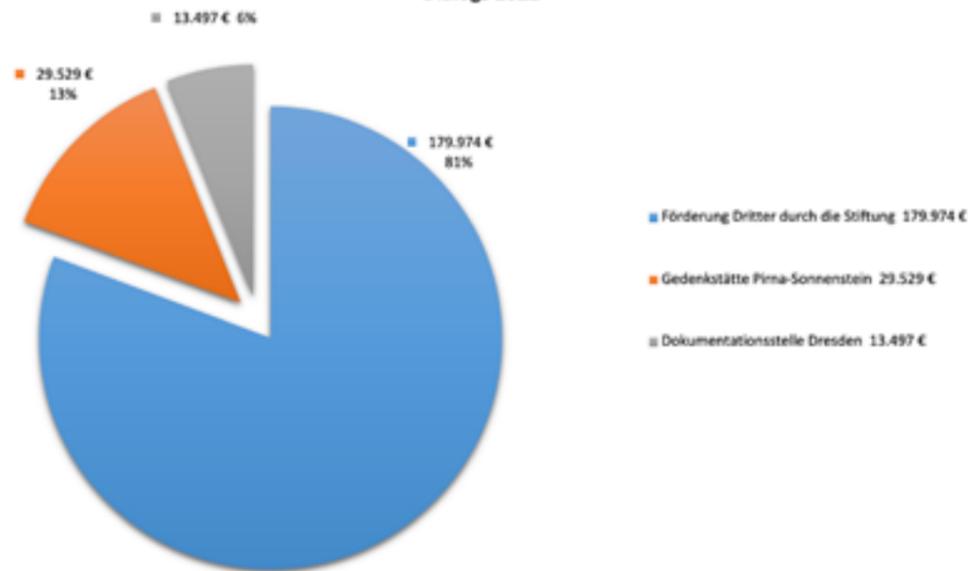
Ausgaben im Rahmen des Maßnahmenpakets der Sächsischen Staatsregierung zur Stärkung der politischen Bildungsarbeit und zur Förderung der Demokratie und des gesellschaftlichen Dialogs 2021



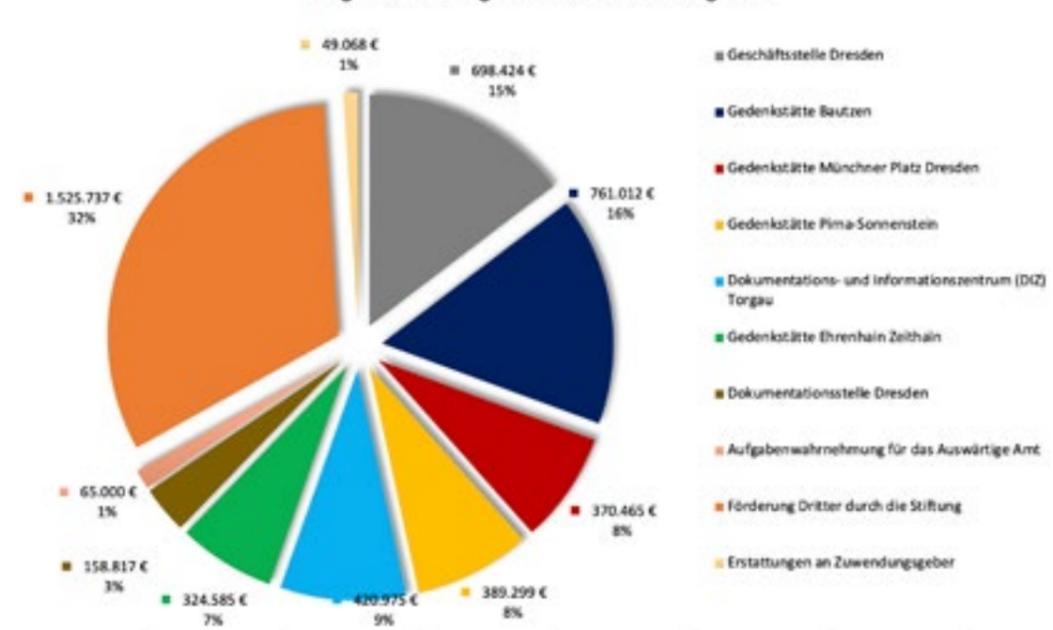
Ausgabenverteilung im Haushalt der Stiftung 2021

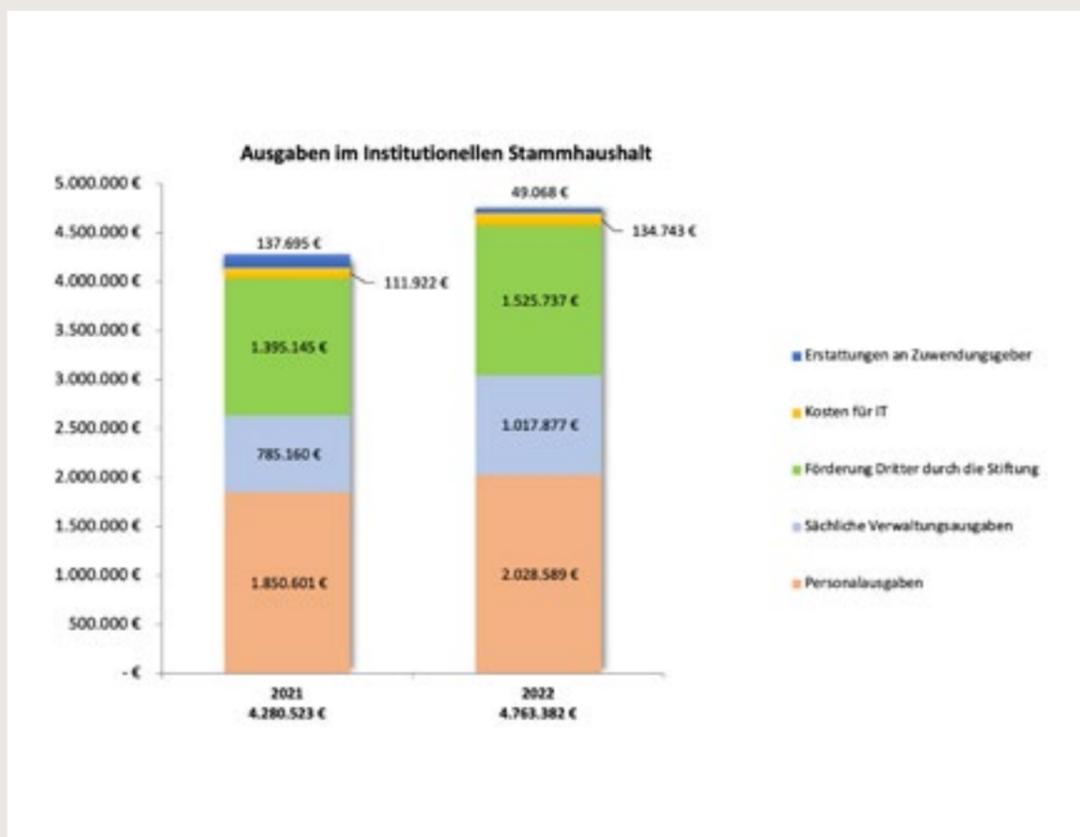
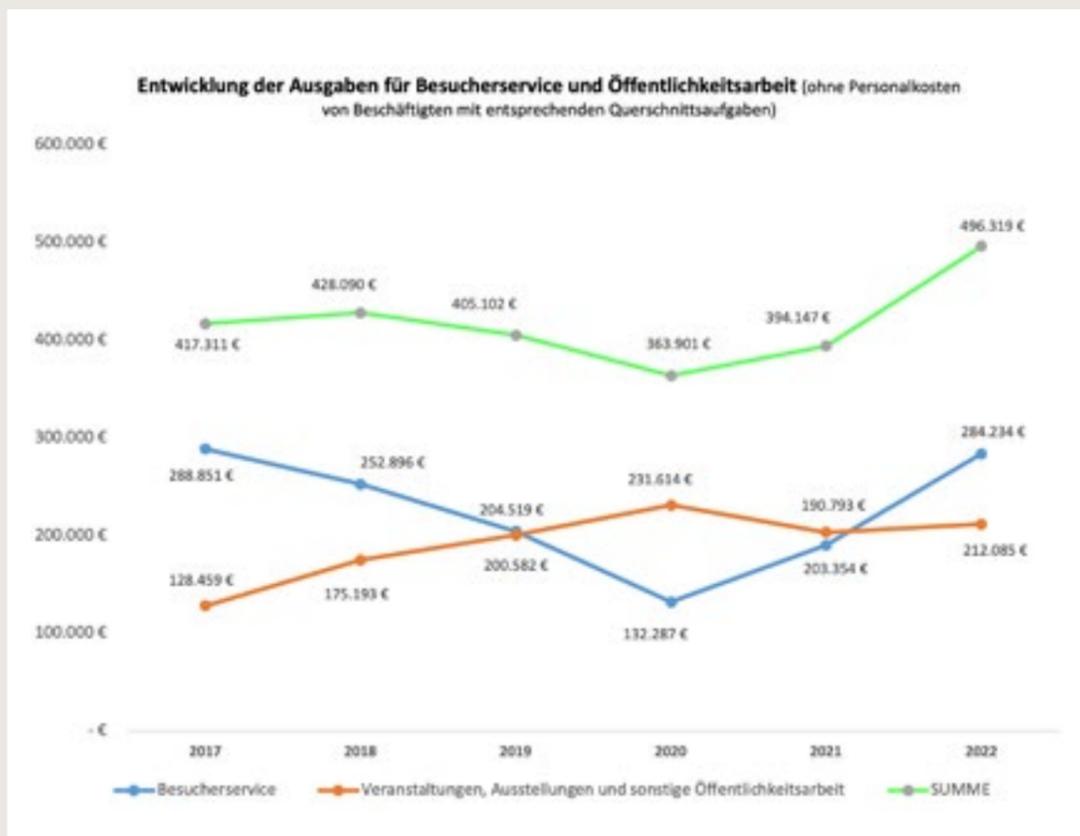


Ausgaben im Rahmen des Maßnahmenpakets der Sächsischen Staatsregierung zur Stärkung der politischen Bildungsarbeit und zur Förderung der Demokratie und des gesellschaftlichen Dialogs 2022



Ausgabenverteilung im Haushalt der Stiftung 2022





Beschäftigungsverhältnisse Institutioneller Stammhaushalt zum 31.12.	2021	2022
Beschäftigte auf Planstellen	20*	29**
geringfügige Beschäftigungen außerhalb von Planstellen	2	7
Geförderte Beschäftigungsmaßnahmen	3	3
sonstige Drittmittelbeschäftigte	1	2
<i>Teilsumme zum 31.12.</i>	<i>36</i>	<i>41</i>

Beschäftigungsverhältnisse Projekthaushalt zum 31.12.	2021	2022
Projektmittelbeschäftigte	2	3
<i>Teilsumme zum 31.12.</i>	<i>2</i>	<i>3</i>

Freiwilligendienste zum 31.12.	2021	2022
Bundesfreiwilligendienst	–	1
FSJ Politik und FSJ Kultur	4	3
<i>Teilsumme zum 31.12.</i>	<i>4</i>	<i>3</i>

Gesamtzahl Beschäftigungsverhältnisse im Globalhaushalt zum 31.12.	2021	2022
	42	48

* Davon 11 in Teilzeit und 19 in Vollzeit.

** Davon 10 in Teilzeit und 19 in Vollzeit.

Personalausstattung und Personalentwicklung

In der Stiftung bestanden zum 31. Dezember 2021 insgesamt 42 arbeitsvertragliche Beschäftigungsverhältnisse. Bis zum 31. Dezember 2022 stieg diese Zahl auf 48. Dabei handelte es sich überwiegend um Beschäftigte in den Planstellen der Stiftung, aber auch um vorübergehend in einzelnen Projekten tätige Projektmitarbeiterinnen und -mitarbeiter sowie geringfügig beschäftigtes Personal. Hinzu kamen Beschäftigungen im Rahmen von Freiwilligendiensten (Bundesfreiwilligendienst, FSJ Kultur und FSJ Politik). Auch ausbildungsbegleitende Praktika wurden in den Gedenkstätten und Einrichtungen in Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten durchgeführt.

Wie bereits in den Vorjahren konnten auch im Berichtszeitraum für die Publikumsbetreuung in den Ausstellungsbereichen einzelner Gedenkstätten zusätzliche Beschäftigungsmaßnahmen im Rahmen von Programmen der Bundesagentur für Arbeit zur Förderung von Arbeitsverhältnissen durchgeführt werden. Die Stiftung ist auch weiterhin bemüht, es den hierfür in Frage kommenden Menschen zu ermöglichen, einen Einblick in die Arbeit der Gedenkstätten zu nehmen und diese mitzugestalten. Neben der laufenden Personalverwaltung wurden durch die Geschäftsstelle der Stiftung in den Jahren 2021 und 2022 unter Einbeziehung des Personalrates und der Frauenbeauftragten insgesamt 39 Personalvorgänge (Einstellungs- oder Vertragsänderungsverfahren) durchgeführt. Zudem fanden in beiden Jahren insgesamt 27 Weiterbildungsmaßnahmen statt.

DOKUMENTATIONSSTELLE DRESDEN

Dülferstraße 1 | 01069 Dresden
 Telefon 0351 4695547 | Fax 0351 4695541
 auskunft.dokstelle@stsg.de
 www.dokst.de

Die Dokumentationsstelle Dresden hilft, die Verfolgungsgeschichte und den Verbleib von Menschen zu klären, die während der nationalsozialistischen Diktatur oder in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (SBZ) und in der DDR ihrer Freiheit oder ihres Lebens beraubt worden sind. Sie erteilt Auskünfte an Angehörige, öffentliche Stellen, Journalistinnen und Journalisten, Gedenkstätten, Historikerinnen und Historiker, Heimatforschende und Aufarbeitungsinitiativen. Im Auftrag des Auswärtigen Amtes unterstützt die Dokumentationsstelle Bemühungen um die Rehabilitierung von Deutschen, die von sowjetischen Organen zu Unrecht aus politischen Gründen verfolgt wurden. Als wissenschaftliche Einrichtung erschließt die Dokumentationsstelle historische Unterlagen und vermittelt die Ergebnisse in die Öffentlichkeit – über Online-Datenbanken, Gedenkbücher, Erinnerungsberichte oder geschichtswissenschaftliche Studien. Bundesweit einzigartig ist die Sammlung von Unterlagen zu Deutschen, die nach 1945 von sowjetischen oder DDR-Straforganen verfolgt worden sind, zum Beispiel Internierte in sowjetischen Speziallagern oder von sowjetischen Militärtribu-

nalen (SMT) verurteilte Zivilisten und Soldaten. Weitere Sammlungsschwerpunkte sind Unterlagen zu Grabstätten sowjetischer Bürger in Sachsen, zu Angehörigen der Roten Armee in deutscher Kriegsgefangenschaft und zu frühen NS-Konzentrationslagern (1933–1937) in Sachsen. Durch ihre Arbeit hält die Dokumentationsstelle die Erinnerung an die Verfolgten wach und befördert die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit in Familie und Gesellschaft.

Den Verfolgten Namen und Gesicht geben – die Webseiten www.dokst.de und www.smt-dresden.de

Die Webseiten der Dokumentationsstelle sind das zentrale Instrument zur Vermittlung ihrer Arbeitsergebnisse in die Öffentlichkeit. Im Berichtszeitraum erfolgten in erster Linie umfangreiche inhaltliche Erweiterungen, insbesondere im Hinblick auf die Veröffentlichung von digitalisierten Dokumenten, von Daten verfolgter Frauen und Männer (Strafnorm, Gerichtsort, verurteilendes Gericht) sowie von ausformulierten Kurzbiografien.

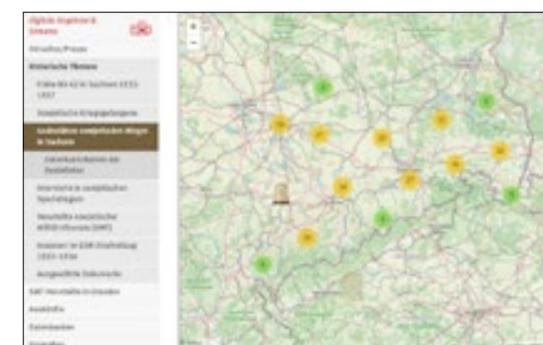
Etwa drei Millionen Einträge können auf www.dokst.de nach Namen und Geburtsort durchsucht werden. Die Einträge sind tagesaktuell, das heißt, sie sind immer auf dem neuesten Stand der Personenrecherchen. Auf der Website und auf dem YouTube-Kanal der Stiftung wurden ein Informationsvideo zur Arbeit der Dokumentationsstelle sowie zwei Videotutorials veröffentlicht, die Nutzerinnen und Nutzern den Zugang zu ihren Online-Angeboten erleichtern. Die ein- bis vierminütigen Videoclips geben einen Überblick über die Arbeitsbereiche der Dokumentationsstelle und erklären auf anschau-



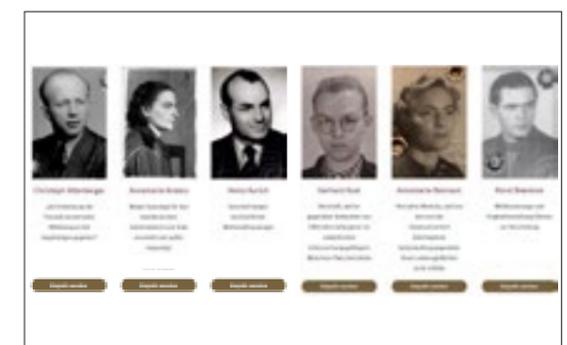
liche Weise am konkreten Beispiel der Rehabilitierung die Möglichkeiten der Personenrecherche sowie das Verfahren der Online-Antragstellung. Das Informationsvideo liegt auch in einer russischen Fassung vor, die gezielt auf die Bedürfnisse russischsprachiger Nutzerinnen und Nutzer zugeschnitten ist.

Neben den sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam sind die frühen NS-Konzentrationslager in Sachsen ein weiterer Schwerpunkt der Arbeit der Dokumentationsstelle zur Erinnerung an NS-Opfer. Anlässlich des Tages des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2021 machte die Dokumentationsstelle Namen und Personendaten zu Insassen früher nationalsozialistischer

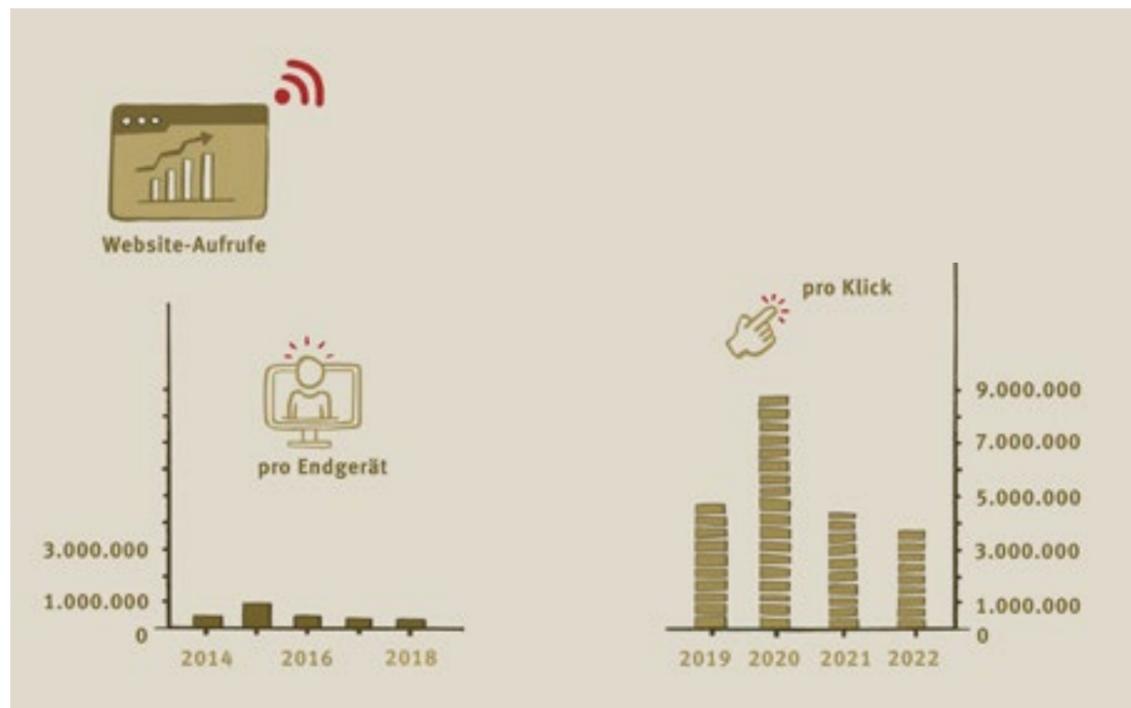
Konzentrationslager in Sachsen aus ihrer Datenbank auf der Website www.stsg.de/fruehe-kz öffentlich zugänglich. 14 ausführliche Lebensbilder veranschaulichen exemplarisch die Bandbreite der Haftschicksale. Die Datenbank der Dokumentationsstelle umfasst zurzeit rund 2500 namentliche Einträge zu Insassen der frühen NS-Konzentrationslager in Sachsen. Den Schwerpunkt bilden Gefangene in den Lagern Sachsenburg, Hohnstein und Colditz. Die Informationen stammen unter anderem aus dem Bundesarchiv, den Arolsen Archives, dem Sächsischen Staatsarchiv und von Angehörigen.



Online-Map zu Grabstätten sowjetischer Bürger in Sachsen



Webseite zum Forschungsprojekt „SMT in Dresden“ mit ausgewählten Biographien



Die beträchtlichen Zugriffszahlen auf die Webseiten sowie die stetig wachsende Anzahl von Auskunfts-Anfragen zu Personen, die auf Online-Recherchen in den Datenbanken der Dokumentationsstelle zurückgeführt werden können, zeigen den Erfolg der konsequenten Umsetzung der Online-Strategie. Diese soll durch ein Pilotprojekt zur Digitalisierung weiterer russischer Unterlagen, das sich noch in der Konzeptionsphase befindet, weiter vorangetrieben werden.

Wahrnehmung von Aufgaben bei der Rehabilitierung deutscher Opfer sowjetischer strafrechtlich-politischer Verfolgung für das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland

Hunderttausende Deutsche wurden während des Zweiten Weltkriegs oder danach von sowjetischen gerichtlichen und außergerichtlichen Organen verfolgt, viele von ihnen zu Unrecht aus politischen Gründen verurteilt. Nach einem Gesetz der Russischen Föderation sind Überprüfung der Urteile und Rehabilitierung möglich. Das Auswärtige Amt übertrug im Mai 2008 dem Freistaat Sachsen und dieser der Dokumentationsstelle die Aufgabe der Betreuung von Personen, die ihre oder die Rehabilitierung Dritter auf Grundlage des oben genannten Gesetzes anstreben. Die Aufgabenwahrnehmung umfasst insbesondere die Beratung, die Übersetzung und Weiterleitung von Anträgen an russische Stellen, die Übersetzung der Bescheide und ihre Weiterleitung an die Antragsteller sowie Auskünfte an amtliche Stellen wie zum Beispiel Vermögensämter.

2021 wurden in Moskau 181 Anträge auf Urteilsüberprüfung eingereicht, 2022 waren es 186 Anträge. 2021 wurden 85 und 2022 40 aus Moskau erhaltene Bescheide zugestellt. Der Rückgang ist eine Folge der Corona-Pandemie und des russischen Angriffskrieges gegen die Ukraine.

Im Falle einer Rehabilitierung kann Einsicht in die Strafakte beantragt werden. Auf notariell beglaubigte Vollmacht übernimmt die Dokumentationsstelle der Stiftung diese Einsichtnahme vor Ort in Moskau. Aufgrund der Corona-Pandemie sowie des Ukraine-Krieges konnten im Berichtszeitraum keine Unterlagen im FSB-Archiv eingesehen werden.

Auf der Website www.stsg.de/cms/dokstelle/rehabilitierung/datenbank-rehabilitierte-verurteilte erhalten Nutzerinnen und Nutzer Zugriff auf mehr als 13.000 tagesaktuelle Datensätze zu erfolgten Rehabilitierungen. Neben den Personendaten und dem Verurteilungsdatum sind seit Dezember 2020 auch Rehabilitierungsbescheide abrufbar. Insgesamt wurden in den vergangenen vier Jahren mehr als 10.000 von ihnen digitalisiert und in die Datenbank importiert – damit öffentlich zugänglich gemacht. Dabei handelt es sich nur um jene Bescheide, die seitens des Auswärtigen Amtes nicht an Betroffene oder deren Angehörige zugestellt werden konnten, für deren Veröffentlichung eine Einverständniserklärung der Betroffenen oder Angehörigen vorliegt oder für die die Schutzfristen nach deutschem Archivrecht abgelaufen sind.

Am 3. November 2021 wurde gemeinsam mit der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden das Buch „Briefe aus dem Gulag“ von Meinhard Stark im Beisein des Autors vorgestellt.

Drittmittel-Forschungsprojekt „Im Namen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ...“ – Urteile sowjetischer Militärtribunale (SMT) in Dresden“ erfolgreich abgeschlossen

Die Ergebnisse des Forschungsprojekts zu SMT-Urteilen in Dresden sind auf der Webseite www.smt-dresden.de öffentlich zugänglich. Ziel des Projekts war es, sämtliche SMT-Urteile gegen Deutsche in Dresden zwischen 1945 und 1953 zu ermitteln, zu dokumentieren und wissenschaftlich auszuwerten. Die Gedenkstätten Münchner Platz Dresden und Bautzner Straße Dresden, die als Kooperationspartner beteiligt waren, können die Projektergebnisse für ihre Bildungs- und Vermittlungsarbeit nutzen. Das Projekt wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur kofinanziert.

Auf der Webseite werden zum einen die Namen derjenigen Verurteilten veröffentlicht, deren Verurteilung in Dresden als sicher gilt und zu denen weitere Informationen vorliegen. Diese stammen insbesondere aus russischen Archiven, aus dem Bundesarchiv sowie von Angehörigen. Insgesamt konnten etwa 2500 SMT-Urteile in Dresden ermittelt werden, 32 SMT-Verurteilte werden in Kurzbiografien genauer vorgestellt. Ein eigener Bereich der Webseite ist den Orten von Untersuchungshaft, Verurteilung und Strafverbüßung gewidmet. Zeittafeln von Ereignissen mit Bezug zum Thema sowie ein Glossar machen den historischen Kontext deutlich.

Im Frühjahr 2021 gingen die Kopien von 101 Gnaden gesuchten der in Dresden 1950–1952 durch SMT zum Tode Verurteilten Deutschen nebst Entscheidungsvorlagen des Obersten Gerichts für das Präsidium des Obersten Sowjets aus dem Staatsarchiv der Russischen Föderation (GARF)



Fachworkshop „Sowjetische Militärtribunale (SMT) und Sicherheitsorgane in der SBZ/DDR und Österreich. Neue Forschungen und Perspektiven“

ein. Diese wurden detailliert erfasst und ausgewertet. Am 7. März 2022 erschien zu dieser Gruppe ein ganzseitiger Beitrag vom Leiter der Dokumentationsstelle Dr. Bert Pampel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ).

Im Rahmen des Projektes konnten außerdem mehr als 1000 Seiten Kopien aus dem Russischen Staatlichen Militärarchiv (RGWA) erschlossen und in die Sammlung der Dokumentationsstelle zu Verurteilten sowjetischer Militärtribunale (SMT) integriert werden. Sie betreffen 21 Männer aus Sachsen, die nach ihrer Verurteilung durch sowjetische Militärgerichte zwischen 1947 und 1953 in Lager in der Sowjetunion deportiert wurden.

35 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 20 Gedenkstätten, Archiven, Forschungseinrichtungen und Opferverbänden zählte der am 12. Oktober 2022 von der Dokumentationsstelle Dresden gemeinsam mit der Stiftung Gedenkstätten Sachsen-Anhalt in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden im Rahmen des Projekts veranstaltete Fachworkshop „Sowjetische Militärtribunale (SMT) und Sicherheitsorgane in der SBZ/DDR und Österreich. Neue Forschungen und Perspektiven“. Erzielte insbesondere auf den fachlichen Austausch über neue Forschungsergebnisse, Forschungsansätze und Quellen zum Thema ab. 2023 erscheint ein Tagungsband mit den Beiträgen.

Im Berichtszeitraum wurden außerdem zwei Videointerviews mit Dresdner SMT-Verurteilten durchgeführt: mit dem 94-jährigen rehabilitierten SMT-Verurteilten Horst Hilbig und dem 93-jährigen SMT-Verurteilten Rudolf Jost. Beide Interviews sind auf dem YouTube-Kanal der Stiftung Sächsische Gedenkstätten aufrufbar. Das Interview mit Horst Hilbig hat auch in den Vereinigten Staaten Verbreitung erfahren, da die Töchter und Enkelkinder von Horst Hilbig dort leben.



Videointerview mit dem Dresdner SMT-Verurteilten Horst Hilbig



Arbeitstreffen Dokumentation in der KZ-Gedenkstätte Sachsenburg

Schicksalsklärung und Beauskunftung

Die Beantwortung von Anfragen ist das „Kerngeschäft“ der Dokumentationsstelle. Insgesamt gingen im Jahr 2021 1458 Anträge auf Auskunft zu Personen ein, im Jahr 2022 waren es 717 Anträge. Jeweils etwa ein Drittel bis die Hälfte der Anträge pro Jahr betrafen Personen, die in Speziallagern der sowjetischen Geheimpolizei interniert und/oder von SMT verurteilt worden waren.

2021 stammten 475 Anträge von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, Gedenkstätten, Aufarbeitungsinitiativen und Medien, 2022 waren es 149. Umfangreiche Auskünfte wurden unter anderem für Forschungs- und Gedenkprojekte zu Opfern sowjetischer Internierungs- und Verurteilungspraxis in Buchenwald, Zerbst sowie Torgau erteilt. Die anderen Anträge stammten von Angehörigen.

Auskunftsersuchen von Ämtern beziehen sich vor allem auf die Bereiche Vermögensrückgabe oder Haftentschädigung, aber auch auf die Strafverfolgung. Insgesamt lagen 2021 sechs und 2022 17 Anträge von Ämtern vor. Dazu zählten auch Amtshilfeersuchen von der Stadt Zittau im Zusammenhang mit der Neugestaltung einer Kriegsgräberstätte für gefallene oder in deutscher Gefangenschaft verstorbene sowjetische Soldaten sowie von der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen.

Die nach wie vor hohe Reputation der Dokumentationsstelle in Bezug auf die Schicksalsklärung zu sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschem Gewahrsam spiegelt auch der Besuch der Direktorin des Nationalarchivs der



Besuch der Direktorin des Nationalarchivs der Republik Kasachstan Sagila Nurlanova in der Dokumentationsstelle

Republik Kasachstan Sagila Nurlanova in der Dokumentationsstelle wider. Ihr Hauptinteresse richtete sich auf die in der Dokumentationsstelle gesammelten Informationen zu Kasachen, die als Angehörige der Roten Armee während des Zweiten Weltkriegs in deutsche Kriegsgefangenschaft gerieten. Etwa 400 Gefangene kasachischer Nationalität waren nach einer ersten Schätzung in Sachsen in deutscher Kriegsgefangenschaft.

Neben der Auskunfterteilung gehört die permanente Bearbeitung von Datensätzen in der zentralen Personendatenbank sowie deren ständige Optimierung zum Tagesgeschäft, was zwar öffentlich weniger sichtbar, jedoch unentbehrlich ist. Die Auswertbarkeit der Datenbank wurde insbesondere durch die enorm zeitaufwendige Vereinheitlichung der Felder „Gericht“ und „Gerichtsorte“ erheblich verbessert. Im Ergebnis werden zu den Verurteilten nunmehr auch Informationen über die Strafnorm, das verurteilende Gericht und den Gerichtsort auf der Webseite ausgegeben.

Am 28. September 2021 und am 28. Juni 2022 fanden von der Dokumentationsstelle organisierte Arbeitstreffen zum Aufgabenbereich „Dokumente – Auskünfte – Schicksalsklärung“ statt. Daran nahmen Beschäftigte der Stiftung und der von ihr institutionell oder auf Projektbasis geförderten Einrichtungen teil, die in diesem Arbeitsbereich aktiv sind. Das Arbeitstreffen dient der Vernetzung, dem fachlichen Erfahrungsaustausch und der Weiterbildung, etwa zu Sammlungs- und Personendatenbanken, Digitalisierungsaktivitäten und Archivierungsfragen.

Horst Leißring (1918–1955)

WIDERSTAND IM NATIONALSOZIALISMUS UND GEGEN DAS SED-REGIME

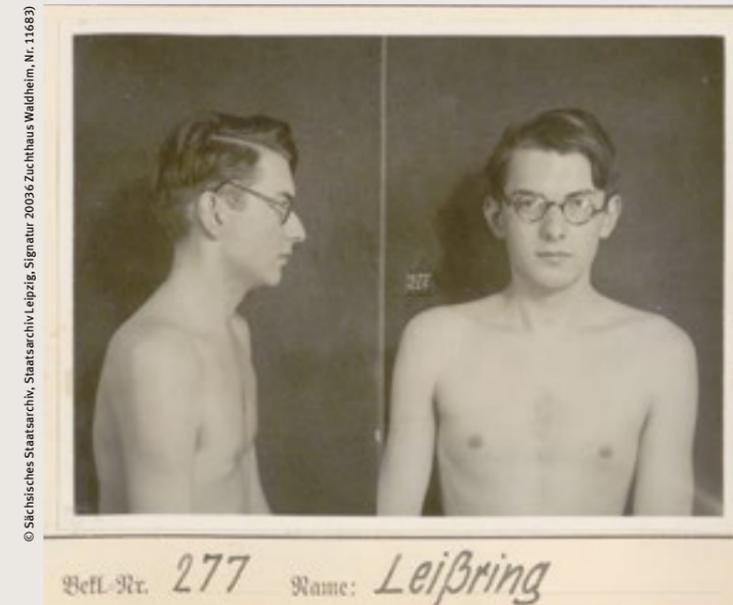
Horst Leißring wurde am 20. September 1918 in Dresden geboren. Seit 1928 besuchte er dort die Dreikönigsschule. Da er sich weigerte, der Hitlerjugend (HJ) beizutreten, wurde ihm 1933 nahegelegt, die Schule zu verlassen. Er begann daraufhin 1934 eine Ausbildung zum Maschinenbauer.

Wegen des Kontakts zu ehemaligen Angehörigen der inzwischen illegalen bündischen Jugend nahm ihn die Gestapo vom 26. August 1936 bis 23. Januar 1937 in sogenannte Schutzhaft im Polizeigefängnis Dresden. Nach seiner Entlassung bildete Horst Leißring – auch unter dem Eindruck seiner Haftzeit – eine Gruppe „sozialistischer Tendenz“ und wurde unter dem Vorwurf der konspirativen Arbeit gegen die Hitlerjugend (HJ) am 5. September 1937 festgenommen. Nach 13 Monaten Untersuchungshaft in Dresden und Berlin verurteilte ihn der 2. Senat des Volksgerichtshofs (VGH) am 17. Oktober 1938 in Berlin wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu acht Jahren Haft, die er im Zuchthaus Waldheim verbüßte. Seine Mutter erwirkte durch ein Gnadengesuch die Entlassung am 26. März 1943.

Anschließend besuchte Horst Leißring ein Dolmetscherseminar und die Volkshochschule in Dresden. Am 13. Februar 1945 fiel seine Dresdner Wohnung dem alliierten Bombenangriff zum Opfer. Der Einziehung zum Volkssturm entzog er sich durch die Flucht zu Verwandten ins Vogtland.

Nach Kriegsende arbeitete Horst Leißring als Dolmetscher für die amerikanische Besatzungsmacht und war ein Jahr lang im Landratsamt Oelsnitz unter anderem als Leiter der Kraftfahrstelle angestellt. Seit 1946 Mitglied der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), war Horst Leißring Gründer und Leiter der LDP-Betriebsgruppe an der Fremdsprachenschule in Leipzig. Er arbeitete für die Volkssolidarität und holte sein Abitur nach. Als anerkanntes Opfer des Faschismus begann er im Wintersemester 1948/49 ein Studium der Rechtswissenschaften an der Universität Leipzig.

1949 nahm Horst Leißring gemeinsam mit seinem Mitstudenten Friedrich-Wilhelm Schlomann Kontakt zum Untersuchungsausschuss freiheitlicher Juristen (Ufj) in West-Berlin auf. Die Organisation sammelte Zeugenaussagen und Berichte über Menschenrechtsverletzungen in der DDR und klärte darüber in Flugschriften auf, die in der DDR verbreitet wurden. Horst Leißring und Friedrich-Wilhelm Schlomann versorgten den Ufj bei persönlichen Besuchen in



Horst Leißring, Aufnahme als Gefangener im NS-Zuchthaus Waldheim, 1938

Westberlin mit Informationen über die politischen Zustände in der DDR und über die Stimmung unter den Studierenden. Sie erhielten vom Ufj Flugblätter, transportierten diese unter großer Gefahr nach Leipzig und verteilten sie dort. Zuletzt plante Horst Leißring eine Flugschrift, die Spitzel der DDR-Staatssicherheit und besonders fanatische SED-Funktionäre öffentlich bloßstellen sollte. Als Mittelsmann zum Ufj fungierte Ingolf-Ariovist Klein, ein alter Freund Leißrings aus Westberlin.

Am 14. Juli 1950 wurde Horst Leißring in Leipzig festgenommen und zur Untersuchungshaft der sowjetischen Geheimpolizei nach Dresden verbracht. Ingolf-Ariovist Klein war bereits am 8. Juli verhaftet worden, Schlomann konnte rechtzeitig flüchten. Am 11. September 1950 verurteilte das Militärtribunal der 1. Garde-mechanisierten Armee (Feldpostnummer 08640) Horst Leißring nach Artikel 58-6, Abschnitt 1 (Spionage) und Artikel 58-10, Abschnitt 2 (antisowjetische Propaganda) des StGB der RSFSR gemeinsam mit seinem Mitstreiter Ingolf-Ariovist Klein sowie der Sekretärin am Institut für Publizistik der Universität Leipzig Eva-Ingeborg Kleinpaul zu 25 Jahren Freiheitsentzug in einem „Besserungsarbeitslager“. Die Haftstrafe verbüßte er in den DDR-Haftanstalten Bautzen und Brandenburg. Am 16. Januar 1954 wurde er nach Berlin-Friedenau entlassen. Im Spätsommer 1955 nahm er sich im Alter von 36 Jahren das Leben.

Die Hauptmilitärstaatsanwaltschaft der Russischen Föderation rehabilitierte Horst Leißring am 28. Januar 2000 als Opfer politischer Repressionen.

© Sächsisches Staatsarchiv, Staatsarchiv Leipzig, Signatur 20036 Zuchthaus Waldheim, Nr. 11663

DOKUMENTATIONS- UND INFORMATIONSZENTRUM (DIZ) TORGAU

(seit Dezember 2022 Erinnerungsort Torgau)
Erinnerungsort Torgau | Justizunrecht – Diktatur – Widerstand
Schlossstraße 27 | 04860 Torgau
Telefon 03421 713468 | Fax 03421 714932
erinnerungsort.torgau@stsg.de
www.erinnerungsort-torgau.de

Torgau hatte im Zweiten Weltkrieg eine zentrale Bedeutung für die Militärjustiz und ihren Strafvollzug. Die nationalsozialistische Militärjustiz verurteilte Soldaten der Wehrmacht, aber auch Zivilistinnen und Zivilisten aus dem Widerstand in ganz Europa. Zwei große Militärgefängnisse befanden sich in Torgau: Fort Zinna und Brückenkopf. Etwa 60.000 Gefangene waren hier inhaftiert. 1943 verlegte zudem das Reichskriegsgericht als höchstes militärisches Gericht seinen Sitz in die Stadt an der Elbe. Nach Kriegsende richtete die sowjetische Geheimpolizei zwei „Speziallager“ in Torgau ein. In der DDR gab es in der Stadt ein Gefängnis und ein Jugendgefängnis. In beiden Haftanstalten waren auch politische Häftlinge eingesperrt.

Der Erinnerungsort Torgau (bis Dezember 2022 Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau) befindet sich im Schloss Hartenfels in Torgau. Ab dem 23. August 2024 wird die neue Dauerausstellung „Mut und Ohnmacht“ über die Verbrechen der Militärjustiz im Nationalsozialismus und die Verfolgungskontexte nach 1945 informieren. Sie zeigt, wie Justiz und Haft in der NS-Diktatur, unter der

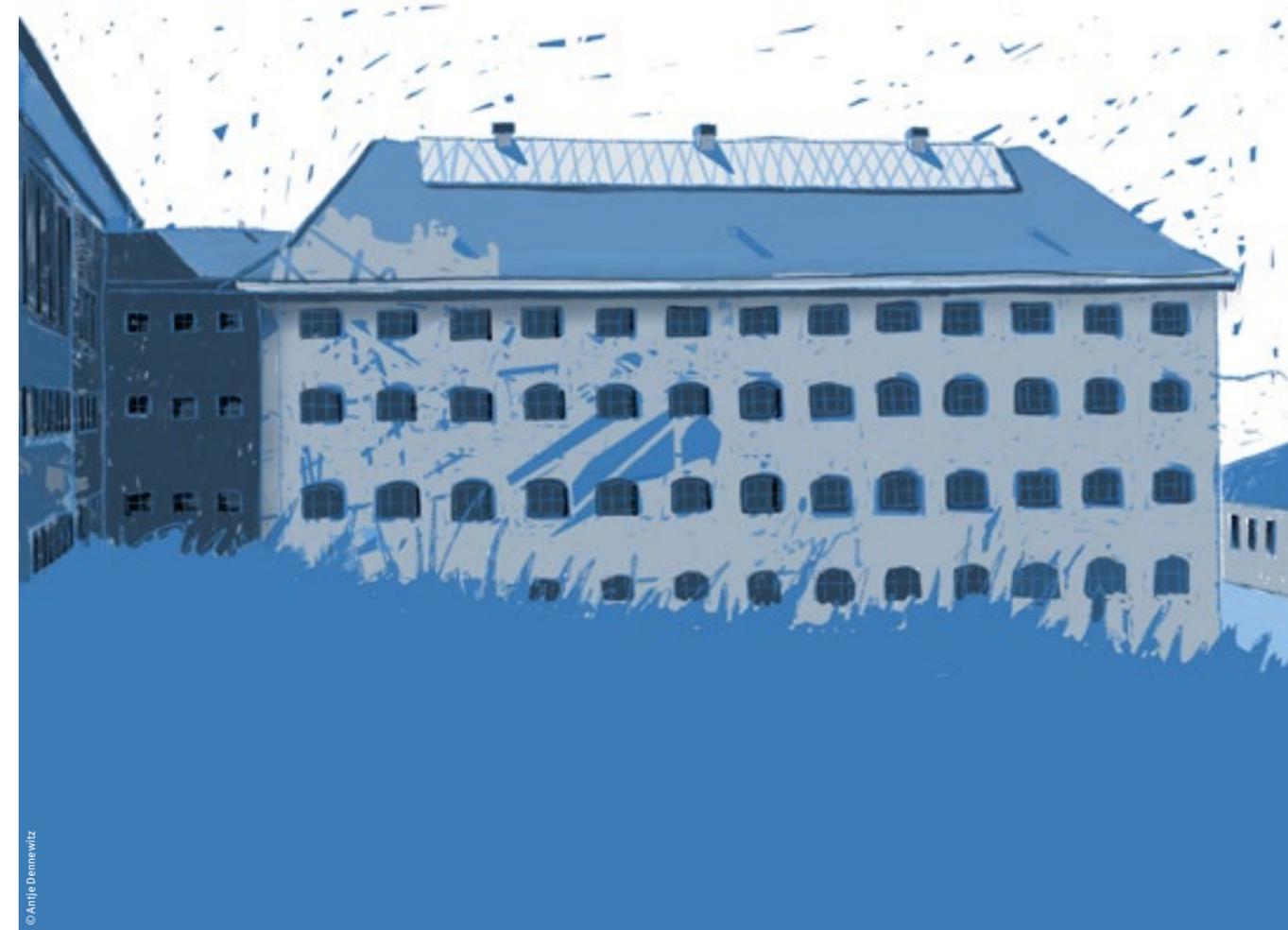
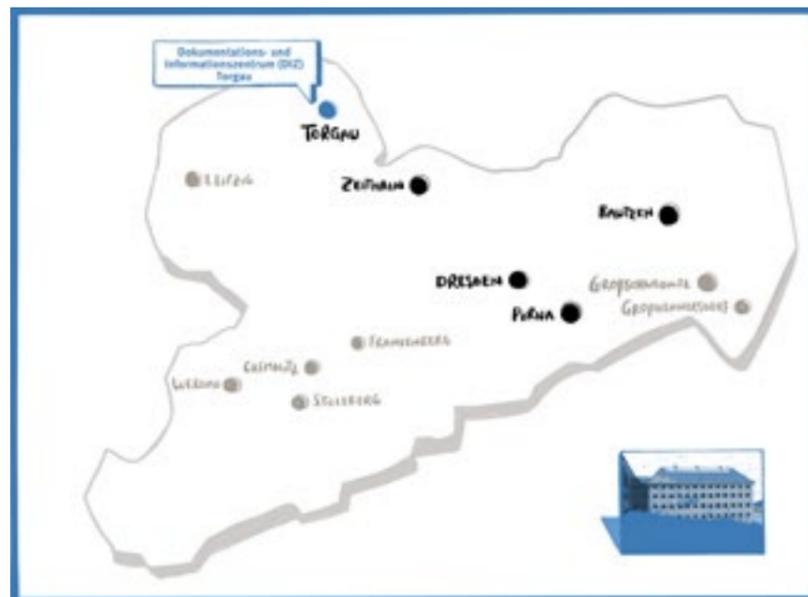
sowjetischen Besatzung und in der DDR eingesetzt wurden, um Andersdenkende zu verfolgen. Im Mittelpunkt der Bildungsangebote steht die Darstellung von Akten des Widerstands gegen die Diktaturen. Dies soll dazu anregen, sich mit Zivilcourage, Wahrung der Menschenrechte und Stärkung demokratischer Werte zu befassen.

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Die ehemalige Festungsanlage Fort Zinna in Torgau ist der wichtigste historische Ort, dessen Geschichte als Ort des Unrechts durch politische Justiz und politische Haft der Erinnerungsort Torgau aufarbeitet. Fort Zinna war im Zweiten Weltkrieg das größte Militärgefängnis der Nationalsozialisten. Hier wurden Zehntausende Militärhäftlinge festgehalten, und auf dem Gelände wurden Hunderte Verurteilte hingerichtet. Nach dem Zweiten Weltkrieg waren dort die beiden sowjetischen Speziallager Nr. 8 und Nr. 10 eingerichtet. Während der SED-Diktatur befand sich in Fort Zinna von 1950 bis 1990 die Strafvollzugseinrichtung

Torgau für Männer. Zusätzlich gab es in Torgau von 1949 bis 1975 ein Jugendgefängnis der DDR. Es befand sich zunächst im ehemaligen Gefängnis des Amtsgerichts und wurde 1963 in die Strafvollzugsanstalt im Fort Zinna verlegt.

Auch nach der Wiedervereinigung Deutschlands bleibt Fort Zinna ein Gefängnis. Seit 1990 dient es als Justizvollzugsanstalt Torgau des Freistaates Sachsen. Die Gedenkstätte konnte deshalb bei ihrer Gründung in den 1990er Jahren dort nicht eingerichtet werden und fand ihren Sitz in Schloss Hartenfels in der Stadtmitte Torgaus.



© Anja Demawitz

Vor dem Fort Zinna hat die Stiftung Sächsische Gedenkstätten einen Gedenkort zur Erinnerung an die Verfolgten der NS-Militärjustiz, der sowjetischen Geheimpolizei und der SED-Strafjustiz in Torgau eingerichtet. Das Memorial für die Opfer der NS-Militärjustiz trägt ausdrücklich einen europäischen Charakter, denn die Inhaftierten und Hingerichteten im Zweiten Weltkrieg stammten aus vielen Ländern des besetzten Europas. Für die Gedenkstätte ist das Memorial der Ort, an dem sie mit Kranzniederlegungen und Veranstaltungen wichtige Gedenktage begeht.

Ein weiteres großes Militärgefängnis richteten die Nationalsozialisten kurz vor Beginn des Zweiten Weltkriegs in der Kaserne Brückenkopf in Torgau ein. Die ehemalige Kaserne ist weitgehend ungenutzt und befindet sich im Besitz der Stadt Torgau. Die Stadt begann damit, das sanierungsbedürftige Gebäude zu sichern und in seinen Grundzügen zu sanieren. Das DIZ Torgau war mit der Stadt Torgau im Gespräch darüber, auf welche Weise die Geschichte der Kaserne als Haft- und Hinrichtungsort in der NS-Diktatur der Öffentlichkeit in Zukunft vermittelt werden kann.

Auf dem Gelände des Fort Zinna fanden sich im Sommer 2022 bei Bauarbeiten der Justizvollzugsanstalt die sterblichen Überreste ehemaliger Häftlinge. Es war nicht das erste Mal in den vergangenen Jahrzehnten, dass sich zufällige Knochenfunde auf dem Areal des Gefängnisses ergaben. Nach der vorsichtigen Freilegung der Überreste zeigte sich, dass es sich um etwa 30 Tote handelte. Das Institut für Anatomie der Universität Leipzig untersucht die

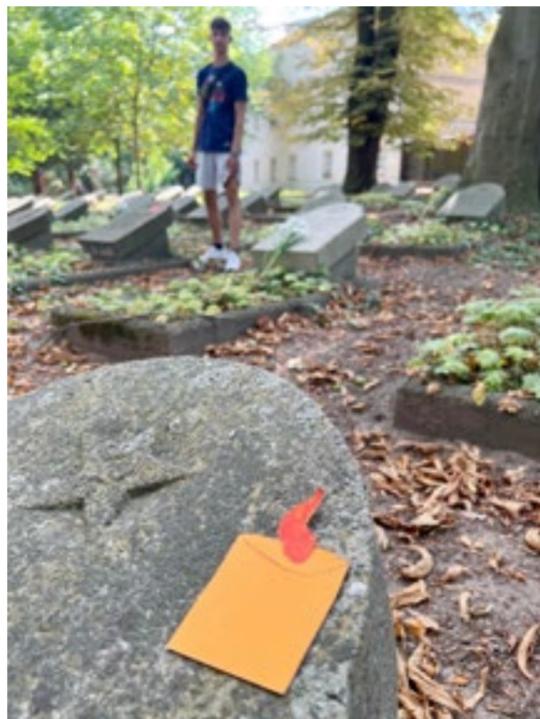
Überreste, Gedenkstätte und Justizvollzugsanstalt planen eine gemeinsame Kranzniederlegung nach dem Abschluss der Untersuchungen.

Die Knochenfunde bestätigen die seit Langem gehegte Vermutung, dass sich auf dem Gelände der JVA Torgau noch unentdeckte (Massen-)Gräber von verstorbenen oder hingerichteten Gefangenen der sowjetischen Speziallager, möglicherweise auch der NS-Militärgefängnisse befinden. Der Erinnerungsort Torgau wird sich deshalb um weitere Bodensondierungen bemühen.

Ständige Ausstellung und Sonderausstellungen der Gedenkstätte

Beide Berichtsjahre waren von der Arbeit an der ständigen Ausstellung geprägt. Dazu kamen auch mehrere personelle Wechsel. Mitte 2021 verließ der wissenschaftliche Mitarbeiter im Ausstellungsprojekt Robert Parzer die Gedenkstätte, weil seine befristete Stelle ausgelaufen war. Im Sommer 2022 konnte Dr. René Küpper als neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter im Ausstellungsprojekt befristet für anderthalb Jahre gewonnen werden. Im Herbst 2021 stieß Ralf Marten für die Dauer von zwei Jahren als Referent für Fragen der Schicksalsklärung zur Gedenkstätte.

Der langjährige Leiter der Gedenkstätte Wolfgang Oleschinski verabschiedete sich Ende des Jahres 2021 in den Ruhestand. Elisabeth Kohlhaas folgte ihm Mitte 2022 als neue Leiterin nach.



Internationales Jugendcamp in Torgau

Im Rahmen der Neukonzeption der ständigen Ausstellung beschloss der Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Ende des Jahres 2022, die Gedenkstätte in Torgau umzubenennen: Der alte Name „Dokumentations- und Informationszentrum (DIZ) Torgau“ wich dem neuen Namen „Erinnerungsort Torgau. Justizunrecht – Diktatur – Widerstand.“ Die Umbenennung soll die grundlegende Neuausrichtung der Gedenkstätte nach außen deutlich werden lassen.

Bis zum Ende des Jahres 2022 zeigte das DIZ Torgau die ständige Ausstellung „Spuren des Unrechts“. Nach 17-jähriger Laufzeit ist diese Ausstellung seit Ende des Jahres 2022 dauerhaft geschlossen.

Um ein inhaltlich attraktives Angebot an die Besuchenden richten zu können, zeigte die Gedenkstätte in den Jahren 2021 und 2022 zusätzlich zur ständigen Ausstellung mehrere Sonderausstellungen. 2021 waren dies die Wechselausstellungen „Helden im Wilden Osten. Ostdeutschland in den Neunzigerjahren“ (fortgeführt aus dem Jahr 2020) und die Plakatausstellung „Umbruch Ost. Lebenswelten im Wandel“. Im Jahr 2022 zeigte das DIZ Torgau die Wechselausstellungen „Die Macht der Gefühle. Deutschland 19|19“ und „Zersetzung. Repressionsmethode des Staatssicherheitsdienstes“. Die Wechselausstellungen richteten sich auch an das Publikum der Sächsischen Landesgartenschau, die Torgau 2022 ausrichtete. Wegen der Corona-Pandemie waren sowohl die ständige Ausstellung als auch die Sonderausstellungen jedoch nur eingeschränkt

zugänglich: Im Jahr 2021 waren die Türen für 227 Tage geschlossen, 57 Tage waren es noch im Jahr 2022. Erst im Frühjahr 2022 konnte das DIZ Torgau wieder zu den regulären täglichen Öffnungszeiten zurückkehren. Dies schlug sich in entsprechend reduzierten Publikumszahlen nieder.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

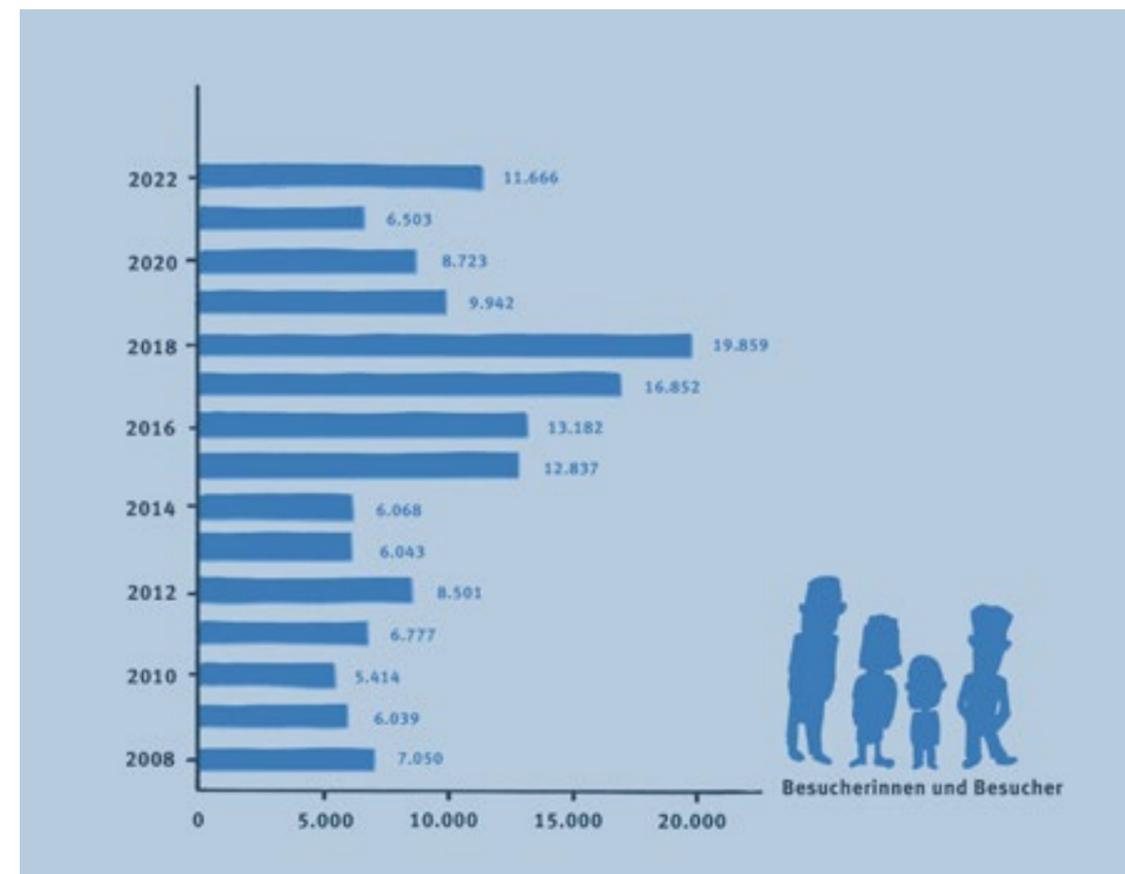
In den Jahren 2021 und 2022 konzentrierte das DIZ Torgau seine Arbeit auf die Neukonzeption der Dauerausstellung. Deshalb – und auch wegen der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie sowie fehlender personeller Ressourcen – fand die Vermittlungs- und Bildungsarbeit nur in reduziertem Umfang statt.

Für seine Veranstaltungsangebote nutzte der Erinnerungsort dabei verstärkt digitale Möglichkeiten – ein Weg, den viele Gedenkstätten pandemiebedingt einschlugen. So lud das DIZ Torgau im Frühjahr 2021 zu einer gut besuchten dreiteiligen Online-Veranstaltungsreihe über „Staatliche Repressionen gegen Jugendliche in der DDR“ ein. Kooperationspartner waren die Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau und die Brücke|Most-Stiftung Dresden. Bei den Veranstaltungen kamen ehemalige Inhaftierte des DDR-Jugendgefängnisses in Torgau und ehemalige Insassen des Geschlossenen Jugendwerkhofs Torgau zu Wort.

Ziel der Veranstaltungsreihe war es auch, der Öffentlichkeit das neu entwickelte gleichnamige Bildungsmodul der beiden Gedenkstätten vorzustellen. Dabei handelt es sich um einen Projekttag, in dem es um Jugendliche in der DDR geht, die entweder aus politischen Gründen im Jugendgefängnis in Torgau inhaftiert waren oder wegen ihres nonkonformen Verhaltens in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau eingewiesen wurden. Neben der Online-Veranstaltungsreihe fanden zwei Fortbildungen für sächsische Lehrkräfte statt, um über das neue Bildungsangebot für Schulklassen zu informieren.

Anlässlich des 60. Jahrestages des Mauerbaus führte das DIZ Torgau 2021 erstmals das mehrtägige Schulprojekt „Gehen oder Bleiben? Jugendliche in der DDR zwischen Flucht und Repression“ durch. In dem Projekt befassen sich Schülerinnen und Schüler mit dem Jugendgefängnis in Torgau und mit dem Notaufnahmelager für geflüchtete Jugendliche aus der DDR in Sandbostel in Niedersachsen. Das Projekt war eine Kooperation mit dem Landesamt für Schule und Bildung des Freistaates Sachsen, der Gedenkstätte Lager Sandbostel und dem Johann-Walter-Gymnasium Torgau. Es wurde seit dem ersten Stattfinden verstetigt und hat nun einen festen Platz im Bildungsangebot des Erinnerungsortes Torgau.

Im Sommer des Jahres 2022 war das Internationale Jugendcamp des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge für ein mehrtägiges Projekt in der Gedenkstätte zu Gast.



Im gleichen Jahr beteiligte sich das DIZ Torgau mit einem Workshop am Sächsischen Geschichtscamp. Zu diesem Projekt des Landesamtes für Schule und Bildung (LaSuB) kommen geschichtsinteressierte Schülerinnen und Schüler aus Sachsen zusammen und befassen sich eine Woche lang intensiv mit der Geschichte der SED-Diktatur. Der Erinnerungsort Torgau ist seitdem fester Kooperationspartner des Sächsischen Geschichtscamps.

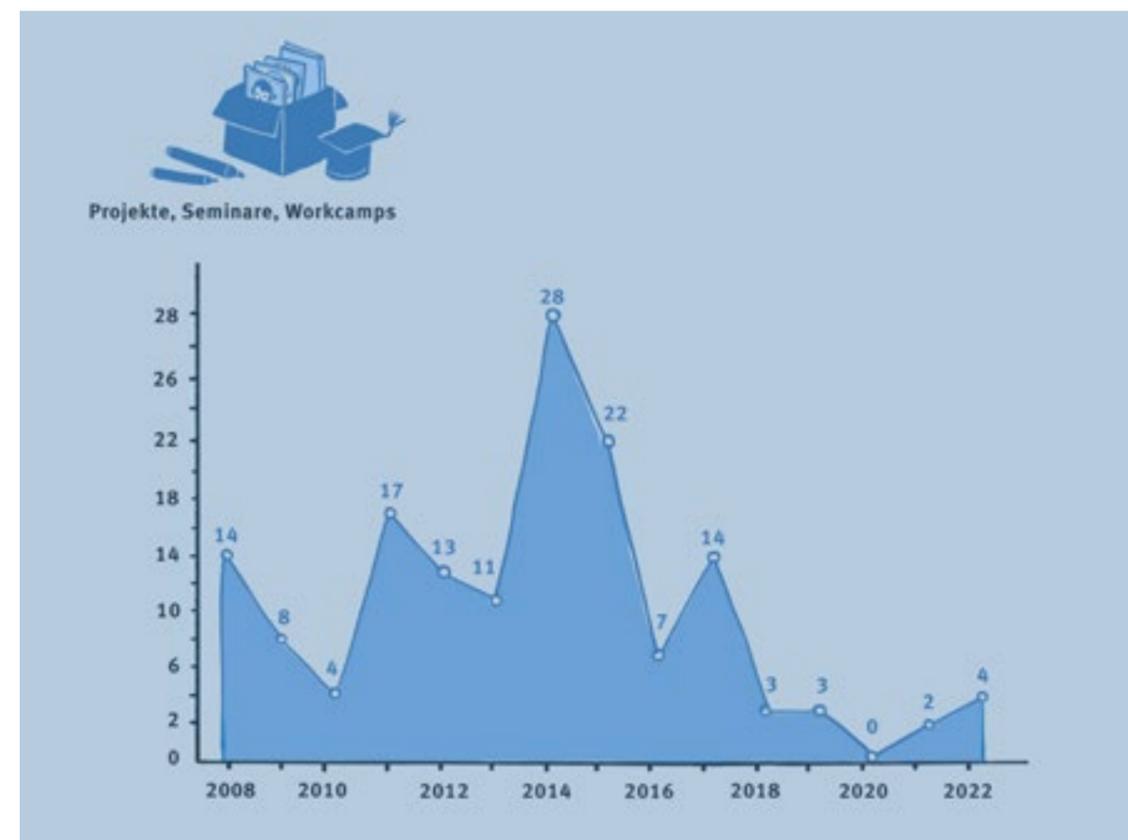
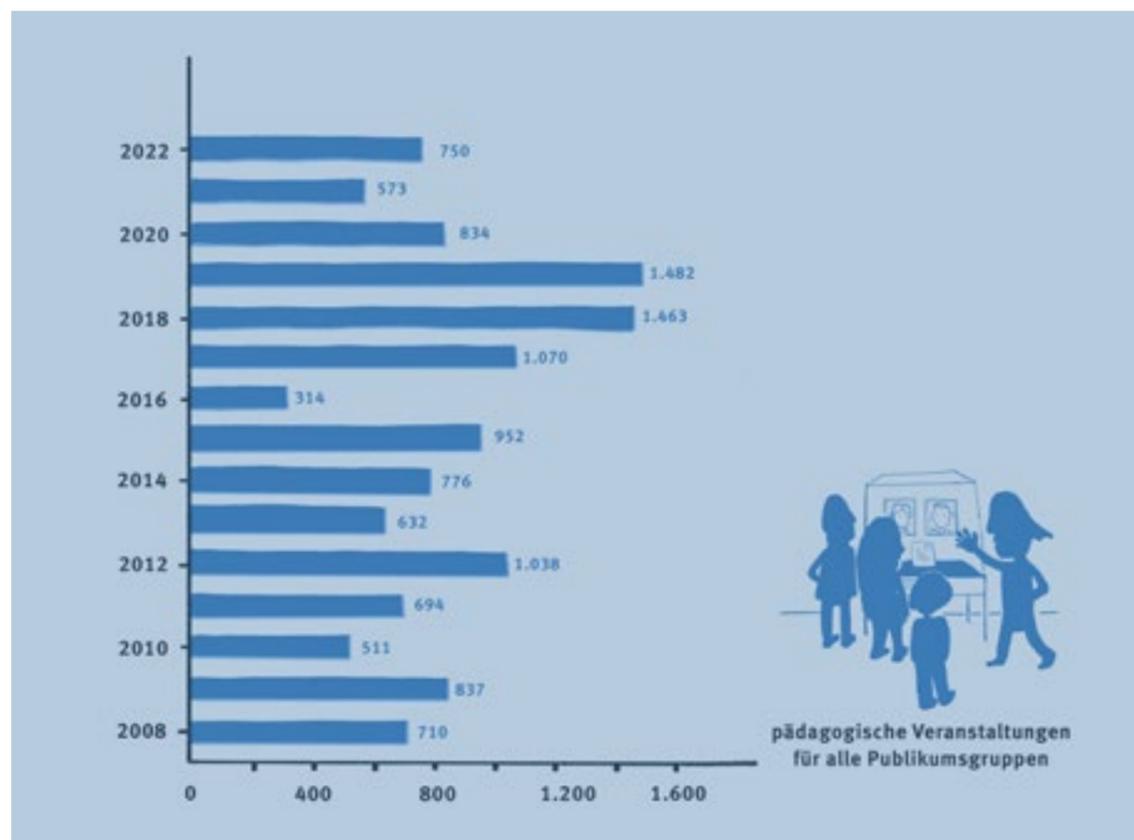
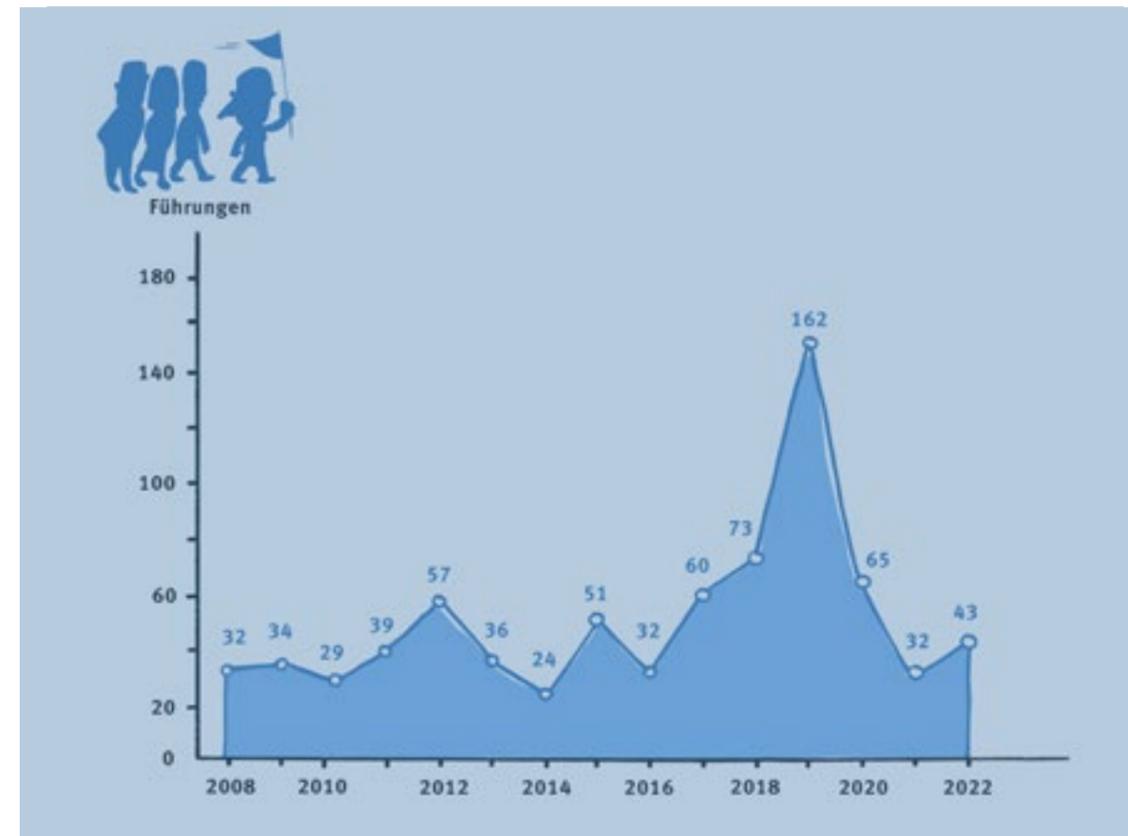
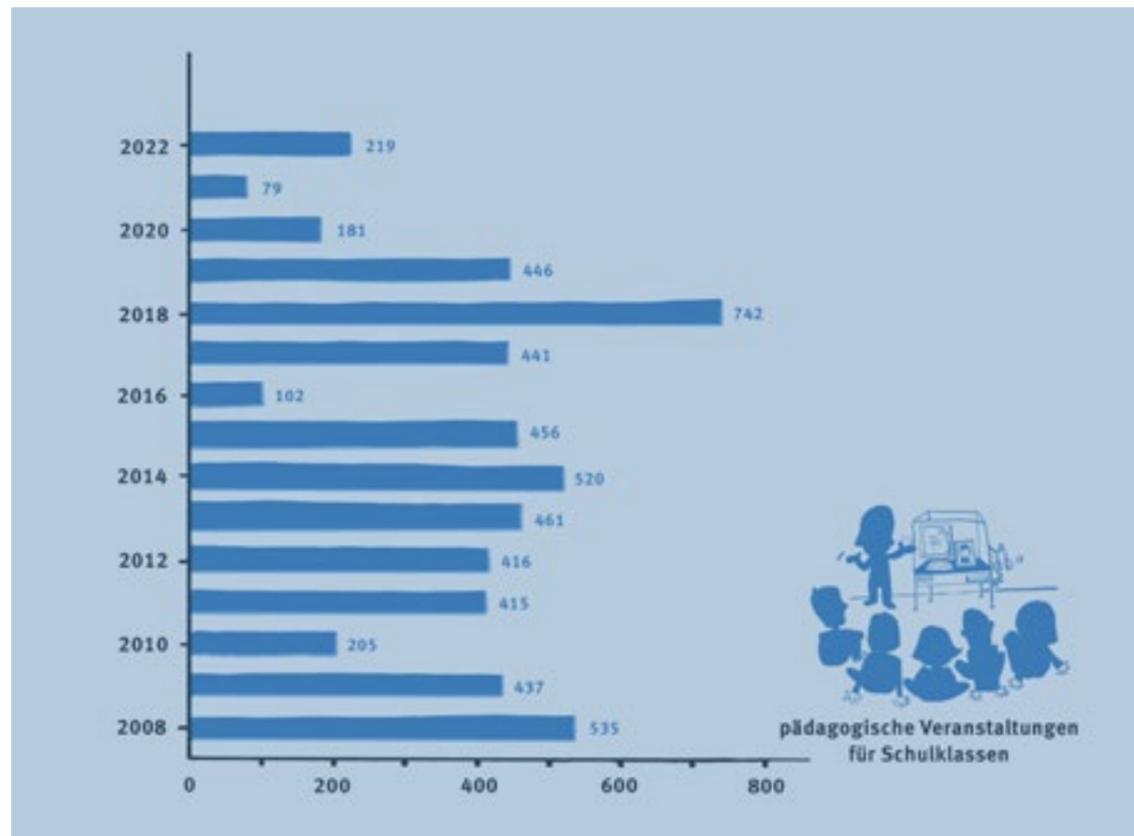
Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Die Gedenkstätte führte das Interview-Projekt fort, das sie im Rahmen der Neukonzeption der Dauerausstellung begonnen hatte. In mehr als 20 Interviews gemeinsam mit dem Düsseldorfer Filmemacher Hellmut Sitó Schlingensiepen kamen insbesondere die Familienangehörigen ehemaliger Torgauer Häftlinge zu Wort. Die Interviews fließen in die neue Dauerausstellung ein, um der Frage nachzugehen, wie die Hafterfahrung die Familien der Betroffenen über die Generationen hinweg prägte.

Die Zahl der Anfragen zur Schicksalsklärung war weiterhin hoch. Im Jahr 2020 beantwortete die Gedenkstätte 103 Anfragen, die sich aufgrund von Sammelanfragen auf 207 Personen bezogen. Im Jahr 2021 waren es 90



Video-Interviews mit Familienangehörigen ehemaliger Torgauer Häftlinge





Gedenken an die Opfer der NS-Militärjustiz vor dem Fort Zinna

Anfragen, die sich auf 176 Personen bezogen. Die Anliegen betrafen sowohl ehemalige Torgauer Häftlinge der NS-Militärgefängnisse, der sowjetischen Speziallager und der DDR-Gefängnisse als auch ehemalige Zwangsarbeiter, Kriegsgefangene und KZ-Häftlinge. Ab 2021 kamen Anfragen nach ehemaligen NS-Militärjuristen hinzu.

Besondere Veranstaltungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Anlässlich des Gedenktags für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar lud das DIZ Torgau 2021 und 2022 wieder gemeinsam mit der Stadt Torgau zu Kranzniederlegungen zum Gedenken an die Opfer der NS-Militärjustiz am Memorial vor dem Fort Zinna ein. Wegen der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie fand die Zeremonie im Januar 2021 in kleinstem Kreis statt.



Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus mit Schülerinnen und Schülern des Johann-Walter-Gymnasiums Torgau



Kranzniederlegung am Memorial vor dem Fort Zinna anlässlich der Einrichtung des sowjetischen Speziallagers Nr. 10 vor 75 Jahren

Zur Kranzniederlegung im Januar 2022 konnte das DIZ Torgau die Sächsische Staatsministerin und Stiftungsratsvorsitzende Barbara Klepsch begrüßen. Auch der Geschäftsführer der Stiftung, Dr. Markus Pieper, nahm an der Gedenkveranstaltung teil.

Das DIZ Torgau beteiligte sich in beiden Jahren auch an der bundesweiten Aktion #LichterGegenDunkelheit. Für diese Aktion beleuchteten NS-Gedenkstätten die jeweiligen historischen Orte auf künstlerische Weise und verbreiteten die Fotos davon in den sozialen Medien. Ziel war es, die Öffentlichkeit auf den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus aufmerksam zu machen.

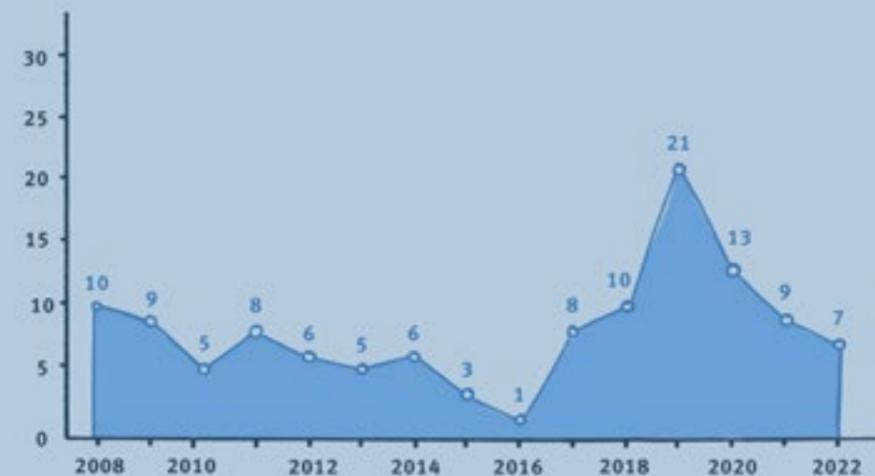
Im Jahr 2022 boten das DIZ Torgau und das Johann-Walter-Gymnasium in Torgau auch wieder eine gemeinsame Gedenkstunde für die Opfer des Nationalsozialismus an. Eingeladen waren die Schülerinnen und Schüler der Jahrgangsstufen 11 und 12, welche die Veranstaltung maßgeblich selbst ausgestalteten. Ihre Gedenkrede stand unter dem Motto „Es gibt keinen besseren Kompass als euer Herz“.

Mit einer Kranzniederlegung gedachte das DIZ Torgau im Juli 2021 gemeinsam mit Vertretern des Sächsischen Landesverbandes der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS e. V.) der Einrichtung des sowjetischen Speziallagers Nr. 10 in Torgau. 75 Jahre zuvor, im Sommer 1946, war es von der sowjetischen Besatzungsmacht in Betrieb genommen worden. Es diente unter anderem als Durchgangsgefängnis für mehr als 20.000 Menschen, die von sowjetischen Militärtribunalen zu langen Haftstrafen in den Arbeitslagern in der Sowjetunion verurteilt worden waren. Die meisten Häftlinge, die von Torgau aus in den Gulag transportiert wurden, waren Sowjetbürger.

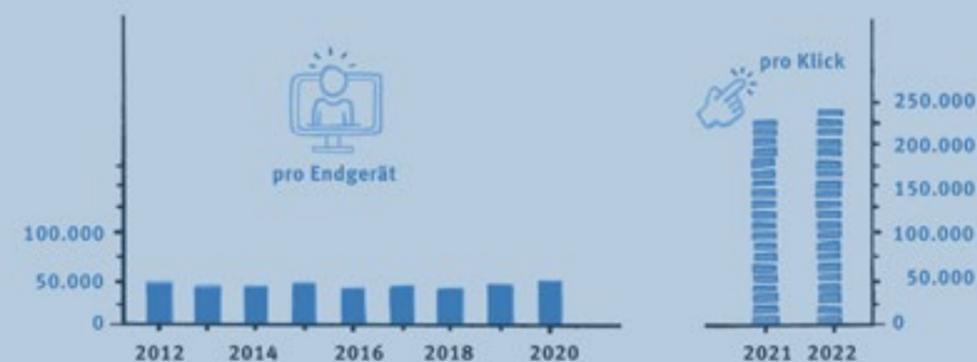
2021 fand ein intensiver zweitägiger Austausch mit Vertreterinnen und Vertretern der Stadt Anklam statt. In Anklam war im Zweiten Weltkrieg ein weiteres Wehrmachtsgefängnis eingerichtet – die Stadt Anklam wird den historischen Ort zu einer Gedenkstätte ausbauen.



öffentliche Veranstaltungen



Website-Aufrufe



Forschung

Gemeinsam mit dem Militärgeschichtlichen Museum in Luxemburg (Musée National d'Histoire Militaire) arbeitete das DIZ Torgau an der Publikation der Haft-Tagebücher von Joseph Stephany. Der junge Luxemburger war dem erzwungenen Kriegsdienst in den Reihen der deutschen Wehrmacht entflohen und hatte sich dem belgischen Widerstand angeschlossen. Er wurde verhaftet und kam nach mehreren Stationen in deutschen Gefängnissen in das Militärgefängnis Fort Zinna. Es gelang ihm, Tagebuch zu führen. Die gemeinsame Buchveröffentlichung ist für das Jahr 2023 geplant.

Nach wie vor waren für die Neukonzeption der Dauerausstellung des DIZ Torgau Recherchen in Archiven notwendig. Auch die Suche nach Ausstellungsobjekten ging weiter. So konnte ein berührendes kleines Ausstellungsstück gefunden werden – ein Würfel, den Wilhelm Graf von Westphalen 1944 als Häftling im Militärgefängnis Fort Zinna aus Brot knetete, während er auf seine Verhandlung vor dem Reichskriegsgericht wartete und die Aufhebung eines zuvor schon ausgesprochenen Todesurteils erhoffte.

Im September 2021 war Robert Parzer, der wissenschaftliche Mitarbeiter im Ausstellungsprojekt, zu einem Vortrag im Rahmen einer Tagung über Deserteure der Wehrmacht am Institut für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck eingeladen. Seine Ausführungen befassten sich mit Fritz Schmenkel, den ein deutsches Kriegsgericht während des Zweiten Weltkriegs in Minsk hinrichten ließ, weil er zu den sowjetischen Partisanen übergelaufen war. In der DDR wurde Fritz Schmenkel in einer instrumentalierenden Weise als antifaschistischer Widerstandskämpfer geehrt. Der Vortrag wurde im Tagungsband veröffentlicht.

Anfang 2021 stellte die Gedenkstätte eine umfangreiche biografische Datenbank über die Richter der Wehrmacht online. Diese Datenbank ist in der vorhandenen Forschung einmalig. Sie ist das Ergebnis eines gemeinsamen Forschungsprojekts der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung an der TU Dresden e. V. (HAIT). Biografische Angaben zu mehr als 2.000 Kriegsrichtern wurden in dem Projekt erfasst. Seit der Online-Veröffentlichung gehen zunehmend Anfragen zu einzelnen Richtern ein.

GEHEN ODER BLEIBEN? JUGENDLICHE IN DER DDR ZWISCHEN FLUCHT UND REPRESSION

Das Jugendgefängnis der DDR in Torgau und das Notaufnahmefür Jugendliche aus der DDR in Sandbostel in der Bundesrepublik

Das DIZ Torgau nahm den 60. Jahrestag des Mauerbaus zum Anlass, um ein mehrtägiges Projekt für Schulklassen über Jugendliche in der DDR ins Leben zu rufen. Unter dem Titel „Gehen oder bleiben? Jugendliche in der DDR zwischen Flucht und Repression. Das Jugendgefängnis der DDR in Torgau und das Notaufnahmefür DDR-Jugendliche in Sandbostel in der Bundesrepublik“ befassten sich die Schülerinnen und Schüler in dem Projekt mit den Schicksalen von jungen Menschen in der DDR und den Folgen der Teilung Deutschlands für deren Leben. Das Projekt fand erstmals im Jahr 2021 statt. Seitdem ist es fester Bestandteil des Bildungsangebots des Erinnerungsortes Torgau und wird jährlich mit unterschiedlichen Schulklassen durchgeführt. Partner ist die Gedenkstätte Lager Sandbostel in Niedersachsen.

Die Schülerinnen und Schüler erfahren während des Projekts einerseits, dass viele Jugendliche die DDR bis zum Mauerbau 1961 in Richtung Westen verließen, weil sie in der SED-Diktatur keine Zukunft in Freiheit für sich sahen. Die erste Station in der Bundesrepublik war für mehrere Hunderttausend aus der DDR geflüchtete Jugendliche das Notaufnahmefür in Sandbostel. Andererseits lernen die Schülerinnen und Schüler auch Schicksale solcher Jugendlicher kennen, die in der DDR blieben und aus politischen Gründen im Jugendgefängnis Torgau inhaftiert wurden, weil sie gegen die Unfreiheit protestiert und politischen Widerstand geleistet hatten.

Zum Programm des Projekts gehören Gespräche mit Zeitzeugen, Besuche der Gedenkstätten Lager Sandbostel und Deutsche Teilung Marienborn, je nach Planung auch des Museums Deutsches Auswandererhaus Bremerhaven, sowie die Auseinandersetzung mit biografischen Quellen und anderen Dokumenten. Gearbeitet wird zunächst für drei Tage im Erinnerungsort Torgau, im zweiten Teil des Projekts besucht die Schulklassen dann für drei Tage die Gedenkstätte Lager Sandbostel.

Deutlich werden den Schülerinnen und Schülern dabei das Handeln, die Handlungsmotive und die unterschiedlichen Lebenswege der Jugendlichen in und aus der DDR. Gleichzeitig schlägt das Projekt Brücken zur Gegenwart, indem die Schülerinnen und Schüler sich mit ihren eigenen Haltungen zu Freiheit, politischer Mitbestimmung und Demokratie auseinandersetzen. Zukünftig soll das Projekt darüber hinaus auch zu einer Ost-West-Begegnung



Torgauer Schulklassen auf Spurensuche auf dem Gelände des ehemaligen Lagers Sandbostel



Die Schulklassen besuchen die Gedenkstätte Deutsche Teilung Marienborn.

werden, indem jeweils eine Schulklassen aus Sachsen und eine Schulklassen aus Niedersachsen in dem Projekt zusammentreffen.

In dem kleinen Dorf Sandbostel bei Bremervörde entstand 1952 auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Stalag X B aus dem Zweiten Weltkrieg das Notaufnahmefür Sandbostel für unbegleitete männliche Jugendliche, die aus der DDR geflohen waren. Im 30 Kilometer entfernt liegenden Westertimke bei Rotenburg wurde in weiteren ehemaligen Kriegsgefangenenbaracken ein Notaufnahmefür für Mädchen und junge Frauen aus der DDR eingerichtet. Beide Einrichtungen bestanden bis

1960/61. Etwa 250.000 männliche Jugendliche durchliefen das Notaufnahmefür Sandbostel, etwa 10.000 Mädchen und junge Frauen kamen über Westertimke in die Bundesrepublik.

Die Gedenkstätte Lager Sandbostel dokumentiert in ihrer Ausstellung zur Nachkriegsgeschichte des ehemaligen Lagergeländes die Aufnahme- und Lebensbedingungen im Notaufnahmefür Sandbostel. Sie befasst sich mit Biografien und Motiven von DDR-Jugendlichen, die über Sandbostel in die Bundesrepublik gelangten und sich dort ein neues Leben aufbauten. Die Gedenkstätte steht mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in Kontakt.

In Torgau bestand von 1948/49 bis Mitte der 1970er Jahre ein Jugendgefängnis der DDR für männliche Jugendliche. Beschönigend trug es wie andere Strafanstalten für Jugendliche in der DDR den Namen „Jugendhaus“. Die Jugendlichen waren auch als politische Gefangene inhaftiert. Sie hatten gegen die SED-Diktatur protestiert und politischen Widerstand geleistet, indem sie heimlich Flugblätter verteilten, sich gegen den Mauerbau gewandt oder den Versuch unternommen hatten, aus der DDR zu flüchten.

Die Haft im Torgauer Jugendgefängnis war geprägt von struktureller Gewalt gegen die jugendlichen Strafgefangenen. Sie sollten mit Drill und Zwang zu sozialistischen Persönlichkeiten umerzogen werden, ihr Widerstand sollte – auch unter Anwendung körperlicher Gewalt – gebrochen werden. Die Auseinandersetzung mit der Geschichte des Jugendgefängnisses Torgau zeigt, welche Repressionen politisch missliebige Jugendliche in der SED-Diktatur erfuhrten.

Der Erinnerungsort Torgau dokumentiert die Biografien von Häftlingen des Torgauer Jugendgefängnisses und befasst sich mit dem Haftalltag der Jugendlichen. Er steht mit Zeitzeugen in Kontakt.

Das Projekt wird von verschiedener Seite gefördert, u. a. vom Landesamt für Schule und Bildung (LaSuB) und der Landesservicestelle Lernorte des Erinnerens und Gedenkens in Sachsen.



Historische Zeichnungen und Inschriften von Jugendlichen aus der DDR im Notaufnahmefür

GEDENKSTÄTTE BAUTZEN

Weigangstraße 8a | 02625 Bautzen
Telefon 03591 40474 | Fax 03591 40475
info.bautzen@stsg.de
www.gedenkstaette-bautzen.de

Während des Nationalsozialismus waren in den beiden Bautzener Gefängnissen Menschen inhaftiert, die gegen das NS-Regime Widerstand leisteten oder aus Sicht der Nationalsozialisten als Juden, Sorben oder Homosexuelle nicht zur „Volksgemeinschaft“ gehörten. Während der sowjetischen Besatzungszeit von 1945 bis 1950 betrieb die sowjetische Geheimpolizei im „Gelben Elend“ – dem Gefängnis Bautzen I – ein „Speziallager“. Dort starben 3.000 Gefangene an Hunger, Kälte und Krankheiten. Zwischen 1956 und 1989 diente das Gefängnis Bautzen II der Stasi – dem DDR-Geheimdienst – als Sonderhaftanstalt. Frauen wie Männer aus der DDR, der Bundesrepublik Deutschland und weiteren Staaten wurden aufgrund von oder unter dem Vorwurf der Spionage, Fluchthilfe oder oppositioneller Tätigkeiten eingesperrt und überwacht.

Die Gedenkstätte Bautzen befindet sich im ehemaligen „Stasi-Knast“ Bautzen II. Mehrere Dauerausstellungen vermitteln die Geschichte der Verfolgung von Menschen während der NS-Diktatur und der sowjetischen Besatzung sowie in der DDR. Historische Gefängnisräume, Arrestzellen, der Isolationstrakt, Freihöfe und Gefangenentransporter können besichtigt werden.



Gedenkstätte Bautzen

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Seit 2020 finden im historischen Gebäude Restaurierungsarbeiten an den Wänden statt. Nach mehr als 30 Jahren seit Schließung des Gefängnisses lösen sich Farben, Lacke, Putz und Tapeten vom Untergrund ab. Es wurde nach einem Verfahren zur Restaurierung dieser Schäden gesucht, bei dem die Altbestände nicht entfernt oder neu übermalt werden. Derzeit wird die Restaurierung im Isolationstrakt

fortgesetzt. Im Gang des Verwaltungstraktes, der in der ersten Hälfte der 1990er Jahre nicht denkmalgerecht modernisiert worden war, wurde die Rekonstruktion in der DDR-Gestaltung 2021 beendet.

Die Baumaßnahmen zur Brandschutzertüchtigung der gesamten Gebäudeanlage wurden weitgehend zum Abschluss gebracht. Hier vereinigen sich die denkmalpflegerischen, dem Nutzungskonzept entsprechenden und brandschutzrechtlichen Interessen. Die Arbeiten am behindertengerechten Aufzug im fertigen Not-Treppenhaus werden fortgeführt.



Alle Maßnahmen wurden durch die Gedenkstätte, den Staatsbetrieb Sächsisches Immobilien- und Baumanagement (SIB), verschiedene Ingenieurbüros und Sachverständige, das Landesamt für Denkmalpflege Sachsen sowie engagierte Fachfirmen umgesetzt. Zusätzlich erfolgten Bauhaltungsmaßnahmen, Pflegearbeiten und Reparaturen im gesamten Gedenkstättenbereich, teilweise in Abstimmung mit dem SIB Bautzen.

Sonderausstellungen in der Gedenkstätte

Im Berichtszeitraum zeigte die Gedenkstätte Bautzen zwei Sonderausstellungen, darunter die schon aufgebaute Ausstellung „Der vergessene Gefangenenaufstand. Das Bautzener ‚Gelbe Elend‘ im März 1950“: Am 31. März 1950 erhoben sich 6.000 Gefangene gegen die unmenschlichen Haftbedingungen im Bautzener „Gelben Elend“. Wenige Wochen zuvor war das Bautzener Speziallager von der sowjetischen Besatzungsmacht an die neu gegründete DDR übergeben worden. Der Aufstand wurde brutal niedergeschlagen, viele Häftlinge wurden schwer misshandelt.

Ausstellung „Objekte“



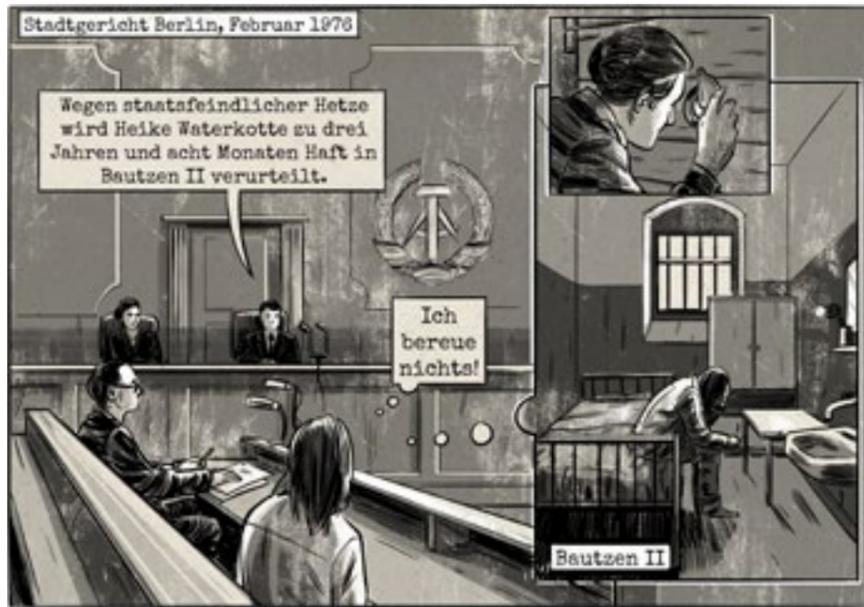
© Anja Demnewitz

In der ehemaligen Fahrzeugschleuse der Stasi-Sonderhaftanstalt wurde seit September 2021 die Ausstellung „Objekte“ mit Fotografien von Jürgen Matschie gezeigt. Auf Großfotos bekommen die eher kleinen Artefakte eine wirkmächtige Präsenz, die zum Nachdenken über die Mechanismen politischer Verfolgung anregt. Gäste können die gezeigten Objekte in den Ausstellungen wiederentdecken, wo sie in den konkreten historischen Kontext gestellt sind.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Die Gedenkstätte ist ein überregional bedeutender Ort politisch-historischer Bildung und ein wichtiger Anziehungspunkt für zeitgeschichtlich interessierte Touristen. Neben Schulklassen besuchen viele Reisegruppen und Einzelpersonen die Gedenkstätte. Bei den Publikumszahlen vor Ort schlug die Corona-Pandemie deutlich zu Buche: Sie war 2021 mit 47.642 Gästen (7 Monate geschlossen) massiv eingebrochen und konnte 2022 wieder auf 72.514 gesteigert werden.

Besucherinnen und Besuchern wird ein umfangreiches pädagogisches Angebot zur Geschichte der zwei Haftorte Bautzen I und Bautzen II geboten: Neben der Besichtigung der Ausstellungen können thematisch fünf verschiedene Führungen besucht und sieben unterschiedliche Projekte durchgeführt werden. Seit 2021 gibt es zwei neue Projekte für Schulklassen, die das bisherige Angebot der Gedenk-

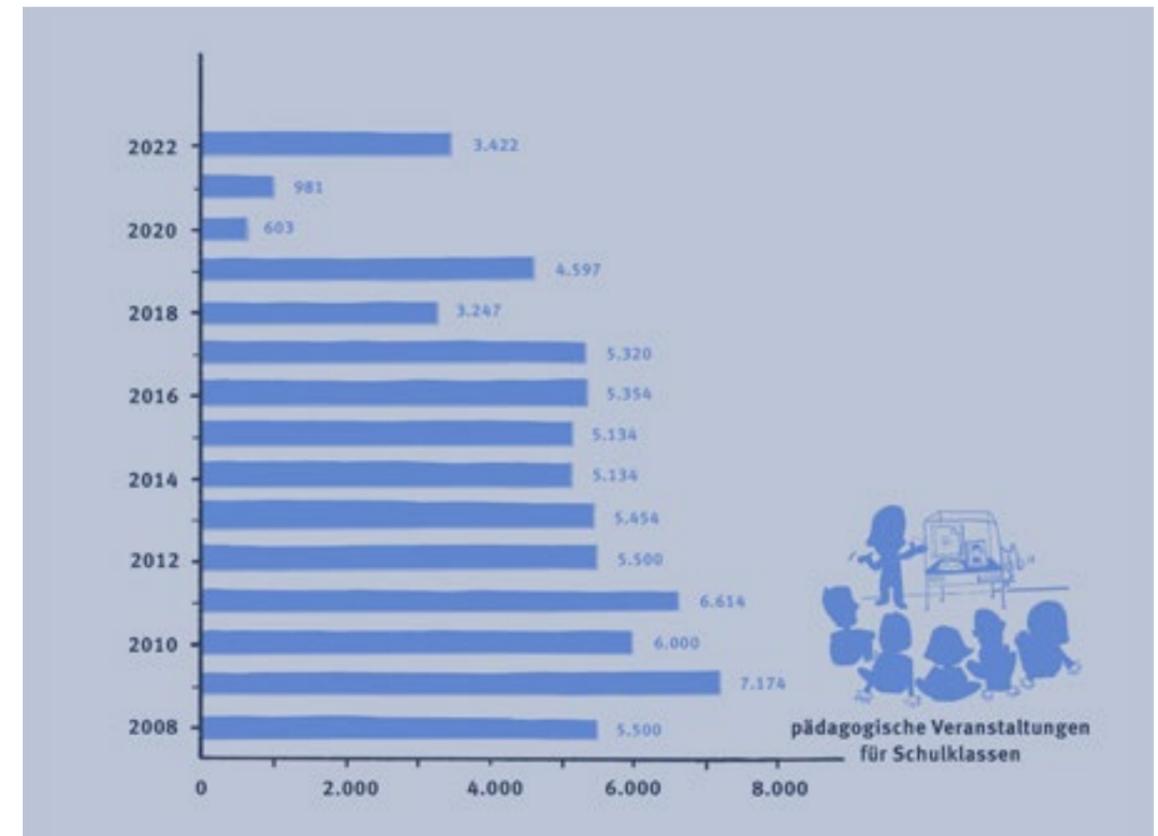
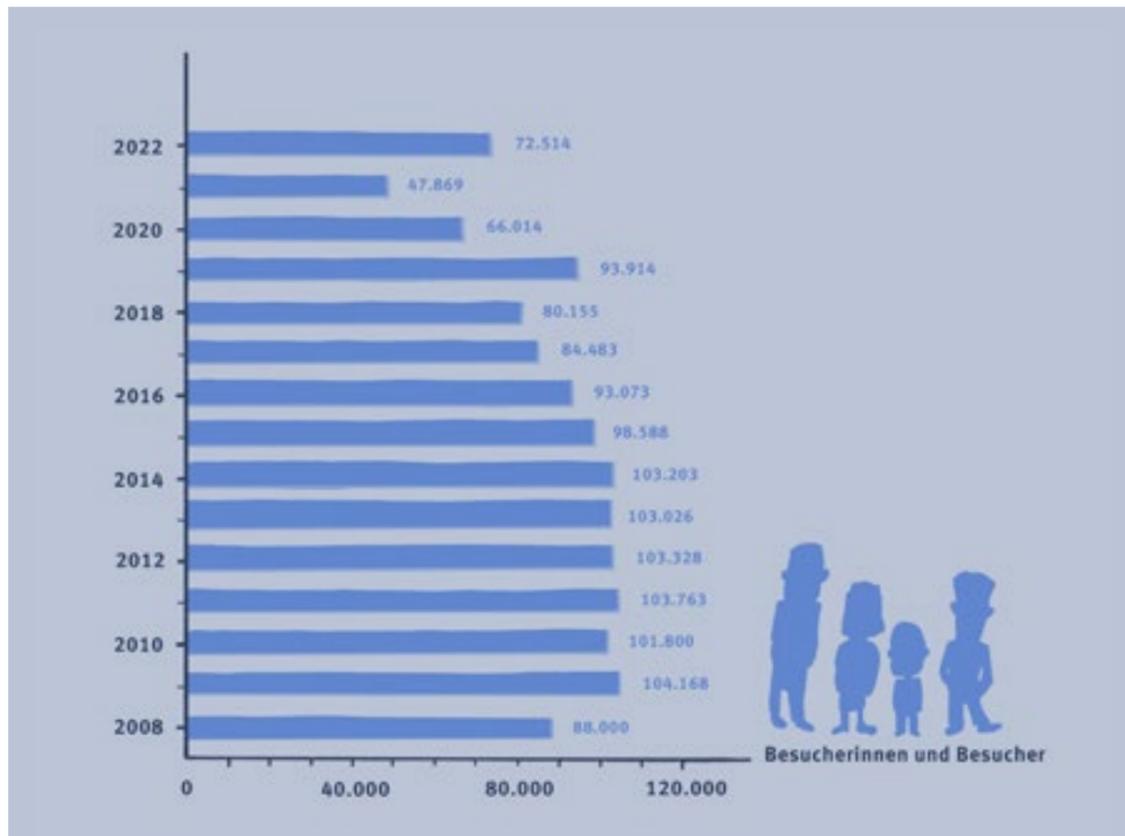


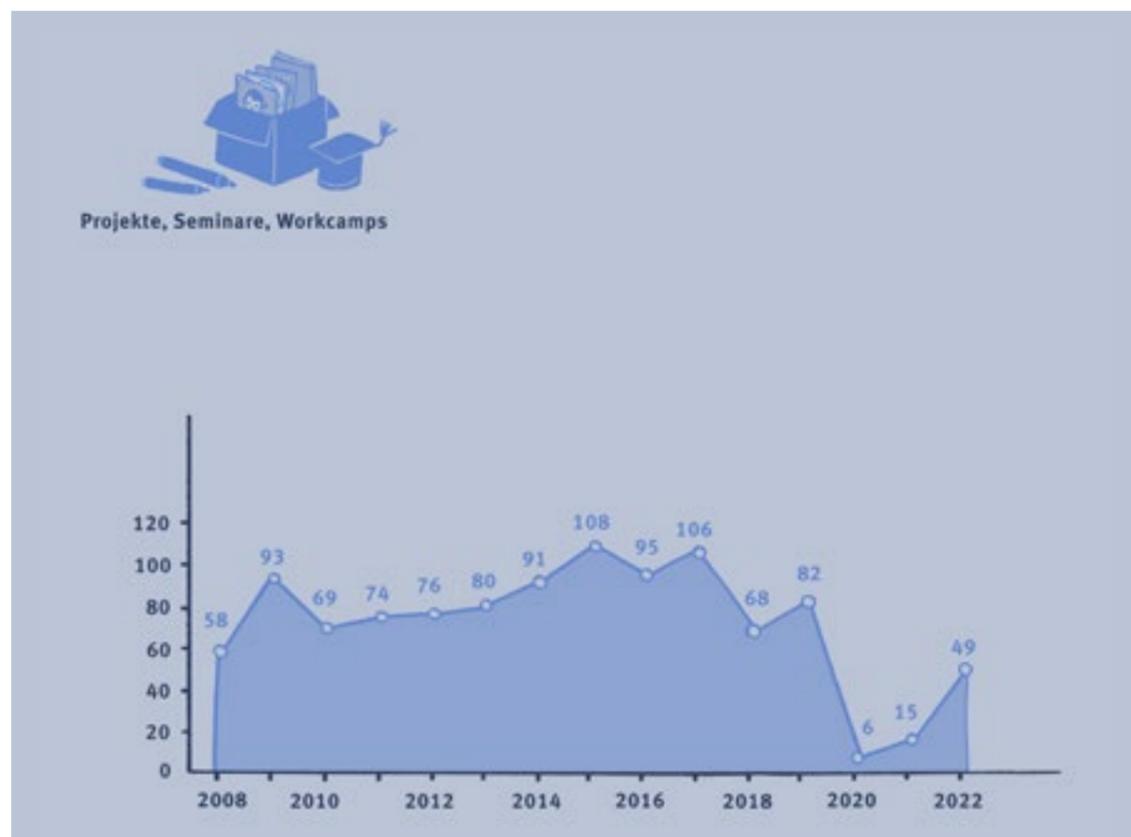
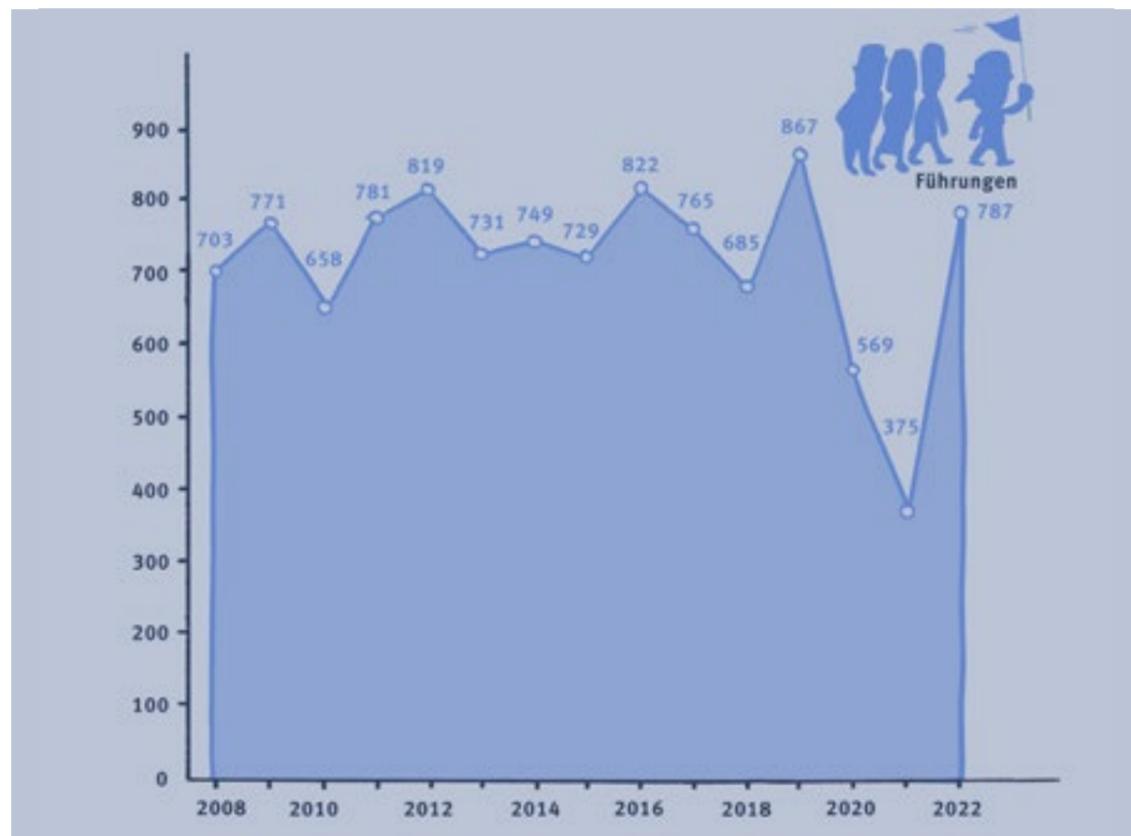
Illustrationen © Matthias Seifert

Graphic Novel aus dem pädagogischen Angebot „ICH MEINE! Ein Projekt zur Meinungsfreiheit“

stätte Bautzen aktualisieren bzw. ergänzen. Ziel ist die Modernisierung der bisherigen Angebote mit zeitgemäßen Methoden. So liegt das Ziel des Projekts „Mystery – Speziallager Bautzen“ in der Suche nach Antworten auf eine Ausgangsfrage. Das Projekt „ICH MEINE! Ein Projekt zur Meinungsfreiheit“ beinhaltet die Auseinandersetzung mit dem Thema Meinungsfreiheit in Vergangenheit und Gegenwart. Als Materialvorlage dienen hier Graphic Novels.

Die Guides tragen mit ihrem Engagement wesentlich dazu bei, das hohe Niveau der Vorjahre in diesem Bereich der Gedenkstättenarbeit qualitativ und quantitativ aufrechtzuerhalten. An vielen Wochenenden führten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen Gäste durch den historischen Ort und berichteten von ihren Erlebnissen als politische Gefangene.





Projektmitarbeiter von „Stage of Memory“ Ulrich Ingenlath

Projekt „Stage of Memory“

Ziel dieses Projekts der Gedenkstätte Bautzen war es, neue Wege des Erinnerungstransfers zu beschreiten und für junge Menschen neue Zugänge zu einer aktiven, intensiven Auseinandersetzung mit der SED-Diktatur zu schaffen. In einzelnen Projekt-Modulen von mindestens 3 Tagen erkundeten die teilnehmenden Jugendlichen den historischen Ort – die ehemalige Stasi-Sonderhaftanstalt Bautzen II – und lernten Opfer der SED-Diktatur kennen.

Die Jugendlichen beschäftigten sich mit einem selbst gewählten Thema aus ihrer heutigen Lebenswelt und formulierten auf dieser Grundlage Fragen, welche sie an die Geschichte sowie an Zeitzeuginnen und Zeitzeugen des in Bautzen erlebten Unrechts stellten. Ihre Erkenntnisse und Eindrücke, die Narrative der Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, auch offene Rechercheergebnisse und ihre eigenen Emotionen brachten sie anschließend kreativ und öffentlichkeitswirksam zum Ausdruck – durch kreatives Schreiben, performative Künste, Videos und szenisches Spiel. So schuf die Kreativität der Teilnehmenden unter Nutzung von Theatermitteln eine Verbindung von Geschichte und Gegenwart.

Von September 2021 bis Dezember 2022 fanden die Durchführungen von vier Projekt-Modulen statt, ein Workshop-Tag mit Theaterstück sowie eine Schulpraktikums-einheit mit insgesamt 182 Jugendlichen (OS Neukirch 24, OS Wilthen 17, BSZ Fischwirte 20, Bautzen 17, Gymnasium Löbau 48, OS Pirna 54, Schulpraktikum 2 aus Frankreich) mit jeweiliger öffentlicher Präsentation als Mikro-Festival. Zudem wurde ein weiteres neues Projekt-Modul für das Schuljahr 2022/23 erarbeitet (BSZ Fischwirte 21, Bautzen 19).

Das Projekt „Stage of Memory“ wurde in Kooperation mit dem Deutsch-Sorbischen Volkstheater umgesetzt und von dem Bundesprogramm „Jugend erinnert“ gefördert.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Der Kontakt zu ehemaligen Häftlingen und Hinterbliebenen ist nach wie vor wichtig für die Arbeit der Gedenkstätte in Bautzen. In persönlichen Kontakten, am Tag des offenen Denkmals, in Interviews und Treffen mit den Zeitzeuginnen und Zeitzeugen tragen sie maßgeblich dazu bei, die Gedenkstätte bei neuen Fragestellungen und Projekten zu unterstützen. Dies wurde bei verschiedenen Veranstaltungen und den Online-Projekten erneut besonders deutlich.

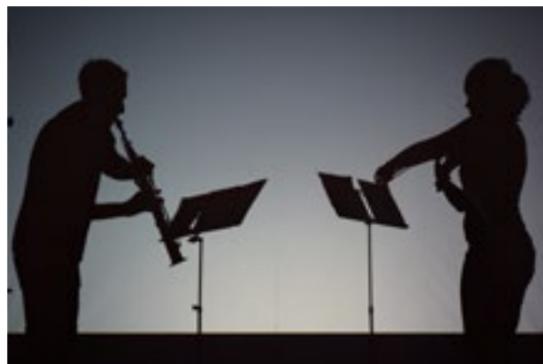
Die Anzahl der Anfragen nach Schicksalsklärungen durch Verwandte und Hinterbliebene sowie für Forschungsprojekte und -einrichtungen lag im Berichtszeitraum 2021 bis 2022 auf einem unverändert hohen Niveau. Neben der Klärung von konkreten Haftgründen und -verläufen sowie Sterbedaten und -orten von Inhaftierten im sowjetischen Speziallager Bautzen und des DDR-Strafvollzugs in Bautzen I und II sind zunehmend Anfragen von Angehörigen zu verzeichnen, deren Verwandte während des Nationalsozialismus in Bautzen inhaftiert waren. Oftmals erfolgen diese Nachfragen auch während oder im Anschluss an einen persönlichen Besuch der Gedenkstätte Bautzen. Mithilfe der zur Verfügung stehenden Datenbanken und Quellen vor Ort kann der Verbleib der Angehörigen bzw. der gesuchten Personen des Speziallagers Bautzen meist geklärt werden. Schwieriger bleibt die Beantwortung nach Haftverläufen von Betroffenen des NS-Strafvollzugs sowie des DDR-Strafvollzugs, da es hier keine vergleichbare Datengrundlage gibt. Anfragenden kann nur mit Hinweisen zu weiteren Recherchemöglichkeiten beim Hauptstaatsarchiv Dresden, in der BStU oder im Bundesarchiv weitergeholfen werden.

Besondere Veranstaltungen

Alle Veranstaltungen stießen auf eine breite öffentliche Wahrnehmung und zogen viele interessierte Besucherinnen und Besucher an. Wie in den Jahren zuvor waren vor allem die Tage des offenen Denkmals (immer am 2. Sonntag im September) besonders stark frequentiert. Ungefähr 40 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen berichteten von ihren Hafterfahrungen, das Angebot nahmen jeweils mehr als 1500 Interessierte wahr.



Zeitzeuginnen und Zeitzeugen beim Tag des offenen Denkmals 2021



Konzert „Widerstand und Persönlichkeit: Eine künstlerische Annäherung an jüdische Haftbiografien hybrid realisiert“

In Jahr 2021 konnten aufgrund der Corona-Pandemie erst in der zweiten Jahreshälfte Veranstaltungen stattfinden. Das Themenjahr „1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland“ veranlasste die Gedenkstätte, mehrere Veranstaltungen zu diesem Thema durchzuführen.

Zum Auftakt fand eine zweiteilige Performance im Rahmen des Sechsstädtebundfestivals 2021 „Kommen und Gehen“ statt. Zuerst wurde eine Gesprächsrunde mit Ben Salomo, Rapper, Aktivist und Botschafter des Themenjahres, der Leiterin der Gedenkstätte Silke Klewin und den am Sechsstädtebundfestival 2021 beteiligten Musikerinnen und Musikern über die Chancen künstlerischer Auseinandersetzung für die politische Bildung online live übertragen. Anschließend setzten sich die Künstlerinnen und Künstler in dem Konzert „Widerstand und Persönlichkeit: Eine künstlerische Annäherung an jüdische Haftbiografien hybrid realisiert“ im August 2021 musikalisch mit den Haftschicksalen von Walter Rosenheim und Julius Bändel auseinander, die als Juden von den Nationalsozialisten verfolgt, in Bautzen inhaftiert und später ermordet wurden.

Die zweite Veranstaltung zum Themenjahr war im Oktober 2021 „Ich hatte einst ein schönes Vaterland ...‘ 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland (321–2021)“ mit dem Schauspieler Roman Knižka und dem Ensemble Opus 45. Sie trugen Texte jüdischer Autorinnen und Autoren in deut-



Wolf Biermann in der Gedenkstätte Bautzen



Musiktheaterinszenierung „Haus des Schweigens“

scher Sprache vor und präsentierten so einen Ausschnitt der überaus reichen und vielfältigen jüdisch-deutschen Kulturgeschichte.

Für die Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Bautzen-Forums 2021 gab Wolf Biermann ein Konzert in der Gedenkstätte Bautzen. Da die Öffentlichkeit aus Kapazitätsgründen keinen Zugang erhalten konnte, wurde das Konzert live im Internet übertragen.

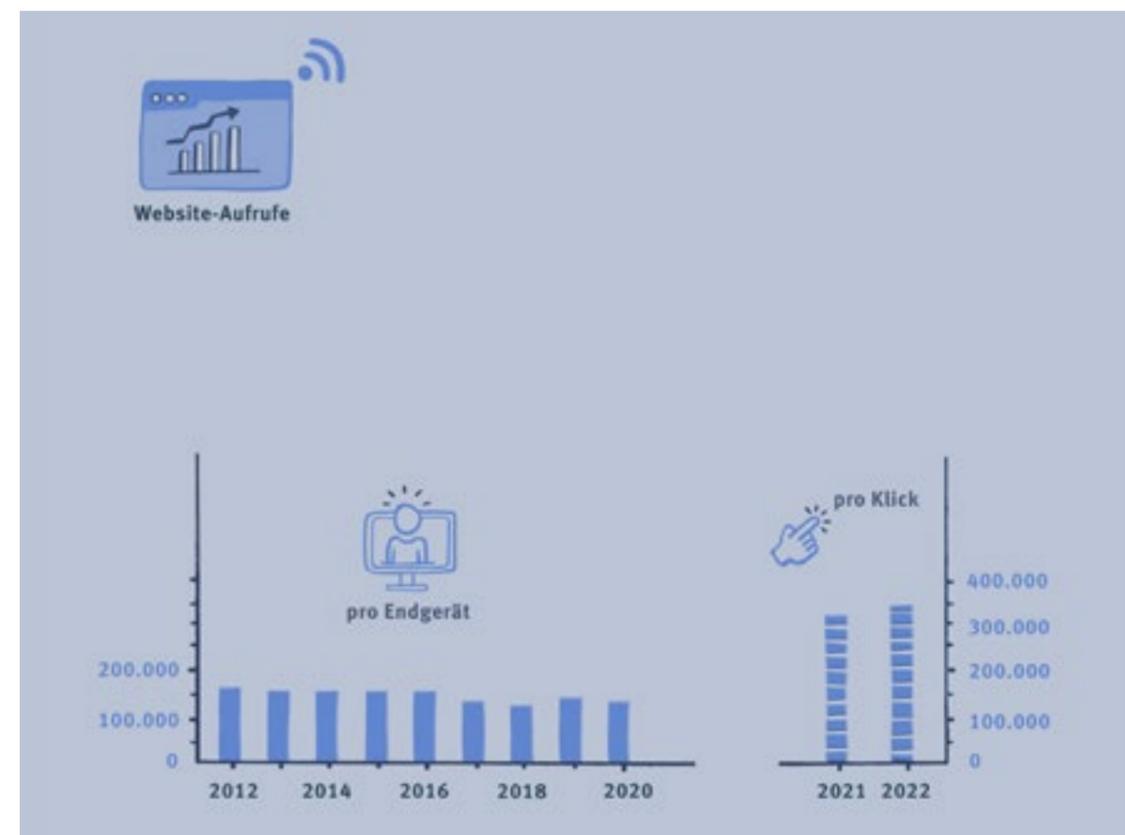
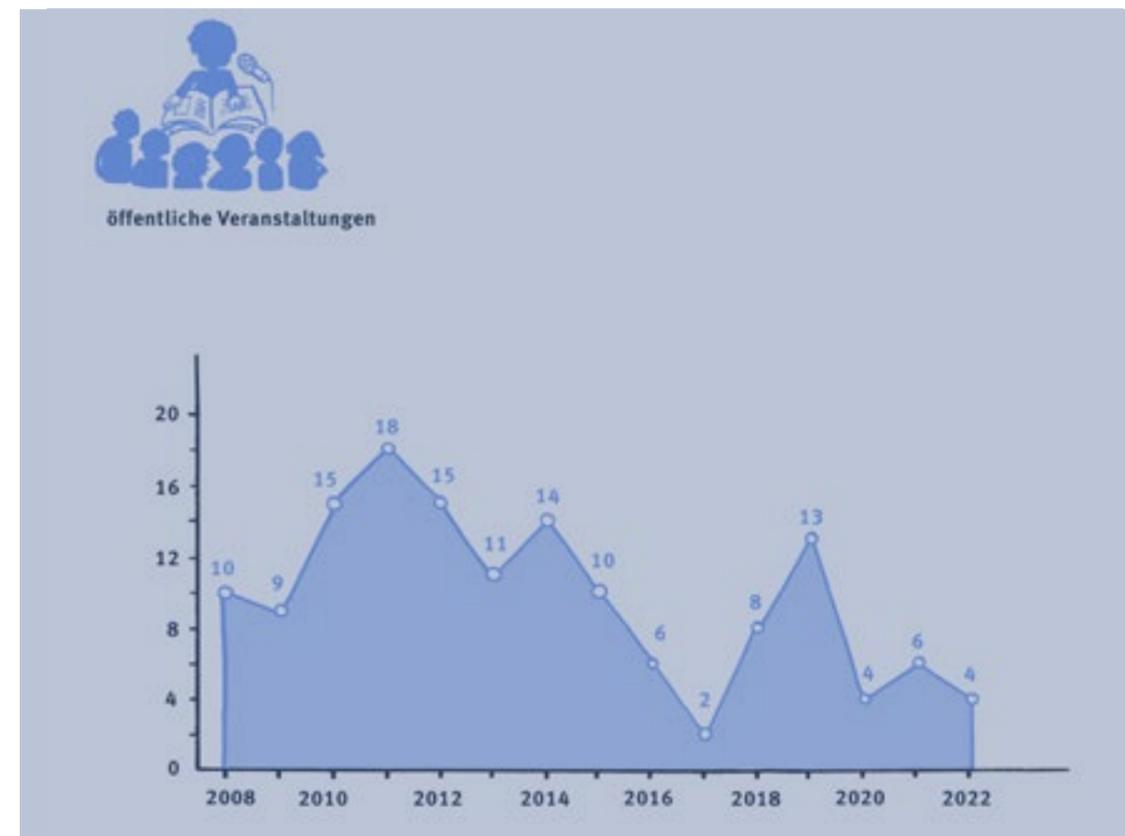
Eine ungewöhnliche Musikdarbietung fand im Rahmen des Lausitz Festivals statt: Im September 2021 wurde die besondere Geschichte des ehemaligen Gefängnisses Bautzen II zum Hinter- und Vordergrund der Musiktheaterinszenierung „Haus des Schweigens“ von Aron Kitzig. Grundlage waren Interviews mit ehemaligen Gefangenen über ihre Träume während und nach der Gefangenschaft.

In dem Kammerkonzert „Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen“ im Juni 2022 trug der Schauspieler Roman Knižka Texte jener mutigen Künstlerinnen und Künstler vor, die sich bis zuletzt hartnäckig gegen den faschistischen Terror behaupteten. Das Ensemble Opus 45 begleitete die Veranstaltung musikalisch.

Zum Thema „Widerstand und Persönlichkeit. Soundscapes of Memories“ setzten sich im August 2022 die Künstlerin Danielle de Picciotto, der Musiker Alexander Hacke und die Band Mittekil (alle Berlin) sowie die Musiker



Kammerkonzert „Den Nazis eine schallende Ohrfeige versetzen“



Stefan Dedek (Görlitz) und Fabian Russ (Leipzig) gemeinsam mit den Mitarbeitenden der Gedenkstätte Bautzen während der Artistic Research mit Fragen zur Erinnerung auseinander. Zum Abschluss gestalteten sie in der Gedenkstätte Bautzen ein klingendes Erinnerungsbild.

Im Rahmen des 33. Bautzen Forums wurde in der Gedenkstätte im September 2022 das Stück „Helden wie wir“ aufgeführt. Thomas Brussigs 1995 erschienener derbhumoriger Bestseller wurde von der Kritik als erster großer „Wenderoman“ gefeiert. Darin erzählt Klaus Uhltscht persönlich und ausführlich die unglaubliche Geschichte, wie er ganz allein die Berliner Mauer zu Fall brachte. Das von Peter Dehler inszenierte Stück zum Roman war ein Gastspiel der Bühnen Halle.

Veranstaltungspartner im Berichtszeitraum waren u. a. der Bautzen-Komitee e. V., die Friedrich-Ebert-Stiftung / Landesbüro Sachsen, die Sächsische Landeszentrale für politische Bildung, die Sächsische Landesbeauftragte zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, das soziokulturelle Zentrum Steinhaus Bautzen, das Musikfestival „Kommen und Gehen“, die Lausitz Festival GmbH und der Verein „321–3021: 1700 Jahre jüdisches Leben in Deutschland e. V.“. Alle Veranstaltungen wurden per Print-, Hörfunk-, Fernseh- und Online-Medien angekündigt und zum Teil in größeren Berichten vorgestellt.

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Verschiedene Objekte wurden der Gedenkstätte übergeben, so beispielsweise das Tagebuch eines ehemaligen Speziallagerhäftlings nebst Fotos und weiteren Informationen über seine Biografie. Seit 2021 wird der umfangreiche Fotobestand der Gedenkstätte Bautzen systematisch in die neu erworbene Objekt-Datenbank eingepflegt.

Die Forschungsarbeit in den Archiven, besonders in der BStU, wurde intensiviert. Derzeit liegen die Schwerpunkte der Forschung bei Informationen über Häftlinge und Gefängnispersonal sowie die Frauen in Bautzen II.

Die Sammlung der Gedenkstätte ist für Interessierte nach Voranmeldung nutzbar. Die Gedenkstättenbibliothek ist als Präsenzbibliothek wochentags innerhalb der regulären Öffnungszeiten nutzbar, nach Voranmeldung auch innerhalb anderer Zeitfenster.

DIE BAUTZENER GEFÄNGNISSE IM NATIONALSOZIALISMUS

In Bautzen gab es seit 1925 eine Ortsgruppe der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP). Mitglieder der paramilitärischen „Sturmabteilung“ (SA) und der „Schutzstaffel“ (SS) schüchterten ihre Gegner ein. Die lokale NSDAP verbuchte es als Erfolg, dass NS-Führer Adolf Hitler zwei Mal Bautzen besuchte – 1930 und 1932.

Die NS-Machtergreifung in Bautzen erfolgte durch eine Art Putsch Anfang März 1933: SA- und SS-Einheiten besetzten das Gewerkschaftshaus und hielten dort politische Gegner fest. Gewerkschafter, Sozialdemokraten und Kommunisten wurden in „Schutzhaft“ genommen. NS-Angehörige eroberten das Rathaus und erklärten den Bürgermeister für abgesetzt. Bei den Reichstagswahlen im selben Monat erzielte die NSDAP in Bautzen 49 Prozent der Stimmen (in Sachsen 45 Prozent, reichsweit 44 Prozent).

Von April bis Juni 1933 betrieb die Bautzener SA ein Konzentrationslager auf dem ehemaligen Fabrikgelände „Kupferhammer“ am Stadtrand. Zeitweise waren 400 politische Gegner dort als „Schutzhäftlinge“ eingesperrt. Die Kosten für das Lager trug die Stadt.

Beide Bautzener Gefängnisse waren bereits seit Anfang des 20. Jahrhunderts in Betrieb, unter dem NS-Regime wurden die Haftanstalten zu Orten der Unterdrückung. Neben Kriminellen waren hier viele Menschen aus politischen Gründen von der Außenwelt isoliert.

Bautzen I wurde als Gefängnis für junge und erstbestrafte Männer sowie für männliche Jugendliche genutzt und hatte 1934 eine Kapazität von 1350 Haftplätzen. Die Haftanstalt Bautzen II stand für Untersuchungs- und Schutzhaft zur Verfügung sowie in geringerem Maße auch als Strafgefängnis für Männer und Frauen aus der Region. Dieses Gefängnis war für 200 Häftlinge ausgelegt.

Im Zweiten Weltkrieg waren die Bautzener Haftanstalten zunehmend überbelegt. Die Gefängnisse stellten der Rüstungsindustrie Häftlinge als Zwangsarbeiterinnen und



Gefängnis Bautzen I, 1935 (© Hauptstaatsarchiv Dresden)



Rudolf Plischke mit Familie, 1934 in Bautzen

Zwangsarbeiter zur Verfügung, Hunderte wurden zusätzlich in Außenlagern untergebracht. Im Dezember 1944 waren in beiden Gefängnissen und den Außenlagern 2.775 Menschen inhaftiert.

Verschärfter Strafvollzug unter dem neuen Gefängnisdirektor Rudolf Plischke

Die Nationalsozialisten setzen im Strafvollzug auf Zucht und Ordnung. Der Reformstrafvollzug der Weimarer Republik, in dessen Mittelpunkt die Resozialisierung des Gefangenen stand, wird als „Humanitätsduselei“ abgelehnt; der Straf- und Sühnedanke soll wieder stärker betont werden. In Bautzen setzt Gefängnisleiter Rudolf Plischke (1892–1945) die Verschärfung des Strafvollzugs durch. Im April 1933 ins Amt gekommen, prägt er den Bautzener Strafvollzug wie kein anderer.

Viele Gefängnisbeamte begrüßen die verstärkte Orientierung an militärischem Drill. Die meisten älteren Beamten haben jahrelang als Offiziere im kaiserlichen Militär gedient und orientieren sich bereitwillig an den strengeren Vorschriften. Vergünstigungen für die Häftlinge fallen weg, Beschwerde- und Mitbestimmungsrechte werden abgeschafft, massive Einschnitte gibt es in der Gefangenenfürsorge. Zunehmend wird eine strenge Isolierung bestimmter Gruppen – etwa politischer Gefangener oder Juden – durchgesetzt, und die Lebensmittelversorgung verschlechtert sich.

Sozialdemokratische Beamte werden aus dem Justizdienst entlassen

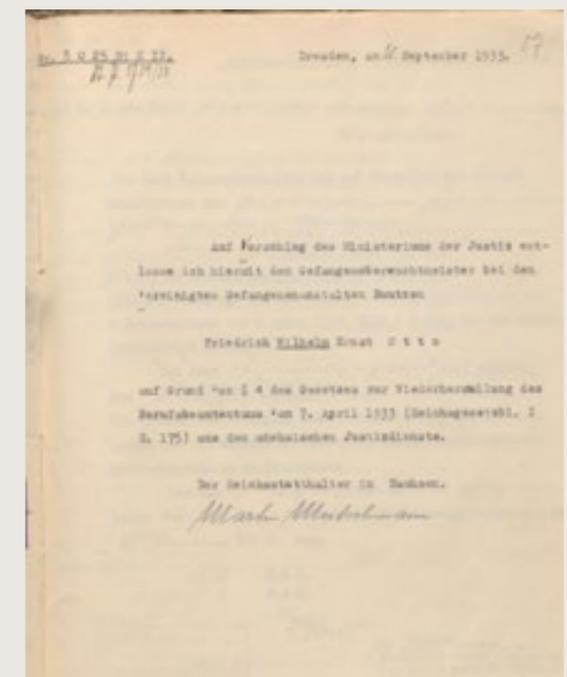
Während die Nationalsozialisten politische Gegner in Haftanstalten sperren, erfolgt auch die „Gleichschaltung“ und „Säuberung“ der Justiz: In den Bautzener Gefängnissen werden mindestens zwei ehemalige Sozialdemokraten entlassen. Im Gegenzug treten Hilfswachtmeister ihren Dienst an, die als „alte Kämpfer der NS-Bewegung“ gelten. Sie werden später bevorzugt als Beamte eingestellt.



Wilhelm Otto, 1946, Foto aus der Nachkriegspersonalakte

Das im April 1933 verabschiedete „Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ erlaubt es, „politisch unzuverlässige“ Beamte zu entlassen. Juden verlieren dabei in jedem Fall ihre Anstellung. Der Bautzener Gefängnisleiter Plischke meldet dem Justizministerium im Juni 1933 Gefängnisbeamte, die den Sozialdemokraten nahegestanden haben.

Zwei Ausschüsse mit NS-treuen Beamten überprüfen die Beamten in Bautzen I und II. Im Fall des SPD-Mitgliedes Wilhelm Otto sieht der Ausschuss die „nationale Unzuverlässigkeit als erwiesen an“. Plischke schlägt vor, den Wachtmeister aus dem Dienst zu entfernen, Reichsstaltthalter Martin Mutschmann unterzeichnet im September 1933 die Entlassungsurkunde.



Entlassungsverfügung aus der Personalakte Wilhelm Ottos, 1933

GEDENKSTÄTTE EHRENHAIN ZEITHAIN

Zum Ehrenhain 1 | 01619 Zeithain
Telefon 03525 760392 | Fax 03525 510469
ehrenhain.zeithain@stsg.de
www.ehrenhain-zeithain.de

Das Lager Zeithain bei Riesa diente der nationalsozialistischen Wehrmacht zwischen 1941 und 1945 zur Unterbringung von Kriegsgefangenen. 1943 wurde das Lager in ein Lazarett für schwerkranke, nicht arbeitsfähige Kriegsgefangene umgewandelt. Dem Lager fielen 25.000 bis 30.000 sowjetische Soldaten zum Opfer und mehr als 900 Menschen anderer Nationen, darunter 874 Italiener.

In Zeithain befindet sich die größte Kriegsgräberstätte für sowjetische Soldaten in der Bundesrepublik Deutschland. Die dort Verstorbenen sind auf insgesamt vier Friedhöfen bestattet. Die Gedenkstätte befindet sich auf einem sowjetischen Soldatenfriedhof, dem Ehrenhain Zeithain. Dort informiert eine Dauerausstellung über die Geschichte und die Opfer des Lagers. Die weiteren Friedhöfe, das Ehrenmal am ehemaligen Standort des italienischen Soldatenfriedhofs und der Ankunftsort der Gefangenentransporte am Bahnhof Jacobsthal können ebenfalls besucht werden.



Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Der von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten bei der Unteren Denkmalschutzbehörde des Landkreises Meißen eingereichte Antrag auf eine denkmalschutzrechtliche Genehmigung der dauerhaften Einrichtung eines Geschichtslehrpfades entlang der ehemaligen nördlichen Lagerstraße des Kriegsgefangenenlagers Zeithain im Naturschutzgebiet Gohrschheide-Elbniederterrasse Zeithain wurde im Juli 2022 abgelehnt. Die für die Einrichtung des Geschichtslehrpfades vom Sächsischen Landtag bereitgestellten 100.000 Euro konnten zu einem Großteil 2021 und 2022 nicht verbraucht werden. Nach der Ablehnung des Antrages wurde ein Planungsbüro mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung beauftragt, die nunmehr Teil des Bauantrages sein soll. Infolge der notwendigen Erhebungen im Frühjahr 2023 kann diese erst im Sommer 2023 vorliegen. Für die sonstigen Bestandteile des Bauantrages wurde ein Architekturbüro beauftragt.

Anknüpfend an die bereits vor Ausbruch der Pandemie geübte Praxis konnten 2021 und 2022 nach vorheriger Beantragung bei der Unteren Naturschutzbehörde und dem Eigentümer Staatsbetrieb Sachsenforst Führungen mit Schulklassen und Gruppen sowie Freiwilligen-Workcamps auf dem ehemaligen Lagergelände durchgeführt werden. Um diese anbieten zu können, wurden die ehemalige Lagerstraße und die zu präsentierenden ehemaligen Gebäudestandorte regelmäßig gemäht und provi-



© Anja Demawitz

sorisch markiert. Im Rahmen des SCI-Workcamps wurde im Juli 2022 der Giebel eines der beiden Arrestgebäude maßstabsgetreu aus Holz gebaut und zum Abschluss des Workcamps am Standort einer der beiden Arrestbaracken auf- und wieder abgebaut.

Ständige Ausstellung und Wanderausstellungen der Gedenkstätte

Die 2020 von der Dresdner Künstlergruppe „pink tank“ konzipierte Sonderausstellung zur Präsentation der Fundstücke, die 2017/18 auf dem ehemaligen Lagergelände geborgen werden konnten, wurde auch 2021 und 2022 in

der ehemaligen Lagerbaracke der Gedenkstätte gezeigt. Infolge der langen Schließzeiten durch die Pandemie im Berichtszeitraum fiel der Entschluss, diese Präsentation deutlich länger zu zeigen. Die Ausstellung ist als Schaudapot angelegt und lädt die Besucherinnen und Besucher ein, ihr persönliches Wissen und ihre Fragen zu den Fundstücken für die weitere Erschließung der Objekte aktiv einzubringen und die Ausstellungsregale mit den bearbeiteten Objekten zu bestücken. Diese partizipative Herangehensweise wurde insbesondere von Schulklassen sehr gut angenommen; sie brachte für die Gedenkstätte Erkenntnisgewinne und für die Besucherinnen und Besucher das Erlebnis eines aktiven Ausstellungsbesuchs.



SCI-Workcamp



Eröffnung der Sonderausstellung „Jugend im Gleichschritt. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ im Stadtmuseum Riesa

Im April/Mai 2022 konnte nach mehrmaligem Verschieben schließlich erstmalig in Ostdeutschland in Kooperation mit dem Stadtmuseum in Riesa die Sonderausstellung „Jugend im Gleichschritt. Zwischen Anspruch und Wirklichkeit“ über die Hitlerjugend gezeigt werden. Begleitet wurde die Ausstellung durch ein umfangreiches Veranstaltungsprogramm in Riesa. Diese vom NS-Dokumentationszentrum Köln erarbeitete Wanderausstellung ist die umfassendste Darstellung zu diesem Thema und gibt einen eindrucksvollen und differenzierten Überblick über die Entwicklung, Bedeutung und gesellschaftliche Reichweite der mitgliederstärksten Massenorganisation des Nationalsozialismus. An zahlreichen Beispielen aus dem Rheinland und Westfalen wird anhand von über 500 zuvor nie veröffentlichten Fotos und Dokumenten aus Privathand sowie mehreren Medienstationen mit historischem Filmmaterial und Berichten von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen der Alltag in der Hitlerjugend veranschaulicht.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Öffentliche Präsenzveranstaltungen jedweder Art konnten 2021 kaum stattfinden. Eine Ausnahme bildete eine fünftägige Ferienfreizeit in der letzten Juliwoche, bei der Jugendliche aus Frankenberg unter fachlicher Anleitung Fundstücke aus der Zeit des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers bargen. Zudem fanden einige Online-Fortbildungsveranstaltungen statt.



Jugendliche aus Frankenberg in ihrer Ferienfreizeit auf dem Gelände des ehemaligen Kriegsgefangenenlagers Zeithain



Reservisten auf dem Friedhof Zschepe II

Erst 2022 konnten neben Online-Angeboten auch wieder Führungen, Projekttag und Freiwilligen-Workcamps stattfinden. Erfreulich entwickelte sich die Anzahl der Besuche von Bundeswehrgruppen, die in der Regel mehrtägige Fortbildungsangebote des Militärhistorischen Museums (MHM) in Dresden für Besuche der Gedenkstätte inklusive Workshopangeboten nutzten. Die Zusammenarbeit mit dem MHM Dresden konnte insgesamt intensiviert werden.

Stattdessen konnten nun auch wieder Führungen, die Betreuung von Angehörigen sowie zwei Pflegeeinsätze von Reservisten der Bundeswehr auf den Kriegsgefangenenfriedhöfen in Zeithain. Auch die seit vielen Jahren in Zusammenarbeit mit dem Evangelischen Schulzentrum Leipzig und dem Service Civil International (SCI) jährlich stattfindenden Freiwilligen-Workcamps konnten erfolgreich durchgeführt werden. Die Workcamps – wie auch die jährlichen Gedenkveranstaltungen anlässlich der Jahrestage zur Befreiung des Kriegsgefangenenlagers – fanden stets in Kooperation und mit Unterstützung des Fördervereins Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain e.V. statt.

Die Anzahl der Besuchsgruppen der Bundeswehr wuchs, weil einzelne Module ihrer historisch-politischen Bildung im Rahmen mehrtägiger Aufenthalte in Dresden und Sachsen in der Gedenkstätte stattfanden. Im Zentrum standen dabei die Umsetzung des Kriegsvölkerrechts in der Kriegsgefangenenbehandlung der Wehrmacht sowie mögliche Handlungsspielräume des Lagerpersonals bei der Umsetzung verbrecherischer Befehle auf verschiedenen Hierarchieebenen. Die Lehren daraus finden sich im Konzept der Inneren Führung der Bundeswehr und verdeutlichen, warum gemäß dem Traditionserlass der Bundeswehr die Wehrmacht nicht als Bezugspunkt militärischer Traditionsbildung herangezogen werden kann.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Die Besuche von Angehörigen verstorbener Opfer und ehemaliger Insassen des Kriegsgefangenenlagers Zeithain ist 2021 aufgrund der pandemiebedingten Reisebeschränkungen bis auf wenige Ausnahmen zum Erliegen gekommen.

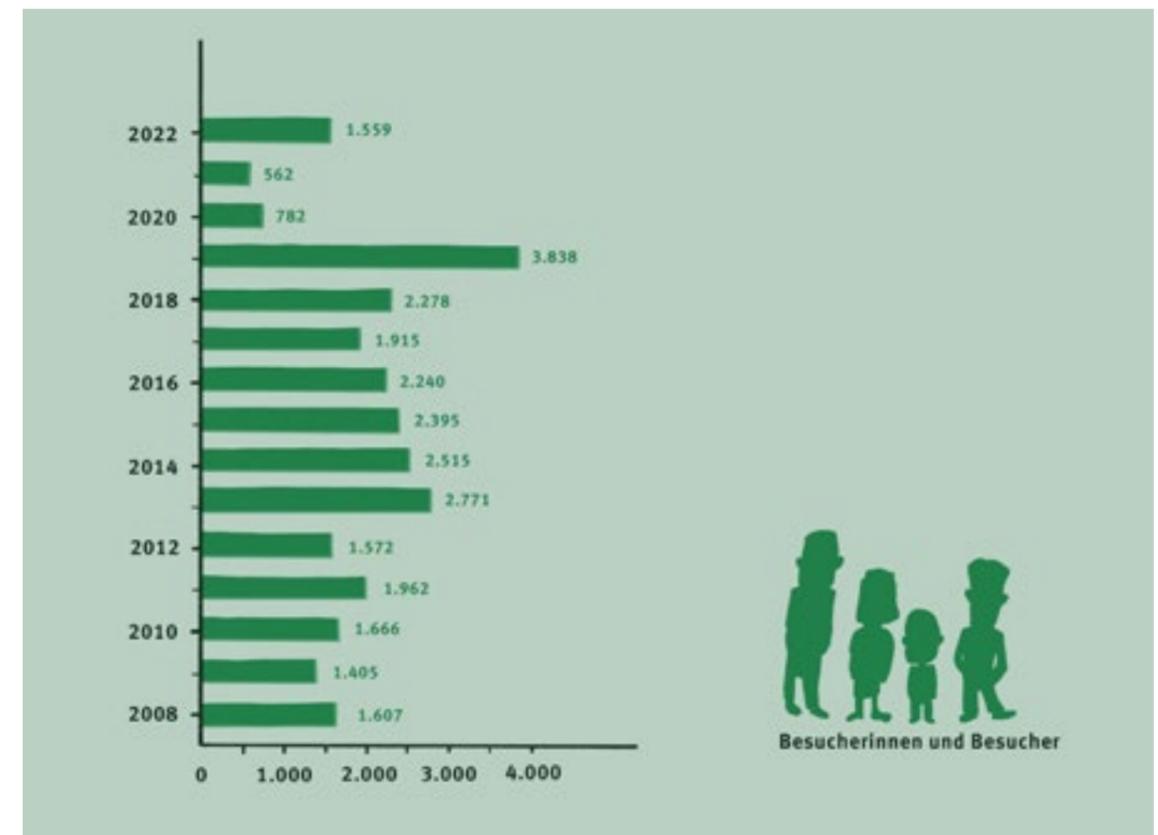
Am 8. September 2021, genau 78 Jahre nach der Kapitulation Italiens im Zweiten Weltkrieg, besuchten Angehörige des italienischen Kriegsgefangenen Cesare Furlanetto die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain. Drei seiner Kinder – zwei Söhne und eine Tochter – sowie ein Enkelsohn bereisten die Stationen seiner Gefangenschaft in Sachsen. Der Enkel, Stefano Furlanetto, veröffentlichte 2021 das Tagebuch seines Großvaters in einer editierten Fassung in Italien.

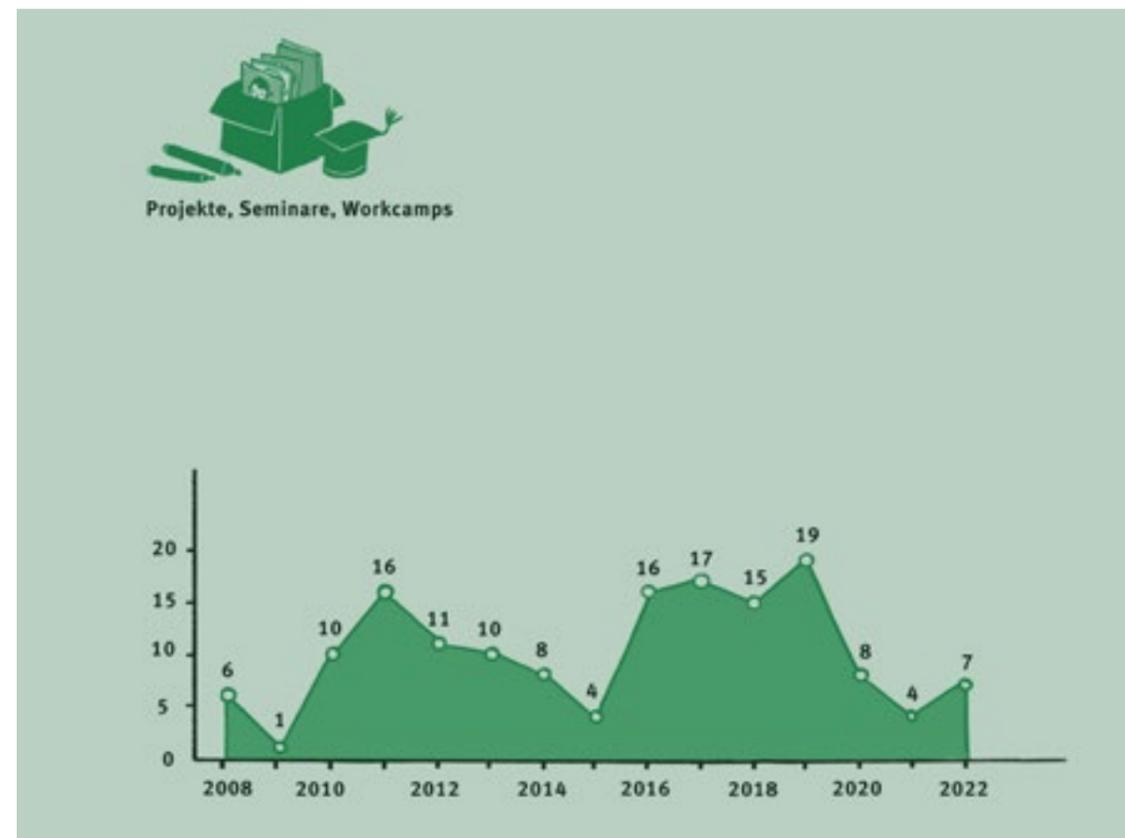
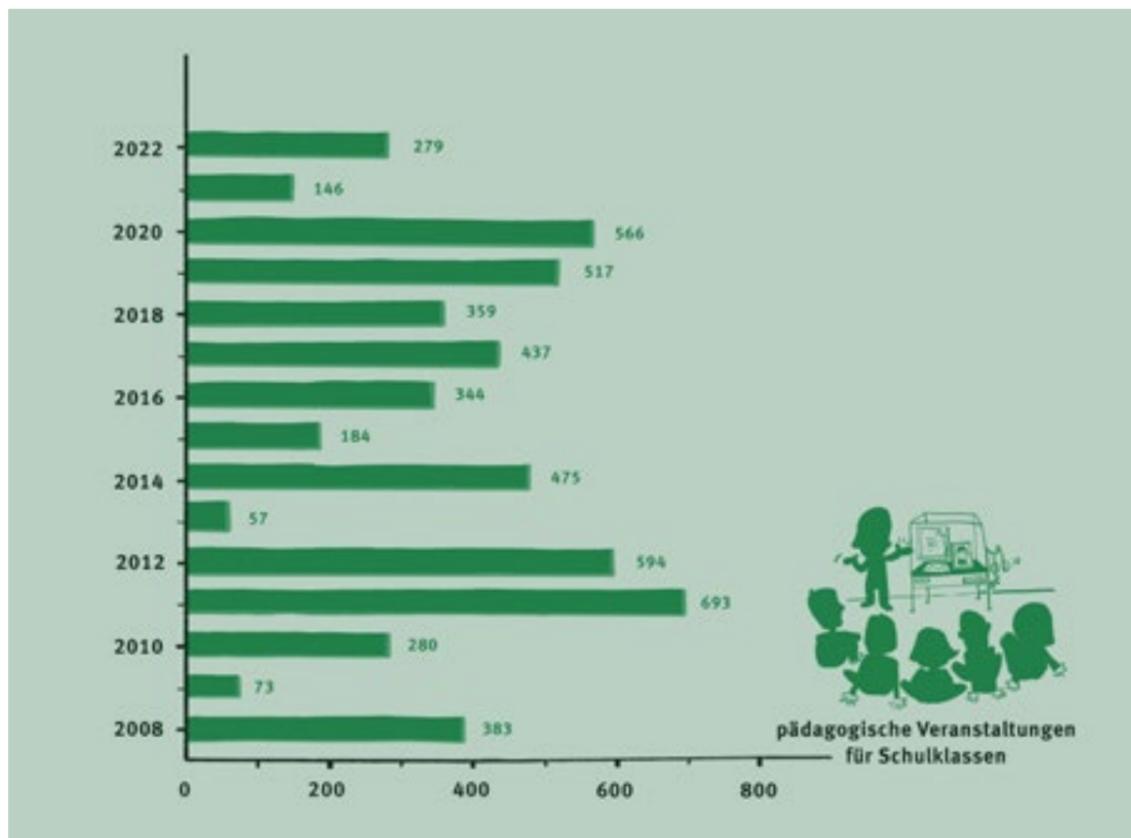
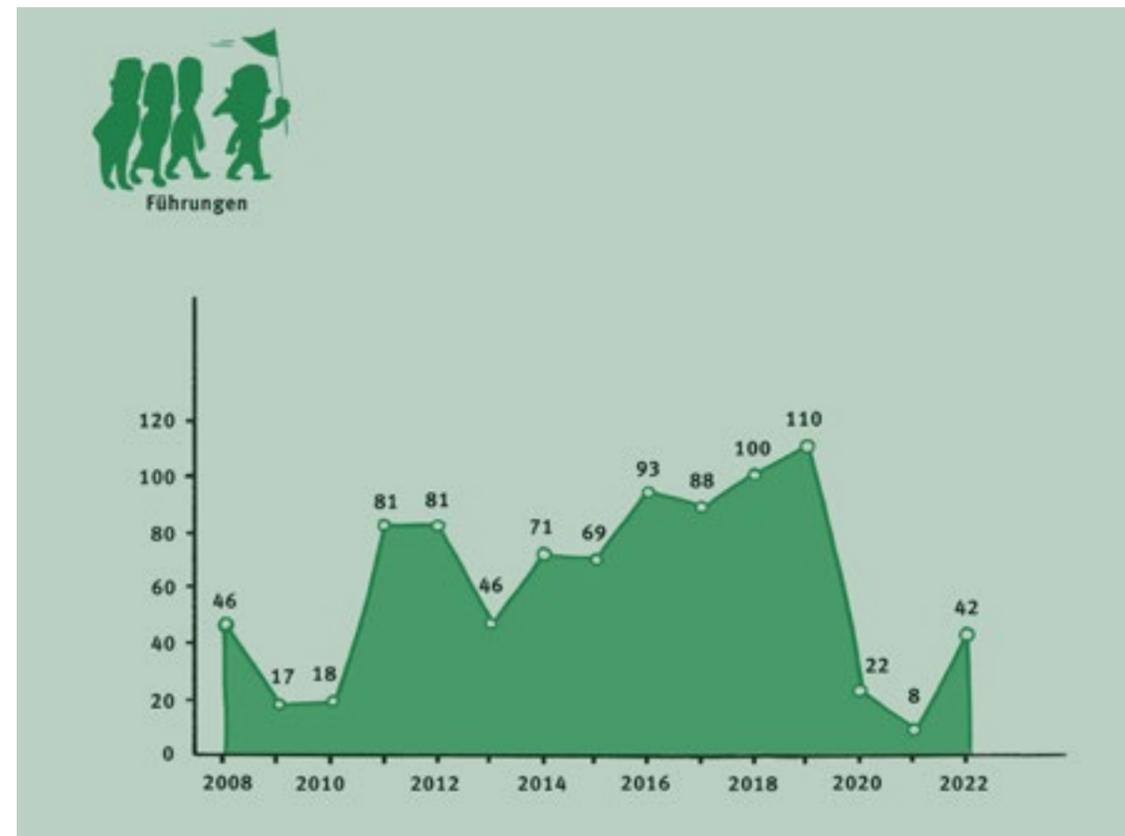
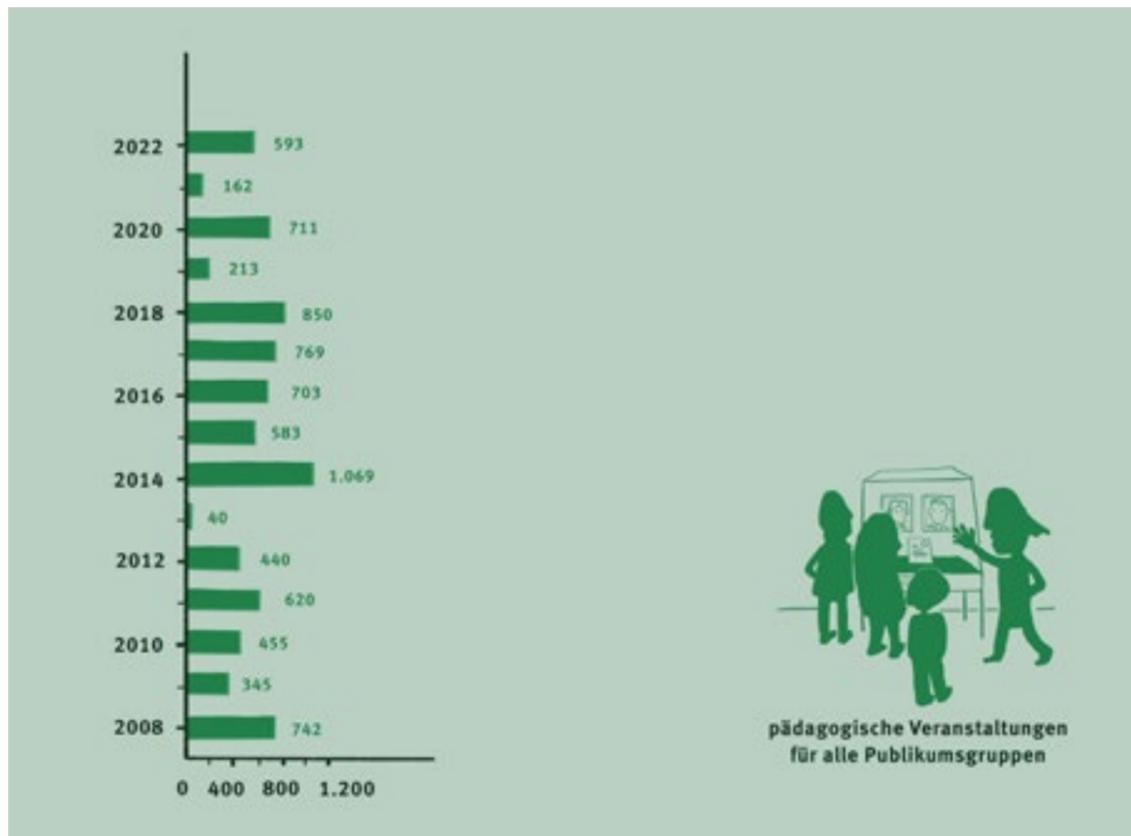
Die Suche der Angehörigen von Kriegsgefangenen unterstützte die Gedenkstätte weiterhin mit der Bearbeitung und Beantwortung von schriftlichen Anfragen. 2021 waren dies 59 Anfragen zu in Zeithain verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen und 60 weitere zu Gefangenen dieser Gruppe für das Gebiet des ehemaligen Wehrkreis IV und darüber hinaus. Weitere 16 Anfragen von Angehörigen vorrangig italienischer Kriegsgefangener wurden ebenfalls beantwortet.

2022 besuchten Angehörige von 24 verstorbenen sowjetischen Kriegsgefangenen im Rahmen eines betreuten Besuches die Gedenkstätte und die Friedhöfe. Überwiegend waren dies ukrainische Kriegsflüchtlinge. Schriftliche Anfragen wurden in 62 Fällen zu sowjetischen Kriegsgefangenen und in 5 Fällen zu nicht-sowjetischen beantwortet. Zudem wurden weitere 56 Personenanfragen zu Gefangenen in anderen Kriegsgefangenenlagern beantwortet.

Veranstaltungen und Maßnahmen der Öffentlichkeitsarbeit

Während die Gedenkfeier am 23. April 2021 anlässlich des 77. Jahrestages der Lagerbefreiung wegen der Schließung der Gedenkstätte infolge der Pandemie unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden musste, konnte die Gedenkfeier 2022 im gewohnten Format stattfinden. Deutliche Auswirkungen zeigte der am 24. Februar 2022 begonnene Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. War 2021 einer der Hauptredner der Botschafter von Belarus, S. E. Denis Sidorenko, so waren die Botschaften der Russischen Föderation und von Belarus zu der Gedenkfeier 2022 nicht eingeladen. Die Sächsische Staatsministerin







Illumination des Stadtmuseums Riesa bei der Aktion #LichterGegenDunkelheit

für Kultur und Tourismus und Stiftungsratsvorsitzende Barbara Klepsch hielt die Gedenkrede. Die Veranstaltung stand erneut unter der Schirmherrschaft des Präsidenten des Sächsischen Landtages Dr. Matthias Rößler, vertreten durch die 1. Vizepräsidentin Andrea Dombois. Für beide Gedenkfeiern wurden im Anschluss Videos erstellt und mit russischen Untertiteln versehen auf dem YouTube-Kanal der Stiftung veröffentlicht.

Mit zwei aus der ehemaligen Lagerbaracke der Gedenkstätte live übertragenen Podiumsdiskussionen unter dem Titel „Vernichtungskrieg an der Heimatfront“ erinnerte die Gedenkstätte im Jahr 2021 an den 80 Jahre zurückliegenden Beginn des deutschen Angriffs auf die Sowjetunion. Bei der Veranstaltung „Neue Fotografien sowjetischer Gefangener aus dem Kriegsgefangenenlager Zeithain“ am 23. April 2021 wurde mit der Fotohistorikerin Sandra Starke die fotografische Überlieferung der Lebensbedingungen und des Massensterbens sowjetischer Kriegsgefangener in den Lagern im Reichsgebiet erörtert. Am Beispiel Zeithains wurden u. a. die Fragen diskutiert, was typische Motive der Soldaten waren und welche Rolle Sensationslust, Abgestumpftheit und Mitgefühl beim Fotografieren spielten.

Bei der zweiten Veranstaltung sprachen die Historiker Reinhard Otto und Rolf Keller am 23. Juni 2021 über die sowjetischen Kriegsgefangenen im System der Konzentrationslager sowie über die Rolle der Wehrmacht bei den sogenannten Aussonderungen und der Ermordung ausgewählter sowjetischer Kriegsgefangener. Beide Veranstaltungen wurden aufgezeichnet und sind auf dem YouTube-Kanal der Stiftung aufrufbar.

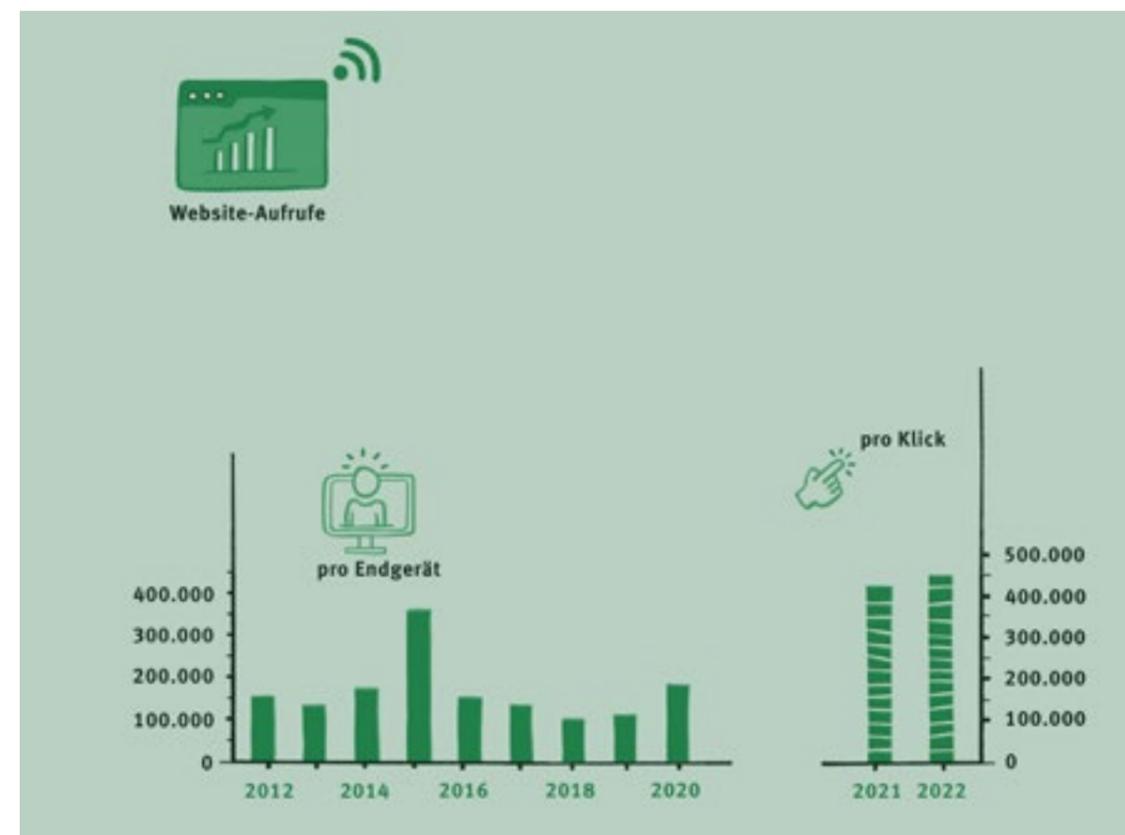
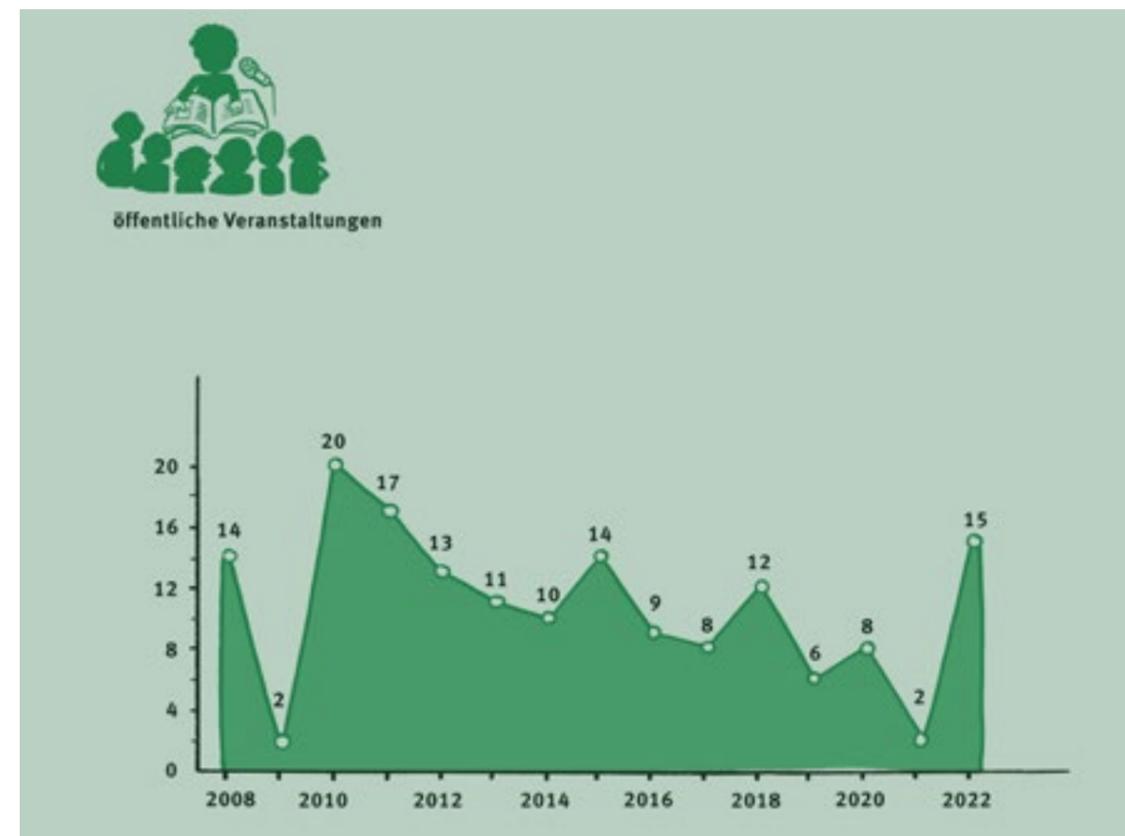
Anlässlich des Gedenktages für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar 2022 beteiligte sich die Gedenkstätte in Zusammenarbeit mit dem Stadtmuseum Riesa an

der bundesweiten Aktion #LichterGegenDunkelheit. Das Stadtmuseum Riesa wurde farbig erleuchtet, verbunden mit der Projektion einer Auswahl Namen von in Riesa während der Naziherrschaft verfolgten, verstorbenen und ermordeten Bürgerinnen und Bürgern Riesas, ausländischen Zwangsarbeitern und aus einem der Transporte aus dem Konzentrationslager Bergen-Belsen befreiten KZ-Häftlingen.

Die 2021 begonnenen Arbeiten an einem Einführungsfilm für die Gedenkstätte konnten 2022 abgeschlossen werden, und der Film ist online verfügbar. Zudem wurden zwei Online-Führungen zum Thema „Italienische Militärinternierte“ auf Deutsch und Italienisch produziert und online veröffentlicht.

Forschung

Die im Herbst 2019 begonnenen Archivrecherchen in Italien konnten 2022 fortgesetzt werden. Dabei ist es gelungen, weitere Standorte bisher unbekannter Archivdokumente, Erinnerungsberichte und Fotos zum Schicksal der italienischen Militärinternierten (IMI) in Zeithain zu ermitteln und teilweise zu sichten. Insbesondere die Kontakte zu ehrenamtlichen italienischen Forscherinnen und Forschern, die sich mit den IMI beschäftigen, konnten erweitert und intensiviert werden. Der Schwerpunkt der Recherchen und Treffen lag dabei erneut in Nord- und Mittelitalien. Besonders hervorzuheben ist hier die 2019 in Italien erschienene Publikation von Cristian Pecchenino „Gli IMI di Zeithain: storia e memoria del Lazarettlager dello Stalag IVB Mühlberg“, da es anhand der dafür verwendeten Archivmaterialien erstmals möglich ist, genaue Angaben zum zahlenmäßigen Umfang der in Zeithain Ende 1943 eintreffenden IMI zu geben. Mehrere tausend insbesondere





Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain

an Malaria erkrankte Patienten verschiedener Feldlazarette aus dem besetzten Jugoslawien und Griechenland wurden in das zum größten Kriegsgefangenen-Reservelazarett im Deutschen Reich umgewandelte Kriegsgefangenenlager Zeithain transportiert. Diese Gefangenen wurden anschließend innerhalb weniger Wochen in den Arbeitseinsatz geschickt. Im Verlauf des Jahres 1944 trafen dann entkräftete, schwerstkranke und an offener Tuberkulose leidende IMI in Zeithain ein, um dort auf den Tod zu warten. Zeithain wurde zum „Campo di Morte“, zum Sterbelager. In keinem anderen Kriegsgefangenenlager der Wehrmacht sind mehr IMI verstorben.

Als sehr ergiebige Quelle hat sich daneben das Online-Archiv Arolsen Archives erwiesen. Gerade zu den IMI im ehemaligen Wehrkreis IV (Dresden) findet sich dort eine Vielzahl von Dokumenten, die zum einen der Schicksalsklärung dienen, daneben aber auch die Zusammenarbeit zwischen Industrie, Kommunalverwaltungen, Arbeitsamtsverwaltungen und Kriegsgefangenenverwaltung der Wehrmacht bei der Integration der IMI als Arbeitskräfte in die deutsche Kriegswirtschaft veranschaulichen.

Darüber hinaus ergaben Datenabgleiche von Namen verstorbener sowjetischer Kriegsgefangener und IMI mit den Datenbanken der Arolsen Archives eine große Zahl von Treffern. Die Bearbeitung und Aufbereitung dieser Ergebnisse für die Gedenkstättenarbeit in Zeithain und darüber hinaus ist mit den vorhandenen personellen Ressourcen der Gedenkstätte allerdings nur bedingt zu leisten.

Wie bereits in den vorangegangenen Berichtszeiträumen konnten erneut Fotos eines ehemaligen Wachsoldaten in Zeithain in die Sammlung der Gedenkstätte aufgenommen werden. Der Enkel brachte diese nebst originalen Tagebuchnotizen sowie Aufstellungen über die Verteilung seiner Fotos an Kameraden seines Großvaters im Juni 2022 in die Gedenkstätte. Der begeisterte Hobbyfotograf und Chronist der Ereignisse gibt in seinen Notizen ein ungeschöntes Bild der Zustände im Kriegsgefangenenlager und einen Einblick in die diesbezügliche Haltung und Sichtweise einfacher Soldaten. Es ist ein außergewöhnlicher Nachlass, der zeitnah in die Bildungsarbeit und die Ausstellung integriert werden soll.

IN ZEITHAIN VERSTORBENE ITALIENER – DAS SCHICKSAL GIACOMO BACCARANIS

Am 8. September 1943 trat das bisher mit dem Deutschen Reich verbündete Italien aus dem Zweiten Weltkrieg aus und schloss einen Waffenstillstand mit den Alliierten. Die Wehrmacht entwarfnete in den folgenden Tagen diejenigen italienischen Soldaten, welche nicht zu den Partisanenbewegungen oder den Alliierten übergelaufen waren, und transportierte rund 600.000 italienische Gefangene in Kriegsgefangenenlager im Deutschen Reich und im besetzten Polen.

So trafen ab Oktober auch mehrere Transporte mit italienischen Kriegsgefangenen in Zeithain ein, die nunmehr als „Italienische Militärinternierte“ (IMI) bezeichnet wurden. Die Umbenennung ermöglichte den Einsatz der italienischen Soldaten als Zwangsarbeiter in der Kriegswirtschaft und entzog sie der Kontrolle durch das Internationale Rote Kreuz.

Bei den Ankommenden handelte es sich um Personal und verletzte oder erkrankte Patienten italienischer Armeelazarette, die zuvor in Südosteuropa stationiert waren. Sie bezogen 78 ehemals mit sowjetischen Gefangenen belegte Holzbaracken und richteten ein eigenes Lazarett ein.

Nach ihrer Genesung wurden die meisten italienischen Gefangenen in Zeithain in den Arbeitseinsatz geschickt. Cristian Pecchenino spricht in „Gli IMI di Zeithain. Storia e memoria del Lazarettlager dello Stalag IV B Mühlberg“ davon, dass bis einschließlich Februar 1944 monatlich mehre hundert IMI aus dem Lazarett entlassen wurden.

Nach einigen Monaten der Zwangsarbeit stieg die Zahl der aus Arbeitskommandos und anderen Lazaretten in Zeithain eintreffenden tuberkulosekranken Italiener ab März 1944 jedoch immer mehr an. Diese Gefangenen waren überwiegend langfristig arbeitsunfähig mit geringer Aussicht auf Heilung. Einer dieser Gefangenen war der IMI Giacomo Baccarani.

Geboren am 1. Juli 1922 in Novellara (Reggio Emilia), arbeitete er bis zu seinem Einzug zum Militär 1941 in der Landwirtschaft. Nach dem Waffenstillstand zwischen Italien und den Alliierten wurde Giacomo Baccarani mit weiteren Soldaten seines Regiments am 12. September 1943 von den Deutschen in Udine festgesetzt und zunächst in das Kriegsgefangenen-Mannschaftsstammlager (Stalag) IF in Suwalken (polnisch Suwałki, ehemals Ostpreußen) überstellt. In dieser Zeit begann er mit dem Schreiben eines Tagebuchs, welches uns heute vorliegt.

Nach dem Abbruch der Bauarbeiten des „Ostwalls“, bei denen Giacomo Baccarani eingesetzt war, wurde er mit seinen Kameraden als dringend gebrauchte Arbeitskraft immer weiter nach Westen transportiert, bis er schließlich am 12. Januar 1944 im Stalag IV B Mühlberg im heutigen Süden Brandenburgs ankam. Von dort wurde er am 10.



Giacomo Baccarani im Sommer 1943 vor seiner Gefangennahme durch die Wehrmacht

Februar einem Arbeitskommando für die Heeresmunitionsanstalt Altenhain-Wurzen bei Leipzig überstellt. Die kärglichen Lebensmittel-Rationen waren für die harte Arbeit völlig unzureichend, wie er es in seinem Tagebuch beschrieb. Erkrankt und arbeitsunfähig wurde ihm im August im Kriegsgefangenen-Reservelazarett in Leipzig-Wahren eine offene Tuberkulose diagnostiziert, woraufhin er am 30. August 1944 nach Zeithain gebracht wurde. Laut seinem Tagebuch schöpfte er trotz seines sich immer weiter verschlechternden Gesundheitszustands Kraft aus der Anwesenheit der italienischen Militärpriester im Lazarett, welche ihm zudem frische Kleidung besorgten.

Trotz der Bemühungen des italienischen Pflegepersonals erhöhte sich die Sterblichkeit im Lager in diesem Zeitraum kontinuierlich. So wurde Zeithain nach den sowjetischen auch für die italienischen Kriegsgefangenen zu einem Sterbelager. Auch Giacomo Baccarani verstarb am 25. November 1944 an der Tuberkulose, nachdem er schon seit Ende Oktober zu schwach gewesen war, um sein Tagebuch weiterzuführen.

Waren die ersten 21 italienischen Toten noch auf dem ungefähr 15 Kilometer entfernten Friedhof Neuburxdorf des Stalag IV B Mühlberg beigesetzt worden, fanden

die Bestattungen ab Februar 1944 auf dem neu angelegten italienischen Soldatenfriedhof Jacobsthal statt. Anders als die sowjetischen Gefangenen wurden die 874 Toten in Einzelgräbern mit militärischen Ehren bestattet. So wurde Giacomo Baccarani in Grab Nummer 575 beerdigt. Seine wenigen Habseligkeiten samt dem Tagebuch behielt der italienische Priester Padre Erio Ghidini, welcher aus einem Nachbarort von Novellara stammte und die Gegenstände nach dem Krieg den Eltern übergab.

Nach dem Krieg wurde der italienische Friedhof durch die sowjetischen Streitkräfte des Truppenübungsplatzes Zeithain vernachlässigt, schließlich als Gebiet für Panzerübungen eingeebnet und u. a. als Zeltplatz bei Großmanövern genutzt. Italienischen Angehörigen und Überlebenden



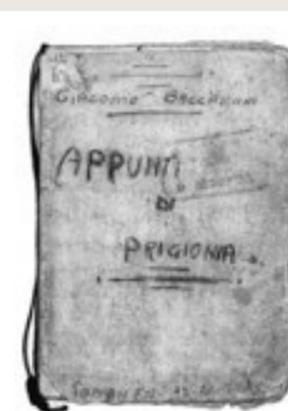
Verlegung des Stolpersteins durch den Neffen Giacomo Baccaranis im Frühjahr 2020

wurde bis 1990 der Zugang verweigert. Die sterblichen Überreste der italienischen Opfer konnten daher erst 1990 durch engagierte Überlebende des Lagers aus Italien wiederentdeckt und im darauffolgenden Jahr durch die italienische Armee in ihre Heimat überführt werden, wo sie mit militärischen Ehren auf dem Gelände des zentralen Kriegerehrenmals Redipuglia in Italien in Empfang genommen wurden. Unter ihnen waren auch die Gebeine von Giacomo Baccarani. Überwiegend wurden die Toten anschließend in den Familiengräbern an den Geburtsorten beerdigt, die übrigen auf dem Militärfriedhof in Bari beigesetzt. Giacomo Baccarani liegt heute im Familiengrab auf dem Friedhof seiner Heimatgemeinde Novellara.

Die Gedenkstätte Zeithain erinnert mit Namenstafeln am Ort des ehemaligen italienischen Friedhofs an die verstorbenen Italiener. Unter ihnen findet sich auch der Name von Giacomo Baccarani. In seiner Heimatgemeinde Novellara in der Provinz Reggio Emilia wurde im Frühjahr 2020 durch Angehörige und das dortige Geschichtsinstitut Istoreco ein Stolperstein mit den Daten von Giacomo Baccarani verlegt und festlich eingeweiht.

In Deutschland wie in Italien waren die verstorbenen wie auch die überlebenden IMI für lange Zeit eine ignorierte und verges-

sene Opfergruppe, ihre Gefangenschaft erfährt erst in den letzten Jahren mehr Aufmerksamkeit in beiden Ländern – beispielsweise in Form neuer Dauerausstellungen in Berlin und Rom als Resultat der Arbeit einer deutsch-italienischen Historikerkommission. Auch in der Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain soll das Thema der italienischen Gefangenen in den nächsten Jahren einen Arbeitsschwerpunkt bilden. Dabei sollen die Kontakte zu italienischen Angehörigen sowie zu Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern ausgebaut werden. Die Arbeit zur Biografie von Giacomo Baccarani ist diesbezüglich ein erster Schritt, da sich aufgrund der Recherchen bereits ein Kontakt zu Angehörigen ergeben hat, welche die Gedenkstätte Ehrenhain Zeithain in naher Zukunft besuchen möchten.



Der Buchdeckel des Tagebuchs von Giacomo Baccarani „Notizen aus der Gefangenschaft“

GEDENKSTÄTTE MÜNCHNER PLATZ DRESDEN

Münchner Platz 3 | 01187 Dresden
Telefon 0351 46331990 | Fax 0351 46331991
muenchnerplatz.dresden@stsg.de
www.muenchner-platz-dresden.de

Das 1907 am Münchner Platz in Dresden als Königlich-Sächsisches Landgericht errichtete Gebäude wurde bis Ende 1956 als Gerichtsort, Haftanstalt und Hinrichtungsstätte genutzt. Während der nationalsozialistischen Diktatur starben dort 1330 Menschen unter der Guillotine. Fast zwei Drittel von ihnen waren Tschechinnen und Tschechen, die sich vor allem gegen die nationalsozialistische Besetzung ihrer Heimat gewehrt hatten. In der Nachkriegszeit nutzte die sowjetische Geheimpolizei das Gebäude als Untersuchungsgefängnis und ab 1952 befand sich am Münchner Platz die zentrale Hinrichtungsstätte der DDR-Justiz. Bis 1956 starben dort 66 Menschen unter dem Fallbeil.

Die Gedenkstätte erinnert an die Opfer politischer Strafjustiz während der nationalsozialistischen Diktatur, der sowjetischen Besatzungszeit und der frühen DDR. Die ständige Ausstellung „Verurteilt. Inhaftiert. Hingerichtet. Politische Justiz in Dresden 1933–1945 || 1945–1957“ informiert über die Geschichte des Ortes und der mit ihm verbundenen Menschen. Der historische Ort selbst ist Ausgangspunkt von Bildungsangeboten für unterschiedliche Zielgruppen.



Historische Markierung, Station Richtstätte (1907–1952)

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Seit Juli 2021 geben 19 Markierungen in und um den früheren Justizkomplex Auskunft über die justizielle Nutzung des Ortes bis Ende der 1950er-Jahre. Sie wurden in Zusammenarbeit mit dem Gestaltungsbüro gewerkdesign entwickelt. Von Anfang an unterstützte die Technische Universität Dresden das Vorhaben, das über den Kernbereich der Gedenkstätte im Umfeld des ehemaligen Hinrichtungshofs hinausgreift. Die Text- und Bildtafeln im Innen- und Außenbereich des Georg-Schumann-, Hülse- und Tillich-Baus geben keinen Rundgang oder eine feste Wegeführung vor – sie funktionieren unabhängig voneinander. Die Tafeln wenden sich an Studierende, Lehrende, Forschende und weitere Beschäftigte der TU Dresden ebenso wie an Individualbesucherinnen und -besucher der Gedenkstätte. Ebenso werden sie pädagogisch

in Projekt- und Gruppenangebote integriert. Die Stationen greifen sichtbare Spuren auf, verweisen aber auch auf solche Orte, wo die frühere Nutzung nicht oder fast nicht mehr sichtbar ist.

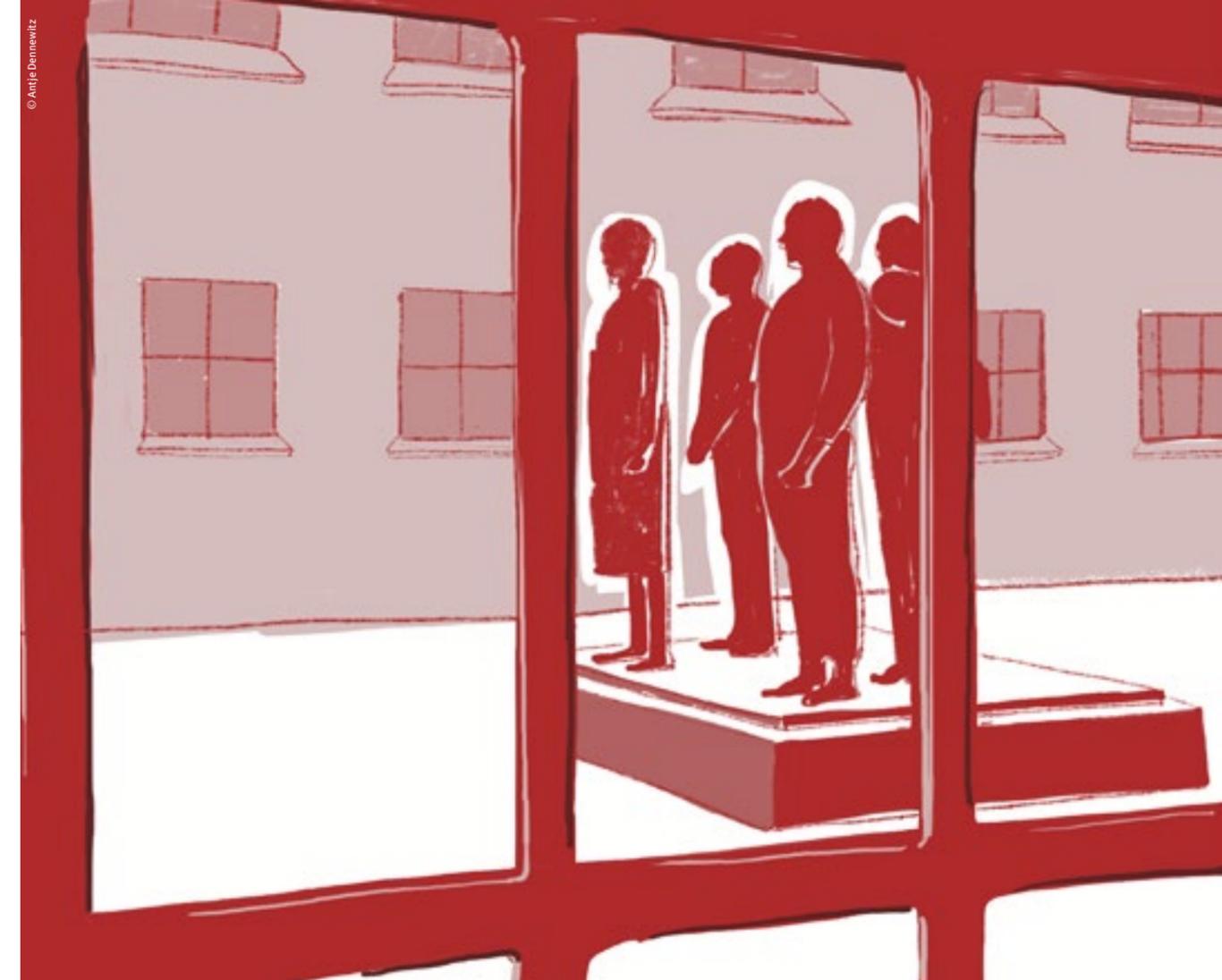
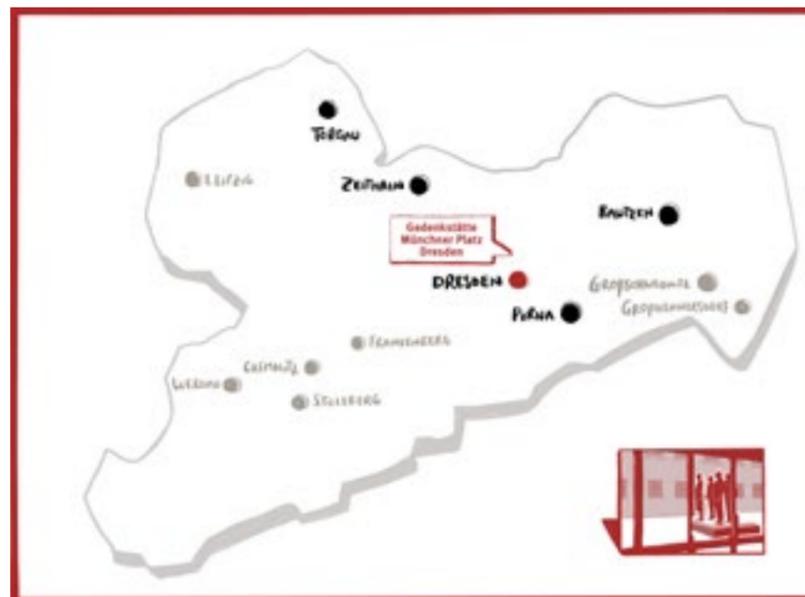


Blick in den umgestalteten Zellen trakt

Zu den historisch bedeutsamen „unsichtbaren“ Orten gehört das Raumentsemble der DDR-Hinrichtungsstätte zwischen 1952 und 1956, als in Dresden unter höchster Geheimhaltung alle von DDR-Gerichten ausgesprochenen Todesurteile vollstreckt wurden. Im früheren Hafthaus, dem heutigen Hülse-Bau, hat die Gedenkstätte baulich eingegriffen und eine Zellentür gangseitig freilegen lassen, die zuletzt als Rückwand eines Garderobenschanks genutzt worden war.

Das historische Markierungssystem soll mittelfristig um eine Multimedia-Ebene erweitert werden. Am 14. April 2022 traf sich deshalb das Team der Gedenkstätte mit dem Gestalterbüro gewerkdesign in Berlin zu einem ganztägigen Workshop. Themen waren der Aufbau und die Struktur der geplanten App, die technischen Zugriffsmöglichkeiten der Besucherinnen und Besucher sowie die Inhalte und deren digitale Aufbereitung.

Der frühere Justizkomplex am Münchner Platz ist durch die DDR-Gedenkstätte stark überformt. Ein eindrückliches Beispiel ist der Umgang mit den ehemaligen Wegsteckzellen im Gerichtsgebäude des 1907 eröffneten Justizareals, die als Todeszellen inszeniert wurden. Die Einrichtung einer Markierung im – an den früheren Hinrichtungshof angrenzenden – Zellen trakt nahm die Gedenkstätte zum Anlass, die Zellen bauhistorisch befunden zu lassen. In diesem Zusammenhang aufgefundene vereinzelt Einritzungen verweisen auf die Nutzung als so genannte Wegsteckzellen, in denen Gefangene auf dem Weg vom Hafthaus zu





Julia Raab am 29. November 2022 im Christlichen Gymnasium „Rudolf Stempel“ Riesa

den Verhandlungssälen vorübergehend weggeschlossen wurden. Das heutige Erscheinungsbild der Zellen ist von Feuchtschäden abgesehen weitgehend historisch.

Um den Zellentrakt besser sichtbar zu machen, wurde mit gewerkdesign ein neues Lichtkonzept entwickelt und umgesetzt. Dabei wurde behutsam in die DDR-Gestaltung eingegriffen, die die Zellen als Todeszellen inszeniert und dem Ort eine düstere Todeszelle-Anmutung gegeben hatte. Die neuen Rechercheergebnisse zum Bau, zur Nutzung und Umgestaltung des Zellentrakts konnten im September 2022 anlässlich des Tags des offenen Denkmals mit großer Resonanz dem Dresdner Publikum vorgestellt werden.

Publikumsservice, Bildungsangebote und deren Nachfrage

Im Mai 2022 unterstützte die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden die SchulKinoWochen in Sachsen. In Görlitz, Dresden, Bautzen und Zwickau schauten sich über 200 Schülerinnen und Schüler den 2021 erschienenen Film „Nahschuss“ in der Regie von Franziska Stünkel an, der von der Biografie Werner Teskes inspiriert ist, dem letzten Hinrichtungsoffer in der DDR.

Maja Veyrat, Referentin für Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit der Gedenkstätte, stand den Schülerinnen und Schülern für Fragen zum Film, zur Todesstrafe und zur Geschichte der DDR im Allgemeinen zur Verfügung. Vielen Schülerinnen und Schülern – und auch einigen Lehrkräften – war vorher nicht bewusst gewesen, dass das letzte Todesurteil in Deutschland erst vor etwas über 40 Jahren vollstreckt wurde. Dementsprechend groß war der Diskussionsbedarf nach dem Film.



Buchvorstellung und Gespräch über Hermann Flade im Café des Stadtmuseums Dresden

Mit Unterstützung der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden entwickelte die Dramaturgin Sandra Bringer das Stück „... auf dem Grabstein hätte ich gern mein Foto“. Es verbindet eine szenische Lesung mit Figurenspiel. Abschiedsbriefe und biografische Informationen zu Tschechinnen und Tschechen, die am Münchner Platz während des Zweiten Weltkriegs hingerichtet wurden, bilden eine wesentliche Quelle. Schnell fanden sich Schulen in Dresden und Umgebung, die dank einer vom Münchner-Platz-Komitee e. V. eingeworbenen Projektförderung kostenfrei eine Aufführung buchten. Diese ganz andere Art, sich dem Thema NS-Diktatur zu nähern, beeindruckte die Schülerinnen und Schüler sichtlich. Bei einem Workshop im Anschluss an die Aufführung konnten sie Fragen zu den historischen



Vorführung des Films „Nahschuss“ im Filmpalast Astoria Zwickau am 20. Mai 2022

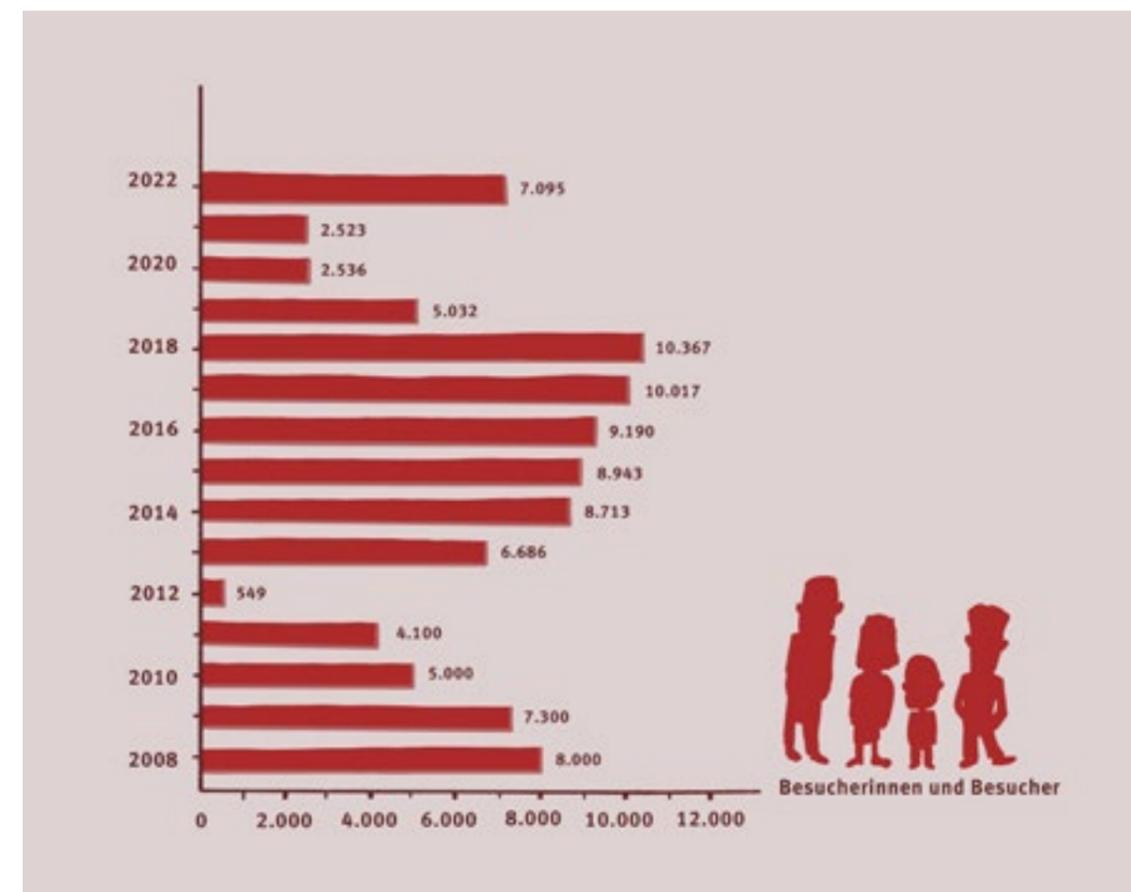
Hintergründen stellen. Theaterpädagogische Übungen legten den Fokus auf nonverbale Kommunikation und das Erleben von Herrschaft und Ausgrenzung. So gelang es, einen Bogen zur heutigen Zeit und zum individuellen Erleben der Schülerinnen und Schüler zu spannen.

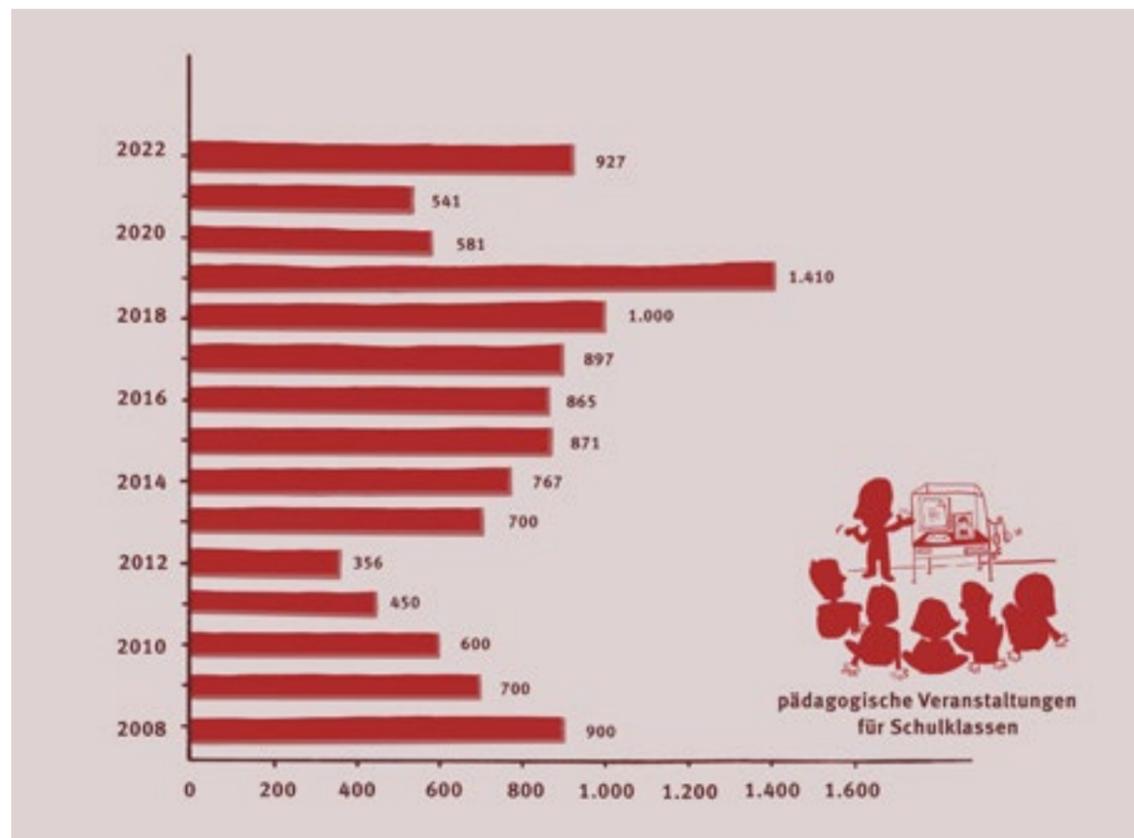
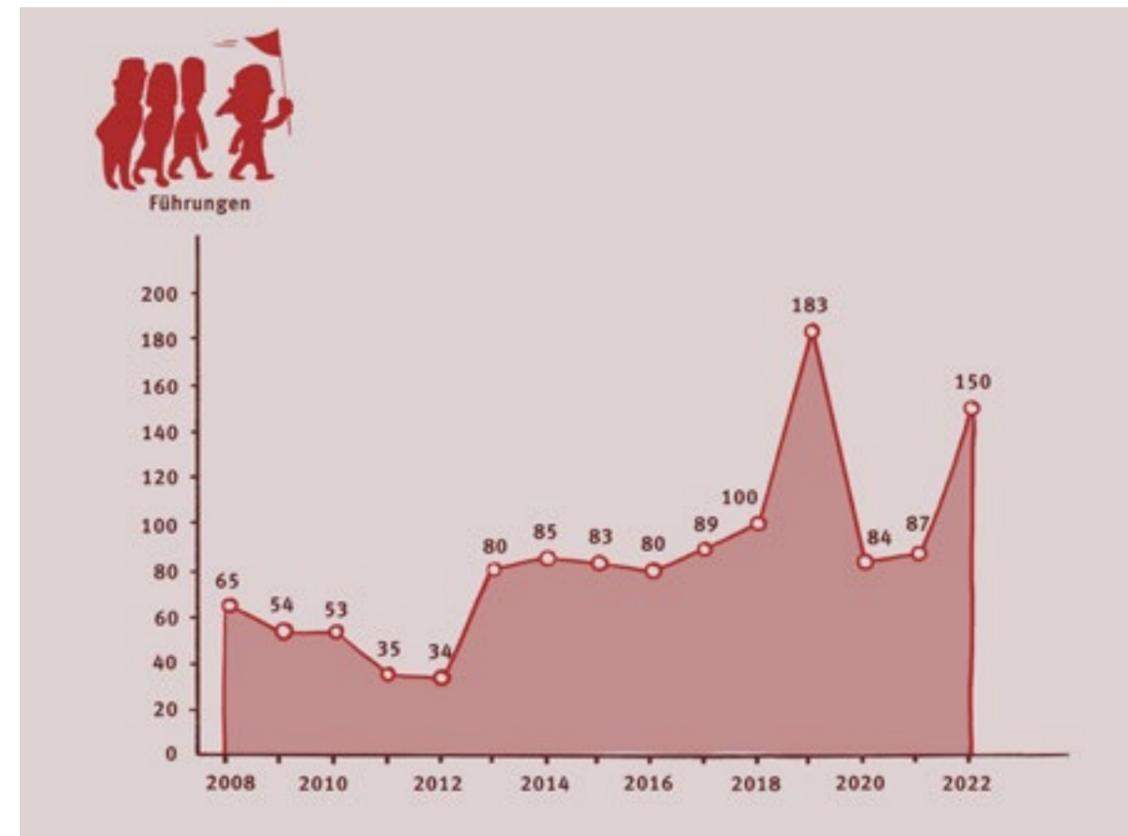
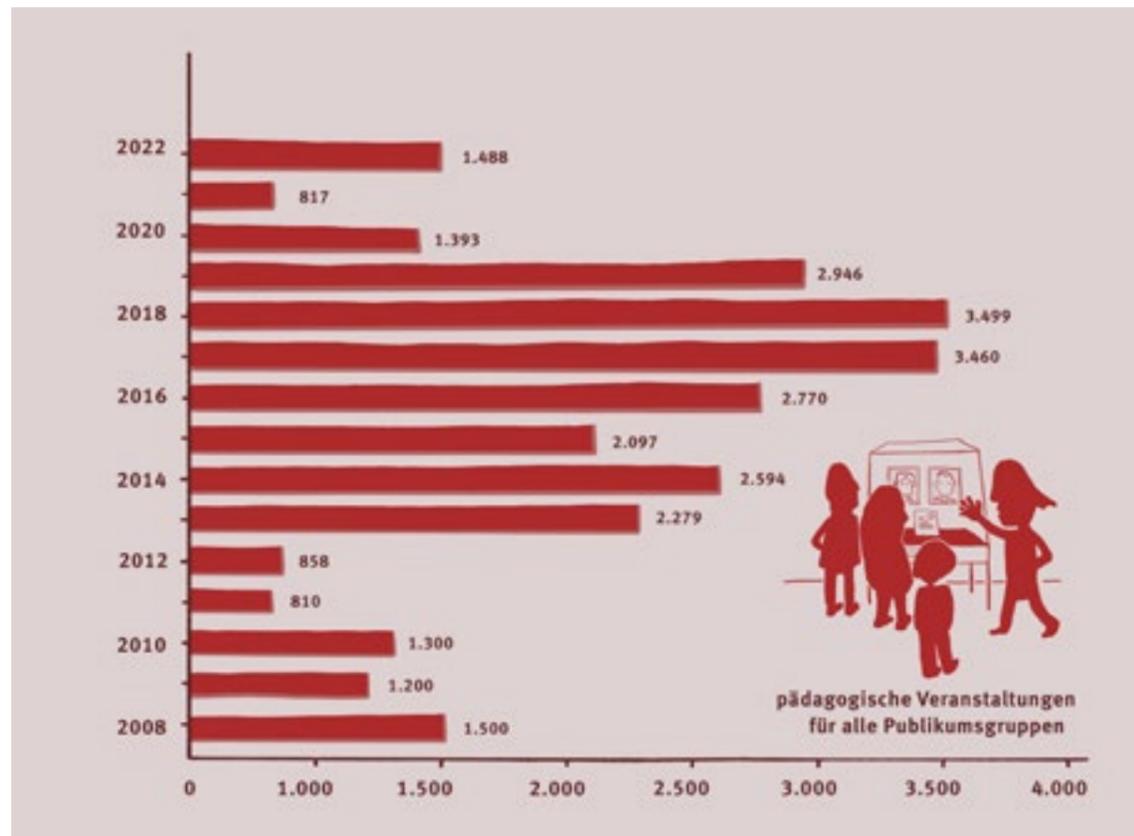
Im Rahmen der jüdischen Theater- und Festwochen richtete die Gedenkstätte Münchner Platz Dresden in einer thematischen Führung den Blick auf jüdische Juristinnen und Juristen in Dresden und deren Ausgrenzung durch die Nationalsozialisten. Im Rundgang stellte die Gedenkstätte auch Paare vor, deren Beziehung das Dresdner Landgericht als „Rassenschande“ strafrechtlich verfolgte, und erläuterte die lebensschneidenden Konsequenzen davon. Zudem wurde der Frage nachgegangen, wie antisemitische Gesetze und Verordnungen alltägliches Handeln von Jüdinnen und Juden kriminalisierten und wie die antisemitische NS-Politik die Rechtsprechung beeinflusste.

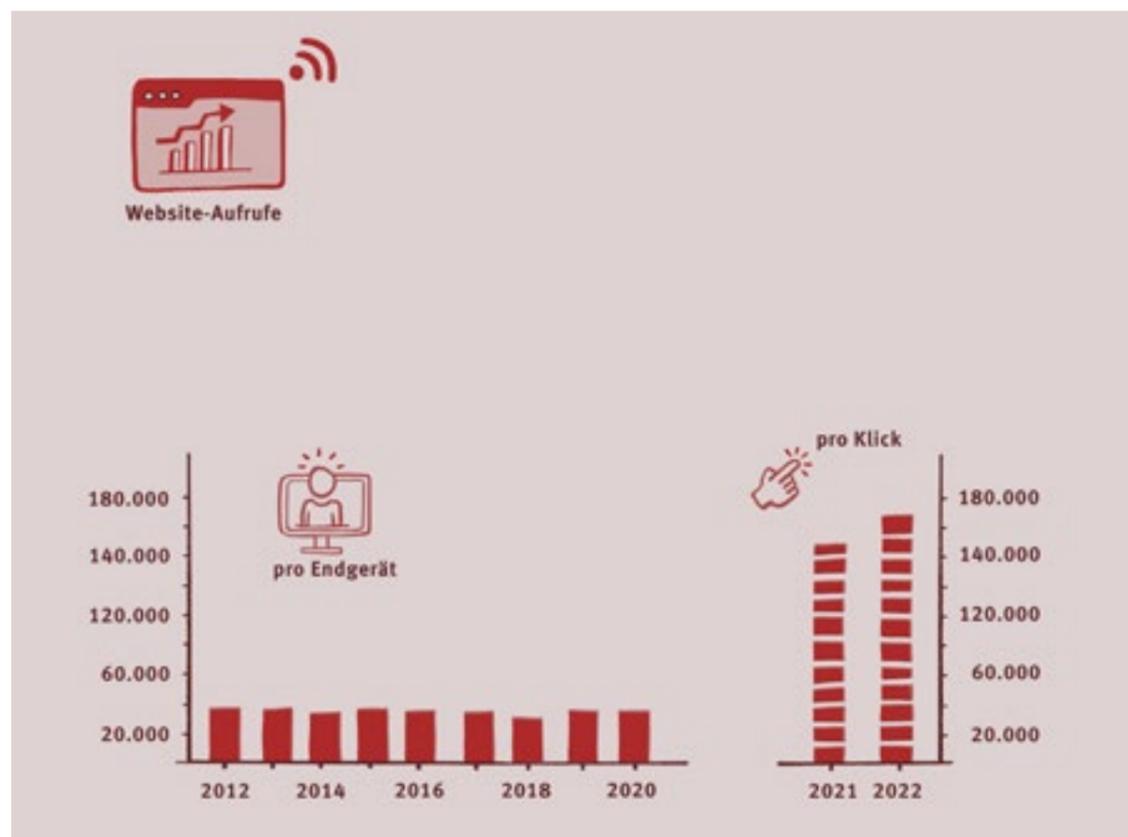
2021 konnte die Gedenkstätte wegen der pandemiebedingten Schließung nur 2.523 Personen begrüßen, von denen 1.372 ein Bildungsangebot in Anspruch nahmen. Im Jahr 2022 steigerten sich die Publikumszahlen wieder auf 7.095 Personen, von denen 2.770 pädagogisch betreut wurden.



Diskussion während der Vorabpräsentation des Buches „Behaltet diesen Brief als Andenken an mich“







Besondere Veranstaltungen

Der Förderverein der Gedenkstätte – der Münchner-Platz-Komitee e. V. – richtete in Kooperation mit der Gedenkstätte Münchner Platz Dresden jeweils am 27. Januar die zentrale Gedenkveranstaltung der Stadt Dresden im ehemaligen Richthof aus. Die übliche Begleitveranstaltung musste in beiden Jahren im Hinblick auf die Pandemie entfallen. Der Förderverein kooperierte grundsätzlich in vielfältiger Weise mit der Gedenkstätte und unterstützte jede Veranstaltung mit.

Am 22. September 2021 stellte Flora von Herwarth in einer gemeinsamen Veranstaltung mit der Bibliothek Dresden-Südvorstadt ihren Roman „Splitterzeiten“ vor, der die Lebens- und Verfolgungsgeschichte der seit Ende der 1920er Jahre in Pirna praktizierenden Ärztin Margarete Schall-Gollnick aufgreift. Das Bezirksgericht Dresden am Münchner Platz verurteilte sie zu einer mehrjährigen Zuchthausstrafe, die sie in den Strafanstalten Waldheim und Hoheneck verbüßte. Die Richter warfen der gläubigen Katholikin vor, durch Schwangerschaftsabbrüche in Notlagen gegen das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz aus dem Jahr 1950 verstoßen zu haben, das Abtreibungen streng verbot. Besonders eindrücklich wurde der Abend durch die Anwesenheit einer der Töchter von Margarete Schall-Gollnick. Für die Gedenkstätte ist die Biografie der engagierten Ärztin auch deshalb von besonderem Interesse, weil über die Gefangenen der Untersuchungshaftanstalt der Deutschen Volkspolizei am Münchner Platz seit 1951 bisher so gut wie keine Informationen vorliegen.

Simone Trieder stellte am 10. November 2021 ihr Buch „Unsere russischen Jahre. Die verschleppten Spezialistenfamilien“ in der Gedenkstätte vor. Zweieinhalbtausend Familien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands wurden am 22. Oktober 1946 in einer Geheimaktion von sowjetischen Militärs aus dem Schlaf gerissen. Nur Stunden später saßen sie mitsamt Hausrat im Zug mit unbekanntem Ziel. Die Väter waren Ingenieure und Techniker der Flugzeug- und Maschinenindustrie. Viele Ingenieure ließen sich nach ihren russischen Jahren in Dresden nieder, da hier weiter Flugzeugbau betrieben wurde. Simone Trieder stellt ihr 2018 erschienenes Buch anlässlich des 75. Jahrestags der Zwangsumsiedlung in Dresden vor. Die Autorin ist selbst Tochter eines „Russlandkinds“ und hatte für ihr Buch mit zahlreichen Zeitzeuginnen und Zeitzeugen gesprochen.

Im Oktober 1950 protestierte der Olbernhauer Gymnasiast Hermann Flade gegen die erste Volkskammerwahl in der DDR, weil entgegen der Verfassung nur eine Einheitsliste „wählbar“ war. Das Todesurteil des Landgerichts Dresden gegen den 18-jährigen wegen angeblichen Mordversuchs provozierte wütende Proteste, der öffentliche Druck führte zur Umwandlung in eine Haftstrafe. Karin König, Autorin einer Biografie über Hermann Flade, erläuterte am 22. Juni 2022 im Café des Stadtmuseums Dresden die Motivation



Sven Hüber vor der Erinnerungstafel für Albert Jacob in Zwickau

des Schülers, die Folgen von Urteil und langjähriger Haft für ihn und seine Familie sowie sein zweites Leben in der Bundesrepublik nach der Haftentlassung.

Im Zuge der Zusammenarbeit mit dem Ústav pro studium totalitních režimů (ÚSTR, Institut zur Erforschung der totalitären Regime) für ein Online-Portal zu den fast 900 Frauen und Männern tschechoslowakischer Herkunft, die in Dresden hingerichtet wurden, konnten rund hundert letzte Briefe und Kassiber von Frauen und Männern tschechischer Nationalität an ihre Angehörigen zusammengetragen werden. Daraus ist eine zweisprachige kommentierte Edition unter dem Titel „Behaltet diesen Brief als Andenken an mich“ – Letzte Grüße tschechischer Hinrichtungsoffer aus Dresden“ entstanden, die am 12. Oktober 2022 dem Dresdner Publikum im Rahmen der Tschechisch-Deutschen Kulturtag vorab präsentiert wurde.

Am Nachmittag des 17. Juli 1944 starb der Bergwerksheizer Albert Jacob im Gefängnis Brandenburg-Görden unter dem Fallbeil. Der Zwickauer, der sich vor 1933 in der KPD engagierte, hatte Lebenszeichen deutscher Kriegsgefangener im Moskauer Rundfunk an Angehörige weitergegeben. Margret Bechler, die Ehefrau eines gefangenen Offiziers, hielt ihn deswegen fest und übergab ihn der Gestapo. Margret Bechler musste wegen der Denunziation von Albert Jacob in der DDR eine sechsjährige Haftstrafe verbüßen. Mit ihren vielfach aufgelegten Erinnerungen „Warten auf Antwort“ erhielt sie in der Bundesrepublik große mediale Aufmerksamkeit. Albert Jacob und die Hintergründe seines Todes hingegen gerieten auch in der DDR weitgehend in Vergessenheit. Sven Hüber (Gewerkschaft der Polizei/Bundespolizei) forschte in zahlreichen Archiven nach Spuren



Marie Růžena Nohova auf dem Neuen Katholischen Friedhof in Dresden

Albert Jacobs. Diese stellte er am 13. Dezember 2022 in der Gedenkstätte vor. Er zeigte dabei auch, wie Zwickauer Nachbarinnen couragiert für Albert Jacobs Leben eintraten.

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Seit dem 1. Februar 2022 sind Namen, Lebensdaten und verurteilendes Gericht zu allen 1.330 Frauen und Männern, die während der NS-Diktatur am Münchner Platz in Dresden hingerichtet wurden, für Angehörige und die historische Forschung auf der Webseite der Gedenkstätte online zugänglich. Eine Suche ist über den Namen oder das Hinrichtungsdatum möglich. Die online zur Verfügung gestellten Daten ergänzen und erweitern die Sonderstation zu den zwischen 1933 und 1945 Hingerichteten in der ständigen Ausstellung „Verurteilt. Inhaftiert. Hingerichtet“ mit einer Namenskarte für jedes Hinrichtungsoffer. Im August 2022 wurden weitere 37 Karten mit einem Foto und einer Kurzbiografie versehen.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Die 93-jährige Marie Růžena Nohova aus Novosedlice hatte seit Jahren den dringenden Wunsch, nach Dresden zu fahren. Sie hoffte dort auf den Namen ihres älteren Bruders Karel Podzemský (geb. 19.11.1920) zu stoßen, der am 18. August 1944 im Alter von nur 23 Jahren in Dresden hingerichtet worden war.

Viel war in der Familie über die Todesumstände nicht bekannt, sein Tod wurde mit dem Krieg in Zusammenhang gebracht. Eine Anfrage nach Kriegsende beim Roten Kreuz verlief ergebnislos. Marie Růžena Nohova reiste mit weiteren Familienangehörigen in den 1950er Jahren nach Dresden, um mehr über die Umstände des Todes ihres Bruders und seinen Verbleib zu erfahren. Ihre Hoffnungen wurden jedoch enttäuscht. Ihr wurde lediglich der Ort in der Dresdner Mat-

hildenstraße gezeigt, wo sich bis zu den Bombenangriffen auf Dresden ein Gerichtsgefängnis befunden hatte, in dem Karel Podzemský inhaftiert gewesen war.

Am 24. November 2021 kam Marie Růžena Nohova mit ihrem Enkel nach Dresden. Dort erfuhren die Angehörigen von Birgit Sack, dass Karel Podzemský zuletzt als Schlosser in Dresden beschäftigt war und in der Rosenstraße zur Untermiete wohnte. Zusammen mit anderen arbeitsverpflichteten Tschechen war er 1943 verhaftet und ins Dresdner Polizeigefängnis eingeliefert worden. Er und weitere Tschechen wurden ab dem Spätsommer 1943 in mehreren Verfahren vom Oberlandesgericht Dresden abgeurteilt.

In der Erinnerung der Familie ist, wie sie berichtete, vor allem hängen geblieben, dass ihr Bruder in Briefen aus der Dresdner Haft immer wieder um die Zusendung von Lebensmitteln gebeten habe, weil er an Hunger litt. Fotos, die Marie Růžena Nohova mitbrachte, zeigen Karel Podzemský mit befreundeten Landsleuten in Dresden.

Karel Podzemský wurde zusammen mit drei weiteren Tschechen in einem Grab in mehreren Tiefen im Grabfeld N auf dem Neuen Katholischen Friedhof in Dresden bestattet. Auf diesem Grabfeld erinnert seit der frühen Nachkriegszeit ein Gedenkstein an die hier bestatteten Hinrichtungsoffer und zivilen Zwangsarbeiterinnen und -arbeiter. Auch im Namen ihrer jüngeren Schwester Anča legte Marie Růžena Nohova dort einen selbst gestalteten Kranz zur Erinnerung an ihren Bruder nieder.

Sonstige Aktivitäten und Projekte

Anfang 2022 nahm die Leiterin der Gedenkstätte im Auswahlgremium zum Ideenwettbewerb „Gedenkareal Dresdner Norden“ als SachpreisrichterIn teil. Der Geschäftsbereich Kultur und Tourismus der Landeshauptstadt Dresden hatte den Wettbewerb mit dem Ziel gestartet, die Opfer- und Täterorte aus der Zeit des Nationalsozialismus im Dresdner Norden digital und analog sichtbar zu machen.

KAREL PODZEMSKÝ (1920–1944)

Im Jahr 1939 ging Karel Podzemský der Arbeit wegen ins „Altreich“. Zuletzt war der am 19. November 1920 in Košťany Geborene in Dresden als Schlosser beschäftigt und wohnte in der Dresdner Rosenstraße bei der Witwe Martha Müller, einer Gastwirtin, zur Untermiete.

Zusammen mit anderen in Dresden arbeitsverpflichteten Tschechen war er 1943 verhaftet und ins Dresdner Polizeigefängnis eingeliefert worden. Das Verfahren wurde unter der Bezeichnung „Hochverratsache [Bohuslav] Rys und Andere“ geführt. Einer Notiz zu einer telefonischen Auskunft des Dresdner Generalstaatsanwalts Heinrich Jung (1892–1959) über das Verfahren ist zu entnehmen, es richte sich „gegen eine Anzahl von Protektoratsangehörigen, die in deutschen Betrieben beschäftigt waren, häufig zusammentrafen und durch deutschfeindliche Aussagen ihren Widerstandswillen betätigen, u. a. sei die Zukunft des Protektorats und die Wiedererrichtung des früheren tschechischen Staates erörtert und auch der Mord an SS-Obergruppenführer Heydrich gebilligt und verherrlicht worden“.



Karel Podzemský links in Dresden mit einer Freundin und einem Freund

Mit Bohuslav Rys (13. Januar 1909 bis 18. Mai 1943), unter dessen Namen die Ermittlungen der Dresdner Gestapo liefen, und Josef Štěpán (14. Januar 1917 bis 18. Mai 1943) wurden zwei Beschuldigte vom Sondergericht Dresden auf Grundlage der Volksschädlingsverordnung zum Tode verurteilt. Dazu hieß es in der schon erwähnten Gesprächsnotiz lapidar, dass die „Hinrichtung der beiden Männer“, also von Bohuslav Rys und Josef Štěpán, „das Verfahren gegen die übrigen Beschuldigten in keiner Weise beeinträchtigen“ würde. Zu diesen übrigen Beschuldigten gehörte auch Karel Podzemský. Er und weitere Tschechen wurden ab dem Spätsommer 1943 in mehreren Verfahren vom Oberlandesgericht Dresden abgeurteilt. Das eigentliche Todesurteil des 2. Strafsenats des Dresdner Oberlandesgerichts vom 11. Juli 1944 gegen Karel Podzemský konnte bisher nicht entdeckt werden. Im sogenannten Mordregister heißt es zum Urteilsgrund, die Verurteilten hätten „vom Oktober 1942 bis 1943 sich und andere im Arbeitseinsatz in Dresden befindliche Tschechen in übelster Weise zum Deutschenhaß“ aufgewiegelt und „mit gemeinsten und verwerflichsten Ausdrücken gegen den Führer“ gehetzt.

Nach dem Todesurteil wurde Karel Podzemský aus dem Gefängnis in der Mathildenstraße in das Hafthaus in der George-Bähr-Straße 5 in Dresden überführt. Hier verblieb er gut vier Wochen, bis ihm mitgeteilt wurde, dass das Gnadenverfahren erfolglos ausgefallen war. In dieser Zeit muss der gläubige Katholik auch Kontakt mit dem katholischen Gefängnisseeleensorger Pater Franz Bänisch gehabt haben, denn dieser hat in seinen Aufzeichnungen den Namen von Karel Podzemskýs Vater und die Anschrift der Familie notiert.

Wenige Stunden vor seinem Tod verabschiedete sich Karel Podzemský von seinen Eltern und den

drei Schwestern. Einen besonderen Gruß bat er Marta Výtková zu übermitteln, seiner großen Liebe, die er aber nicht leben konnte, weil die Eltern seiner Freundin die Beziehung aus Standesgründen abgelehnt hatten.

Am 18. August 1944 starb Karel Podzemský als letzter von insgesamt 19 Männern – bis auf einen Deutschen alles Tschechen – unter dem Fallbeil. Eine knappe Woche später, am 23. August 1943, wurde er zusammen mit drei weiteren am selben Tag hingerichteten Tschechen in einem Grab in mehreren Tiefen im Grabfeld N auf dem Neuen Katholischen Friedhof in Dresden bestattet.

GEDENKSTÄTTE PIRNA-SONNENSTEIN

Schlosspark 11 | 01796 Pirna
 Telefon 03501 710960 | Fax 03501 710969
 gedenkstaette.pirna@stsg.de
 www.pirna-sonnenstein.de

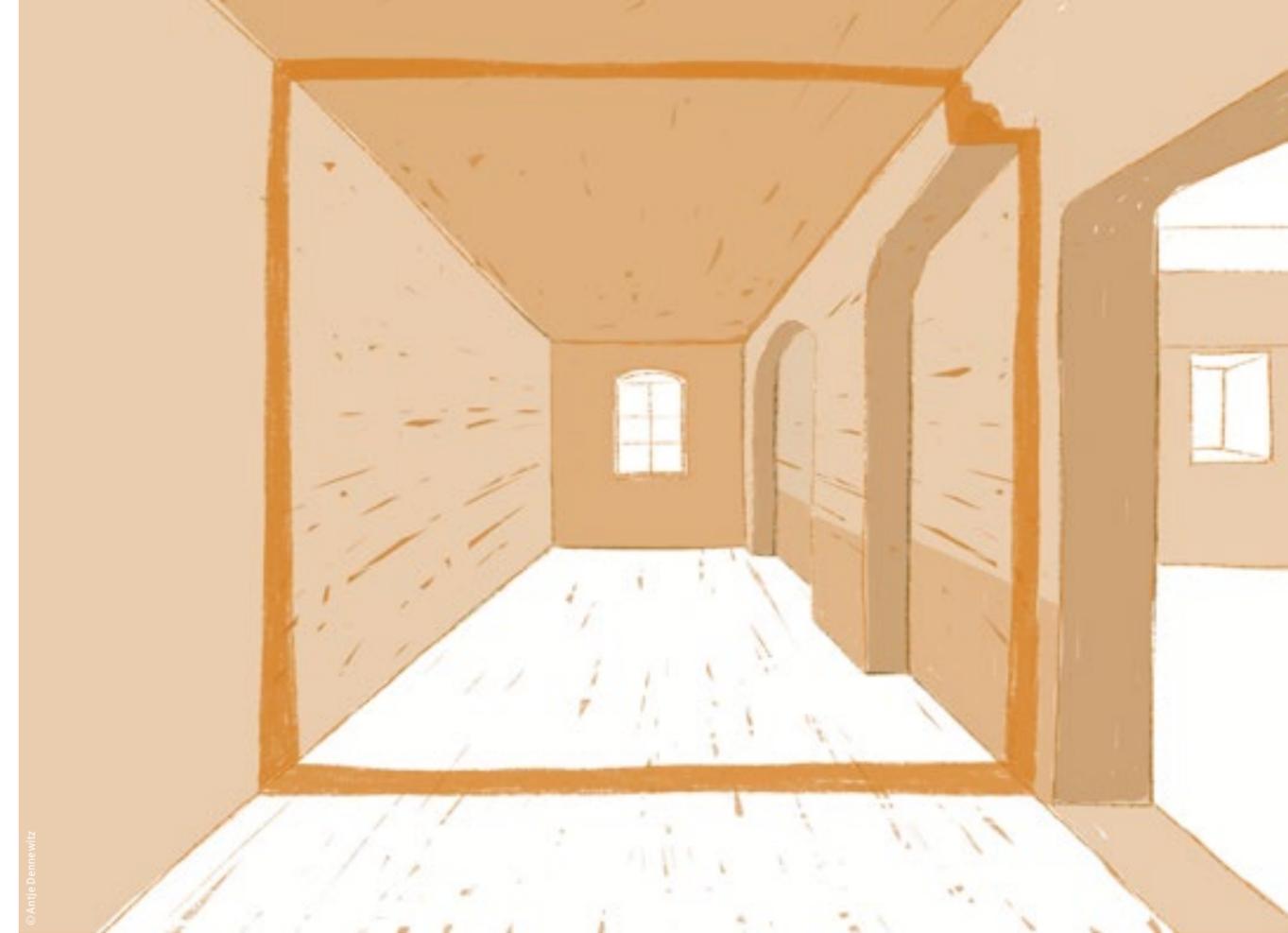
In den Jahren 1940 und 1941 wurden in der nationalsozialistischen Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein 14.751 Menschen in einer Gaskammer ermordet. Sie war eine von insgesamt sechs Tötungsanstalten der zentralen Krankenmordaktion „T4“. Die meisten Opfer hatten eine psychische Erkrankung oder geistige Behinderung, sie galten damit im Nationalsozialismus als „lebensunwert“. 1.031 der in Pirna ermordeten Menschen waren Häftlinge aus den Konzentrationslagern Auschwitz, Buchenwald und Sachsenhausen.

Die Ausstellung der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein dokumentiert die Vorgeschichte und Umsetzung der nationalsozialistischen Krankenmorde sowie die Schicksale der Opfer. Im Keller der Gedenkstätte können die baulichen Überreste der Tötungsanstalt besichtigt werden. Geführte Rundgänge und Projekte bieten Publikumsgruppen die Möglichkeit zur vertiefenden Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Krankenmorden.

Erschließung, Erhalt und memoriale Gestaltung des historischen Ortes

Trotz über 30 Jahren Forschung zum historischen Ort blieben einige Fragen zur Umsetzung der NS-Krankenmorde in Pirna offen. 2021/22 bemühte sich die Gedenkstätte gemeinsam mit dem Landesamt für Archäologie Sachsen um die Klärung des auf Zeitzeugenaussagen basierenden Verdachts, dass es auf der ehemaligen Anstaltsdeponie, etwa einen halben Kilometer von der Gedenkstätte entfernt, einen zweiten Ablagerungsort sterblicher Überreste von Sonnensteiner Mordopfern geben könnte. Dazu fand im April 2022 eine Probegrabung statt. Durch die Auswertung der Funde konnte die Nutzung des Areals als Deponie der Heil- und Pflegeanstalt nachgewiesen werden, Hinweise auf menschliche Überreste fanden sich jedoch nicht.

2022 beauftragte die Gedenkstätte das Berliner Büro für Zeitgeschichte & Denkmalpflege mit der bauhistorischen Untersuchung der ehemaligen Anstaltsscheune. Diese diente in den Jahren 1940 und 1941 als Garage für die Busse des Transportkommandos der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein. Die in Privateigentum befindliche Immobilie ist bereits seit mehreren Jahren in einem katastrophalen baulichen Zustand. Im Ergebnis der Untersuchung konnten nun immerhin die baulichen Veränderungen für die Zwecke der Tötungsanstalt dokumentiert werden.



Ständige Ausstellung und Wanderausstellungen der Gedenkstätte

2021 wurde in der Dauerausstellung eine Medienstation, auf der bislang Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen präsentiert wurden, entfernt. Die Interviews wurden digitalisiert und in die neuen Medienstationen integriert.

2022 wurden die 22 Tafeln mit Opferbiografien im ehemaligen Warteraum grundlegend erneuert. Dazu wurden Biografien erarbeitet, die die Opfergruppen hinsichtlich Diagnose, Herkunft, Alter und Geschlecht besser repräsentieren und auch die biografische Forschungsarbeit der Gedenkstätte der letzten Jahrzehnte widerspiegeln.



Probegrabung auf dem Gelände der ehemaligen Anstaltsdeponie in Pirna-Sonnenstein

Die 2018 zum ersten Mal präsentierte Wanderausstellung „Vergessene Opfer der NS- ‚Euthanasie‘. Die Ermordung schlesischer Anstaltspatienten 1940–1945“ konnte 2021 coronabedingt nur an einem einzigen Standort präsentiert werden, der Gedenkhalle im Schloss Oberhausen.

Die Wanderausstellung „NS-Euthanasie vor Gericht. Der Prozess am Landgericht Dresden 1947“ war im März und April 2021 im Stadt- und Museumshaus Waldheim zu besichtigen. Von Juni 2022 bis einschließlich April 2023 wird die Wanderausstellung im Erinnerungsort Topf & Söhne in Erfurt gezeigt.



Publikumsservice und Bildungsangebote

Die Gedenkstätte war pandemiebedingt von November 2020 bis Anfang Juni 2021 und erneut ab November 2021 geschlossen. Im Jahr 2021 gab es insgesamt 199 Schließ-tage. Diese Schließzeiten mit nur schrittweiser Wieder-öffnung für Besuche und eingeschränkten Möglichkeiten für Gruppenführungen dazwischen spiegeln sich in den Publikumszahlen wider: Nur 5.450 Personen besichtigten 2021 die Gedenkstätte. Neben 2.424 Einzelbesuchen fanden insbesondere direkt vor und nach den sächsischen Sommerferien vergleichsweise viele Gruppenführungen statt. 3.026 Teilnehmende in 183 Gruppen informierten sich am authentischen Ort über die nationalsozialistischen „Euthanasie“-Verbrechen. Im Juli und August nutzten knapp 500 Personen das Sommerangebot einer täglichen kostenlosen Führung.

Im Jahr 2022 konnte die Gedenkstätte nahezu durchgängig geöffnet bleiben. Mit einer Publikumszahl von insgesamt 13.059 Personen gab es hier einen deutlichen Anstieg. Neben 4.662 Einzelpersonen nahmen 4.964 Schülerinnen und Schüler allgemeinbildender Schulen sowie 995 Berufsschülerinnen und -schüler an einer Gruppenführung teil. Bei insgesamt 461 Führungen wurde von 160 Gruppen ein anschließendes pädagogisches Vertiefungsprojekt durchgeführt. Darüber hinaus fanden drei Lehrerfortbildungen statt.

Das 2020 geschaffene Sommerangebot der täglichen kostenlosen Führungen wurde aufgrund der positiven Resonanz auch 2022 fortgeführt.

Im Herbst 2021 besuchten erstmals Studierende der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) Rothenburg die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein. Dieser Besuch war der Auftakt zur Zusammenarbeit zwischen der Hochschule der Sächsischen Polizei und der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, welche weiterhin für alle Polizeikommissaranwärterinnen und -anwärter im Rahmen ihres Bachelorstudienganges Polizeivollzugsdienst fortgeführt werden wird.

Zudem kamen im November 2022 erstmals Medizin-studierende der TU Dresden im Rahmen der Vorlesung „Geschichte, Theorie, Ethik der Medizin“ in die Gedenk-stätte. Auch die Zusammenarbeit mit dem von Prof. Dr. med. Florian Bruns geleiteten Institut für Geschichte der Medizin soll zukünftig im Lehrplan implementiert werden.

Nachdem das Kooperationsprojekt zwischen der AWO Sonnenstein gGmbH und der Stiftung Sächsische Gedenk-stätten/Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein zur Ausbildung von Peer-Guides im Februar 2021 planmäßig zu Ende ging, wurde eine Teilzeitstelle im Bereich der Pädagogik neu geschaffen, um eine Verstärkung im Bildungsangebot der Gedenkstätte zu gewährleisten und zu unterstützen. Im Oktober 2022 besuchte der Bundesbeauftragte für Men-schen mit Behinderung Jürgen Dusel die Gedenkstätte. Nach einem Rundgang sprach er mit den Teilnehmerinnen und Teilnehmern des Peer-Projektes über Herausforderungen, die ihnen im Projekt begegnet sind.

Besondere Veranstaltungen

Im Sommer 2021 beteiligte sich die Gedenkstätte erst-malig am Christopher Street Day Pirna. Mit einem themati-schen Rundgang erinnerte Annika Röder (FSJ Kultur) an den Würzburger Ferdinand Boxhorn, der aufgrund seiner Homo-sexualität im Konzentrationslager Buchenwald inhaftiert war und am 15. Juli 1941 im Rahmen der „Sonderbehandlung 14f13“ in Pirna-Sonnenstein ermordet wurde. Nach dem Rundgang fand ein Sprühen der Gedenkspur, symbolisch in Regenbogenfarben, auf dem Pirnaer Marktplatz statt.

Aus Anlass der 80. Jährung der Ermordung des Kirchen-juristen Martin Gauger hielt Hagen Markwardt am 17. Juli 2021 im Rahmen mehrerer Gedenkveranstaltungen in der Gedenkstätte Buchenwald einen Vortrag zu dessen Wirken im Widerstand und seiner Verfolgung durch die Nationalsozialisten.



Sprühen der Gedenkspur während des Christopher Street Days in Pirna

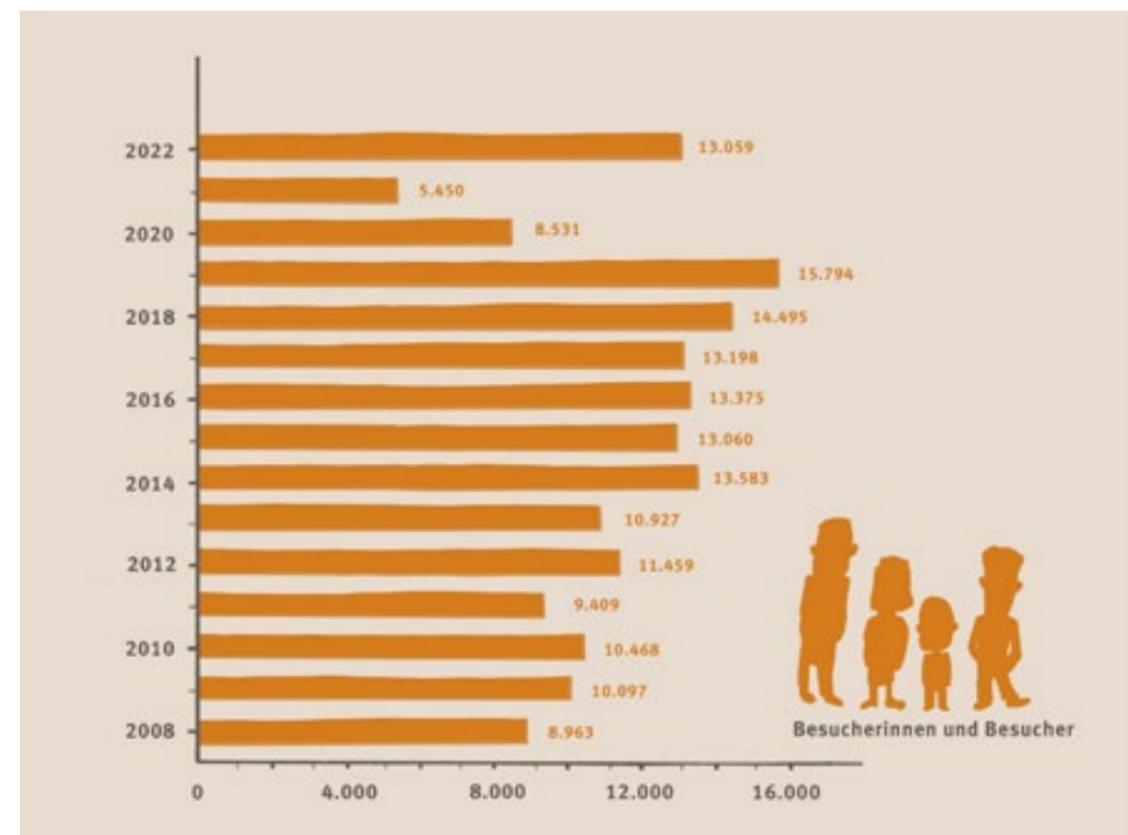
Ein bislang weitgehend unbekanntes Kapitel der Geschichte des Sonnensteins wurde zum Tag des offenen Denkmals am 12. September 2021 thematisiert: Zwei Sonderführungen mit dem Titel „Activities at the Schloss Sonnenstein“ gaben Einblick in die Spionageaktivitäten des CIA. Insbesondere die bis 1953 in Pirna-Sonnenstein bestehende Schule der Kasernierten Volkspolizei und anschließend die Verwaltung der DDR-Luftfahrtindustrie waren Objekte, die das Interesse des US-amerikanischen Geheimdienstes weckten. Rund 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nutzten die Gelegenheit, sich über diese Geschichte zu informieren.



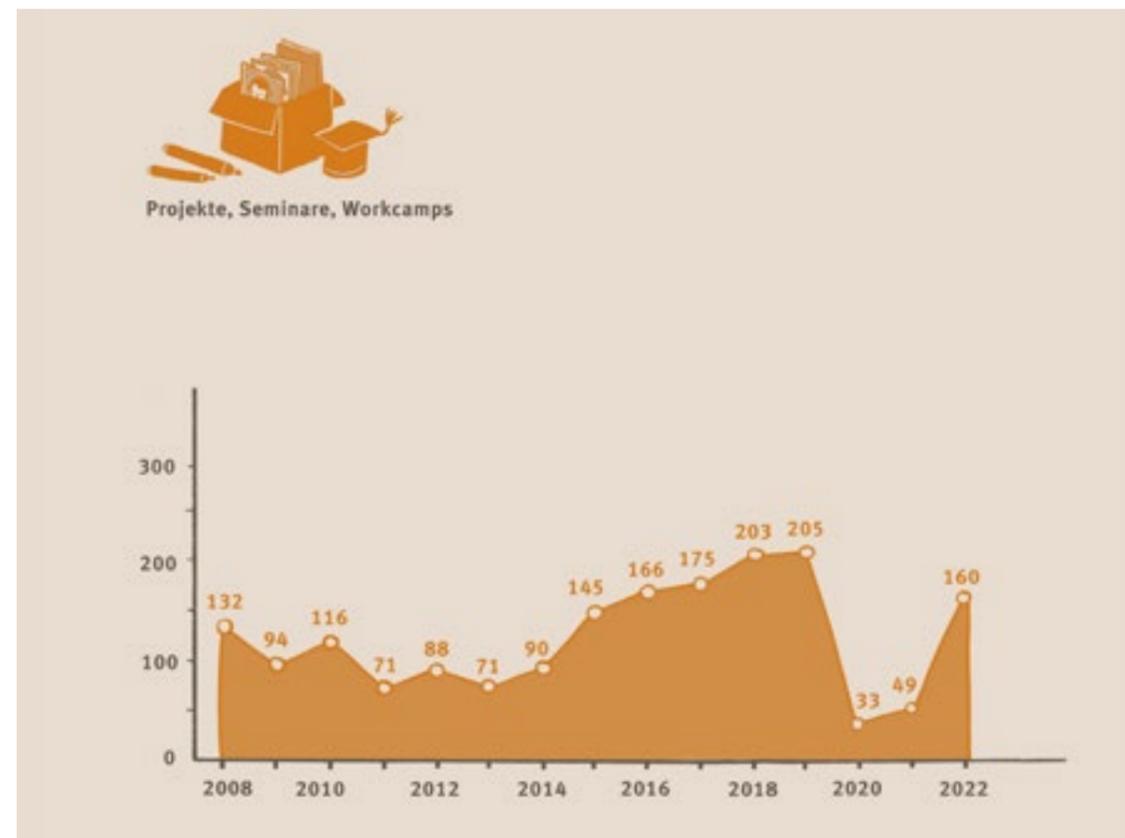
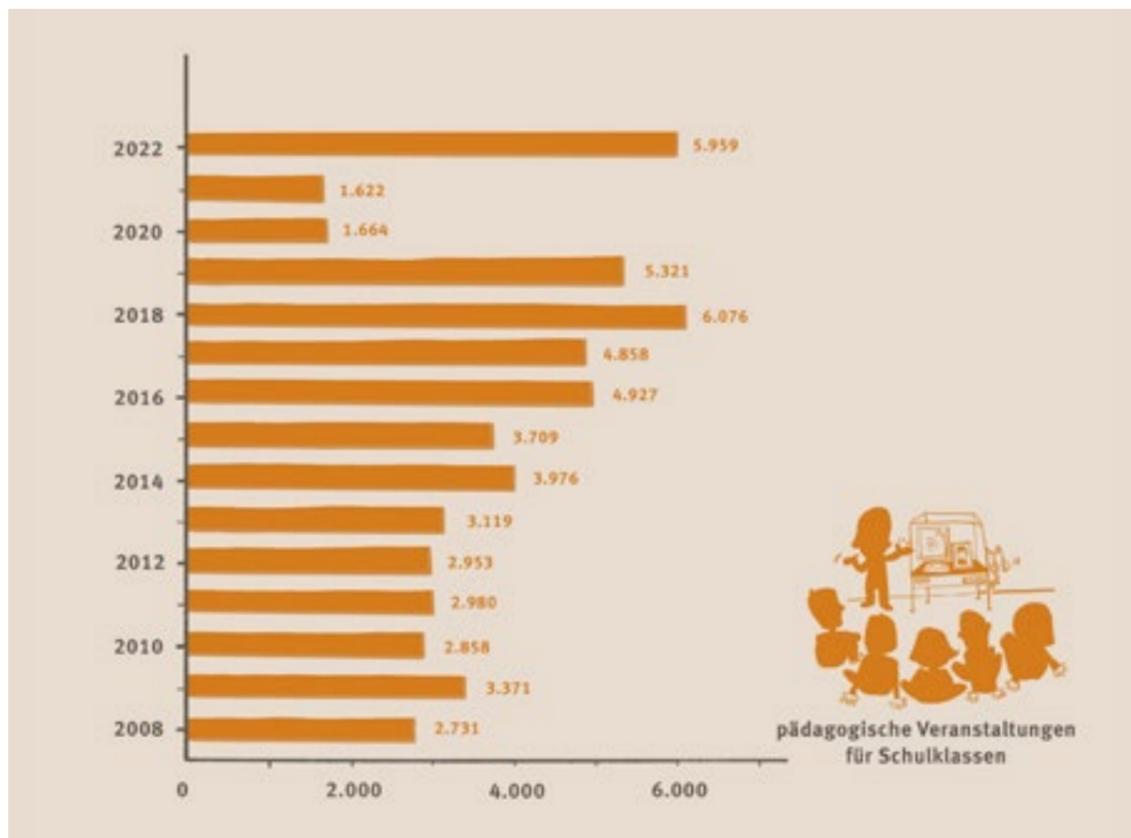
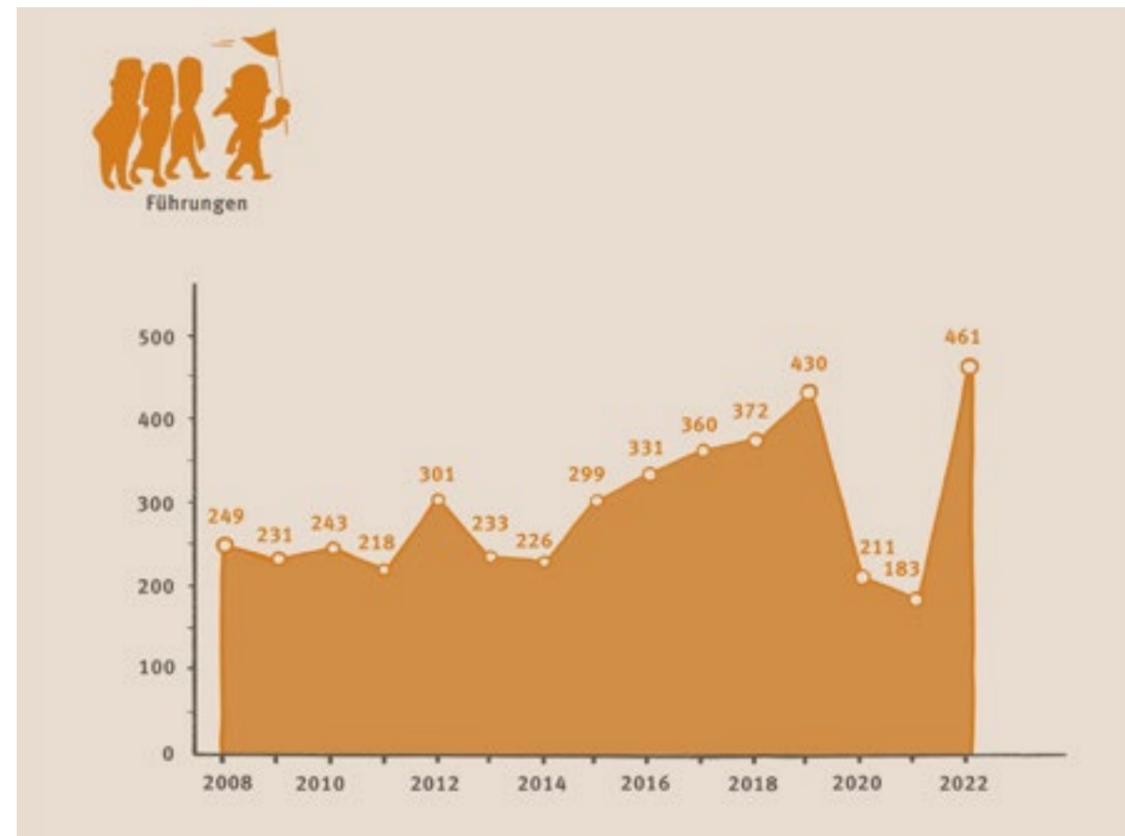
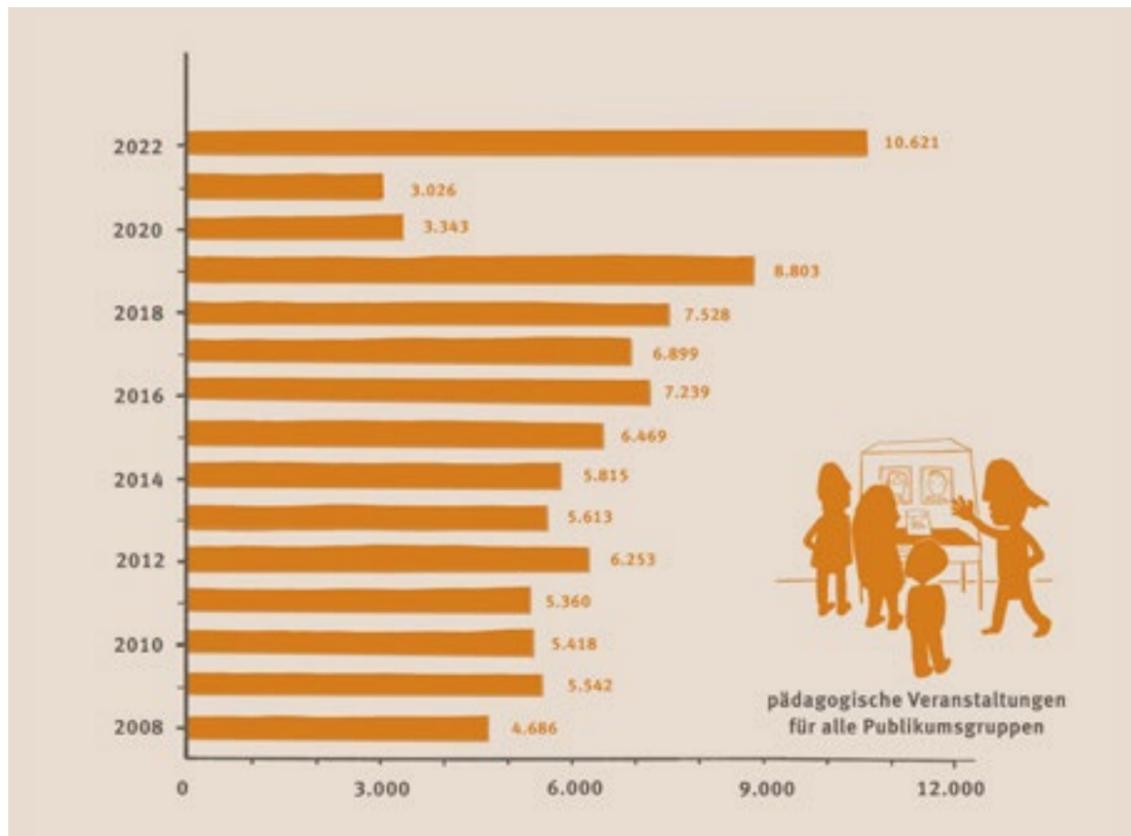
Rundgang auf dem Gelände des Sonnensteins zum Tag des offenen Denkmals

Das Jahr 2022 begann – anlässlich des Tags des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar – mit einer Reinigungsaktion der Denkzeichen, die vom Bahnhof Pirna bis zur Gedenkstätte durch die Stadt führen. Gemeinsam mit der Aktion Zivilcourage e.V. wurden die 16 Tafeln von Schmutz und Aufklebern befreit. Am selben Tag beteiligte sich die Gedenkstätte an der Aktion #LichterGegenDunkelheit, die seit 2020 jährlich von der Stiftung Topographie des Terrors initiiert wird.

Der Förderverein der Gedenkstätte – Kuratorium Gedenk-stätte Sonnenstein e.V. – veranstaltete am 21. Mai 2022 in Kooperation mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein



Der Beauftragte der Bundesregierung für die Belange von Menschen mit Behinderungen Jürgen Dusel (2. v. r.) in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein





Reinigen eines Denkzeichens

und der Landeszentrale für politische Bildung das 22. Sonnenstein-Symposium mit dem Titel „Aktuelle Perspektiven auf Behinderung und psychische Erkrankungen“. Mit dem gewählten Schwerpunkt sollten Bezüge geschichtlicher Ereignisse und Themen zu Menschen mit Behinderungen und psychischen Erkrankten in der Gegenwart hergestellt werden. Die Referentinnen und Referenten boten mit ihren Vorträgen kleine Einblicke in verschiedene Thematiken, mit denen sich Menschen mit Behinderung und psychisch Erkrankte sowie deren Angehörige immer wieder auseinandersetzen müssen.

Am 5. Juli 2022 erinnerte die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein gemeinsam mit dem Amtsgericht Pirna an den Dresdner Juristenprozess und den Dresdner „Euthanasie“-Prozess vor 75 Jahren. Nach Referaten zu beiden Prozessen thematisierte die anschließende Diskussion vor allem die Bedeutung dieser Verfahren für die Gegenwart. Der Direktor des Amtsgerichtes Pirna Alexander Klerch betonte, dass eine unabhängige Justiz Voraussetzung dafür ist, deren politischen Missbrauch zu verhindern.

Zwischen 18. Juli und 26. August 2022 präsentierte die Gedenkstätte die Wanderausstellung „Einige waren Nachbarn. Täterschaft, Mitläufertum und Widerstand“ des United States Holocaust Memorial Museum. Etwa 1.000 Personen besichtigten die Ausstellung.

Am 27. Oktober 2022 fanden die Beförderungsfeierlichkeiten der Polizeidirektion Dresden / Revierbezirk Pirna in der Gedenkstätte statt. Innerhalb der Polizeidirektion Dresden war im Herbst 2020 die Idee entstanden, die zweimal jährlich zentral stattfindenden Beförderungsfeierlichkeiten auf drei kleinere Veranstaltungen aufzuteilen. Dieses zunächst aus der Not heraus geborene Format erhielt viel Zuspruch.

Nach einer Begrüßung durch die Gedenkstättenmitarbeiterin Melanie Wahl und den Polizeipräsidenten Lutz Rodig erhielten neun Beamte der Reviere Pirna, Freital und Sebnitz ihre Beförderungsurkunden. Im Anschluss war Gelegenheit, die Gedenkstätte und die Geschichte des historischen Ortes bei einer Führung näher kennenzulernen.



„Lichter gegen Dunkelheit“ in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein

Forschung, Sammlung, Dokumentation

Ein gemeinsames Forschungs- und Ausstellungsprojekt mit dem Lern- und Gedenkort Schloss Hartheim sowie der Gedenkstätte Grafeneck widmete sich den Opfern der „Aktion T4“ aus Bayern und Franken. Die bislang nur rudimentär erfassten Opferdaten wurden dabei grundlegend überprüft und ergänzt. Damit sollen vor allem Fragen der Zuordnung von einzelnen Verlegungen zu bestimmten Tötungsanstalten geklärt werden, die aufgrund der Tarnungspraxis der zentralen Krankenmorde noch immer ungeklärt sind.

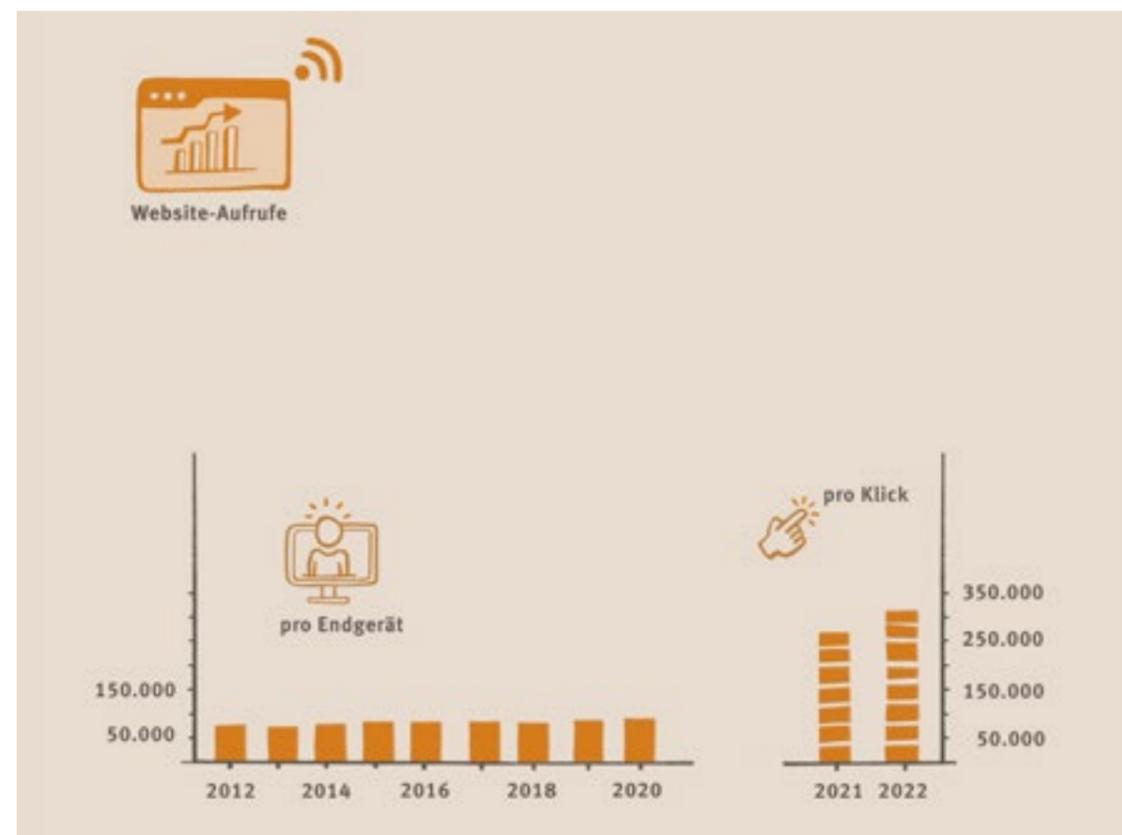
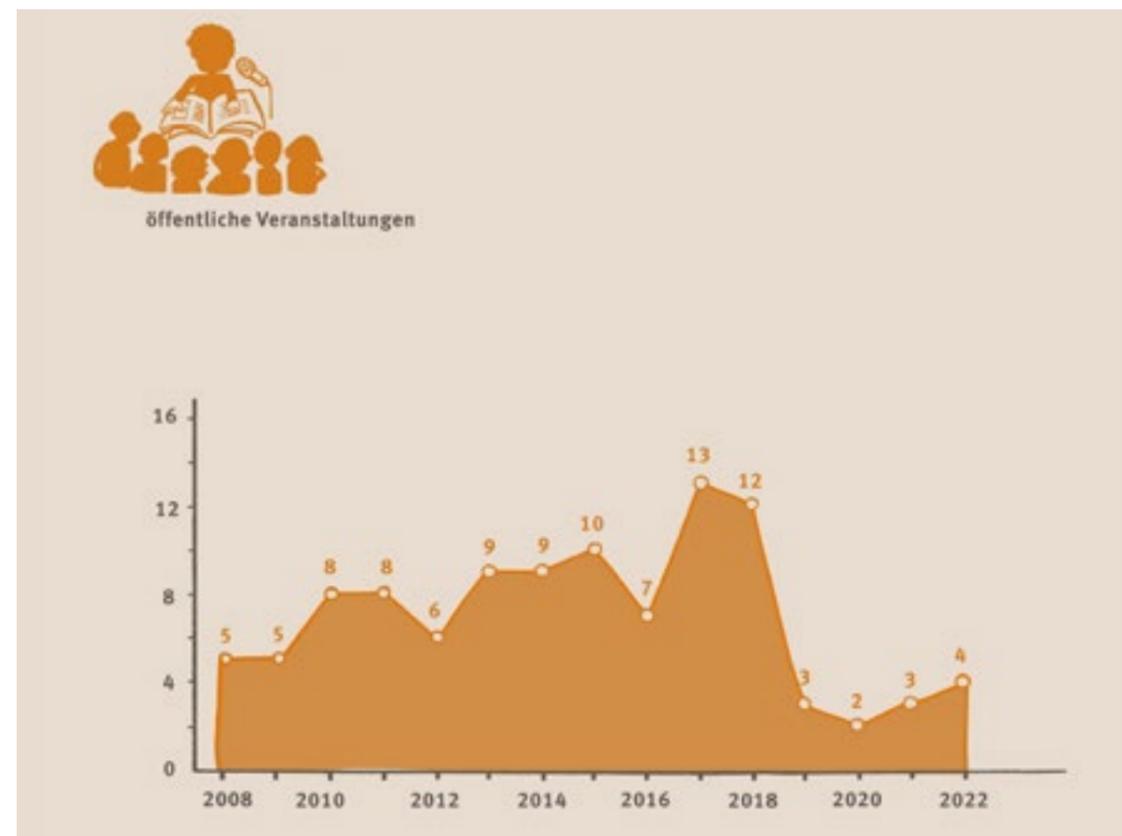
2021 konnte die archivalische Erfassung von über 600 Krankenakten der Heil- und Pflegeanstalt Großschweidnitz abgeschlossen werden. Es handelt sich um Unterlagen zu Patientinnen und Patienten, die zwischen 1945 und 1959 in Großschweidnitz aufgenommen wurden. Die Akten sind in der Gedenkstätte recherchierbar und stehen Interessierten für Forschungszwecke zur Verfügung.

Kommunikation mit Opfern und Hinterbliebenen, Schicksalsklärung

Wichtiger Bestandteil der Arbeit der Gedenkstätte blieb auch 2021 und 2022 die Auskunft gegenüber Angehörigen von Opfern der nationalsozialistischen Krankenmorde. Diesen den Erinnerungsort auch persönlich vorzustellen, war wegen der Corona-Pandemie in den letzten Jahren nur eingeschränkt möglich.

Im Herbst 2022 besuchte die in den USA lebende Harriet Heydemann die Gedenkstätte. Ihr Großvater Hans Heydemann gehörte zu der Gruppe von jüdischen Menschen, die bereits vor dem Beginn des Holocaust aufgrund von psychischen Erkrankungen ermordet worden.

Mit großer Trauer hat das Team der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein im Januar 2022 die Nachricht vom Tod Lissa Flades aufgenommen. Deren Mutter Marka Henker wurde am 14. November 1940 in der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein ermordet. Bis zuletzt blieb Lissa Flade, die sich nach 1990 intensiv für die Schaffung eines Erinnerungsortes engagiert hatte, der Gedenkstätte freundschaftlich verbunden.





Maria Fiebrandt, Rosalie Hoppe und Sophia Glaner während der Aufnahmen zum Podcast GPS 1811 in der Gedenkstätte Großschweidnitz

Sonstige Aktivitäten und Projekte

Im Februar 2022 starteten die beiden FSJlerinnen der Gedenkstätte, Rosalie Hoppe und Sophia Glaner, ihren Podcast GPS 1811. Ausgehend von der Geschichte der Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein setzten sie sich in mittlerweile sieben Folgen mit der nationalsozialistischen Herrschaft und aktuellen erinnerungskulturellen Fragen auseinander.

Am 2. November 2021 erfolgte der Beschluss des Sächsischen Regierungskabinetts, die Gedenkstätte Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung Sächsische Gedenkstätten zu übernehmen und einen Verbund mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein zu bilden. Gemeinsam mit dem Verein Gedenkstätte Großschweidnitz wurde daraufhin ein Ausstellungs-drehbuch erarbeitet, das 2023 umgesetzt werden kann.

Beim Herbsttreffen des „Arbeitskreises zur Erforschung der nationalsozialistischen ‚Euthanasie‘ und Zwangssterilisation“ im November 2022, das unter dem Motto „Transformationen“ stand, wurden die Gestaltungsentwürfe für die künftige Dauerausstellung der Gedenkstätte Großschweidnitz vorgestellt.

Im Dezember 2022 fand unter Anleitung des Aktion Zivilcourage e.V. aus Pirna eine pädagogische Schulung der Publikumsguides statt. Gemeinsam gingen die Teilnehmenden den Fragen nach, was gute Bildungsarbeit ausmacht und welche Rolle sie selbst dabei spielen. Ziel war es, Methoden zu erarbeiten, um mit Publikumsgruppen besser interagieren und einen nachhaltigen Gedenkstättenbesuch ermöglichen zu können.

INTERVIEW MIT BIRGER HÖHN UND ERIK VOGEL – ZWEI TEILNEHMERN DES PEER-PROJEKTS

Erzählt etwas über eure Motivation, die Ausbildung zu Peer-Referenten in der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein zu machen!

Birger Höhn: Ich habe lange darüber nachgedacht, dass und warum ich als behinderter Mensch so viel in Sachen Inklusion/Empowerment behinderter Menschen unterwegs bin. In der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein habe ich die Antwort bekommen: Ich will aktiv dazu beitragen, dass sich so etwas einerseits nie wieder wiederholt und andererseits die Opfer der NS-Euthanasie ein würdiges Gedenken bekommen.

Erik Vogel: Ich habe schon mit einigen Gruppen aus der behindertenpolitischen Arbeit der SPD Dresden und Sachsen an Führungen in der Gedenkstätte teilgenommen. Mich interessiert das Thema sehr, und daher habe ich die Anfrage von Frau Wahl gern angenommen, in einem Projekt der AWO Sonnenstein gGmbH diese Ausbildung zu machen. Sehr motivierend war dabei, dass an diesem Projekt Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen teilgenommen haben. Das war herausfordernd und bereichernd zugleich. Jeder Teilnehmer und jede Teilnehmerin konnte eigenes Wissen, Erfahrungen und vor allem eigene behinderungsbedingte Notwendigkeiten einbringen. Davon profitieren wir heute sehr.

Mit welchen Herausforderungen wurdet ihr konfrontiert? Sei es während der Ausbildungsphase oder in konkreten Führungssituationen.

Birger Höhn: „Als ich zu Beginn der Ausbildung zum allerersten Mal eine Führung in der Gedenkstätte (in schwerer Sprache) bekam, kamen mir auf dem Weg in den Keller die Tränen. Ebenso beim Schauen des Films „Nebel im August“ welchen ich mir in der Mitte der Ausbildung privat anschaute. Wir haben dabei aber einen guten Weg gefunden, damit umzugehen, und bekommen ja auch im eigenen Umfeld bei Bedarf Hilfe und Unterstützung. Ansonsten waren es eigentlich eher Fragen, auf die ich nicht oder nicht so gründlich vorbereitet war. In diesen Fällen war die Anwesenheit



Erik Vogel und Birger Höhn (links) mit Melanie Wahl (Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein), Bundesbeauftragter Jürgen Dusel und Hagen Markwardt (Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein)

von Frau Wahl sehr hilfreich. Gleiches galt und gilt bei mir zumindest auch, was die Örtlichkeiten im Keller anbelangt, zum Beispiel den Fußboden oder überhaupt die Nutzung nach 1945 oder die konkrete räumliche Aufteilung im gesamten Kellerbereich betreffend.

Erik Vogel: Während der Ausbildung waren für mich die unterschiedlichen Beeinträchtigungen der Teilnehmenden eine Herausforderung, die ich gern angenommen habe. Das ist für mich gelebte Inklusion. Durch meine eigenen Einschränkungen war und ist für mich der Kellerbereich immer wieder eine psychische Belastung und eine große Herausforderung. Da gehen mir sehr oft solche Gedanken wie zum Beispiel „Wenn du in der Zeit gelebt hättest, hätte dein Leben hier ein Ende gefunden!“ oder „Wie kann man Menschen mit Kohlenmonoxid qualvoll ersticken lassen?“ durch den Kopf. Da jede Gruppe unterschiedlich ist und die Gruppendynamik im Vorfeld nur schwer planbar ist, ist jede Führung eine neue Herausforderung. Aber man lernt dadurch auch unterschiedliche Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen und Vorkenntnissen kennen. Das sehe ich als sehr große Bereicherung.

Welche Erfahrungen sind euch besonders in Erinnerung? Gab es positive oder auch negative Erlebnisse? Wie seid ihr damit umgegangen?

Birger Höhn: Es gab, soweit ich mich erinnern kann, in sehr überwiegendem Maße positive Erlebnisse. Sachliche Kritik wurde auch als solche aufgenommen und versucht, umzusetzen bzw. zu integrieren und es beim nächsten Mal anders bzw. besser zu machen.

Erik Vogel: Bei den bisherigen Führungen sind mir zwei besonders in Erinnerung geblieben: Eine Schulklasse einer Schule für kognitiv beeinträchtigte Kinder und Jugendliche (eine sogenannte G-Schule) – diese Klasse hat bei der Einführung hervorragend mitgearbeitet und sehr viele gute Beispiele für die positiven und negativen Begriffe genannt. Ich war überrascht, wie gut diese Schülerinnen und Schüler auf die Führung vorbereitet und offen für die Informationen waren. Ich habe aus dem Kellerbereich ein junges Mädchen rausbegleitet, weil sie die Atmosphäre dort „nicht aushalten“ konnte. In einem kurzen Gespräch an der frischen Luft fragte sie mich, ob ich nicht Angst davor habe, dass so etwas wieder geschehen könne. Ich konnte ihr die Frage nicht beantworten. Was mir aber besonders in Erinnerung geblieben ist: dass diese Klasse am Ende der Führung mit stehendem Applaus für unsere Arbeit gedankt hat. Dies hat mich emotional sehr berührt. So ein Dankeschön ist etwas sehr Besonderes. Die andere Führung war eine Delegation eines Jugendamtes aus der Region. Da fielen am Rande der Führungen öfters Gedanken auf, die mich erschreckten und traurig machten, wie zum Beispiel „der Wahnsinn der Inklusion“ oder „behinderte Kinder abzutreiben, ist doch eine humane Lösung“. Ich hatte von Mitarbeitenden einer kommunalen Einrichtung mehr Toleranz, Verständnis für andere Menschen und insbesondere mehr Engagement für die gesellschaftliche Inklusion erwartet. Diese Führung machte mir deutlich, dass bei den Behörden das Thema „Inklusion“ negativ besetzt ist und wir noch sehr viel Zeit und Geduld brauchen werden, bis wir die Barrieren in den Köpfen abgeschafft haben.

DAUERHAFTE FÖRDERUNGEN DER STIFTUNG

Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten reichte 2021 Mittel für institutionelle Förderungen in Höhe von 955.300 Euro aus. 2022 betrug die gesamte Förderhöhe 927.850 Euro. Die institutionellen Förderungen von Gedenkstätten und Einrichtungen in freier oder kommunaler Trägerschaft sowie von Initiativen leiten sich aus dem Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetz ab. Die Bewertung und Prüfung sowie der Vollzug der Förderungen basiert auf der vom Stiftungsrat beschlossenen Förderrichtlinie. Gefördert wurde der Grundbetrieb von Gedenkstätten und erinnerungskulturellen Einrichtungen in freier Trägerschaft gemäß § 2 Abs. 3 und Abs. 4 des Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetzes. Dazu gehören:

- die Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden (Träger: Erkenntnis durch Erinnerung e. V.)
- die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig mit dem Museum im Stasi-Bunker (Träger: Bürgerkomitee Leipzig e. V.)
- die Initiativegruppe Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V.
- die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig (Träger: Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e. V.)

Der von der Stiftung von Beginn an institutionell geförderte Bautzen-Komitee e. V. wird zwar nicht namentlich im Gedenkstättenstiftungsgesetz angeführt, mit der Formulierung in § 2 Abs. 4 „insbesondere“ (in Bezug auf weitere nicht namentlich genannte Einrichtungen wie bspw. auch den Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis) ist aber die formale und rechtliche Fördermöglichkeit hergestellt.

In den genannten Jahressummen der dauerhaften Einrichtungsförderungen inbegriffen sind die Förderungen für den Grundbetrieb der drei ehemaligen Archive der DDR-Bürgerbewegung in Sachsen gem. § 2 Abs. 5 im Gedenkstättenstiftungsgesetz:

- der Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.
- das Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens (Träger: Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e. V.)
- der Umweltbibliothek Großhennersdorf e. V.

Die jährlichen Zuwendungen an die drei genannten Träger erfolgen im Rahmen von Projektförderungen. Da sie auf den Grundbetrieb der drei Einrichtungen abzielen, stellen sie eine quasiinstitutionelle Förderung dar und werden hier in der Statistik auch so gehandhabt. Das Sächsische Gedenkstättenstiftungsgesetz sieht in seiner jetzigen Fassung allerdings nicht die Möglichkeit vor, den Betrieb der drei Archive bzw. Träger auch formal im Rahmen institutioneller Förderungen zu finanzieren. Die drei Archive sind seit mehreren Jahren bestrebt, eine institutionelle Förderung zu erlangen.

Auf Empfehlung des Wissenschaftlichen Beirats und als Resultat einer Diskussion im Stiftungsrat wurde der Stiftungsgeschäftsführer auf der Stiftungsratsitzung vom 12. Dezember 2022 gebeten, eine professionelle Evaluation der drei DDR-Oppositions-Archive vornehmen zu lassen. Mit der Evaluation soll eine Faktengrundlage geschaffen werden, um die Entscheidung bzgl. der (für eine institutionelle Förderung notwendigen) Änderung des Gedenkstättenstiftungsgesetzes treffen zu können.

In den genannten Jahressummen der dauerhaften Einrichtungsförderungen sind die in der Regel großvolumigen Förderungen zum Aufbau verschiedener Gedenkstätten in Sachsen hingegen nicht enthalten. Im Berichtszeitraum wurden mehrere Maßnahmen gefördert, die auf den Aufbau der Gedenkstätte Großschweidnitz, der Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck, der Gedenkstätte KZ Sachsenburg sowie des Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis abzielten. Die geförderten Maßnahmen umfassen unter anderem Forschung und Konzeptionsausarbeitungen für künftige Ausstellungen, den Betrieb von Interimbüros und die Finanzierung wissenschaftlicher oder den Gedenkstättenaufbau koordinierender Personalstellen.

Die Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hatten beschlossen, den Aufbau der Gedenkstätten zusätzlich zu den von den jeweiligen Gedenkstättenträgern beim Freistaat Sachsen sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien beantragten Fördermitteln bis zu ihrer Eröffnung mittels Projektförderungen schrittweise zu unterstützen. Damit kann die Stiftung den Aufbau von Gedenkstätten fördern. Die oft sehr großen Mittelbedarfe für die bauliche Errichtung und Ertüchtigung der historischen Orte werden vom Freistaat Sachsen und dem Bund im Rahmen eigener Projektförderungen finanziell gedeckt. Nach Errichtung und Eröffnung der Gedenkstätten soll deren Betrieb dann mit Vorliegen der formellen und insbesondere fachlichen Voraussetzungen von der Stiftung dauerhaft institutionell gefördert werden.

Das Kapitel zu den Projektförderungen Dritter in diesem Tätigkeitsbericht informiert über diese vonseiten der Stiftung Sächsische Gedenkstätten geleisteten Aufbauförderungen.

Die Entwicklung der Gesamtfördersummen sowie das Verhältnis der vonseiten der Stiftung für die Förderung Dritter aufgewendeten Mittel zum Gesamthaushalt der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wird in diesem Tätigkeitsbericht im Kapitel zur Geschäftsstelle im Absatz Haushalt abgebildet.

BAUTZEN-KOMITEE E. V.

Der Verein Bautzen-Komitee e. V. erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 42.500 Euro für den Betrieb des Gedenkortes „Gräberstätte Karnickelberg“ und der Geschäftsstelle des Opfervereins. 2022 erhielt der Verein 44.800 Euro für diesen Zweck.

Der Verein bewahrt das Gräberfeld „Karnickelberg“ in Bautzen, unweit des historischen Ortes der Haftanstalt Bautzen I, als Gedenkort. Dort wird der 3.000 Toten gedacht, die zwischen 1945 und 1956 im sowjetischen Speziallager Nr. 4 und der DDR-Strafvollzugsanstalt in Bautzen starben.

Im Berichtszeitraum waren die Aktivitäten des Vereins aufgrund der Corona-Pandemie reduziert. Der Verein konstatiert zudem aufgrund des Ablebens ehemaliger Gefangener einen immer stärkeren Mitgliederschwund und bemüht sich um die Akquise neuer Mitglieder.

Das Bautzen-Komitee nahm an der Geschichtsmesse der Bundesstiftung Aufarbeitung in Suhl teil sowie am Bundeskongress zur Aufarbeitung der SED-Diktatur in Rostock. Der Verein selbst veranstaltete in Bautzen Gedenkveranstaltungen wie bspw. anlässlich des Bautzen-Forums der



Gedenkkreuz auf der Gräberstätte „Karnickelberg“

Friedrich-Ebert-Stiftung, des Volkstrauertages oder des Jahrestags des Gefangenenaufstandes 1950 im „Gelben Elend“.

Das Bautzen-Komitee gründete sich nach dem Ende der DDR aus ehemaligen Insassen der Bautzener Haftanstalten und deren Angehörigen. Der Opferverein möchte bei der Erforschung und Aufarbeitung der Verbrechen kommunistischer Gewaltherrschaft in den Bautzener Gefängnissen mitarbeiten und die Erinnerung an die Opfer bewahren. Er berät ehemalige Häftlinge und ihre Hinterbliebenen in Rehabilitationsfragen.

Das Bautzen-Komitee setzte sich intensiv für Suchgrabungen nach Massengräbern hinter der Haftanstalt Bautzen I ein. An diesem Ort wurde eine Gräberstätte sowie eine Kapelle errichtet und damit ein memorialer Ort zum Gedenken geschaffen. 2012 wurden in der Kapelle auf acht großen Glastafeln die Namen von über 3.000 Häftlingen angebracht, die von 1945 bis 1956 an den Folgen der Haft gestorben sind.



Kapelle auf dem „Karnickelberg“



Gedenkbereich auf dem „Karnickelberg“

GEDENKSTÄTTE BAUTZNER STRASSE DRESDEN

Träger: Erkenntnis durch Erinnerung e. V.



Technische Ausstattung für die Onlineführung

Der Erkenntnis durch Erinnerung e. V. erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 150.000 Euro für den Betrieb der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden. 2022 erhielt der Verein 160.000 Euro für diesen Zweck.

Mit dem Hauptgebäude der MfS-Bezirksverwaltung, dem Hafthaus des MfS-Untersuchungsgefängnisses und dem sowjetischen Haftkeller verfügt die Gedenkstätte über eine Gesamtfläche von rund 4.500 m² für Ausstellungen, Veranstaltungen, Bildungsarbeit und Verwaltung. Die

Gedenkstätte möchte eine Auseinandersetzung mit Ursachen, Methoden und Folgen politischer Haft sowie mit den betroffenen Akteuren – den politisch Verfolgten auf der einen Seite und den Beschäftigten des Partei-, Staats- und Verfolgungsapparates auf der anderen – ermöglichen.

Das zweite Jahr der Pandemie traf die Gedenkstätte nun nicht mehr so unerwartet. Während der Schließungen fanden im gesamten Gebäudekomplex weitere Reinigungs- und Aufräumarbeiten statt. Auch an der Instandsetzung der Gedenkstätte wurde weitergearbeitet. Dazu gehörte



Szenische Lesung „Schreiben um der Freiheit willen“ mit Reentko Dirks und Ahmad Mesgarha

beispielsweise, eine Zelle im Hafthaus in einen Zustand zu bringen, der dem der 1950er Jahre entspricht. Die Wegeführung wurde mit Hinweisschildern und Aufstellern verbessert, um dem Publikum die Orientierung im gesamten Haus zu erleichtern. Zudem wurde ein Monitor über dem Empfangsbereich angebracht, auf dem Interessierte schon vor dem Kontakt mit dem Kassenpersonal erste Informationen lesen und sich mit Bildern aus dem Ausstellungsbereich auf ihren Rundgang einstellen können. Auch wurde die Schließung zum Jahreswechsel 2021/22 für einen reibungslosen Übergang zu neuer Servertechnik genutzt. Im Rahmen der Förderung durch Mittel der ehemaligen Partei- und Massenorganisationen der DDR (PMO) wurden die Planungs- und Bautätigkeiten im Kellerbereich und weiteren Teilen des Hauses fortgesetzt.

Das sowjetische Kellergefängnis konnte als Ausstellungsbereich ertüchtigt und durch den Einbau von Wärmetauschern klimatisch verbessert werden. Ein großer Teil der Mittel wurde für erforderliche brandschutztechnische Maßnahmen eingesetzt, beispielsweise für den Bau einer Fluchttreppe. Außerdem konnte die Gedenkstätte die bauarchäologischen Forschungen fortsetzen und den Haftkeller nach Spuren aus der Zeit der Nutzung durch die sowjetische Besatzungsmacht untersuchen lassen. Darüber hinaus wurden der Keller und weitere Bereiche der Gedenkstätte medientechnisch modernisiert, sodass mit dem Abschluss des Projektes im gesamten Haus unter



Societaetstheater mit „Metropol“ zu Gast in der Gedenkstätte (im Vordergrund der Autor Eugen Ruge)

anderem ein eigenes WLAN-Netz für Gäste zur Verfügung stehen wird. Diese Investitionen sind auch die Basis für eine moderne Dauerausstellung, deren Entstehung parallel zu den genannten Tätigkeiten voranschreitet. Nach Abschluss der konzeptionellen Tätigkeiten wurde mit ersten Ausstellungsinstallationen begonnen. Durch die geplante Mehrsprachigkeit soll die wachsende Zahl ausländischer Gäste erreicht werden.

Da lockdownbedingt zu Beginn des Jahres 2021 sämtliche Führungen bzw. pädagogischen Angebote storniert werden mussten, entwickelte der Publikumservice die „Führung digital“. Sie richtete sich sowohl an Schulgruppen als auch an Erwachsene, die so mittels Internet und digitaler Technik von ihrem Heimatort aus durch die Gedenkstätte geführt werden konnten.

In Kooperation mit der Euroregion Elbe/Labe und der Volkshochschule Dresden gab Ahmad Mesgarha, begleitet von Reentko Dirks an der Gitarre, am 28. September 2021 die Lesung „Schreiben um der Freiheit willen“. Eindrucksvoll im originalen Hafthaus in Szene gesetzt, las er Briefe des Dramatikers, Bürgerrechtlers und späteren Präsidenten Václav Havel, die dieser im August 1980 aus dem Gefängnis an seine Frau Olga schrieb. Der literarische Abend fand im Rahmen der Interkulturellen Tage und der Tschechisch-Deutschen Kulturtag statt.

Dass sich der Saal der Gedenkstätte auch ausgezeichnet als Bühne für Theater eignet, konnte am 7. Oktober 2022 unter Beweis gestellt werden, als das Societaetstheater zu Gast war und sein eigens für den historischen Ort entwickeltes Stück „Metropol“ uraufführte. Auf der Grundlage des Romans von Eugen Ruge untersuchte das Team von Cie. Freaks und Fremde, was Menschen in ihrer Sehnsucht nach gesellschaftlichen Idealen zu glauben bereit sind, und spielte dabei mit Sprache, Objekten, Bewegungen, Sound-Collagen, Szenen und Erinnerungen diesen Spannungsraum europäischer Geschichte durch.



GEDENKSTÄTTE MUSEUM IN DER „RUNDEN ECKE“ LEIPZIG MIT DEM MUSEUM IM STASI-BUNKER

Träger: Bürgerkomitee Leipzig e. V.

Der Bürgerkomitee Leipzig e. V. erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 205.000 Euro aus Landesmitteln für den Betrieb der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig mit dem Museum im Stasi-Bunker. 153.000 Euro aus Bundesmitteln wurden über die Stiftung Sächsische Gedenkstätten an den Träger weitergereicht. 2022 erhielt der Verein 153.750 Euro aus Landesmitteln für diesen Zweck. Auch 2022 wurden 153.000 Euro aus Bundesmitteln über die Stiftung Sächsische Gedenkstätten an den Träger weitergereicht.

Die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ zeigt in einer musealen Ausstellung am historischen Ort – dem ehemaligen Sitz der Bezirksverwaltung für Staatssicherheit am Dittrichring in Leipzig – die Geschichte, Struktur und Arbeitsweise des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) in der DDR.

Die Förderrichtlinie der Stiftung regelt, dass die Stiftung ihre Fördertätigkeit als gleichzeitige Trägerstiftung nach Prioritäten ordnet (Ziffer IV, Satz 2). Darüber hinaus legt sie fest, dass die Antragstellenden durch ihre bisherige



Eingangsbereich der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig



Blick in die historische Ausstellung der Gedenkstätte

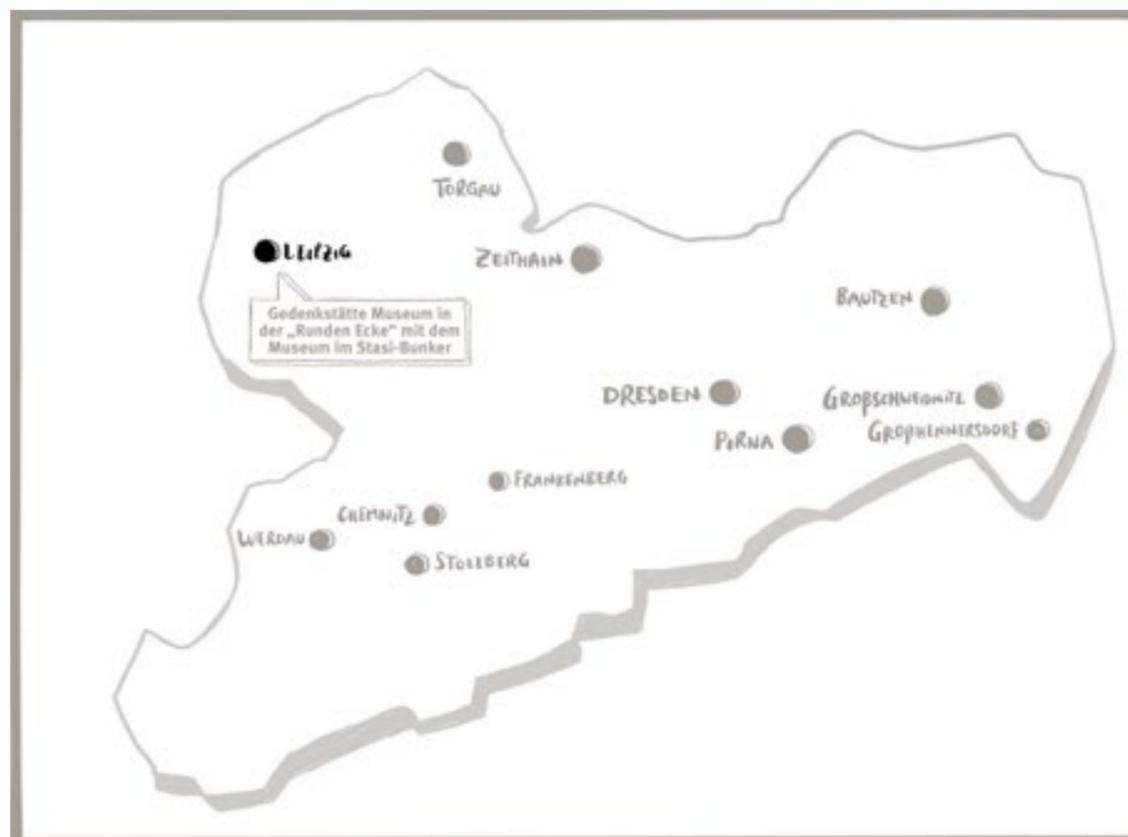
Arbeit ausreichende Sachkunde erkennen lassen müssen und keine Anhaltspunkte liefern dürfen, die gegen eine ordnungsgemäße Verwendung der Fördermittel sprechen (Ziffer IV, Satz 3).

In seinen Sitzungen vom 18. Dezember 2020, vom 10. Mai 2021, vom 15. Juli 2021 (Sondersitzung), vom 13. Dezember 2021 und vom 2. Mai 2022 befasste sich der Stiftungsrat ausführlich mit der Förderpraxis der Stiftung Sächsische Gedenkstätten gegenüber dem Bürgerkomitee Leipzig e. V. als Trägereinrichtung. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten stellte in den vergangenen Jahren eine zunehmend mangelhafte Kommunikation des Zuwendungsempfängers Bürgerkomitee Leipzig e. V. als Träger der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig fest. Dies betraf insbesondere Angelegenheiten des Verwaltungshandelns, der institutionellen und Projektförderung sowie der Verwendungsnachweisprüfung. Der Stiftungsrat stellte fest, dass die Kommunikationsweise und das Verwaltungshandeln des Zuwendungsempfängers intransparent und mangelhaft sind und den Ansprüchen nicht genügen. Der Zuwendungsempfänger solle sich seiner Rolle als Empfänger öffentlicher Mittel bewusst sein und den damit verbundenen Pflichten gegenüber dem Zuwendungsgeber nachkommen.

Neben diesen Angelegenheiten hatten die drei Stiftungsgremien (Wissenschaftlicher Beirat, Stiftungsbeirat und Stiftungsrat) im Rahmen ihrer Sitzungen seit 2013 die konzeptionelle Weiterentwicklung der Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig behandelt. Der Stiftungsrat stellte in den vergangenen Sitzungen eine nur sehr eingeschränkte bzw. in einigen Kernbereichen (wie bspw. der Dauerausstellung) nicht erfolgte konzeptionelle und inhaltliche Weiterentwicklung unter Berücksichtigung zeitgemäßer gedenkstättenpädagogischer Standards und Vermittlungsformen fest.

Der Stiftungsrat beriet und beschloss in den genannten Sitzungen die vonseiten des Bürgerkomitee Leipzig e. V. umzusetzenden Fördervoraussetzungen mit dem Ziel der Verbesserung des Verwaltungshandelns und der grundsätzlichen Kommunikation des Zuwendungsempfängers. So wurde unter anderem die Einrichtung eines Wissenschaftlichen Beirates für die Gedenkstätte Museum in der „Runden Ecke“ Leipzig in Abstimmung mit der Stiftung gefordert, die Einsetzung einer in allen verwaltungstechnischen Fragen erreichbaren und auskunftsberechtigten Verwaltungsleitung sowie die Benennung einer Stellvertretung des Leiters der „Runden Ecke“, die im Fall von dessen Abwesenheit zeitnah und eigenverantwortlich als Ansprechperson zur Verfügung steht.

Der Stiftungsrat beschloss in seiner 60. Sitzung am 2. Mai 2022, dass „die Förderung des Bürgerkomitee Leipzig e. V. [...] im Jahr 2022 wie angekündigt um 25 vom Hundert gekürzt“ werden solle, wenn bestimmte Fördervoraussetzungen (abzielend u. a. auf die Weiterentwicklung der Dauerausstellung und die Gründung eines Wissenschaftlichen Beirates) nicht erfüllt werden.



GEDENKSTÄTTE GESCHLOSSENER JUGENDWERKHOF TORGAU

Träger: **Initiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V.**



Neue Ausstellung: Der lange Weg vom historischen Ort zur Gedenkstätte

Der **I**nitiativgruppe Geschlossener Jugendwerkhof Torgau e. V. erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 194.300 Euro für den Betrieb der Gedenkstätte Geschlossener Jugendwerkhof Torgau. 2022 erhielt der Verein ebenfalls 194.300 Euro für diesen Zweck.

Am historischen Ort des einzigen Geschlossenen Jugendwerkhofs der DDR beschäftigt sich die Ausstellung auf über 170 m² mit dem bedrückendsten Kapitel der DDR-Heimerziehung. Zwischen 1964 und 1989 wurden über

4.000 Jugendliche in den Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau eingewiesen. Die Ausstellung beschreibt die Stellung dieser besonderen Disziplinierungseinrichtung im System der Spezialheime der DDR-Jugendhilfe und die ideologischen Hintergründe ihrer Existenz. Erläutert werden das Erziehungskonzept, der menschenunwürdige Alltag und das drakonische Strafsystem im Geschlossenen Jugendwerkhof Torgau. Die Ausstellung weist zudem über die Grenzen des DDR-Erziehungssystems hinaus und thematisiert die



Mobiles Denkzeichen und interaktiver Lernort BLACKBOX HEIMERZIEHUNG

internationale Dimension der „schwarzen Pädagogik“ des 19. und 20. Jahrhunderts. Die Gedenkstätte versteht sich nicht nur als Erinnerungs- und Ausstellungsort im historischen Gebäude, sondern auch als Raum für Begegnung und Kommunikation.

Seit 25 Jahren durchzieht das ehrenamtliche Engagement der Vereinsmitglieder – darunter auch viele Betroffene – die Geschichte der Gedenkstätte wie ein roter Faden. Ein neuer, 2020 erarbeiteter Ausstellungsabschnitt wurde 2021 eröffnet. Er dokumentiert den langen Weg vom historischen Ort zur Gedenkstätte und thematisiert zudem in drei Räumen gesellschaftspolitische Ereignisse zur Aufarbeitung von DDR-Heimerziehung. Dazu zählt auch die zunehmende öffentliche Wahrnehmung der Schicksale ehemaliger DDR-Heimkinder sowie ihre Anerkennung und Rehabilitierung als jüngste Opfer des SED-Regimes.

Ein weiterer Meilenstein in der Aufklärungsarbeit der Gedenkstätte ist die **BLACKBOX HEIMERZIEHUNG**: ein Mobiles Denkzeichen als interaktiver Lernort zur repressiven DDR-Heimerziehung. Mit der Gedenkstätte wurde 1998 ein wichtiger historischer Ort vor dem Vergessen bewahrt. Für viele andere Orte steht dies noch immer aus. In Städten und Gemeinden, in denen sich früher Heime befanden, gibt es durch Umfunktionierung, Verfall oder Abriss kaum noch eine Erinnerung an die dortigen Umerziehungseinrichtungen. Die **BLACKBOX HEIMERZIEHUNG** bringt deshalb die Geschichte der repressiven Heimerziehung der DDR zurück an diese Orte. Als mobiles Denkzeichen mit interaktivem Lernort reist sie ab 2022 an vormalige Heimstandorte und lädt die Öffentlichkeit zu einer Auseinandersetzung mit diesem vielerorts in Vergessenheit geratenen Kapitel lokaler Zeitgeschichte ein.



Einblick in die BLACKBOX HEIMERZIEHUNG

Ein für die Gedenkstätte wichtiger Höhepunkt war der 17. November 2021. Anlässlich der Entlassung des letzten Jugendlichen am 17. November 1989 wurde mit einem digitalen Erinnerungsmoment an die Schicksale der ehemaligen DDR-Heimkinder erinnert. Der digitale Erinnerungsmoment zeichnete die letzten Tage des Jugendwerkhofs in Torgau nach, Betroffene und Gäste kamen zu Wort. Auch die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur Evelyn Zupke beteiligte sich mit einer Videobotschaft. Wie bereits beim Online-Gedenkkonzert 2019 mit über 500 Teilnehmenden wurden die Erwartungen erneut übertroffen: Über 1.700 Personen haben an diesem Tag die Gedenkveranstaltung online begleitet. Dies zeigt erneut, welches Potenzial der digitale Raum hat, um noch mehr Menschen zu erreichen und Aufklärungsarbeit zu leisten.

GEDENKSTÄTTE FÜR ZWANGSARBEIT LEIPZIG

Träger: **Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e.V.**

Der **Erinnern an NS-Verbrechen in Leipzig e.V.** erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 100.000 Euro für den Betrieb der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig. 2022 erhielt der Verein 105.000 Euro für diesen Zweck.

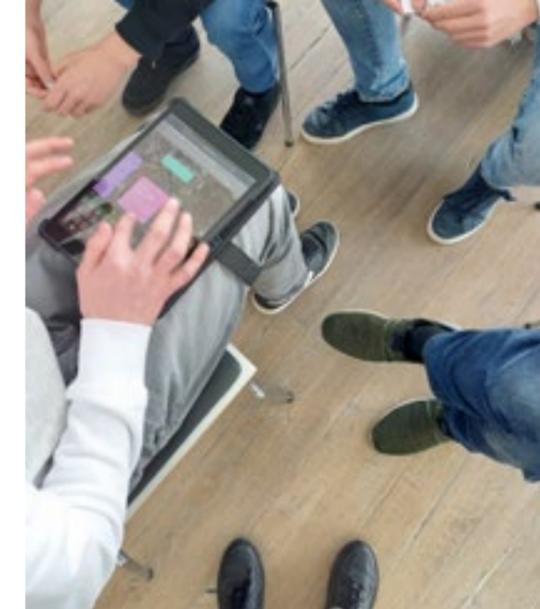
Die Gedenkstätte (GfZL) erinnert an die Opfer, das Unrecht und die Geschichte des NS-Zwangsarbeitseinsatzes in Leipzig und an dessen Folgen. Am Standort der HASAG, des ehemals größten Rüstungsbetriebs in Sachsen, erinnert sie exemplarisch an den Arbeitseinsatz tausender ziviler

Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, Kriegsgefangener und KZ-Häftlinge während des Zweiten Weltkriegs im städtischen Raum. Die Gedenkstätte steht als Anlaufstelle für ehemalige Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter sowie deren Angehörige zur Verfügung, erforscht Aspekte des Themas und sammelt historische Zeugnisse.

Um die Sichtbarkeit der Gedenkstätte zu verbessern, wurde im Rahmen einer Projektförderung durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten am Gedenkstätteengebäude 2022 der Schriftzug „Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leip-



Führung durch die Gedenkstätte und über das Außengelände



Schüler und Schülerinnen während des zweitägigen Workshops in der Red Bull Arena Leipzig

zig“ angebracht. Zusätzlich wurden die Fensterscheiben mit Aufklebern versehen, die Informationen zur GfZL und zur Geschichte des Ortes bieten. Darüber hinaus konnten auf dem Gelände des Wissenschaftsparks Leipzig an fünf markanten Punkten zweisprachige Informationstafeln aufgestellt werden, die jeweils einen besonderen Aspekt der Geschichte des Hauptstandortes des Rüstungskonzerns HASAG sowie des Einsatzes von Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeitern beleuchten.

In der GfZL ist seit 2016 die Interimsausstellung „Im Provisorium. NS-Zwangsarbeit in Leipzig und beim Rüstungskonzern HASAG“ zu sehen. Ein Bestandteil ist die Medienstation mit Interviews mit ehemaligen Zwangsarbeiterinnen und -arbeitern, kommentierten Quellen sowie der digitalen Karte der GfZL, die 2022 erweitert werden konnte. Die Karte erfasst nun mehr als 800 Orte zum Thema NS-Zwangsarbeit im Raum Leipzig, darunter ehemalige Lager- und Firmenstandorte sowie Gedenkorte. Zudem wurde die Karte erweitert um 360°-Rundgänge zu ausgewählten Orten, Tourenvorschläge für Stadteilerkundungen sowie Lernmaterialien für den Einsatz im Unterricht.

Die Gedenkstätte und der Träger waren im Berichtszeitraum exzellente Kooperationspartner zur Vorbereitung und Durchführung des Vernetzungsworkshops „Erfassung von Stätten der NS-Zwangsarbeit in Sachsen“ in Leipzig. Ziel des Treffens war es, zivilgesellschaftlich Engagierte mit Fachbehörden und Gedenkstätten zu vernetzen sowie über erinnerungskulturelle Ziele und fachliche Grundlagen zu sprechen. Die Stiftung Sächsische Gedenkstätten, die sächsische Landesarbeitsgemeinschaft zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus, die Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig sowie die sächsischen Landesämter für Archäologie und für Denkmalpflege luden dazu im November 2022 ein.

Die Jahre 2021 und 2022 waren im Hinblick auf das Veranstaltungsprogramm der GfZL noch stark von den Einschränkungen durch die Corona-Pandemie geprägt. Daher wurden zunehmend digitale Angebote entwickelt, um den Kontakt zum Publikum zu halten. Mit der Social-Media-Aktion #objektdesmonats_gfzl wurden besondere Objekte aus der Sammlung der Gedenkstätte vorgestellt. Zudem wurde die Podcast-Reihe „Gedenkstätte trifft Wissenschaft“ gelauncht: In neun Folgen sprachen junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sowie erinnerungspolitische Akteurinnen und Akteure über ihre aktuellen Forschungen zu NS-Verbrechen im Raum Leipzig und Sachsen.

Ab dem Sommer 2021 konnten Führungen, die Stadteilerundgänge „Auf den Spuren von NS-Zwangsarbeit“ sowie die Fahrradtouren zum selben Thema durch den Leipziger Südraum um Böhlen und durch Taucha wieder aufgenommen werden. Im Jahr 2022 fanden von April bis Oktober mehr als 30 Stadteilerundgänge und Fahrradtouren „Auf den Spuren von NS-Zwangsarbeit“ in Leipzig und Umgebung statt. Außerdem organisierte die GfZL Vortragsveranstaltungen, Filmvorführungen und Lesungen an unterschiedlichen Orten in Leipzig.

Am 12. Juli 2022 konnte die GfZL gemeinsam mit der Stadt Leipzig eine Gedenk-Stele am Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers „HASAG Leipzig“ einweihen. Die GfZL war an der Erarbeitung der Texte für die Stele maßgeblich beteiligt.

Im November 2021 veranstaltete die GfZL den zweitägigen Workshop „Historisch-politische Bildungsarbeit zu NS-Verbrechen im öffentlichen Raum: Chancen und Herausforderungen“. Mit Beschäftigten und ehrenamtlich Engagierten aus verschiedenen Gedenkstätten, Museen, Vereinen und Initiativen aus ganz Deutschland wurde über bewährte und neue Vermittlungsansätze sowie tägliche Herausforderungen in der Vermittlungsarbeit im öffentlichen Raum diskutiert.



ARCHIV BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG E. V.

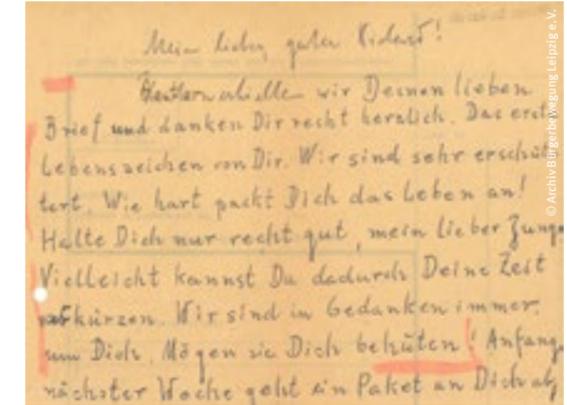
Träger: gleichnamiger Verein



Stephan Krawczyk (Mitte) bei der Übergabe seines Vorlasses an das ABL im Dezember 2022



Kreativer Workshop mit Schülerinnen und den ungarischen Lichtkünstlern „Glowing Bulbs“ im Rahmen des Leipziger Lichtfestes im ABL im Juli 2021



Ein Beispiel aus der Sammlung: Historischer Brief von Angehörigen eines politischen Häftlings in Bautzen, April 1954

Der Verein Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V. erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 125.500 Euro für den Betrieb des Archivs zur Geschichte der Opposition in der DDR. 2022 erhielt der Verein 130.000 Euro für diesen Zweck.

Der Verein unterhält und betreibt das gleichnamige Archiv zur Geschichte der DDR-Opposition in Leipzig. Seit Vereinsgründung 1991 sammelt das Archiv die hinterlassenen Selbstzeugnisse der DDR-Opposition, der Bürgerbewegung und der in den Jahren 1989/90 entstandenen

Initiativen und Parteien. Der Verein möchte diese Unterlagen im Archiv sichern, erschließen und dauerhaft der Öffentlichkeit zugänglich machen. Das Archiv hat bereits tausende Aktentitel archiviert und erschlossen, mit denen die erste Artikulierung des politischen Protests, die Ursachen und der Verlauf der Friedlichen Revolution sowie das Entstehen demokratischer Strukturen umfassend belegt werden. Die Sammlung umfasst zahlreiche Schrift-, Bild- und Tonquellen mit möglichst vollständigen Überlieferungen zu Einzelpersonen und Gruppen der DDR-Opposition,

zu Bürgerbewegungen und zu den im Herbst 1989 neu entstandenen Parteien und Initiativen. Der Verein Archiv Bürgerbewegung Leipzig leitet den Arbeitskreis der Archive zu Widerstand und Opposition in Sachsen.

Auf Basis von Projektförderungen erhält der Verein jährlich Mittel von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten für den Grundbetrieb des Archivs. Der Verein erstrebt eine im Sächsischen Gedenkstättenstiftungsgesetz verankerte institutionelle Förderung, sodass die professionelle Sicherung, Erschließung, Archivierung, Nutzung und Überlieferung der Unterlagen und Zeugnisse von Widerstand und Opposition in ganz Sachsen dauerhaft abgesichert werden können. Das Archiv Bürgerbewegung versteht sich als zentrale Einrichtung für die genannten Tätigkeiten im gesamten Freistaat Sachsen.

In den Jahren 2021 und 2022 standen Übernahmen von Fotografien und Dokumenten-Sammlungen sowie die Erschließung des Archivgutes im Mittelpunkt der Arbeit, aber auch die Erweiterung der Online-Datenbank des Arbeitskreises der Archive zu Widerstand und Opposition in Sachsen.

Es konnten diverse persönliche Sammlungen und Fotobestände übernommen und zum Teil bereits verzeichnet werden. So übergab beispielsweise der Journalist Peter Wensierski dem Archiv Bürgerbewegung Leipzig (ABL) 2021 über 70 Interviews, die er von 1979 bis 1992 in der DDR bzw. in Ostdeutschland führte. Das mehr als 20 Stunden umfassende audiovisuelle Material entstand im unmittelbaren Kontext der Machtkonstellation in den 1980er Jahren und dokumentiert die individuelle Wahrnehmung der DDR in ihrer Zeit. Dieser außergewöhnliche Bestand wird in einem „Online-Schaufenster“ auf der ABL-Homepage präsentiert.

Im Laufe der Jahre 2021 und 2022 wurde der ursprünglich 1.300 Aktenordner umfassende Bestand der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS) weiter erschlossen. Dieser enthält umfangreiche Dokumente zu Haft und politischer Verfolgung aus Sicht der Betroffenen sowie zur Arbeit der

VOS in West- sowie ab 1990 auch in Ostdeutschland. Die Aufnahmeanträge der VOS wurden vollständig digitalisiert und weite Teile des Bestandes erschlossen. Die Erschließung wurde von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, der Stiftung Sächsische Gedenkstätten und dem Sächsischen Landtag finanziert.

Aufgrund der Corona-Pandemie waren 2021 und zum Teil auch 2022 die gewohnten regelmäßigen Öffnungszeiten nicht zu gewährleisten. Außerhalb der Lockdowns ermöglichte das Archiv die Nutzbarkeit nach Terminabsprache und unter Einhaltung der notwendigen Hygienevorschriften.

Viele Anfragen erreichen das Archiv mittlerweile über die weltweit nutzbare Online-Datenbank des Arbeitskreises der Archive zu Widerstand und Opposition in Sachsen, die im September 2019 mit einigen hundert Einträgen auf der gemeinsamen Homepage startete. 2021 und 2022 wurde sie fortlaufend weiter befüllt. Zu Beginn des Jahres 2021 waren ca. 5.000 Datensätze abrufbar, im Dezember 2022 waren es mehr als 15.000.

Das 30-jährige Bestehen des Vereins Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V. war 2021 Anlass für einen Imagefilm, der die Sammlungsschwerpunkte des ABL und seine Arbeitsweise vorstellt sowie potenzielle Sammlungsgeberinnen und -geber ermutigen soll, sich mit ihren Unterlagen an das Archiv zu wenden. Auch die Broschüre „Was uns bewegt(e)“ und eine Chronik auf der Website des Archivs dazu ein, sich auf eine Reise durch 30 Jahre Archivarbeit zu begeben.

Pandemiebedingt konnte das Gründungsjubiläum erst ein Jahr später im Juni 2022 gefeiert werden. Neben dem Geschäftsführer der Stiftung Sächsische Gedenkstätten Dr. Markus Pieper würdigten die Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur Evelyn Zupke und der stellvertretende Direktor der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur Dr. Robert Grünbaum in ihren Grußworten das ABL, das sich zu einem professionellen Archiv für Zeitgeschichte und einem wichtigen außerschulischen Lernort entwickelt hat.



ARCHIV DER BÜRGERBEWEGUNG SÜDWESTSACHSENS

Träger: Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e. V.



Ausstellungsbesuch von vietnamesischen Auszubildenden aus dem Bildungszentrum Werdau am 9. Mai 2022



Veranstaltung zum Thema „Wie gelangte die Staatssicherheit zu ihren Informationen?“ mit Dr. Christian Booß am 28. September 2021



Ausstellungsbesuch einer Schulklasse aus Werdau am 12. September 2022

Der Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage e. V. (MLKZ e. V.) erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 70.000 Euro für den Betrieb des Archivs der Bürgerbewegung Südwestsachsens. 2022 erhielt der Verein ebenfalls 70.000 Euro für diesen Zweck.

Der Verein sammelt im Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens die hinterlassenen Selbstzeugnisse der DDR-Opposition, der Bürgerbewegung und der in den Jahren 1989/90 entstandenen Initiativen und Parteien mit

dem regionalen Schwerpunkt Südwestsachsens. Das Martin-Luther-King-Zentrum für Gewaltfreiheit und Zivilcourage wurde 1998 von Vertretern der Friedensbewegung und der Konfliktforschung aus Ost- und Westdeutschland sowie von engagierten Jugendlichen vor Ort ins Leben gerufen. Es hat seinen Sitz in Werdau. Das Archiv des MLKZ e. V. ist Teil des Arbeitskreises der Archive zu Widerstand und Opposition in Sachsen unter Leitung des Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.

Der MLKZ e. V. erhält auf Basis von Projektförderungen jährlich Mittel von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten für den Grundbetrieb des Archivs der Bürgerbewegung Südwestsachsens. Mit dem Antrag auf institutionelle Förderung der oben beschriebenen Tätigkeiten mit einer Reichweite innerhalb der südwestsächsischen Region.

Im Martin-Luther-King-Zentrum kann die Dauerausstellung „Opposition, Repression und Friedliche Revolution in der DDR – Der Weg zur Einheit“ besichtigt werden. Sie informiert anhand von sechs Themenfeldern über die Geschichte des Protests in der Region von den 1950er Jahren bis 1989 mit Dokumenten, Bildern, Hörsequenzen und Objekten. Zu dieser Ausstellung gehört auch eine nachgebildete Gefängniszelle mit originalem Inventar aus einem Gefängnis in Freiberg, das zeitweise Außenstelle von Hoheneck war.

Zu den Gästen zählten vorrangig Gruppen zur Konfirmationsvorbereitung, Schülerinnen und Schüler einzeln und in Gruppen, Schulklassen von Oberschulen und Gymnasien der Region sowie Veranstaltungspublikum. Die Publikumszahl lag 2021, auch bedingt durch die Corona-Einschränkungen, bei rund 250 Personen. 2022 lag die Publikumszahl bei etwa 400 Personen.

Das Martin-Luther-King-Zentrum hat verschiedene Wanderausstellungen über die SED-Diktatur erstellt. 2021 entstand mit „Von Einheit zu Vielfalt – Bildung und Erziehung in der DDR und ihr Wandel seit 1990“ eine neue Ausstellung über das einheitliche Schulsystem der SED-Diktatur und dessen Transformation bis heute.

Aufgrund der Corona-Pandemie mussten einige geplante Veranstaltungen abgesagt bzw. online durchgeführt werden. Im September 2021 ging es um die Frage „Wie gelangte die Staatssicherheit zu ihren Informationen?“ Dr. Christian Booß stellte in einer der Veranstaltungen anhand seines Buches

„Vom Scheitern der kybernetischen Utopie“ die Entwicklung von Überwachung und Informationsverarbeitung der DDR-Staatssicherheit vor.

Im Dezember 2021 gab es ein (Online-)Seminar mit Diskussion mit einer Junge-Gemeinde-Gruppe der Pauluskirchengemeinde Zwickau über das Christliche Friedensseminar Königswalde, die Bausoldaten und DDR-Geschichte.

Dem Archiv der Bürgerbewegung Südwestsachsens wurden im Berichtszeitraum kleinere Bestände bzw. Bestandsergänzungen übergeben. Diese Materialien über Opposition und Repression in der SBZ/DDR wurden konservatorisch langzeitgesichert und sind zum großen Teil erschlossen worden.

2021 gab das Martin-Luther-King-Zentrum in einer überarbeiteten Neuauflage die Publikation „Raum für Güte und Gewissen – Das Christliche Friedensseminar Königswalde im Bezirk Karl-Marx-Stadt/DDR. 1973–1990“ heraus.



UMWELTBIBLIOTHEK GROSSHENNERSDORF E. V.

Träger: gleichnamiger Verein

Der Umweltbibliothek Großhennersdorf e.V. erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 68.000 Euro für den Betrieb des Archivs der Umweltbibliothek Großhennersdorf. 2022 erhielt der Verein 70.000 Euro für diesen Zweck.

Die Umweltbibliothek Großhennersdorf widmet sich seit 1991 der Geschichte der Friedlichen Revolution und ihrer Vorgeschichte in der Oberlausitz. Der Verein ist seit 1997 Träger des Archivs der Bürgerbewegung für den ehemaligen Bezirk Dresden sowie insbesondere für den

ostsächsischen Raum. Die Umweltbibliothek Großhennersdorf zielt vorrangig über Ausstellungen und die Arbeit mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen auf die Vermittlung der Geschichte der Friedlichen Revolution in der Oberlausitz und deren historischen Kontext ab. Der Verein sammelt, erschließt und erhält im Archiv Dokumente u. a. zur Friedens-, Menschenrechts-, Umwelt- und Bürgerbewegung in der DDR, besonders in der Ober- und in Teilen der Niederlausitz. Ein weiterer Sammlungsschwerpunkt liegt in Zeugnissen der Opposition der polnischen und tschechoslowakischen



Rekonstruktion der historischen Umweltbibliothek



Gruppenbild zur Tagung „Sowjetisierung ländlicher Räume“

Freiheitsbewegungen. Das Archiv des Vereins ist Teil des Arbeitskreises der Archive zu Widerstand und Opposition in Sachsen unter Leitung des Archiv Bürgerbewegung Leipzig e. V.

Der Verein Umweltbibliothek Großhennersdorf erhält auf Basis von Projektförderungen jährlich Mittel von der Stiftung Sächsische Gedenkstätten für den Grundbetrieb des Archivs. Mit dem Antrag auf institutionelle Förderung zielt der Verein auf eine dauerhafte Absicherung der oben beschriebenen Tätigkeiten ab.

In den Jahren 2021 und 2022 hat der Verein am Archivstandort „Speicher“ die historische Umweltbibliothek Großhennersdorf mit allen originalen Ausstattungen und Inhalten rekonstruiert, wie sie von 1987 bis 1990 in der DDR existierte. Dort sind nun auch alle Schreib- und Druckmaschinen, die im Zusammenhang mit dem Erscheinen des Samisdat „Die Lausitzbotin“ stehen, sowie weitere Maschinen (u. a. der erste Kopierer des Neuen Forums in der DDR, in Betrieb auch für die Zeitschrift „die andere“) zu sehen – inklusive einer Archivbibliothek und einer Handbibliothek zur Erschließung.

Im weiteren Fokus der Tätigkeiten der Umweltbibliothek Großhennersdorf stand 2021 die Ertüchtigung und Erschließung eines Teils des Archivbestandes. Dies geschah durch die quantitative und qualitative Aufschlüsselung der Archivbestände sowie die Erarbeitung einer Tektonik des Archivs, sodass nunmehr eine vollständige Bestandsbeschreibung des Archivguts vorliegt. Damit konnte ein

erheblicher Teil des Archivstatus professionell beschrieben werden. Professionelle Hilfe erfuhr die Umweltbibliothek Großhennersdorf dabei von Matthias Buchholz, Leiter des Archivs der Bundesstiftung Aufarbeitung, sowie dem Mitarbeiter des Archivs der Herrnhuter Brüder-Unität Olaf Nippe.

Die Ausstellung „Versuche in der Wahrheit zu leben – Widerständiges Leben in der Oberlausitz 1978–1989“ der Umweltbibliothek Großhennersdorf wurde jeweils im Oktober/November 2021 und 2022 in der Kirche St. Johannis in Zittau gezeigt. 2021 fand das von der Umweltbibliothek Großhennersdorf in Kooperation mit der Akademie Herrnhut veranstaltete Symposium „Sowjetisierung ländlicher Räume Ostdeutschlands in einem ostmittel- und osteuropäischen Kontext“ statt.

EHEMALIGE ZENTRALE HINRICHTUNGSSTÄTTE DER DDR IN LEIPZIG

Im Berichtszeitraum konnten für eine Gedenkstätte am historischen Ort der ehemaligen zentralen Hinrichtungsstätte der DDR in Leipzig mangels Antragstellung und wegen ungeklärter Trägerstrukturen keine Förderungen ausgereicht werden. Das Sächsische Gedenkstättenförderungsgesetz sieht gemäß § 2 Abs. 4 die Förderung einer solchen Gedenkstätte durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten vor.

In der Leipziger Südvorstadt, in abgetrennten Räumen der Strafvollzugseinrichtung Alfred-Kästner-Straße, wurden von 1960 bis 1981 alle in der DDR verhängten Todesurteile zentral vollstreckt. Viele der für diesen historischen Kontext relevanten Teile des historischen Ortes sind weitestgehend im originalen Zustand erhalten geblieben. Der Bürgerkomitee Leipzig e.V. konnte erreichen, dass für die Räume ein Denkmalschutzstatus ausgesprochen wurde. 2001 legte die Sächsische Staatsregierung per Kabinettsbeschluss



Eingang der ehemaligen zentralen Hinrichtungsstätte der DDR in Leipzig

fest, dass der historische Ort zu erhalten sei. Seitdem bietet der Verein jährlich zur Museumsnacht und zum Tag des offenen Denkmals Führungen an.

Der kommissarische Stiftungsgeschäftsführer Sven Riesel besuchte am 1. Juni 2021 den historischen Ort und konnte sich von dem baulichen Zustand und dem damit einhergehenden Potenzial für eine künftige Gedenkstättenentwicklung an diesem für die deutsche Gedenkstättenlandschaft wichtigen Ort überzeugen.



Gedenktafel am Eingang zur ehemaligen zentralen Hinrichtungsstätte der DDR

PROJEKTFÖRDERUNGEN DER STIFTUNG

Die erinnerungskulturelle Landschaft Sachsens ist äußerst vielfältig und entwickelt sich vor allem auf Grundlage ehrenamtlichen Engagements immer weiter. Die Geschäftsstelle der Stiftung leistet aktive Förderberatung und bei Bedarf fachliche Begleitung von geförderten Projekten. Grundsätzlich kann jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder Sitz im Freistaat Sachsen Anträge auf Projektförderung unterjährig stellen. Alle Akteurinnen und Akteure, die sich mit ihren Projektvorhaben den Zielen der Stiftung verbunden fühlen, können sich an den Bereich Förderwesen wenden.

Die Stiftung fördert den Aufbau und den Betrieb von Gedenkstätten in freier oder kommunaler Trägerschaft. Die oft sehr großen Mittelbedarfe für die bauliche Errichtung und Ertüchtigung der historischen Orte werden vom Freistaat Sachsen und dem Bund im Rahmen eigener Projektförderungen finanziell gedeckt. Nach Errichtung und Eröffnung der Gedenkstätten soll ihr Betrieb dann mit Vorliegen der formellen und insbesondere fachlichen Voraussetzungen von der Stiftung dauerhaft institutionell gefördert werden.

2021 förderte sie den Aufbau von Gedenkstätten im Rahmen der Ausreichung projektbezogener Fördermittel in Höhe von insgesamt 316.200 Euro. Gefördert wurden Maßnahmen für den Aufbau der Gedenkstätte Großschweidnitz, der Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck, der Gedenkstätte KZ Sachsenburg sowie des Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis. Die geförderten Maßnahmen umfassen unter anderem Forschung und Konzeptionsarbeiten für künftige Ausstellungen, den Betrieb von Interimsbüros und die Finanzierung wissenschaftlicher oder den Gedenkstättenaufbau koordinierender Personalstellen.

Ein zweiter Förderschwerpunkt der Stiftung sind innerhalb des Freistaates wirksame Projekte, die dem Stiftungszweck entsprechen. Zahlreiche Vereine, Initiativen, Einrichtungen und Einzelpersonen erfahren von der Stiftung Zuwendungen im Rahmen von Projektförderungen für Maßnahmen, die den Zwecken und der Förderrichtlinie der Stiftung entsprechen. Dazu gehören Gedenkveranstaltungen, Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, Maßnahmen zur Bewahrung und Sichtbarmachung historischer Orte des Unrechts, Gedenktafeln, Erarbeitung von Ausstellungen, Publikationen und digitalen Vermittlungsformaten, partizipative und generationenübergreifende Angebote und vieles mehr.

2021 förderte die Stiftung im Rahmen von einzelnen Projektförderungen (also ohne den Grundbetrieb der ehemaligen DDR-Oppositionsarchive und ohne die Gedenkstättenaufbau-Förderungen) Maßnahmen und Projektvorhaben in Höhe von 60.024 Euro. Im Jahr 2022 betrug die gesamte Fördersumme in diesem Bereich 210.221 Euro.

Die Entwicklung der Gesamtfördersummen sowie das Verhältnis der vonseiten der Stiftung für die Förderung Dritter aufgewendeten Mittel zum Gesamthaushalt der Stiftung Sächsische Gedenkstätten wird in diesem Tätigkeitsbericht im Kapitel zur Geschäftsstelle im Absatz Haushalt abgebildet.

Die erinnerungskulturelle Landschaft Sachsens ist äußerst vielfältig und entwickelt sich vor allem auf Grundlage ehrenamtlichen Engagements immer weiter. Die Geschäftsstelle der Stiftung leistete im Berichtszeitraum im Rahmen ihrer personellen und zeitlichen Möglichkeiten aktive und zum Teil im Sinne einer Vorfeldakquise aufsuchende Förderberatung sowie bei Bedarf fachliche Begleitung von geförderten Projekten. Grundsätzlich kann jede natürliche oder juristische Person mit Wohnsitz oder Sitz im Freistaat

Sachsen Anträge auf Projektförderung unterjährig stellen. Alle Akteurinnen und Akteure, die sich mit ihren Projektvorhaben den Zielen der Stiftung verbunden fühlen, können sich an den Bereich Förderwesen wenden.

Zugleich nimmt die Stiftung Hinweise auf noch unerforschte historische Verfolgungsorte in Sachsen sowie zu Sammlungen und materiellen Überlieferungen entgegen, berät lokal ansässige Engagierte und vermittelt Kontakte zu regional oder thematisch relevanten Gedenkstätten und Initiativen.

Die Förderrichtlinie der Stiftung Sächsische Gedenkstätten

Die Förderrichtlinie der Stiftung stellt eine strukturierte und mit den Stiftungsgremien abgestimmte Basis dar, um die Erinnerungsarbeit in Sachsen umfassend und nachhaltig zu unterstützen, indem die Stiftung finanzielle Mittel für relevante Projekte und Initiativen ausreicht. Die Förderrichtlinie legt die Grundlagen und Verfahren für die finanzielle Unterstützung von Projekten zur Bewahrung der Erinnerung an politische Gewaltherrschaft fest. Die Richtlinie ist darauf ausgerichtet, Gedenkstätten, Archive und andere erinnerungskulturelle Initiativen zu fördern, um die Auseinandersetzung mit den Diktaturen des Nationalsozialismus und der DDR zu unterstützen und zu vertiefen.

In der Förderrichtlinie werden die allgemeinen Grundsätze und Ziele des Förderbereichs der Stiftung erläutert. Sie betont, dass die Aufarbeitung dieser historischen Phasen für die gesellschaftspolitische Kultur in Sachsen und Deutschland unverzichtbar ist und zur Förderung demokratischer Wertevermittlung beiträgt. Zu den förderfähigen Projekten zählen die Bewahrung historischer Orte des Unrechts, der Betrieb von Gedenkstätten und Museen, die Gestaltung von Ausstellungen, die Erhaltung und Erschließung von Dokumenten sowie Bildungs- und Weiterbildungsangebote in Formaten, die den generationenübergreifenden Dialog über historisches Unrecht ermöglichen usw.

Die Förderrichtlinie beschreibt die Zuwendungsvoraussetzungen und den Umfang der Förderungen. Zuwendungsempfänger können natürliche oder juristische Personen mit Sitz in Sachsen sein, in Ausnahmefällen werden auch Antragsteller außerhalb Sachsens zugelassen. Die Förderungen können als Projektförderung oder institutionelle Förderung erfolgen und werden als nicht rückzahlbare Zuwendung gewährt.

Die Förderrichtlinie regelt auch das Antragsverfahren, das je nach beabsichtigter Maßnahme sowie Art und Umfang der Förderung variiert, ab bestimmten Schwellenwerten die Gremien der Stiftung mit einbezieht und damit einhergehend die Antragsfristen festlegt.

GEDENKSTÄTTE GROSSSCHWEIDNITZ

Träger: gleichnamiger Verein

Der Trägerverein der Gedenkstätte erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 36.400 Euro zur Grund- sicherung der im Aufbau befindlichen Gedenk- stätte für die Opfer der NS-„Euthanasie“. 2022 erhielt der Trägerverein 37.290 Euro für diesen Zweck.

Die Gedenkstätte soll nach ihrer Errichtung als neuer Erin- nerungsort konsolidiert und etabliert werden. Vorgesehen ist dabei, mittels unterschiedlicher Veranstaltungsformate verschiedene Ziel- und Publikumsgruppen zu erreichen. Außerdem sollen Vermittlungs- und Gesprächsangebote im

Ort bzw. in der Gemeinde die Gedenkstätte noch stärker in der dortigen Gesellschaft verankern. Mit Vorträgen – auch an anderen Orten in der Region – und Netzwerktreffen sollen Kontakte zu anderen (soziokulturellen) Einrichtungen in der Region geknüpft werden und Kooperationen erfolgen. Der Gedenkstättenverein wollte im Zuge der Eröffnung und Übernahme der Gedenkstätte diese Stiftungsträgerschaft übergehen lassen.



Versenkung der Zeitkapsel in der Bodenplatte des Neubaus der Gedenkstätte Großschweidnitz



Um- und Ausbau der Gedenkstätte Großschweidnitz

Das Sächsische Regierungskabinett stimmte im Novem- ber 2021 der Übernahme der Gedenkstätte Großschweidnitz in die Trägerschaft der Stiftung zu. Die Gedenkstätte soll gemeinsam mit der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein im Verbund an die nationalsozialistischen Krankenmorde erinnern. Dieser Verbund ist bundesweit einzigartig und stärkt die Forschungen zu dem Themenkomplex sowie die Erinnerung an die Opfer. Die Übernahme der Gedenkstätte in Stiftungsträgerschaft sichert ihren dauerhaften Betrieb und unterstützt die historisch-politische Bildungsarbeit der Stiftung. Der Stiftungsrat hatte die Übernahme der Gedenkstätte bereits im Dezember 2020 beschlossen. Die Gedenkstätte wird auf Basis ehrenamtlichen Engagements errichtet, mit Unterstützung der Gemeinde Großschweidnitz und unter fachlicher Beratung der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein.

Neben den baulichen Arbeiten wurde auch intensiv an der Konzeption der Dauerausstellung gearbeitet. Im Herbst 2022 konnte das Ausstellungsdrehbuch mit Unter- stützung der Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein erfolgreich abschließen werden.

Die Gestaltung der Gedenkstätte auf dem ehemaligen Anstaltsfriedhof der Landesanstalt Großschweidnitz wurde in den Jahren 2021 und 2022 umfangreich erneuert, um zukünftig einen dauerhaften Gedenkstättenbetrieb gewährleisten zu können.

Der Baustart für den Neubau der Gedenkstätte erfolgte am 6. April 2021 mit dem Aushub einer vier Meter tiefen Baugrube, am 18. Juni 2021 fand symbolisch die Grund- steinlegung statt. In der Bodenplatte war dafür eine Aussparung gelassen worden, in welche die Zeitkapsel versenkt werden konnte. In der Zeitkapsel befinden sich die Gründungsurkunde des Vereins, ein aktueller Flyer, Zeitungsausschnitte über die Gedenkstätte, Baupläne, der Zuwendungsbescheid des Staatsministeriums für Wissenschaft, Kultur und Tourismus sowie eine aktuelle Tageszeitung und Münzen. An der Grundsteinlegung nah-

men der Vorstand der Stiftung Sächsische Gedenkstätten, vertreten durch ihren kommissarischen Geschäftsführer Sven Riesel, die Gedenkstätte Pirna-Sonnenstein, vertreten durch Hagen Markwardt, der Architekt Volker Augustin, der Bauleiter und das Bauunternehmen teil.

Der Anbau an das historische Pathologiegebäude entstand nach einem Entwurf des Löbauer Architekten Volker Augustin. In der für die Großschweidnitzer Anstalt typischen gelben Klinkersteinoptik errichtet, wird der Bau zukünftig Raum für die Bildungsarbeit der Gedenkstätte bieten. Eine Dauerausstellung soll im historischen Altbau ihren Platz finden. Die Bauarbeiten wurden zu großen Teilen 2022 abgeschlossen.

Bauträger ist die Gemeinde Großschweidnitz. Die Kos- ten für das gesamte Bauvorhaben, welches neben dem Neubau auch die Sanierung des Altbaus, die Einrichtung einer Dauerausstellung und die Wiederherstellung des Friedhofsareals umfasst, belaufen sich auf etwa 2 Millionen Euro. Die Finanzierung erfolgt aus eigens dafür von der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien sowie vom Sächsischen Staatsministerium für Kultur und Tourismus bereitgestellten Mitteln. Letztere stammen aus dem ehemaligen DDR-Parteivermögen, welches zur Förderung kultureller und sozialer Zwecke eingesetzt wird.

GEDENKSTÄTTE FRAUENHAFTANSTALT HOHENECK

Träger: Stadt Stollberg

Die Stadt Stollberg als Trägerin der Gedenkstätte erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 58.100 Euro für den Betrieb eines Interimbüros für die im Aufbau befindliche Gedenkstätte Frauenhaftanstalt Hoheneck. 2022 erhielt der Träger 74.000 Euro für diesen Zweck.

Die Gedenkstätte soll weite Teile des Süd- und Westflügels des ehemaligen Frauengefängnisses Hoheneck in Stollberg/Erzgebirge umfassen. Mehrere Etagen des Südflügels bleiben zur Besichtigung im originalen Zustand

erhalten. In der ersten Etage des Westflügels werden die Ausstellungs-, Arbeits- und Workshopräume der Gedenkstätte entstehen. Die Gedenkstätte soll nach ihrer Eröffnung in ihrer Dauerausstellung die Schicksale der Häftlinge bis 1989 dokumentieren, insbesondere in der Zeit nach 1945 während der sowjetischen Besatzungszeit und der SED-Diktatur. Seit 2014 existiert ein durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten finanziell gefördertes Interimbüro, welches im Carl-von-Bach-Haus unweit des Stollberger Marktplatzes untergebracht ist.



Der Wissenschaftliche Beirat zu Besuch auf der Gedenkstättenbaustelle

Die Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hatten beschlossen, den Aufbau der Gedenkstätte Hoheneck zusätzlich zu den von der Stadtverwaltung Stollberg beantragten Fördermitteln beim Freistaat Sachsen sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien bis zu ihrer Eröffnung mit einem dauerhaft abgesicherten Publikumsbetrieb mittels Projektförderung zu unterstützen.

Der Wissenschaftliche Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hielt seine 36. Sitzung am 11. April in Stollberg auf der Burg Hoheneck ab. Der vonseiten der Stadt für den Gedenkstättenaufbau zuständige wissenschaftliche Mitarbeiter Prof. Dr. Stefan Appelius führte das Stiftungsgremium über den historischen Ort und stellte das angedachte Gedenkstättenkonzept vor.



Blick in den Innenhof der ehemaligen Frauenhaftanstalt Hoheneck

GEDENKSTÄTTE KZ SACHSENBURG

Träger: Stadt Frankenberg



In der ehemaligen Spinnerei wurden die Häftlinge des frühen Konzentrationslagers Sachsenburg untergebracht.

Die Stadt Frankenberg als Trägerin der Gedenkstätte erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 112.500 Euro für den Betrieb eines Kommunikations- und Informationszentrums zu der im Aufbau befindlichen Gedenkstätte KZ Sachsenburg sowie zur Qualifizierung eines Förderantrages bei der Bundesbeauftragen für Kultur und Medien und dem Freistaat Sachsen. 2022 erhielt der Träger 61.200 Euro für den Betrieb des Kommunikations- und Informationszentrums unter Fortsetzung der anteiligen Anstellung eines wissenschaftlichen Projektmitarbeiters.

Die Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hatten beschlossen, den Aufbau der Gedenkstätte KZ Sachsenburg zusätzlich zu den von der Stadtverwaltung Frankenberg beantragten Fördermitteln beim Freistaat Sachsen sowie der Beauftragten der Bundesregierung für Kultur und Medien bis zu ihrer Eröffnung mit einem dauerhaft abgesicherten Publikumsbetrieb mittels Projektförderung zu unterstützen.



Der Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten informiert sich über den Aufbau der Gedenkstätte KZ Sachsenburg.

Das Kommunikations- und Dokumentationszentrum zielt darauf ab, als „Interimgedenkstätte“ für die Öffentlichkeit zugänglich zu sein und über die historische Bedeutung des KZ Sachsenburg sowie über die Entwicklung der Gedenkstätte zu informieren. Es soll einen Raum für Austausch und historisch-politische Bildungsarbeit bieten sowie Ort für wissenschaftliche, archivalische und kuratorische Tätigkeiten sein. Das Kommunikations- und Dokumentationszentrum soll sich als zentraler Anlaufpunkt etablieren, regelmäßige Öffnungszeiten bieten und ein Ort für Veranstaltungen sein.

Die Tätigkeit des Projektteams der Gedenkstätte KZ Sachsenburg war während des Berichtszeitraums hauptsächlich auf die Vorbereitung eines Projektantrags für eine Förderung im Rahmen der Bundesgedenkstättenförderung sowie auf vorbereitende Aktivitäten des Projektes ausgerichtet. Hierzu gehörte die Durchführung eines Ideenwettbewerbs zur baulichen und musealen Gestaltung der Gebäudereste der ehemaligen Kommandantenvilla. Dieser Wettbewerb stieß auf reges Interesse bei Architekten, Künstlern und in der Öffentlichkeit. Insgesamt wurden 64 Entwürfe von Architekturbüros aus acht verschiedenen Ländern eingereicht. Der am 8. und 9. Juni 2021 stattgefundenen Wettbewerb wurde ebenfalls durch eine Projektförderung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten gefördert.

Die Entscheidung der Jury des Wettbewerbs wurde vonseiten der Öffentlichkeit und aus dem wissenschaftlichen Umfeld kritisch aufgenommen. Infolgedessen entschied sich der Stadtrat von Frankenberg für ein nicht prämiertes Projekt, das die Bewahrung des historischen Sockels des Gebäudes vorsieht und den Bau einer Installation, welche die historischen Konturen des Gebäudes anstelle jener der verfallenen Wände und des Daches rekonstruiert.

Der Stiftungsbeirat der Gedenkstättenstiftung besichtigte im Rahmen seiner 61. Sitzung am 26. April 2022 die in Entstehung befindliche Gedenkstätte KZ Sachsenburg. Dr. Mykola Borovik, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stadt Frankenberg, verdeutlichte die historische Bedeutung



Ausstellung „Was dann losging ...“ zu den frühen KZ in Sachsen im Kommunikations- und Informationszentrum

des Ortes und stellte die Gedenkstättenpläne vor. Die Führung verlief entlang des „Pfades der Erinnerung“ – einer Außenexposition am historischen Ort, die mithilfe einer Projektförderung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten 2019 umgesetzt wurde. Der Stiftungsbeirat tagte anschließend im von der Stiftung geförderten Kommunikations- und Dokumentationszentrum.

Im Kommunikations- und Dokumentationszentrum wurden Wechselausstellungen gezeigt. Insbesondere wurde dort ab September 2021 die Wanderausstellung „Was dann losging, war ungeheuerlich ...“ der Stiftung Sächsische Gedenkstätten präsentiert, welche die Geschichte der frühen Konzentrationslager in Sachsen erzählt.

Im Kommunikations- und Informationszentrum gab es eine öffentliche Vortragsreihe zur Geschichte des Lagers sowie zum nationalsozialistischen Regime in Sachsen. Den Anfang dieser Vortragsreihe bildete am 12. Oktober 2021 ein Vortrag vom Leiter der Dokumentationsstelle der Stiftung Dr. Bert Pampel.



Vortrag von Dr. Bert Pampel

LERN- UND GEDENKORT KAßBERG-GEFÄNGNIS

Träger: gleichnamiger Verein

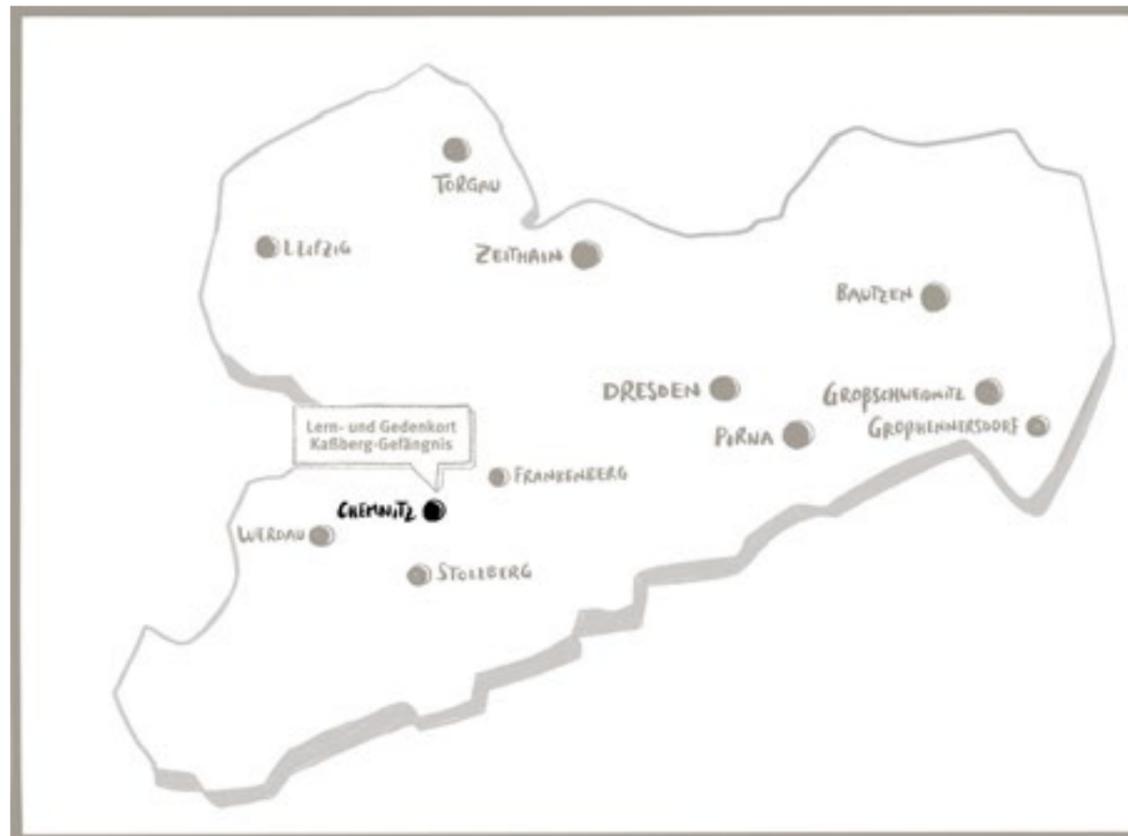


Ein ehemaliger Hafttrakt des Kaßberg-Gefängnisses wird für den Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis umgebaut.

Der Trägerverein der Gedenkstätte erhielt 2021 Zuwendungen in Höhe von 109.200 Euro für Maßnahmen zur Errichtung des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis in Chemnitz. 2022 erhielt der Trägerverein 250.000 Euro für diesen Zweck.

Der Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis e.V. ist Träger des gleichnamigen Erinnerungsortes. Seit seiner Gründung im Jahr 2011 setzt sich der Verein dafür ein, in einem Gebäudeteil der ehemaligen MfS-Untersuchungshaftanstalt in Chemnitz eine Gedenkstätte mit

Dauerausstellung und umfangreichen Bildungsangeboten einzurichten und zu betreiben. Dabei wird die doppelte Diktaturgeschichte des Ortes berücksichtigt. Hauptsächlich ist das Kaßberg-Gefängnis als zentraler Abwicklungsort des Häftlingsfreikaufs ein wichtiger Erinnerungsort der DDR-Vergangenheit und der deutschen Teilung. Für den Großteil der mehr als 33.000 politischen Gefangenen, die zwischen 1962/63 und 1989 von der Bundesrepublik aus der DDR freigekauft wurden, gingen von hier aus die Busse in die Freiheit. Außerdem diente der Gebäudekomplex als



Symbolischer gemeinsamer Spatenstich

Untersuchungshaftanstalt der Staatssicherheit in Karl-Marx-Stadt und zuvor des sowjetischen NKWD. In der Zeit des Nationalsozialismus waren auf dem Kaßberg Angehörige verschiedener Opfergruppen eingesperrt.

Die Gremien der Stiftung Sächsische Gedenkstätten hatten beschlossen, den Aufbau des Lern- und Gedenkortes Kaßberg-Gefängnis zusätzlich zu den vom Verein beantragten Fördermitteln beim Freistaat Sachsen sowie beim Bund bis zu dessen Eröffnung mit einem dauerhaft abgesicherten Publikumsbetrieb mittels Projektförderung zu unterstützen.

Am 25. November 2021 wurde mit einem symbolischen gemeinsamen Spatenstich mit dem Chemnitzer Oberbürgermeister Sven Schulze, Abteilungsleiter Markus Franke vom Sächsischen Staatsministerium für Kultur und Tourismus, Geschäftsführer Jens Kroll von der Cegewo – der Eigentümerin des früheren Gefängnis-Areals –, dem Vereinsvorsitzenden Jürgen Renz und dem Zeitzeugen und Vereinsmitglied Michael Schlosser der Umbau des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses zu einer Bildungs- und Gedenkstätte begonnen. Zehn Jahre nach Vereinsgründung und fünf Jahre nach der Einweihung des Gedenkortes an der Außenmauer des ehemaligen Kaßberg-Gefängnisses begann so der Umbau des früheren Hafttrakts B zum Lernort für Demokratie.

Mit der Projektrealisierung gingen Erhaltungsmaßnahmen an der Gebäudesubstanz unter Erfüllung denkmalpflegerischer Vorgaben für die Fassadengestaltung einher, um Voraussetzungen für einen zeitgemäßen Gedenkstättenbetrieb zu schaffen. So wurde der frühere Hafttrakt B hinsichtlich Standfestigkeit und Tragfähigkeit ertüchtigt. Das frühere Kellergeschoss des Gebäudeteils wurde als neues Erdgeschoss zum Eingangsbereich der Gedenkstätte umgebaut und erhielt neben Funktionsräumen und Büros unter anderem zwei Seminarräume für geplante Workshops und Gespräche mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen sowie Flächen für wechselnde Sonderausstellungen. Der



Der Stiftungsrat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten besucht den Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis (Mitte: Staatsministerin für Kultur und Tourismus und Stiftungsratsvorsitzende Barbara Klepsch).

darüberliegende eigentliche Hafttrakt, in dem sich die früheren Zellen auf drei Etagen in Galeriebauweise befinden, wurde teilweise von Überformungen aus der Nutzungszeit als Justizvollzugsanstalt des Freistaats Sachsen in den Jahren 1990 bis 2010 befreit und als Ort der geplanten Dauerausstellung vorbereitet. Drei frühere Zellen sind als sogenannte Schauzellen vorgesehen, die den Zustand in der NS-Zeit, in der Untersuchungshaft des NKWD und der Staatssicherheit sowie in der Freikaufhaft vergegenwärtigen – versehen mit seitlichen Wanddurchbrüchen, welche als buchstäbliche „Fenster in die Vergangenheit“ dienen sollen. Das Bestandstreppehaus wurde auf der Grundlage einer restauratorischen Untersuchung farblich in den Zustand der 1970er und 1980er Jahre zurückversetzt. Hinzu kam ein Erschließungstreppehaus mit Aufzug, das vollkommen neu zu errichten war. Dieses dient neben weiteren Maßnahmen der Ertüchtigung des Gebäudes für den Brandschutz. Insgesamt stellten Bund, Freistaat Sachsen und Stadt Chemnitz für den Umbau des früheren Hafttrakts B, die Erarbeitung und Errichtung der Dauerausstellung sowie die Etablierung der Gedenkstättenfunktion rund 4,6 Millionen Euro bereit.

Anlässlich seiner 60. Sitzung besuchte der Stiftungsrat am 2. Februar 2022 den im Aufbau befindlichen Lern- und Gedenkort Kaßberg-Gefängnis. Die Sächsische Staatsministerin für Kultur und Tourismus und Stiftungsratsvorsitzende Barbara Klepsch informierte sich gemeinsam mit den Mitgliedern des Stiftungsrates über den Baufortschritt und die Ausstellungskonzeption des Gedenkortes.

AUSGEWÄHLTE EINZELPROJEKT- FÖRDERUNGEN

KUNSTHAUS RASKOLNIKOW E. V., 2021

9.970 Euro Projektförderung für „Ästhetik der Überwachung: Artefakte der politischen Kontrolle im fotografischen Bild“

Der Kunsthaus Raskolnikow e. V. beantragte Fördermittel für das Ausstellungsprojekt „Ästhetik der Überwachung: Artefakte der politischen Kontrolle im fotografischen Bild“. Die Ausstellung sollte in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden erstmalig 2021 gezeigt werden und war anschließend zur Leihe/Wanderung vorgesehen. Das Ausstellungsverhaben hatte die Absicht, „mit den Mitteln der Fotografie die politische Unterdrückung in den Ländern des ehemaligen Ostblocks“ zu untersuchen. Nebeneinander präsentierte Fotoserien zeigen beispielsweise Überwachungsapparate in Gefängnissen sowie Aufnahmen einer Auswahl von Spionageinstrumenten



Exponat „Knopflochkamera“

und -technik aus dem DDR-Alltag. Die Fotoserien zeigen keine explizite Gewalt und zielen darauf ab, „Spuren und Artefakte der Unterdrückung“ (Zitate aus dem Antrags-text) zu zeigen. Parallel zu den Fotografien wurden in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden museale Objekte in einer Ausstellung gezeigt – Gegenstände, die vor 1990 von der Staatssicherheit in der DDR verwendet wurden. Das Ausstellungsprogramm sah neben der Vernissage auch eine Podiumsdiskussion vor, die in Kooperation mit der Sächsischen Landeszentrale für Politische Bildung stattfinden sollte.



Begleitband zur Ausstellung „Ästhetik der Überwachung: Artefakte der politischen Kontrolle im fotografischen Bild“



Öffentlicher Rundgang auf dem Gelände des ehemaligen KZ Sachsenburg

GESCHICHTSWERKSTATT SACHSENBURG E. V., 2021

3.100 Euro Projektförderung für „Jahresprogramm zur Geschichte des KZ Sachsenburg 2021“

Der Geschichtswerkstatt Sachsenburg e. V. plante mit seinem Jahresprogramm, biografische Forschungen zu im KZ Sachsenburg Inhaftierten durchzuführen und die Forschungsergebnisse auf analogem wie digitalem Wege aufbereitet der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Mit weiteren in die Öffentlichkeit gerichteten Maßnahmen wie Veranstaltungen und Führungen sollte neues Interesse an der Geschichte des KZ Sachsenburg geweckt werden. Ein sogenannter „Geländeflyer“ zielt darauf ab, Besucherinnen und Besucher für Erkundungen des historischen Ortes zu gewinnen. Eine weitere Maßnahme beinhaltete die Gewinnung und Weiterbildung von Multiplikatorinnen und Multiplikatoren für die Bildungs- und Vermittlungsarbeit des auf ehrenamtlicher Basis tätigen Vereins, der sich seit Jahren für die Errichtung einer Gedenkstätte unter möglichst weitgehender Wahrung der baulichen Substanz am historischen Ort einsetzt.

FÖRDERVEREIN DER SÄCHSISCHEN LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM NATIONALSOZIALISMUS (SLAG) E. V., 2021

9.954 Euro Projektförderung für „Geschichte, Erinnerung, Bedeutung – Filmtour ‚Zustand und Gelände‘ zum Thema ‚Frühe Konzentrationslager‘ in Sachsen“

Der Träger beabsichtigte mit dem Projekt, mehrere Filmvorführungen an verschiedenen Orten in der Fläche des Freistaates zu veranstalten. Begleitet wurden die Filmvorführungen von Vorträgen, Gesprächen und Workshops bei insgesamt zwölf Veranstaltungen an elf Orten in Sachsen. Der auf Filmfestivals mehrfach prämierte Dokumentarfilm „Zustand und Gelände“ behandelt den Themenkomplex der sogenannten „wilden Lager“ und der frühen Konzentrationslager im Nationalsozialismus.



Open-Air-Auftakt zur sachsenweiten Filmtour „Zustand und Gelände“ am 17. Juli 2021

Neben den historischen Kontexten behandelt der Film die unterschiedlichen Erinnerungskulturen zu den jeweiligen Orten innerhalb der verschiedenen politischen Systeme in der deutschen Geschichte nach 1945. Die Filmvorführungen mit ihrem Begleitprogramm sollten Gespräche und Diskussionen im Publikum auslösen, die Zielgruppen des Projektes waren breit angesetzt. Das Projekt zielte in seiner Wirkung auf die Fläche des Freistaates ab, wobei die Filmvorführungen und begleitenden Veranstaltungen zwar auch in den drei großen Städten Chemnitz, Leipzig und Dresden stattfanden, vor allem aber im ländlichen Raum sowie in kleineren und mittelgroßen Städten, in denen es frühe KZ gab. Die sLAG ist in Sachsen mit zahlreichen erinnerungskulturell Engagierten vernetzt. Zahlreiche zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure sowie Initiativen in freier Trägerschaft im gesamten Freistaat wirkten in der jeweiligen Region als Kooperationspartner und Multiplikatoren mit.

ALTERNATIVES KULTUR- UND BILDUNGSZENTRUM SÄCHSISCHE SCHWEIZ (AKUBIZ) E. V., 2022

9.000 Euro Projektförderung für „Auseinandersetzung mit der Geschichte der Zwangsarbeit in Heidenau während des Nationalsozialismus am Beispiel des Tagebuchs des Jan Deremaux“

Der AKuBiZ e. V. beabsichtigte mit dem Projekt eine „Auseinandersetzung mit der Geschichte der Zwangsarbeit in Heidenau während des Nationalsozialismus am Beispiel des Tagebuchs des Jan Deremaux“ (Zitat aus dem Antragstext). Hauptziel war die öffentliche Wahrnehmung des Themas der NS-Zwangsarbeit im Ort Heidenau. Ein weiteres Ziel war die Veröffentlichung des historischen Tagebuches von Jan Deremaux, einem ehemaligen NS-Zwangsarbeiter. Weiter sollten ein Stadtrundgang zur NS-Zwangsarbeit in der Stadt konzipiert und die Projektergebnisse öffentlich präsentiert werden. Damit einhergehend fand eine grundlegende Recherche (unter anderem in Archiven sowie anhand von Gesprächen mit Angehörigen Jan Deremaux') zum



Jan Deremaux – Tagebuch eines Kriegsgefangenen

Themenkomplex statt. Zu mindestens zehn Firmen, die im Tagebuch erwähnt werden, sollten am Ende des Projekts konkrete Rechercheergebnisse vermittelbar vorliegen. Als Zielgruppen wurden eine allgemeine geschichtsinteressierte Öffentlichkeit benannt sowie Multiplikatorinnen und Multiplikatoren. Das Projekt zielte thematisch auf einen Komplex ab, der die Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie die im erinnerungskulturellen Umfeld des Freistaates Sachsen engagierten Akteurinnen und Akteure in den vergangenen Jahren zunehmend beschäftigt: die Erforschung, Dokumentation und Aufarbeitung der NS-Zwangsarbeit und deren Auswirkungen auf die Regionen sowie die Erinnerung an die Opfer derselben. In seinen Zielstellungen und beabsichtigten Maßnahmen hatte das Projektvorhaben das Potenzial, eine öffentliche Wirkung und einen gesellschaftlichen Mehrwert innerhalb der Stadt Heidenau und der umliegenden Region zu erzeugen. Der Verein AKuBiZ verfügt über mehr als 20 Jahre Erfahrung im Bereich der historisch-politischen Bildungsarbeit – bspw. führt der Verein das digitale Mapping-Projekt gedenkplaetze.info durch, er veranstaltet jährlich Gedenkfeiern zur Erinnerung an die Novemberpogrome von 1938 und dokumentiert die Geschichte der Außenlager des KZ Flossenbürg im heutigen Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge.



Website des Mitmach-Raum-Tagebuchs „Das Kriegsende im Tharandter Wald“

ANKE BINNEWERG, 2022

19.500 Euro Projektförderung für „Das Kriegsende im Tharandter Wald. Ein Mitmach-Raum-Tagebuch“

Das Rechercheprojekt zum Kriegsende im Tharandter Wald hatte zum Ziel, einen Blog im Internet – das „Mitmach-Raum-Tagebuch“ – als partizipatives Projekt anzulegen. Es zielte auf eine breite Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern der Region ab. Ausgangspunkt des Vorhabens war ein Vorprojekt, welches Recherchen zu den letzten Kriegstagen im Tharandter Wald zum Gegenstand hatte. Das Projekt fand im Rahmen von zwei Denkzeit-Stipendien der Kulturstiftung des Landes Sachsen statt und basierte auf gesammelten Erinnerungen von Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, eigenen Recherchen und der Begehung von historischen Orten der Verfolgung. Die projektdurchführenden Akteurinnen Anke Binnewerg und Carola Ilian konnten so bereits eine „extreme Verdichtung von lokal- bis weltgeschichtlich relevanten Ereignisse[n] nachweisen“ (Zitate aus dem Antragstext) und in einer „Raumchronik“ – einem GIS-basierten Kartenwerk – darstellen: Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges, NS-Verbrechen und kriegsbedingte Verlagerungen von Institutionen – vor allem aber Fluchtbewegungen, Todesmärsche, Zwangsarbeit, Zerstörungen und Plünderungen in den letzten Kriegswochen haben enge Bezüge zu Straßen, Wegen und Plätzen, dem Tharandter Wald sowie insbesondere zu den Einwohnern und Einwohnerinnen der Gegend. Ziel des beantragten Vorhabens war die Weiterführung der Erforschung der Kriegsgeschehnisse – insbesondere im Kontext von NS-Zwangsarbeit und Todesmärschen der Gefangenen von KZ-Außenlagern – als gemeinschaftliches Rechercheprojekt, wodurch eine Öffentlichkeit für dieses Thema am Ort des Geschehens hergestellt und es dort verankert werden sollte. Ausgehend vom Fallbeispiel der Vorstudie Kurort Hartha „sollen die Recherchen auf andere Ortsteile ausgeweitet, weitere Informationen und Materialien gesammelt und sich daraus ergebende Fragen geklärt werden“. Es bestanden Kontakte zu Zeitzeuginnen

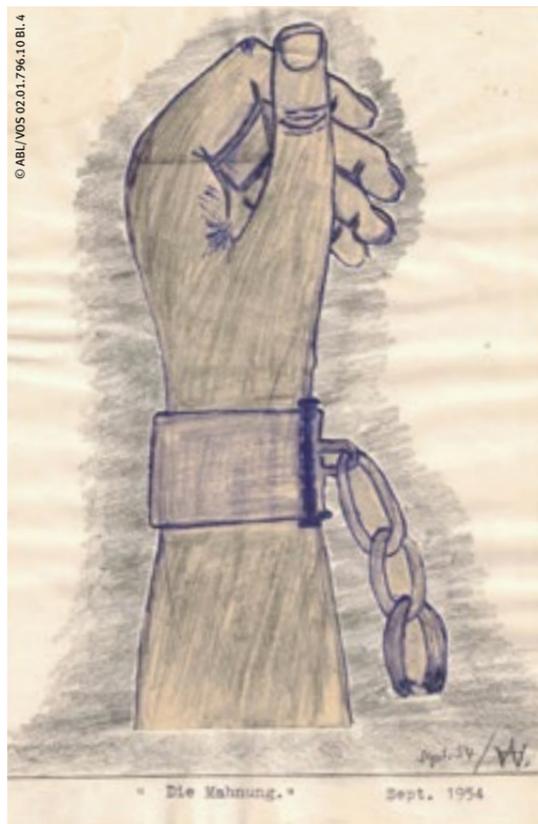
und Zeitzeugen. Das Projekt richtete sich an interessierte Bürgerinnen und Bürger sowie Initiativen und Vereine im Umfeld des Tharandter Waldes. Es bot eine Vielzahl von Anknüpfungspunkten für eine aktive Mitwirkung im Sinne des entdeckenden Lernens. Die Ergebnisse der Materialsammlungen, Gespräche, Erkundungen und Recherchen flossen in das gemeinschaftlich erarbeitete „Raum-Tagebuch“ im Blogformat ein. Im Herbst 2022 fanden mehrere „Erzählcafés“ statt, um über die Erinnerungen und Themen ins Gespräch zu kommen.

ARCHIV BÜRGERBEWEGUNG LEIPZIG E. V., 2022

14.900 Euro Projektförderung für „Erschließung eines Teilbestandes der Akten der Bundesgeschäftsstelle der VOS“

Seit dem Jahr 2020 erschließt das Archiv Bürgerbewegung Leipzig (ABL) den Aktenbestand der Vereinigung der Opfer des Stalinismus (VOS). Bis Mitte 2023 soll der über 1.200 Ordner umfassende Bestand archivalisch behandelt, erschlossen, verzeichnet und in Teilen digitalisiert werden. Die Akten der VOS ermöglichen einen einzigartigen Einblick in den Repressionsapparat der SBZ/DDR aus der Sicht der Betroffenen. Darüber hinaus erschließen sich neue Perspektiven auf die deutsch-deutsche Politik der Bundesrepublik in den Jahren 1950–1989/90 und die politischen Aktivitäten einer der wichtigsten Betroffenenorganisationen.





Historische Zeichnung aus dem VOS-Bestand

2022 waren etwa 50 Prozent der Aktenordner erschlossen und im internen Archivprogramm des ABL recherchierbar. Einzelne Teilbestände (die Korrespondenz der VOS-Bundesgeschäftsstelle mit den einzelnen Landes- und Bezirksgruppen der VOS) sind auch in der Online-Datenbank des Archivs recherchierbar und können auf Wunsch eingesehen werden. Im Laufe des Jahres 2022 sollten weitere Teilbestände des VOS-Bestands in die Online-Datenbank eingespeist werden. Perspektivisch soll so der ganze Bestand für die Nutzerinnen und Nutzer vorab digital recherchierbar sein, um eine möglichst unkomplizierte Nutzung zu gewährleisten. Eine Herausforderung stellten dabei datenschutz- und persönlichkeitsrechtliche Aspekte dar, weshalb die Verzeichnungseinheiten bestimmter Teilbestände nur in einer anonymisierten bzw. reduzierten Form in der Online-Datenbank zur Verfügung stehen können.

Das ABL möchte mit der Erschließung dieses Aktenbestands weitere Forschung zu Repression und Aufarbeitung des SED-Regimes und der SBZ ermöglichen. Die Erschließung des Aktenbestands der VOS-Bundesgeschäftsstelle wird neben der Förderung durch die Stiftung Sächsische Gedenkstätten mitfinanziert von der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und vom Sächsischen Landtag.

ERKENNTNIS DURCH ERINNERUNG E. V., 2022

9.900 Euro Projektförderung für „Mail Art und Denkstätte. Geschichts-Werkstatt mit Jugendlichen für Jugendliche“

Der antragstellende Verein (zugleich Träger der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden) beantragte die Förderung für ein Projekt, das über das Mittel der „Mail Art“ insbesondere für Jugendliche einen niedrigschwelligen Zugang zu schwierigen historischen Themen schaffen sollte. Die Jugendlichen sollten auf diesem Weg erfahren, „wie junge Menschen in der DDR mittels dieser kommunikativen Kunstform versuchten, die eng gesetzten politischen und geografischen Grenzen zu überwinden“ (Zitate aus dem Antragstext). „Mail Art“ sei, so der Antragsteller „eine Form der Netzkunst, die in den 1960er Jahren in den USA entstanden ist. Dabei versendet ein Initiator per Post einen Aufruf mit Themensetzung. Alle Interessierten sind eingeladen, Kunst zu gestalten, die in einen Briefumschlag



Workshop „Mail Art“ in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden

passt, und diese an den Absender zurückzusenden. Die Objekte werden in einer Ausstellung gezeigt und archiviert. In den Ländern des Warschauer Pakts hat sich Mail Art bei nichtstaatstreuen Künstlern großer Beliebtheit erfreut. [...] Ein subversiv künstlerischer Dialog fand statt.“

Ziel des Projektes war auch, dass die Jugendlichen mit Zeitzeuginnen und Zeitzeugen ins Gespräch kommen und die Eindrücke und Erkenntnisse aus den Gesprächen in die spätere Gestaltung eines Jugendraums in der Gedenkstätte Bautzner Straße Dresden einfließen lassen können. Die Methode der „Mail Art“ sollte für die junge Generation mit ihren eigenen Kommunikationskanälen anschlussfähig sein, die dafür ebenfalls genutzt werden sollten. Die Vermittlung der dafür nötigen Methoden und Inhalte sollte über verschiedene Workshops erfolgen, die speziell für das

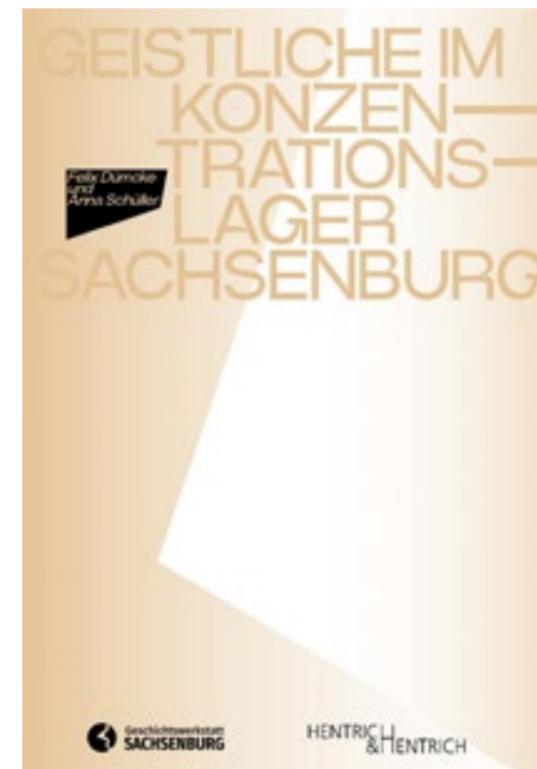
Projekt entwickelt und mit den entsprechenden Materialien ausgestattet wurden. In „Mail Art“-Workshops sollten die beteiligten Jugendlichen an die Methode der „Mail Art“ herangeführt werden und eigene Arbeiten umsetzen. Ein anderer Workshop sollte die „Mail Art“-Werke über aktuelle Kommunikationskanäle wirkungsvoll verbreiten. Die Workshops sollten auch nach Projektabschluss von anderen Gästegruppen genutzt werden können. Es sollte ein gemeinsam mit Jugendlichen für junge Menschen gestalteter Werkstattraum („Denkstätte“) entstehen, der ebenfalls nach Projektabschluss dauerhaft von anderen Gruppen genutzt werden kann. Der Antragsteller wollte das Projekt in Kooperation mit mehreren Schulen aus Sachsen durchführen, insbesondere mit Oberschulen.

GESCHICHTSWERKSTATT SACHSENBURG E. V., 2022

8.695 Euro Projektförderung für „Der Sachsenburger Kreis‘ – Erinnerungsgeschichte(n) der Inhaftierung von Pfarrern im KZ Sachsenburg (Buchprojekt)“

Der Geschichtswerkstatt Sachsenburg e.V. wollte mit dem Projekt „Der Sachsenburger Kreis“ ein Buchprojekt realisieren. Ziel des Projekts war die Sammlung und Vermittlung von Erinnerungen von und zu einst im KZ Sachsenburg eingesperrten Pfarrern sowie die Dokumentation von deren Geschichten bzw. Schicksalen. Als erster Schritt sollten Angehörige der inhaftierten Pfarrer angesprochen werden; es sollten Absprachen und Treffen mit den Angehörigen stattfinden. Parallel wurde das Buchmanuskript als Sammelband erarbeitet und es wurden Lektorats- und vereinheitlichende Layoutarbeiten durchgeführt. Mehrere öffentliche Veranstaltungen sollten zur Präsentation des Buches in ganz Sachsen stattfinden.

Das Vorhaben zielt auf die Erforschung einer spezifischen Verfolgten- und Häftlingsgruppe des KZ Sachsenburg ab. Die Inhaftierung von Pfarrern in den Frühen Konzentrationslagern der Nationalsozialisten ist bundesweit ein Forschungs- und Erinnerungsdieser. Die beabsichtigte Erforschung und Vermittlung der (Haft-)Schicksale von Pfarrern soll den Fokus speziell auf Regionen legen, in denen die Verfolgungsgeschichte und die Thematik der Frühen KZ innerhalb der Erinnerungskultur noch unzureichend verankert sind. Die Aufarbeitung der Verfolgungsgeschichten innerhalb der Familien, ihr Austausch untereinander und ihre Auseinandersetzung mit dem intergenerationellen Erbe war ein weiterer sehr begrüßenswerter Schwerpunkt des Projektes. Im Rahmen des von der StSG im Jahr 2020 geförderten Jahresprogramms des Geschichtswerkstatt Sachsenburg e.V. wurden bereits Einzelbiografien von inhaftierten Pfarrern erarbeitet. Weitere Pfarrer konnten mit ihren Lebensdaten ermittelt und es konnten vor allem etliche Kontakte zu Angehörigen der inhaftierten Pfarrer



„Geistliche im Konzentrationslager Sachsenburg“, Verlag Hentrich & Hentrich

aufgebaut werden. Der Geschichtswerkstatt Sachsenburg e.V. ist ein seit Jahren profilierter Akteur in der erinnerungskulturellen Landschaft Sachsens, insbesondere im Zusammenhang mit der Forschungs-, Dokumentations- und Vermittlungsarbeit zur Geschichte des KZ Sachsenburg.

KULTUR- UND BEGEGNUNGSZENTRUM ARIOWITSCH-HAUS E. V., 2022

8.680 Euro Projektförderung für „Gegen das Vergessen ... Errichtung von Gedenkstufen am Ariowitsch-Haus“

Der Kultur- und Begegnungszentrum Ariowitsch-Haus e.V. beabsichtigte mit der Maßnahme unter anderem die Errichtung von sogenannten „Gedenkstufen“ am Eingang des Ariowitsch-Hauses in Leipzig. Hierfür sollten Gedenkschilder für insgesamt sieben Treppentufen angefertigt und an diesen angebracht werden. Die Gedenkschilder sollen an die Bewohnerinnen, Bewohner und Angestellten des Hauses – einem historischen Ort der Verfolgung – erinnern, die am 19. September 1942 in Konzentrations- und Vernichtungslager der Nationalsozialisten verbracht worden waren. Anschließend richtete die Gestapo in dem Gebäude eine Dienststelle ein, von der aus die Deportationen weiterer jüdischer Menschen aus Leipzig organisiert wurden. 2022 jährte sich die Geschichte der Deportationen zum 80. Mal. Aus diesem Anlass wurden



Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper bei der Einweihung der Gedenkstätten

an den „Gedenkstätten“ die Namen der Bewohnerinnen, Bewohner und Angestellten des Hauses angebracht und damit – so der Antragsteller – „verewigt“. Im Rahmen einer feierlichen Gedenkveranstaltung wurden die Stufen enthüllt und eingeweiht. Stiftungsgeschäftsführer Dr. Markus Pieper hielt ein Grußwort.

Mit der beantragten Maßnahme wollte das Ariowitsch-Haus einen weiteren Schritt gehen, um die Einrichtung zu einem Erinnerungsort weiterzuentwickeln. Der antragstellende Verein nahm frühzeitig – auch in Zusammenhang mit weiteren geplanten Maßnahmen zur memorialen Gestaltung des Ariowitsch-Hauses – Kontakt zur Geschäftsstelle der Stiftung Sächsische Gedenkstätten auf. Beratungstermine vor Ort folgten.

Der Wissenschaftliche Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten war im Herbst 2021 zu einer Sitzung im Ariowitsch-Haus zu Besuch und beschäftigte sich mit der Zielstellung des Vereins, die Einrichtung zu einem Gedenkort weiterzuentwickeln. Der Beirat empfahl, zunächst die Förderung mehrerer kleinerer Projektmaßnahmen anzustreben und den Ort so sukzessive zu einem Gedenkort umzugestalten.

SÄCHSISCHE LANDESARBEITSGEMEINSCHAFT AUSEINANDERSETZUNG MIT DEM NATIONALSOZIALISMUS (SLAG), 2022

6.250 Euro Projektförderung für „Orte von Belang. Symposium zum Umgang mit NS-Tat- und Täterorten am Beispiel Sachsens“

Die SLAG plante die Durchführung eines Symposiums mit dem Titel „Orte von Belang. Symposium zum Umgang mit NS-Tat- und Täterorten am Beispiel Sachsens“. Das Symposium sollte am Beispiel Sachsens auf Fragestellungen und Probleme eingehen, die laut Antragsteller im Zuge des 2021 durchgeführten Ideenwettbewerbs zum Umgang mit der sogenannten „Kommandantenvilla“ auf dem ehemaligen KZ-Gelände auftraten. Abgeleitet vom konkreten Ort bzw. Beispiel hatte das Symposium zum Ziel, allgemeine Fragestellungen zum Umgang mit historischen NS-Tat- und Täterorten abzuleiten und zu besprechen. Das Symposium enthielt einen Einführungsvortrag, eine Podiumsdiskussion sowie im Praxisteil drei Workshops. Zielgruppen waren insbesondere Vertreterinnen und Vertreter von Gedenkstätten sowie Aufarbeitungs- und Erinnerungsiniciativen, Beschäftigte und Engagierte im Bereich des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege, Architekten und Architektinnen sowie zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure. Die Veranstaltung wurde zum Teil hybrid – analog vor Ort und digital online gestreamt – durchgeführt.

Das Projekt zielt thematisch auf einen Komplex ab, der die Stiftung Sächsische Gedenkstätten sowie die im erinnerungskulturellen Umfeld des Freistaates Sachsen engagierten Vereine, Kommunen und anderweitig Engagierten zunehmend beschäftigt: der Umgang mit historischen Gebäuden, baulichen Überresten und anderen baulichen Sachzeugen politischer Verfolgung im 20. Jahrhundert im Spannungsfeld zwischen Erhaltung, Erinnerung, Restaurierung, Zuständigkeit und Wirtschaftlichkeit. Die SLAG als Antragstellerin ist hinsichtlich der Vernetzung und des damit ermöglichten fachlichen Austausches eine kompetente Akteurin im Freistaat; die Durchführung eines solchen Symposiums mit Blick auf einen transparenten Diskurs zum Themenkomplex innerhalb der avisierten Zielgruppen war und ist sehr begrüßenswert.



Einladungskarte zum Symposium

FÖRDERVEREIN GEDENKSTÄTTE KZ-AUSSENLAGER KAMENZ-HERRENTAL E. V., 2022

9.999 Euro Projektförderung für „Informationstafeln für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Kamenz-Herrental“

Der antragstellende Verein wollte mithilfe einer Projektförderung der Stiftung Informations-/Ausstellungstafeln für die Gedenkstätte KZ-Außenlager Kamenz-Herrental errichten. Die Projektbeantragung und -durchführung erfolgte in enger Abstimmung mit der Stadt Kamenz, die zugleich Liegenschaftseignerin des Erinnerungsortes ist. 2010 wurden die Industriebrachen mehrerer ehemaliger Industriebetriebe im Kamenzer Herrental renaturiert. Durch die Renaturierung erhielt das Tal in diesem Bereich einen parkähnlichen Charakter und wurde ein Anziehungspunkt für Kamenzerinnen, Kamenzer und Gäste (die Gedenkstätte befindet sich am Pilgerweg Via Sacra). Im Rahmen dieser Maßnahme wurde von der Stadt Kamenz das durch den 2008 gegründeten Förderverein Gedenkstätte KZ-Außenlager Kamenz-Herrental e. V. und weitere gesellschaftliche Kräfte angestrebte und dann begleitete Projekt der Gestaltung einer Gedenkstätte am authentischen Ort realisiert – und die Gedenkstätte schließlich im Juli 2011 der Öffentlichkeit übergeben. Am historischen Ort befinden sich noch Außenwandreste des Kesselhauses und des Schornsteins der ehemaligen Tuchfabrik Gebr. Noßke & Co. An den gesicherten Außenwandresten des Kesselhauses sind fünf Tafelfelder aus Cortenstahl angebracht. Auf vier Feldern befinden sich die Edelstahltafeln mit den Namen von 182 Todesopfern, auf dem fünften Feld Tafeln mit Informationen zur Gedenkstätte. Die ehemalige Aschegrube des Kesselhauses, in dem Häftlingsleichen verbrannt wurden, ist durch Granitstufen des damaligen Fabrikgebäudes im Gelände dargestellt. An dem gesicherten Schornstein wurde 1952 eine Gedenktafel angebracht.

Die bei der Stiftung beantragte Maßnahme hatte das Ziel, mittels Texten und Bildern (z. B. historischen Fotos des Fabrikgebäudes) auf bedruckten Edelstahltafeln den Ort für Besucherinnen und Besucher zu dokumentieren und zu kontextualisieren. Es handelt sich um eine Außenpräsentation auf vier freistehenden Pulten aus Cortenstahl. Ein Pult wurde an der Aschegrube aufgestellt, drei weitere Pulte stehen gegenüber der Wand am Rand der davor befindlichen Freifläche.

Zweiter Bestandteil des Projektantrages war die Co-Finanzierung der Herausgabe der Lebenserinnerungen des Résistance-Kämpfers Roger Monty (Titel: „Une si grande nuit“, dt. „Eine so lange Nacht“) von 2002. Roger Monty war von Dezember 1944 bis Mitte Februar 1945 in Kamenz interniert. Als ehemaliger Résistance-Kämpfer hatte er eine Odyssee durch mehrere deutsche Konzentrationslager erlebt. Neben Kamenz waren die KZ Stutthof sowie Groß-Rosen Stationen seiner Gefangenschaft. Der Verein hatte



Gedenkstätte am historischen Ort des ehemaligen KZ-Außenlagers Kamenz-Herrental

Anfang der 2010er Jahre noch persönlichen Kontakt zu Roger Monty. 2019 war es der Stadt Kamenz möglich, eine professionelle Übersetzung des Buches zu veranlassen, die seitdem auf eine Veröffentlichung wartete.

NS-Geschichte ist in der historisch-politischen Bildungsarbeit in der Region Kamenz noch zu wenig präsent. Zivilgesellschaftlich Engagierte und Initiativen in freier Trägerschaft – wie der Antragsteller – haben sich dieses Feldes angenommen. Die Aufarbeitung von regionaler NS-Geschichte mitsamt der Erinnerung an die Opfer der politischen Gewaltherrschaft im Freistaat soll mit Unterstützung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten vorangebracht werden. Der Antragsteller trägt mit dem Projekt zu einer Auseinandersetzung mit der Geschichte und den Folgen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft bei, insbesondere zum Verfolgungskontext der KZ-Außenlager und des französischen Widerstandes.

TREIBHAUS E. V., 2022

9.999 Euro Projektförderung für „Landesheil- und Pflegeanstalt Hochweitzschen im NS“

Der Treibhaus e. V. aus Döbeln will mit dem Projekt die „Bedeutung und Funktion der Landesheil- und Pflegeanstalt Hochweitzschen im Nationalsozialismus“ (Zitate aus dem Antragstext) der Öffentlichkeit näherbringen und die Geschichte jener Anstalt aufarbeiten, historische Quellen (bspw. Patientenkartekarten) erschließen, Informationen wie Belegungs- und Sterbedaten, Herkunft, Alter und Geschlecht der Betroffenen dokumentieren sowie die Einbindung des Krankenhauses in das System der gezielten Tötung von psychiatrischen Patientinnen und Patienten kontextualisieren.

Eine Vielzahl von Betroffenen wurde in andere Zwischenanstalten oder in die Tötungsanstalt Pirna-Sonnenstein verbracht. Das Projekt wurde deshalb in Zusammenarbeit durchgeführt, u. a. mit dem Fachkrankenhaus Bethanien Hochweitzschen. Exemplarische Biografien wurden erforscht und erarbeitet, um in der historisch-politischen Bildungsarbeit einen verstärkten biografischen Zugang anbieten zu können. Neben der Forschung und Dokumentation wurde zum Projektende eine Broschüre zum Themenkomplex bzw. Projektgegenstand erarbeitet und veröffentlicht. Außerdem flossen die Projektergebnisse in bereits vorhandene Vermittlungsangebote wie Stadtrundgänge und eine App der AG Geschichte des Antragstellers ein.

Zivilgesellschaftlich Engagierte und Initiativen in freier Trägerschaft – wie der Antragsteller – haben sich der historisch-politischen Bildungsarbeit zur NS-Geschichte in der Region Döbeln angenommen. Der Antragsteller ist einer der wenigen Akteure der Region, der – mit seiner AG Geschichte – die NS-Geschichte in und um Döbeln erforscht und vermittelt; bislang insbesondere zur NS-Zwangsarbeit und zur Verfolgung von Jüdinnen und Juden. Das zur beantragten Förderung gehörige Projekt widmet sich mit dem Themenkomplex der Verfolgung psychisch kranker Menschen im Nationalsozialismus einem in Form und Ausmaß historisch überregional bedeutsamen Gegenstand, ausgehend vom historischen Ort der Landesheil- und Pflegeanstalt Hochweitzschen.



Broschüre „Der Mensch als Ballast – Die sächsische Heil- und Pflegeanstalt Hochweitzschen im Nationalsozialismus“



Schloss Hainewalde

STADTMUSEUM ZITTAU, 2022

20.000 Euro Projektförderung für „1933. Nationalsozialistische ‚Machtergreifung‘ in Zittau“

Das Stadtmuseum Zittau plante die Umsetzung eines in inhaltlicher wie finanzieller Hinsicht vergleichsweise umfangreichen Vorhabens: Unter dem Arbeitstitel „1933. Nationalsozialistische ‚Machtergreifung‘ in Zittau“ sollte eine zweiteilige Ausstellung konzipiert, erarbeitet und eingerichtet werden. Die Ausstellungseröffnungen waren für März 2023 geplant. Dafür waren umfangreiche Recherche- und Konzeptionsarbeiten nötig. Ein Ausstellungsteil war für das Schloss Hainewalde vorgesehen, das als historisch bedeutsamer Ort der Verfolgung zwischen dem 27. März und dem 10. August 1933 als Schutzhaftlager diente. Parallel dazu sollte im Kulturhistorischen Museum in Zittau eine Sonderausstellung die Ereignisse dieser Zeit in der Zittauer Region darstellen. Konzeptionell war vorgesehen, dass zwischen den beiden Ausstellungsorten kommunikative Verbindungen und gegenseitige Verweise auf den jeweils anderen Ausstellungsort hergestellt werden, damit Interessierte, die das Museum in Zittau besuchen, auf den historischen Ort in Hainewalde hingewiesen werden und vice versa. Neben den beiden Ausstellungen an zwei Orten sollte ein Ausstellungsbegleitband erarbeitet und veröffentlicht werden. Weitere geplante Maßnahmen innerhalb des Gesamtprojektes waren interaktive Angebote im Umfeld der Ausstellung, die vor allem mit weiteren Projektbeteiligten (u. a. dem Gerhart-Hauptmann-Theater Görlitz-Zittau, dem Verein Hillersche Villa – Soziokultur im Dreiländereck e. V., der Volkshochschule Dreiländereck und der Kreismusikschule Dreiländereck) umgesetzt wurden, Vermittlungsangebote sowie eine breite Palette an öffentlichkeitswirksamen Maßnahmen und Begleitveranstaltungen wie Theaterinszenierungen und künstlerischen Auseinandersetzungen.



Blick in die Ausstellung im Schloss Hainewalde



Blick in die Ausstellung im Schloss Hainewalde

In seinen Zielstellungen und beabsichtigten Maßnahmen hatte das Projektvorhaben das Potenzial, eine spürbare öffentliche Wirkung und einen gesellschaftlichen Mehrwert innerhalb der Region zu erzeugen. Projektdurchführung und -ziele hatten eine stark in die regionale Gesellschaft abzielende Wirkkomponente. Die Städtischen Museen Zittau weisen zweifelsfrei ausreichend Sachkenntnis und ausgewiesene Fachkompetenzen zur Erarbeitung von Ausstellungen und den damit in Zusammenhang stehenden weiteren Aufgaben auf. Die Einrichtung gehört zu den kulturellen Standortfaktoren in der Region. Darüber hinaus war die Kooperation und Vernetzung mit den weiteren o. g. Projektbeteiligten sehr begrüßenswert: Die Ansprache verschiedener Zielgruppen und die interdisziplinäre Ausrichtung der Projektbeteiligten ermöglichte ein großes Spektrum an Zugangs- und Vermittlungsmöglichkeiten der Ausstellungen und anderer Projektziele. Wissenschaftlicher Berater des Projektes war u. a. Prof. Dr. Mike Schmeitzer (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung e. V., Mitglied im Wissenschaftlichen Beirat der Stiftung Sächsische Gedenkstätten).

Die Stiftungsgeschäftsstelle begleitete das Projekt frühzeitig und im Rahmen mehrerer Beratungsgespräche vor Ort. Ein zweiter abschließender Projektschritt erfolgt 2023, die Fördersumme betrug 48.000 Euro. Nach der Antragstellung befassten sich der Stiftungsbeirat und der Wissenschaftliche Beirat der Stiftung Sächsische Gedenk-

stätten mit dem Fördervorhaben. Beide Gremien gaben im Grundsatz positive Voten zum Projektvorhaben ab. Vor allem die auf den historischen Ort der Verfolgung – das Schloss Hainewalde als ehemaliges NS-Schutzhaftlager – abzielenden Maßnahmen (Ausstellungstafeln, Biografie-tafeln, Gedenkbereiche und memoriale Gestaltung sowie Dokumentation, Erschließung und Bewahrung baulicher Relikte usw.) galten als besonders begrüßenswert. Von den Stiftungsgremien mitgeteilte inhaltliche und konzeptionelle Hinweise und Empfehlungen wurden bei der Projektumsetzung berücksichtigt.



Herausgeber

Stiftung Sächsische Gedenkstätten
zur Erinnerung an die Opfer politischer Gewaltherrschaft
Dülferstraße 1 | 01069 Dresden
Telefon 0351 4695540 | Fax 0351 4695541
info@stsg.de | www.stsg.de

V. i. S. d. P.

Dr. Markus Pieper (Geschäftsführer)

Texte/Redaktion

Sven Riesel (Stellvertretender Geschäftsführer,
Leitung Presse- und Öffentlichkeitsarbeit)
Gesine Werner (Öffentlichkeitsarbeit)

Lektorat

Moritz Siegel

Illustrationen (Titel/U1, Karte der Gedenkstätten in Sachsen, Organigramm, Gedenkstätten-Vignetten, Lagepläne, Infografiken)

Antje Dennewitz

Abbildungen / Fotos

Wenn nicht anders angegeben, gilt für alle Fotos und Abbildungen
© Stiftung Sächsische Gedenkstätten.

Gestaltung/Layout

schech.net | Strategie. Kommunikation. Design.

Druck

Als Beitrag zum Umweltschutz auf 100 % Recyclingpapier gedruckt.
Union Druckerei Dresden GmbH

Dresden im Mai 2024

ISBN: 3-934382-94-0

978-3-934382-94-7

gefördert durch



Diese Maßnahme wird mitfinanziert aus
Steuermitteln auf der Grundlage des von den
Abgeordneten des Sächsischen Landtags
beschlossenen Haushaltes.



Die Beauftragte der Bundesregierung
für Kultur und Medien

